



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



## Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

## Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

## Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

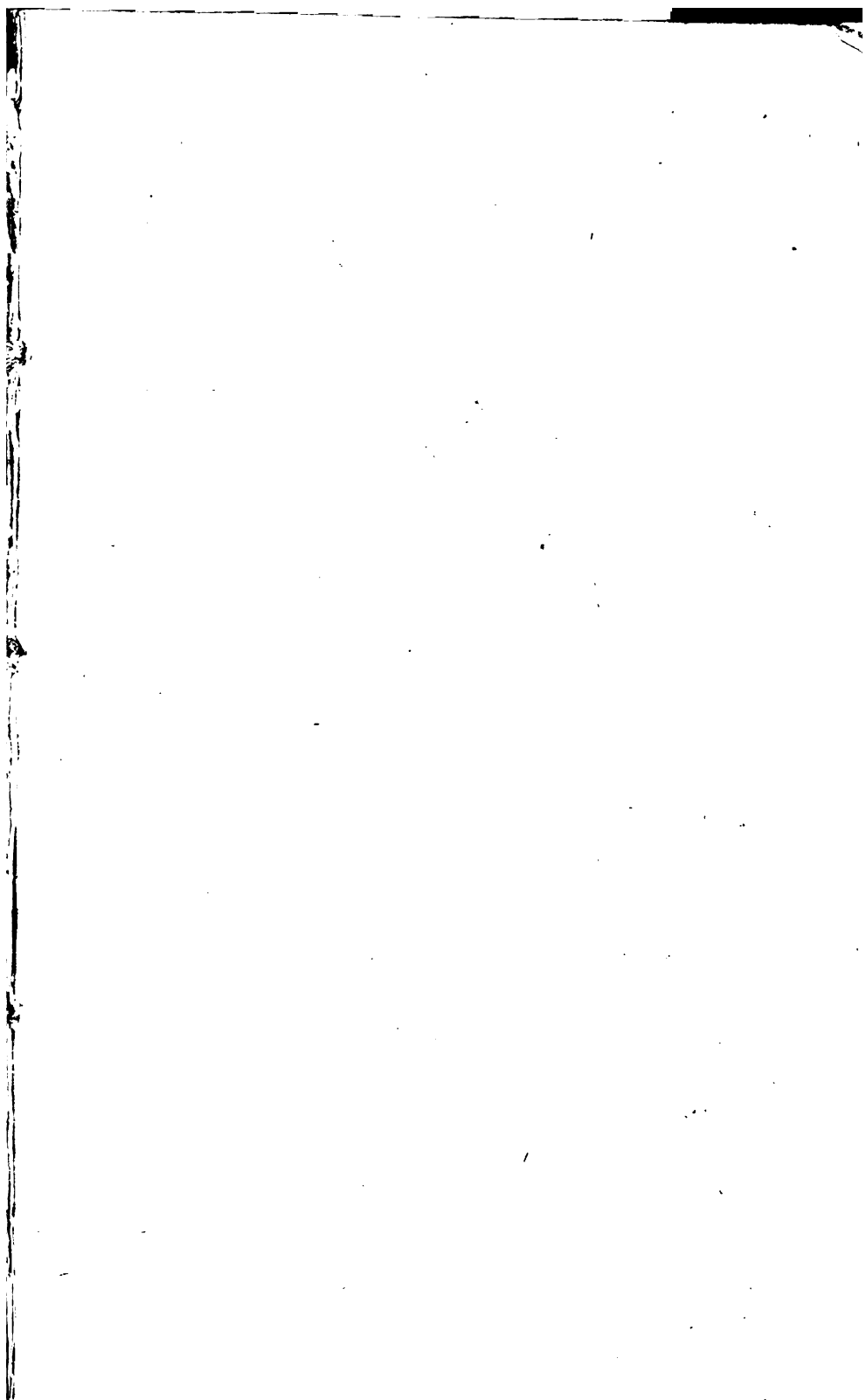
A 478269

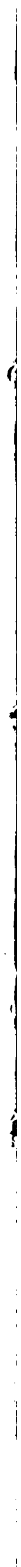
DB  
937  
.H82















*Josephine Seyditz*

# Ludwig Kossuth.

Von

J. C. Horn.

Mit euch, durch euch, wenn ihr wollt;  
ohne euch, auch gegen euch, wenn es sein muß.  
Kossuth.

Erster Band.

I. Der Agitator. II. Der Minister.

Mit einem Portrait.

---

Leipzig,

Verlag von Otto Wigand.

1851.

DB  
937  
.H82

713392-230

**Erstes Buch:**

# **Der Agitator.**

---





## I.

Der Vorpostendienst ist bekanntlich der anstrengendste und undankbarste. Die unablässig gespannte Aufmerksamkeit welche er gebieterisch fordert, beansprucht alle Kräfte des Dienenden und gestattet ihm durchaus nicht, auch nur deren kleinsten Theil anderweitig zu verwenden. Die kleinern und größern Scharmügel zu denen er Gelegenheit bietet, können wol Tod oder Untergang bringen, aber selten bedeutenden Vortheil; weder blendenden Siegesglanz noch dankbare Anerkennung.

Er wird vollends aufreibend, wenn der Dienstthunende nicht blos in der Fronte sondern auch im Rücken bedroht ist, wenn er das Lager und sich selbst nicht nur gegen den äußern sondern auch gegen einen innern Feind zu wahren hat, wenn er abwehrend die Arme nach rechts und links ausstrecken muß. Er wird von seltenem Glück zu sagen haben, wenn er der Aufgabe genügt, wenn nicht der eine Feind ihn rücklings erschlägt während er den andern abwehrt, oder er nicht den vereinten Streichen beider erliegt. Jedenfalls aber wird diese Stellung und Vertheidigung all' seine Kräfte, wären sie auch die außergewöhnlichsten, vollauf beanspruchen.

Jenen anstrengenden und undankbaren Vorpostendienst hatte Ungarn Jahrhunderte hindurch zu bestehen; namentlich seitdem der feurige Fanatismus und das blanke Schwert des Osmanen ihm den Weg nach Konstantinopel geebnet (1453). Ungarn fiel jetzt die

Aufgabe zu: der stürmisch heranbrausenden Fluth einen Damm entgegenzusetzen, das bedrohte Christenthum gegen den übermächtigen Islam, den zivilisirten Westen gegen den barbarischen Osten zu schützen. Die Aufgabe, groß und herrlich, war nicht minder schwierig; so schwierig, daß sie selbst die Kräfte eines Volkes wie des magyarischen nahebei erschöpfte. Dies umsomehr, als Ungarn nicht bloß den gewöhnlichen Vorpostendienst versehen und die nahende Gefahr melden, sondern auch, trotz der wiederholt versprochenen aber nie gewährten Hülfeleistung, gewöhnlich den ganzen Kampf allein bestehen mußte. Es bildete nicht nur die Vorhut, sondern die schützende Vor-  
mauer Europas gegen Asien. Es löste — dies Zeugniß wird ihm die Geschichte nicht versagen — seine Aufgabe ruhm- und glanzvoll; aber, nichts war natürlicher, sie nahm all' seine Kräfte in Anspruch.

Und doch sollte es noch schlimmer kommen. Auch jene zweite gefährlichere Art des Vorpostendienstes sollte ihm nicht erlassen werden. Sie trat ein, als Ungarn nach der mohács'er Schlacht unter dem Zepier eines habsburgischen Prinzen Schutz und Rettung suchte (1526). Geschwächt durch jene unglückliche Schlacht, widerstandslös gemacht durch die fortwährenden innern Parteiungen, mußte es jetzt jene Schmach erleben die es so lange glücklich von sich abgewehrt: Der Türke drang siegreich vor, und ein großer Theil des Landes sammt dem alten Königsitz Buda blieb 152 Jahre in seiner Hand. Und während die erschöpfte Nation diesem mächtigen äußern Feind gegenüber stets wachsam sein mußte um ihm das weitere erobernde Vordringen zu wehren, hatte sie zugleich im Innern einen nicht weniger gefährlichen Feind: die österreichische Regierung, zu bekämpfen.

Wer wird drob sich wundern, daß diese Doppelvertheidigung ihre ganze Aufmerksamkeit und all' ihre Kräfte beanspruchte? Ja, grenzt es nicht vielmehr an Wunderbare, daß sie, entkräftet, gespalten und gelähmt wie sie war, die zweifache Gefahr glücklich bestehen und dem mächtigen Feindespaar trogbieten konnte? Werfe auf sie den ersten Stein jene Nation, welche unter ähnlichen Verhältnissen

# Ludwig Kossuth.

Von

J. C. Sorn.

Mit euch, durch euch, wenn ihr wollt;  
ohne euch, auch gegen euch, wenn es sein muß.  
Kossuth.

Erster Band.

I. Der Agitator. II. Der Minister.

Mit einem Portrait.

---

Leipzig,  
Verlag von Otto Wigand.  
1851.

DB  
937  
.H82.

713392-230

**Erstes Buch:**

**Der Agitator.**

---

schießen als Ungarns Erblühen es erheischt hätte. Eben keimend, wurde er durch die rohen Kriegertritte, von denen damals ganz Europa erdröhnte, abermals niedergetreten. Auch Ungarn war vollauf beschäftigt mit den Rüstungen zu jenem Weltkampfe, an dem Theil zu nehmen nur übergroße Loyalität es verpflichtete. So oft der Reichstag die zu Ende des vorigen Jahrhunderts begonnenen politischen und nationalen Reformen wieder anregte und auf Erfüllung der leopoldinischen Zusagen drang, wurde er rasch entlassen; mit gnädigen Worten, weil er neuerdings Truppen und Gelder bewilligt, mit ungnädigen Blicken, weil er dafür einigen Ersatz zu fordern gewagt. Das Land wurde betreffs seiner gerechtesten Forderungen stets auf bessere friedliche Zeiten vertröstet. Als Abschlagszahlung erhielt es einstweilen einen bedeutenden Antheil an der ungeheuren Zerrüttung und Verarmung, in welche die Staatsbankrotte von 1811 und 1816 das gesammte Kaiserreich stürzten. Und als endlich durch die gemeinsame Erhebung der Völker der europä-erschütternde Riese bewältigt, an den unwirthlichen Felsen von St. Helena geschmiedet war, und die wieder freiaufathmenden Regenten zum Fürstentkongreß, der zugleich ein Völkermarkt werden sollte, nach Wien zusammenströmten: da hatte Franz I. eben so rasch die Versprechungen vergessen welche er Ungarn gemacht, als die Dienste, welche Ungarn ihm geleistet. Ungarn sollte wie die gesegneten Erbländer in das Prokrustesbett kaiserlicher Willkür gezwängt und durch Machtsprüche der „väterlichen“ Regierung beherrscht werden. Müde von den blutigen Kämpfen, erschöpft von den Finanzzerrüttungen, ließ die Nation dem wiener Kabinet einige Jahre hindurch freien Spielraum. Als jedoch Dieses, die Ermüdung für Entkräftung und die Ruhe für Unterwerfung nehmend, seinem Werke die Krone aufsetzen und in dem altkonstitutionellen Ungarn ohne reichstägliche Bewilligung Rekruten aus- und Steuern erheben wollte: da durchjuckte die unheilige Berührung dieser verfassungschändenden Hand, wie ein elektrischer Schlag die gesammte Nation. Ihr alter Widerstandsg Geist, mit diesem die alte Kraft, erwachte wieder und offenbarte sich namentlich in den oberungarischen Komitaten mit solcher Energie,



daß der ungarische Thron zu wanken begann. Mit reuervoller Armenfündermiene erschien Franz I. vor dem Reichstag, den er nach dreizehnjähriger Pause endlich (1825) wieder einberufen mußte. Er bat demüthig um Verzeihung für die Sünden der Vergangenheit, über die der Schleier der Vergessenheit gedeckt werden möge, und gelobte Besserung, Heilighaltung der Landesgesetze und Rechte, für die Zukunft. Die Nation, nicht weniger großmüthig dem gebeugten als unerbittlich dem kämpfenden Feind gegenüber, vergaß und vergab abermals; . . . um so williger, als der König einen ihrer Lieblingswünsche, betreffs der Nationalsprache, erfüllte.

Unter dem Schirme des neugeschlossenen Friedens begann jetzt der edle, zu Ende des vorigen Jahrhunderts gestreute Samen allmählig zu keimen. Allgemein erwachte das beschämende Bewußtsein, wie sehr Ungarn in jeder Beziehung hinter seiner Aufgabe und den Zeitforderungen zurückgeblieben sei. Allgemein wurde das Bedürfnis des Besserwerdens und raschen Fortschreitens gefühlt. Die Arbeiten der, im Jahre 1790 zur Entwerfung systematischer Reformvorschläge entsendeten Reichskommissionen wurden hervorgefucht und ihre Ausführung ernstlich angestrebt. . . . Aber wie dieses Ziel zu erreichen, wie der gute Wille zu verwirklichen wäre? Das war eine Frage deren befriedigender Beantwortung nur Wenige sich gewachsen fühlten. Denn klar stand es vor den Augen aller Einsichtigen: daß an Ungarns innerlichem Verfall systematisches Einwirken von oben nicht weniger Schuld trage als die gedankenlose Vernachlässigung von unten. Niemand täuschte sich mehr darüber, daß die väterliche Regierung Ungarns nationale und politische, dessen geistige und materielle Entwicklung bisher nicht nur zu fördern unterlassen, sondern sogar in höchst unwäterlicher Berechnung allseitig gehemmt und gelähmt habe. An eine aufrichtige Sinnesänderung des königlichen Sünders glaubten, trotz der eben abgespielten feierlichen Versöhnungsscene, nur wenige Einfältige. Die Einsichtigen hatte die dreihundertjährige Geschichte der ungarisch-österreichischen Union bereits zur Genüge belehrt, daß ein loyales Versprechen der österreichischen Dynastie gewöhnlich nur der Vorläufer neuen Wortbruchs sei. Und wenn

Kornel Balogh der ältere einen von ihm selbst gestellten und warmbefürworteten Antrag in dem Augenblicke, wo auch der königl. Personal ihn zu unterstützen für gut findet, rasch zurückzieht, mit dem Bemerken: „Ich halte ihn zwar noch immer für gut, aber wenn er von dort her unterstützt wird, muß er schlecht sein“, — so ist dies keine individuelle Caprice, sondern eine treue Verdolmetschung der allgemeinen Stimmung. Und was das Schlimmste an der Sache: Der Satz, so paradox er klingt, ermangelt nicht der innern Wahrheit und Berechtigung.

Und im Bewußtsein ihrer geringen Vertrauenswürdigkeit erwartete die österreichische Regierung kein volles Vertrauen von ungarischer Seite, wenn sie es auch laut forderte. Wol fühlend, daß Ungarn gerechten Grund zum Mißtrauen habe, witterte sie dieses überall und in einem das wirklichvorhandene weit übersteigenden Maße. Sie konnte dann umsoweniger zum ernstlichen Nachgeben geneigt sein, als sie dadurch nur den vermeintlichen Feind zu stärken fürchtete. . . . Bei den trüben Quellen, aus denen sie ihre Kenntniß der ungarischen Zustände schöpfte, konnte Dies kaum anders sein. Da mußte ihr die Mücke als Elefant, jede unzufriedene Miene als Aushängeschild eines Verschwörers gelten! Um nur Ein Beispiel für die Beschaffenheit dieser Quellen anzuführen: Vor einigen Jahren — erzählt der lebenswürdige und geniale Fr. Kölcsey im „Napló“ (Tagebuch), das er 1832—33 als jathmärer Deputirter geführt, das aber unter den damaligen Zensurverhältnissen selbstverständlich nicht veröffentlicht werden konnte — vor einigen Jahren erscheint vor dem agramer Bischof hülfseischend ein armer illirischer Geistlicher. Hier eine kleine Geldunterstützung, spricht der fromme Kirchenfürst, und dazu ein guter Rath, der wol mehr werth sein dürfte. — Und der wäre? — Denuncire nach Wien. — Wen und was? — Sr. Hochwürden schweigt. Der Arme geht und labt sich an dem erhaltenen Almosen. Als dieses aufgezehrt, erinnert er sich des bischöflichen Raths, greift nach dem Kirchenkalender und schreibt über den ersten Namen, der ihm hier ins Auge fällt, nach Wien. Die Antwort läßt nicht lange auf sich warten. Sie besteht in einem sehr schmeichelhaften aneifern-

den Belobungsschreiben, begleitet von einer bei der nächsten Kammerkassa zahlbaren Anweisung auf eine bedeutende Summe. Der Kalender ist groß und das wiener Kabinet reich, denkt der fürstlich-belohnte Brieffschreiber, und verzehrt das Empfangene in Sauf und Braus. Als bald darauf Ebbe in seiner Börse eintritt, wird der Kalender abermals hervorgesucht und ein zweiter Brief in die Kaiserstadt geschickt. Aber Posttag auf Posttag vergeht: keine Antwort; weder Belobung noch Belohnung. Dem hungernden Illirier bleibt nichts Andres übrig, als sich abermals an die Weisheit und Mithätigkeit des Kirchenfürsten zu wenden. — Wie geht's? — Schlecht, Ew. Hochwürden, kein Brief, kein Geld. — Was machtest du denn? — Ich denuncierte erst den Domherrn F., dann den Domherrn P. — Woher die Namen? — Aus diesem Kalender, antwortet der Gefragte, indem er seine alte Geschichtsquelle vorzeigt. — Der Zweite, entgegnet der Bischof, ist bereits vor fünf Jahren gestorben, und Graf Sedleniczky richtet nur die Lebenden, nicht die Todten. — — Wenn die Kenntniß der ungarischen Zustände aus solchen Quellen geschöpft wurde, da war es natürlich, daß Franz I. in dem reblichsten und friedfertigesten, wenn auch mit Recht mißtrauischen Reichstag einen unheilbrütenden Konvent sah, und denselben mit dem ausgebehntesten Spionirsystem umgarnte, zu dessen Werkzeugen sich sogar einige Deputirte erniedrigten. Bei der allen Despoten eigenthümlichen, von seinen Agenten argmißbrauchten Leichtgläubigkeit war es dann nur strenge Folgerichtigkeit, wenn er in dem liberalen und patriotischen, aber — die Jahre 1848 und 49 zeigten es zur Genüge — vollkommen loyalen Wesselényi schon 1832 das Haupt einer, nicht weniger als Ungarns Losreißung von Oestreich anstrebenden Verschwörung sah, der entgegenzuwirken unter Leitung des Hofkanzlers Keviczky eine eigene Partei gegen den Palatin — denn diesen hatte die erfinderische Geheimpolizei natürlich in die Verschwörung mitverwickelt, da er sein Palatinat an Wesselényi abtreten und dafür die ungarische Krone erhalten sollte — gebildet wurde. . . .

Unter solch' trübseligen Verhältnissen konnte des Landes Neugestaltung unmöglich gelingen. Die dringenden Aufgaben waren in

Folge der mehrhundertjährigen Versäumniß so zahlreich, die innern in der Natur der Verhältnisse selbst gelegenen Schwierigkeiten so mannichfach, daß ein erfolgsgekröntes Streben nur dann möglich war, wenn es von oben unterstützt oder wenigstens nicht gehemmt wurde. Es galt daher vor Allem die Bewältigung dieses Uebelstandes. Das war auf eine zweifache Weise möglich: Das im Widerwillen Oestreichs gelegene Hemmniß der Entwicklung und Kräftigung Ungarns mußte umgangen oder — gebrochen werden. Ersteres war diplomatischer, minder gefährlich, aber auch minder sicher und sehr langsam zum Ziel führend. Letzteres erforderte mehr Muth und Kraft, konnte rascher ans Ziel führen, aber schlimmenfalls sehr gefährlich werden. Das Endziel war ein gleiches; und es war daher natürlich, daß die Vertreter der beiden Richtungen anfangs gemeinschaftlich zu wirken versuchten, daß aber die gegenseitige Entfernung mit jedem Schritte, den Diese auf der geraden, Jene auf der schiefen Linie vorwärts machten, größer wurde. Führer war hier: Graf Stephan Széchenyi, dort: Baron Nicolaus Wesselényi.

## II.

Es war am 4. November 1825, als die in einer Zirkularsitzung versammelten Landesväter sich abermals mit einer oftverhandelten Frage beschäftigten. Sie lautete: auf welche Weise es wol möglich wäre, die vor Kurzem zur diplomatischen und Landessprache erhobene Nationalsprache auch wirklich zur Sprache des Landes und der Nation zu machen? Denn die lange Verbannung der ungarischen Sprache aus den Sälen der Gesetzgebung, wo seit 300 Jahren die lateinische ihre Stelle eingenommen, hatte sie allmählig aus dem Munde des Volkes und aus den Hallen der Literatur verdrängt, so daß sie nur noch in den strohgedeckten Bauernhütten fortvegetirte. Vorschlag folgte auf Vorschlag; namentlich wurde oft der schon im Jahre 1790 von Georg Bessenyei beantragten Gründung einer ungarischen Akademie

gebacht. Mangel an den nöthigen Geldmitteln fehlen jedoch die Ausführung dieses, wie der andern in Erwägung genommenen Vorschläge unmöglich zu machen. Nur die edle Opferwilligkeit der Magnaten, meint endlich Paul Nagy, könnte diesen langgenährten Wunsch der Nation der Verwirklichung entgegenführen, denn auch zur Gründung der Akademie bedarf es, wie nach jenem Heerführer zum Kriege, nur dreier Dinge: Geld, Geld und abermals Geld. Die sehr richtige Bemerkung wird von den greisen Landesvätern mit bedeutungsvollem Schweigen aufgenommen. Da erhebt sich ein junger Rittmeister vom Husarenregiment Hessen-Homburg und bietet als Beisteuer zur Gründung der Akademie das einjährige Einkommen seiner Güter an. Dieses Einkommen beträgt nicht weniger als 60,000 Gulden C.M. Das großherzige Beispiel weckt Nachahmung. In einer Viertelstunde ist ein Stammkapital gezeichnet und das Bestehen der Akademie gesichert.

Dieses glänzende Auftreten des jungen Rittmeisters — sein Vater, Franz, war Gründer des ungarischen Nationalmuseums gewesen; der Sohn nannte sich Graf Stefan Széchenyi — war nicht das Erzeugniß augenblicklicher jugendlicher Aufwallung, sondern der wolüberlegte Anfang zur Ausführung eines großen und weitgreifenden Planes. Der erste Schritt, mit dem der geniale Graf die Bühne der Oeffentlichkeit betritt, zeichnet zugleich in unverkennbaren Zügen das Programm seiner zukünftigen Wirksamkeit, wie er sie dann fast ein volles Vierteljahrhundert hindurch rastlos fortsetzt. Deshalb verdient und erheischt dieser Schritt unsere nähere Beachtung.

Graf Széchenyi beginnt seine Wirksamkeit mit Gründung eines Instituts, das zur Förderung der Nationalität bestimmt ist. . . . Diese bildet auch den rothen Faden, welcher sich stets sichtbar durch sein gesamntes Wirken hinschlingelt. Ungarns erstorbene Nationalität neubeleben, kräftig fortentwickeln und ihre Zukunft sichern, gilt ihm als erste und heiligste Pflicht. „Der Menschheit — um es mit seinen eigenen Worten zu sagen — eine Nation zu erhalten, ihre Eigenthümlichkeiten als Heiligthum zu bewahren, sie in ihrer unbefleckten Reinheit zu entwickeln, ihre Kräfte und Tugenden zu ver-

edeln. . . . Das ist die Aufgabe!" Oder mit andern Worten: „Unser Beruf ist kein geringerer, als die Welt mit einer Nation zu bereichern.“ . . . . Der Erfüllung dieses „Berufes“ ordnet der Graf andere Fragen, die mit derselben in Kollision kommen könnten, willig unter. Er will z. B. die Nichtadeligen aus ihrer bisherigen rechtlosen Stellung befreien, aber doch dem Adel eine bevorzugte Stellung wahren, weil er in ihm die Hauptstütze des Magyarismus sieht. Er will die Aritizität, diese lähmende Fessel des Grundbesitzes, aufheben, aber zugleich durch Gründung von Fideicommiss dem Uebergang des ungarischen Bodens in nichtungarische Hände vorbeugen.

Sein Debüt erfolgt zweitens auf einem Gebiete, wo von der österreichischen Regierung nicht nur kein Widerstand zu fürchten, vielmehr sogar Unterstützung zu gewärtigen ist. Man weiß, daß das wiener Kabinet in diesem Punkte anfangs sehr nachgiebig war. Es sollte hierdurch, wie damals der Kunstausdruck in den spezifisch österreichischen Kreisen lautete, „den magyarischen Schreibern das Maul gestopft werden“. Man gönnte ihnen willig dieses „unschuldige Spiel“, wofür Metternich es unstaatsmännischer Weise nahm, um ihre Aufmerksamkeit von andern, vermeintlich wichtigeren, Punkten abzulenken. . . . Auch diese Rücksicht auf die Tendenzen des Hofes bildet einen leitenden Grundgedanken in Széchenyi's fernerer Thätigkeit. Allerdings steht seine Vaterlandsliebe sonnenhelle da, und auch die schwärzeste Verleumdung wird ihn keines verrätherischen Einverständnisses mit antiungarischen Bestrebungen zeihen; aber als „praktischer“ Staatsmann, wie er sich so gern nannte, wollte er den Verhältnissen Rechnung tragen. Er fand, daß Ungarn sich seit Jahrhunderten im Tantaluskampf abmüde, und da schien es ihm denn gerathener, diesen nutzlosen Kampf ruhen zu lassen, um die Kräfte der Nation nutzbringend auf solche Punkte zu lenken, wo kein Widerstand von oben zu fürchten war. Die ungarische Nation hatte bisher stets nur die „Personalunion“ im Auge gehabt, in Folge deren sie offiziell keinen österreichischen Kaiser, sondern nur den ungarischen König kannte, von welchem sie mit Recht die genaue Beob-

achtung der ungarischen Gesetze forderte. Széchenyi hingegen ist der erste Liberale, der von einer „M i s c h e“, nämlich zwischen dem konstitutionellen Ungarn und dem absolutistischen Oesterreich, spricht und für dieses hässliche Verhältniß zarte Beachtung heischt. Der konstitutionelle Ungar soll deshalb seinen Fortschrittsdrang auf solchen Gebieten befriedigen, wo nicht, wie dies bei den politischen und sozialen Fragen geschähe, der absolutistische Gehälfte sofort Anstoß gegeben würde. Als ein solches gewissermaßen neutrales Gebiet gilt ihm das materielle, auf dem er auch eine rastlose Thätigkeit entfaltet. Seine Verdienste um den Straßenbau, um Regulirung der Kanäle und der Theiß, Einführung der Donau- und der Theißdampfschiffahrt, um den Bau der budapester Kettenbrücke, der pester Walzmühle, wie um das Erblühen des Handels und der Industrie in Ungarn, sichern ihm für ewige Zeiten eine der ersten Ehrenstellen im goldenen Geschichtsbuche seiner Nation. Aber damit die österreichische Regierung ihm h i e r i n freie Hand lasse, will er gern auf andern Gebieten ein Auge zudrücken, und über manche alte Rechtsverletzung, auch über manche neue Verkürzung, stillschweigend hinwegsehen; . . . wol geleitet von der Hoffnung, daß Ungarn, wenn es auf diese Weise sich national und materiell ungehindert entwickelt, dann stark genug sein werde, auch das zeitweilig geopfert e R e c h t wiederzugewinnen.

Aber auch einen dritten charakteristischen Moment in jenem ersten Auftreten Széchenyi's dürfen wir nicht unbeachtet lassen, da er ebenfalls einen wesentlichen Grundzug im System des Grafen bildet. Indem er das nationale Element beleben, entwickeln und befördern will, greift er nicht zu den gewöhnlichen Mitteln, wie z. B. durch Zeitschriften, durch Verbreitung wohlfeiler Volksbücher, Nationalisirung der Schule und ähnliche, auf und in der Volksgesamtheit wirkende Behelfe sein Ziel erreichen zu wollen. Er schlägt einen eigenen Weg ein: Die Geldaristokratie soll ein Institut schaffen, durch welches die Geistesaristokratie die Nationalität fördere. . . . Das ist der dritte Grundzug in Széchenyi's Wirksamkeit. Durch seine Geburt den höchsten Kreisen angehörend, auch der Gesinnung nach Aristokrat, allerdings in der bessern Bedeutung dieses Wortes, durch



wiederholentlichem längern Aufenthalt in Albion in seinem ganzen Wesen anglomanisirt, will er der ungarischen Aristokratie zu jener einflußreichen und bedeutsamen Stellung verhelfen, durch welche die englische so wolthätig auf die Entwicklung ihres Landes einwirkt. Von der regenerirten Aristokratie allein soll Ungarns Wiebergeburt ausgehen. Széchenyi will Alles oder doch Vieles fürs Volk, aber Nichts durch das Volk. Noch mehr: Selbst bei jenen Reformen, die im Interesse des Gemeinwohls vorgenommen werden, soll nicht Dieses, sondern das Interesse der Aristokratie, das wolverstanden dadurch ebenfalls und zwar in erster Linie befördert werde, der leitende und ausschlaggebende Grund sein. Széchenyi macht für Aufhebung der Aritizität oder der Urbairialverhältnisse keinen Rechtsgrund geltend, sondern nur den Vortheil des Adels, indem er mit Ziffern nachzuweisen sucht, wie durch jene Entfesselung Grund und Boden im Werthe steigen und somit der besitzende Adel der erste Gewinner sei. Man mag dies kluge Taktik nennen. Wir wollen es nicht bestreiten, aber man wird auch zugeben müssen, daß diese Taktik jedenfalls charakteristisch und auf die Gesinnung des Betreffenden ein erhellendes Schlaglicht wirft. . . . Weil aber Széchenyi Ungarns Wiebergeburt nur durch den hohen Adel bewerkstelligen will, unterläßt er nicht nur selbst den Versuch: Auf das eigentliche Volk irgendwie einwirken zu wollen, sondern vernachlässigt auch jene Gelegenheit, welche sich jedem ungarischen Agitator zur Einwirkung auf den mittlern Adel von selbst darbietet, nämlich den Komitatsaal. Der Graf sucht nur in den höchsten Kreisen der Aristokratie, durch die Wettrennen, nationalen Casinos und Klubs, für seine Ansichten Propaganda zu machen.

Eine prüfende Beurtheilung dieser Ansichten liegt außer dem Bereich unserer Aufgabe. Zu einigen beiläufigen Bemerkungen wird sich später Gelegenheit bieten. Hier haben wir nur die einfache Thatsache zu berichten: Die große Mehrheit der Nation, namentlich die liberale Partei, als deren Führer und Haupt Széchenyi anfangs galt, war nach Kurzem mit dieser Politik nicht einverstanden. . . . Auch ihr galt wol die Nationalität als ein hohes, um keinen Preis

hingugebendes Gut; aber sie lebte der festen Ueberzeugung, daß Recht und Freiheit die kräftigsten Stützen der Nationalität seien und mit jenen auch diese an Verbreitung und Stärke gewinne. Sie konnte daher in eine Unterordnung der Rechts- und Freiheitsprinzipien zu Gunsten der Nationalität unmöglich willigen, weil ihr hiebei nur der Verlust gewiß, der Gewinn hingegen rein illusorisch erscheinen mußte. . . . Auch sie verkannte nicht das Mißliche des ungarisch-österreichischen Verbandes. Zur Nachgiebigkeit fühlte sie sich jedoch umsoweniger geneigt, als die Geschichte sie belehrte, daß die österreichische Regierung derartige loyale Gefälligkeiten nicht durch Gegengesälligkeiten vergelte, vielmehr jedes Geschenk sofort als Recht geltend mache und dieses dann als Waffe zu neuen Eroberungen benütze. Die materiellen Vortheile, welche Széchenyi in Aussicht stellte, lockten die Opposition eben so wenig; durchdrungen wie sie war von der Ueberzeugung: Daß nur auf der Grundlage der Freiheit und des Rechts ein wahrhaft nationaler Volkstand sich entwickeln könne; ein rein materieller, auf Kosten jener Güter erkaufter Volkstand könne nie zur Freiheit, wol aber — die Geschichte bezeuge es — zur völligen Sklaverei führen. . . . Was endlich das von Széchenyi zur Vollbringung der Neugestaltung Ungarns erkorene Organ betrifft, so war die Opposition auch mit dieser Wahl nicht einverstanden. Sie hob vor Allem den gewaltigen Unterschied hervor zwischen der Grundlage, auf welcher das englische Oberhaus, und jener, auf der die ungarische Magnatentafel fuße. Sie zeigte ferner auf die ungarische Geschichte hin, welche lehre, daß nicht die hohe Aristokratie — deren Mitglieder bisher größtentheils entweder als feile Hofschranzen ihr Leben in gemeinschädlicher Unthätigkeit hingebracht oder des Landes Mark und Saft im Auslande verpraßt hätten — die Nationalität gerettet und erhalten habe, daß vielmehr nur die armen protestantischen Priester ihre eigentlichen Apostel, die Bauernhütte ihr einziges Asyl gewesen. Als Ersatz für die zu erleidende materielle Einbuße könne die hohe Aristokratie die Führerrolle ebensowenig beanspruchen; denn jene Einbuße ist kein Gnadengeschenk, sondern reine Pflichterfüllung, welche zu fordern die Nation berechtigt ist. . . .

So geschah es, daß Széchenyi — trotz des allgemeinen Enthusiasmus, den sein erstes Auftreten hervorgerufen, trotz der fruchtbaren Aufregung, welche sein „Hitel“ (Kredit), sein „Bilág“ (Licht) und sein „Stadium“ geweckt, trotz der werththätigen Theilnahme, mit welcher die Nation seine praktischen Unternehmungen förderte, — auf politischem Gebiete bald vereinzelt dastand. Die Anregung, welche er gegeben, ging weit hinaus über das Ziel, das ihm anfangs vorgeschwebt. Die Nation achtete in ihm den aufrichtigen Patrioten und den unermüdblichen Mann der That; sie verehrte ihn als den „größten Ungar“, wie ihn noch 1840 sein entschiedenster Gegner nannte; aber mit seinem politischen System wollte sie sich nicht befreunden. Sie schaarte sich um einen andern Fahnenführer.

Auch dieser — Baron Nikolaus Wesselenyi der jüngere — war ein Magnat; siebenbürgischem Geschlechte entstammt, aber auch in Ungarn begütert. Mit dem heißen Blut, dem eifrigen Patriotismus und dem stürmischen Thatendrang, hatte er zugleich den kühnen herausfordernden Oppositionsgeist seines Vaters — ebenfalls Nikolaus Wesselenyi — geerbt, dessen patriotischen Muth vier-trübselige, in den Gewölben Kuffsteins verlebte Jahre nicht zu brechen vermocht, und der nach seiner Befreiung der hervorragendste und entschiedenste Oppositionssprecher auf dem siebenbürgischen Reichstag von 1791 gewesen. In diesem Sinne hatte auch der Sohn seine Thätigkeit 1818 begonnen, indem er in Siebenbürgen von Komitat zu Komitat reiste und gegen die Einführung der verfassungswidrigen, weil mit Uebergang des Reichstags erlassenen Urbarmalverordnung agitirte. Sein Feuereifer, sein kräftiges Wort und seine rastlose Thätigkeit waren erfolgsgekrönt; die Regierung mußte vor dem einundzwanzigjährigen „wandernden Patrioten“ die Segel streichen und ihre gesetzwidrigen Anordnungen zurücknehmen. Die Ruhe und politische Regungslosigkeit, welche hierauf in Siebenbürgen folgte, gaben den Jüngling wieder dem Privatleben zurück. Das Schicksal führte ihn 1823 in Debreczin mit unserem dort stationirten Husarenrittmeister zusammen. Der gleiche Wunsch, der Beide befeelte: Ungarns Wiederbelebung und Neugestaltung, knüpfte zwischen den beiden Magna-

ten söhnen ein inniges, durch die Weihe des Patriotismus geheiligtes Freundschaftsband. Sie bereisten gemeinschaftlich den größten Theil Europas und kehrten 1825 bei Eröffnung des Reichstags mit dem festen Vorsatz zurück: Gemeinsam die Verwirklichung ihres heißen Wunsches anzustreben. Jedoch, war auch Ausgangs- und Endpunkt Beiden gemeinsam, so suchten sie doch auf verschiedenen Wegen vom Ausgangs- zum Endpunkte zu gelangen. Und mit jedem Schritte, den die Freunde vorwärts machten, steigerte sich die Entfernung zwischen ihnen.

Wesselenyi übernahm die Führung der Opposition, als diese sich immer mehr von Széchenyi abwendete. Er war nach seinem Temperament, seinen ererbten Meinungen und seiner Vergangenheit, der treueste Repräsentant jener Ansichten, die wir oben als den vollen Gegensatz der Széchenyi'schen kennengelernt haben. Er war vor Allem der Held der in Ungarn von Alters her beliebten, aber von ihm mit besonderer, an Hartnäckigkeit streifender Konsequenz durchgeführten Gravaminapolitik. Um keinen Preis nachgeben, denn der Teufel, dem du Heute die Finger reichst, erfaßt dich Morgen bei der ganzen Hand: Das war die leitende Grundidee seiner Politik. Die Nation darf sich nicht — wie so oft geschehen — durch feierliche Versöhnungsszenen rühren, durch einzelne Zugeständnisse besänftigen, durch allgemeine Versprechungen einschläfern lassen. Sie muß vielmehr mit nieermattender, furchtloser Energie auf Abstellung jeder Rechtsbeschwerde und Gesetzesverletzung, ob alt, ob neu, beharrlich dringen; und zwar diesen Grundsatz mit solcher Festigkeit aufrecht erhalten, daß sie eine Frage, über welche bereits irgendein, wenn auch von der Regierung längst gebrochenes Gesetz verfügt, nie wieder zum Gegenstand gesetzgeberischer Berathung mache, weil da nur das Aufgeben der alten Position gewiß, das von der königl. Sanction abhängige Erringen der neuen, aber ungewiß sei. Wesselenyi hatte trotz seines Liberalismus 1818 in Siebenbürgen den Urbarialerlaß, der den Bauern wolthätig werden konnte, bloß aus dem Grunde bekämpft, weil derselbe widergesetzlich eingeführt werden sollte. In diesem Geiste leitete er jetzt die ungarische Opposition. Kein wider-

gesetzlicher Schritt der Regierung, scheine er auch der wohlthätigste, darf geduldet werden, weil das Uebertreten des Rechtsprinzips, Heute im Interesse des Landes gestattet, Morgen zu dessen Verderben wiederholt werden könne. . . . Hand in Hand mit dieser negativen Wirksamkeit gehe die positive, nämlich die Belebung und Verbreitung der Nationalität, die Förderung des materiellen Wohlstandes, die Ausdehnung des Rechts und der Freiheit. Das Organ dieser zweifachen Wirksamkeit sei der gesetzgebende Körper und das selbstständige Komitat, welches Letzteres abwehrend durch seine Widerstandskraft, schaffend durch sein Statutarrecht wirke, wobei natürlich dem in den Komitatsitzungen mit Ausschluß der hohen Aristokratie fast allein herrschenden mittleren und niederen Adel die Hauptrolle zufiel. . .

In diesem Geiste organisirte Wesselényi die neuere ungarische Opposition und leitete sie mehrere Jahre hindurch. Persönlich die des Oberhauses, wo er als Magnat Sitz und Stimme hatte, die des Unterhauses aber durch die Parteikonferenzen, welche allabendlich in seiner Landtagswohnung, dem preßburger Barmherzigkeitskloster, abgehalten wurden. Der nach 23jähriger Pause im Jahre 1834 endlich wieder versammelte siebenbürgische Landtag rief ihn in sein eigentliches Vaterland zurück, wo er ebenfalls die Führerrolle übernahm. Eine einsame Zelle in der ofener Burg hemmte bald darauf sein stürmisches und erfolgreiches Wirken. Die dreijährige Haft brach seinen Muth und seinen Thatendrang so wenig, als sie die seines Vaters gebrochen hatte, aber sie beraubte ihn des Augenlichtes; und der „Bürgerlichtode“, wie er sich von jetzt an nannte, mußte natürlich auf das Führeramt verzichten. Doch unterstützte der blinde Veteran bis zum letzten Viertel des Jahres 1848 alle Oppositionsbestrebungen durch Rath und That, theils von seinem ziböer Familienkastei aus, theils in Komitats- und Reichsversammlungen. . . Es ist ein sonderbar trauriges Zusammentreffen, daß auch seinen Jugendfreund und politischen Gegner der „bürgerliche Tod“ früher als der natürliche ereilte: seit drei Jahren (1848) halten die finsternen Dämonen des Wahnsinns den „größten Ungar“ im döblinger Irrenhaus gefangen. . . Sollte dies traurige Ende, welches die beiden Schöpfer

der Neuzeit Ungarns traf, das Schicksal dieser Neuzeit selbst andeuten? Sollte auch der gegenwärtige bürgerliche Tod Ungarns mehr als Scheintod sein? Nein! „Noch lebt der Ungar, noch steht Buda!“ Und leidengebrückt, doch hoffnungreich spricht er mit Börösmarty:

„Wenn gleich bedrängt, doch nicht gebeugt  
Lebt noch ein Volk im Land.

— — — — —  
Noch kommen wird, kommen muß  
Uns eine bessere Zeit,  
Nach der vieltausendstimmig Flehen  
Grünt weit und breit.“ . . . .

Als Wesselenyi den ungarischen Reichstag um des siebenbürgischen Willen verließ, übernahm auf ersterem der szalader Deputirte Franz Deák die Leitung der Opposition. Kälteren Blutes und besonnenen Geistes, aber nicht minder entschieden, als der „Bürgerlichtodte“, und namentlich — wie ihn schon bei seinem ersten Auftreten Franz Kölcsey's „Tagebuch“ treffend charakterisirt — „ein Mann der verböcsh'schen Nation“, führte er diese ganz im Geiste seines Vorgängers. Deák besitzt nicht jene außerordentliche, fast furchteinjagende Riesengestalt und die trotzig herausfordernde finstere Miene des „Bürgerlichtodten“; aber der gedrungene, ungewöhnlich volle Körperbau, und der sinnende Ernst, welcher auf der hohen und breiten Stirne thront, lassen trotz des wolgenährten Bauches und dem freundlichen Lächeln, das die Lippen gewöhnlich umschwebt, mit Recht vermuthen, daß dieser Mann, wenn auch nicht kampflustig, jedenfalls vertheidigungsfähig, daß er seine Position mit kalter, aber desto festerer Ruhe behaupten, und, wenn hier Sieger, wol nicht mit napoleonischer Blitzesschnelle erobernd voranstürmen, jedoch festen Trittes vorrücken werde. . . . Deák's Führung hatte die Opposition namentlich den Sieg zu danken, welchen sie nach vierjährigem Kampf auf dem Reichstage von 1832/3 in der Urbarialfrage errang, und die feste Organisation, welche sie bis zum nächsten Reichstage gewann, und der ihr dann zu manchem glänzenden Triumpf verhalf. . . .

Derart hatten Széchenyi und Wesselényi, wenn auch verschiedene Wege wandelnd, doch einen gemeinsamen Ziele nachstrebend, die Nation zu neuem Leben geweckt, sie auf die Bahn des Fortschritts geleitet, und, Dieser auf politischem, Jener auf materiellem, Beide auf nationalem Gebiete, des Landes Wiedergeburt ermöglicht. Jedoch nur ermöglicht und vorbereitet, aber nicht vollbracht. Es war ihnen Dies auch geradezu unmöglich. Denn Beide hatten aus ihrer Berechnung einen Hauptfaktor des Staatslebens weggelassen: jenes Element nämlich, welches der bekannte französische Abbé aus Nichts zu Allem machen wollte. Das „verböczi'sche Volk“ schien ihnen noch immer allein als die Nation, die „elende steuernde Plebs“ aber als — Ballast zu gelten. Allerdings wollten sie das Elend derselben lindern; die Linderung sollte jedoch nur ein Geschenk sein, das ihr Jener aus bloßer Gnade, Dieser mit einem gewissen Pflichtbewußtsein richtete. . . . Aber auf die Massen selbst wirken zu wollen, sie zu ihrer eigenen Erhebung, und dadurch zur Mitwirkung an des Landes Erhebung aufzurufen, von den Landtags- und Komitatshallen, von dem Salon des Magnaten und dem Kastell des Adligen den Blick zuweilen auf den öffentlichen Markt, auf das einfache Bürgerhaus und die niedrige Bauernhütte zu richten, auf neue Agitationsmittel zu sinnen, welche bis in jene untern, immer noch unbeachtet gebliebenen Volksschichten eindringen: dazu gelangte weder der ungarische Graf, noch der siebenbürgische Baron.

Und doch mußte dies geschehen, sollte Ungarns Wiedergeburt wahrhaft und vollständig sein! Und doch konnte dies nicht ausbleiben, da einmal der mächtige Anstoß gegeben war! Wie die von Széchenyi ausgegangene Anregung sich weit über den Kreis verbreitete, den er ihr vorgezeichnet: so konnte auch der von Wesselényi gegebene Anstoß nicht innerhalb der von ihm gesteckten Grenzen stehen bleiben. Der Baun war gelöst, die Bahn gebrochen; das neue Leben mußte bald alle Kreise durchdringen. Auch Ungarns dritter Stand mußte bald seinen Wortführer finden, der ihn zum Bewußtwerden seines schmählichverkümmerten Rechts erwecke und ihm jene Stellung erringe, die er unfehlbar einnehmen mußte, sollte des



Landes Neugestaltung vollkommen, die Zukunft der Nation festbegründet sein.

Dieser Wortführer erschien bald und seine mit dem Jahre 1841 beginnende Wirksamkeit bildet eine neue Epoche in der ungarischen Geschichte.

Schon die äußern Umstände, welche sein Auftreten begleiten, lassen in ihm von vornherein eine außergewöhnliche Erscheinung vermuthen. Sein Haupt umstrahlt nicht, wie das seiner beiden Vorgänger, die Glorie eines alten Namens, der Helldenruhm eines historischen Geschlechtes. Sein Auftreten wird nicht begünstigt durch das noch in frischem Angebenken stehende Wirken eines Vaters, der wie Franz Széchenyi die höchsten Reichswürden bekleidet, und durch Gründung des Nationalmuseums sich unsterblich gemacht, oder wie Nikolaus Wesselényi der ältere durch die Märtyrerkrone und durch seine patriotischoppositionelle Wirksamkeit gerechte Ansprüche auf die Dankbarkeit seiner Nation erworben hat. Der neue Agitator ist der Sohn eines gewöhnlichen Landebelmannes, dessen Name noch jetzt ganz unbekannt wäre, hätte ihn nicht der Sohn mit ehernem Griffel in die Annalen seines Vaterlandes eingezeichnet. Dieser Sohn kann nicht wie jener junge Husarenrittmeister bei seinem ersten Erscheinen durch ein Geschenk von 60,000 Gulden die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich ziehen; . . . denn der arme Advokat nährt sich kümmerlich von seines Geistes Erwerb. Er kann auch nicht wie jener siebenbürgische Baron in allen Komitaten Grundbesitz kaufen, um das Stimmrecht und mit diesem Gelegenheit zur Agitation zu gewinnen; . . . denn selbst das Plätzchen, wo er Abends das müde Haupt hinlegt, ist nicht sein Eigenthum.

Und selbst die persönliche Erscheinung des neuen Agitators: wie weit verschieden ist sie von der seiner Vorgänger! In der kräftigen, muskulösen und nervigen Gestalt des jungen Rittmeisters mit dem vollen schwarzen Gesicht, den scharfmarkirten Zügen und den großen feurigen Augen; in der Herkulesgestalt Wesselényi's, unter deren Tritt der Boden erdröhnt, würde man auf den ersten Blick den würdigen Abkömmling der altberühmten Hunnen erkennen. Diese Vortheile

aber sind nicht gering anzuschlagen bei einem primitiven Volk wie das magyarische, wo persönliche Tapferkeit noch als die Hauptzierde und die erste Tugend des Mannes gilt. Und wenn auch Széchenyi oft behauptet, daß seine übergroßen in einander laufenden Augenbrauen seiner Volksthümlichkeit bedeutend schaden, so ist doch gewiß, daß wenn der Graf mit nervigem Arm die Wellen der Donau theilt und allen Mitbewerbern zuvorkommend eine volle Stunde unermüdet den mächtigen Strom durchschwimmt, er bei der bewundernden Zuschauermenge dadurch an Beliebtheit vielleicht mehr als durch die Einföhrung der Donaudampfschiffahrt gewinnt. . . . Und wenn Wesselenyi in dem Moment wo ihm die Gründe ausgehen, den Tisch auf dem der Gegentredner steht, mit Einem Arm aufhebt, ihn sammt dem Sprecher aus dem Saal trägt, rasch zurückkehrt, die Thüre abschließt und die Abstimmung in seinem Sinne erwirkt: so verdankt er diesen Sieg nicht bloß der erzwungenen Abwesenheit seines Gegners, sondern der eigenthümlichen Art in welcher er diese Entfernung bewirkte. . . . Wer würde hingegen in der mittelgroßen, schlanken, fast schwächlichen Gestalt des neuen Agitators mit dem kastanienbraunen Haar, den sanften blauen Augen, dem feingeschnittenen Mund, den edlen von Welt Schmerz umspielten, mehr west- als osteuropäischen Zügen: wer würde in Ludwig Kossuth den Abkömmling der weltbezwingenden Schaaren jenes Attila erkennen, der die Geißel Gottes und die Zuchtruthe Europas genannt worden?? . . .

### III.

Ludwig Kossuth, der Dritte im Bunde der ungarischen Agitatoren, wurde am 27. April 1806 im zempliner Komitat auf dem Edelhof seiner altadeligen aber unbemittelten Eltern geboren. Der Vater war Hausfiskal des Baron Vécsey. Der schöne und frühreife Knabe wurde im Hause der kinderlosen freiherrlichen Familie erzogen,

wo er mehr als bei seinen Eltern weiste, was von bedeutendem Einfluß auf seine Bildung und Geistesrichtung war. Denn das Haus des Barons gehörte zu den wenigen patriotischen, in denen schon damals nationale Sprache und vaterländische Interessen mit besonderer Vorliebe gepflegt wurden. Den ersten Unterricht erhielt Ludwig von dem jungen Geistlichen eines benachbarten Ortes, der ihm theils auf weiten Spaziergängen aus dem großen Buche der Natur, theils aus gedruckten Schriften die ersten Wissenselemente beibrachte. Der Geistliche, zu dem Ludwig in einem fast brüderlichen Verhältniß standen, wurde später versetzt und Ludwig, genügend vorbereitet, besuchte das Gymnasium zu S. a. Mihely, dem Hauptort des jempliner Komitats. Rasche Auffassung und das Talent das Empfangene rasch wiederzugeben, zeichneten ihn vortheilhaft aus, aber auch eine entschiedene Abneigung gegen das despotische Verfahren mancher Lehrer. Eine zur Beugung dieses Trozes von den Lehrern über ihn verhängte entehrende Strafe erbitterte den zartfühlenden Knaben so sehr, daß er sich in die Vobrog stürzen wollte. Nachteilende Kameraden hielten ihn von der Ausführung dieses Vorhabens ab. Zur Rückkehr in das Gymnasium war er jedoch nicht zu bewegen. Er wurde von Privatlehrern unterrichtet und zum Besuch des sárospataker reformirten Kollegiums vorbereitet auf welchem er die Rechte studirte.

Dieses Studium bot dem geistreichen Jüngling hinreichende Gelegenheit, sich mit den Rechtsverhältnissen seines Vaterlandes vertraut zu machen und die zahllosen Mißbräuche kennen zu lernen, welche sich im Laufe der Jahrhunderte am gesunden Kern der ungarischen Verfassung angesetzt. Gleichzeitig erfüllte das von ihm schon zu dieser Zeit mit großem Eifer betriebene Studium der vaterländischen Geschichte sein empfängliches Gemüth mit Bewunderung und Begeisterung für die frühere Glanzperiode des selbständigen Ungarns, und mit Erbitterung gegen jene Regierung an welche Ungarn später seine Selbständigkeit verloren und die zum Dank dafür unablässig an dessen Verfall gearbeitet hatte. . . . Wie schon im Kollegium vor seinen Mitschülern, so sprach er später, nachdem er die Schule verlassen und als Edelmann Sitz und Stimme im Komitatssaal gewonnen hatte, hier offen

und entschieden über Mißbräuche die abzuschaffen, Reformen die einzuführen, politische Siege die zu erringen wären. Der Kreis auf den die begeisterte Rede des jungen Mannes wirken konnte, war freilich klein, doch reichte auch die beschränkte Wirksamkeit hin, um ihm die Liebe vieler gleichgesinnten Patrioten zu verschaffen und ihn bei der Regierung wegen liberaler Gesinnung verdächtig zu machen. Sein bei der ungarischen Hofkanzlei eingereichtes Gesuch um eine Sekretärstelle durch die er seine Existenz sichern und sich einen geregelten Wirkungskreis verschaffen wollte, wurde abschlägig beschieden.

Ludwig griff nun zur Erwerbsweise seines Vaters: er wurde ebenfalls Hausfiskal bei einer reichen Magnatenfamilie, und zwar bei der Gräfin Szápáry. Zwischen der noch nicht alten Wittve und dem jungen lebenswürdigen Anwalt blieb das Verhältniß nicht lange ein reingeschäftliches. Letzterer beschränkte sich dann nicht mehr auf seinen schmalen Gehalt, sondern machte mit Erlaubniß der Gebieterin freiem Gebrauch von ihrem Vermögen. Verschiedenheit der Jahre und anderweitige Verlockungen ließen ihn bald erkalten. Die gekränkte Gebieterin sann auf Rache und forderte strenge Rechnungsablegung über die Verwaltung ihres Vermögens. Ludwig, der sich auf immer kompromittirt und seine Zukunft abgeschnitten sah, wenn er den grundlosen Verdacht der Veruntreuung auf sich haften ließ, mußte zu seiner Ehrenrettung eine Indiskretion begehen. Er unterbreitete nämlich dem Komitatsgericht bei dem er angeklagt war, die zärtlichen Briefe der Gräfin, in welchen sie ihn ermächtigt hatte, von ihrem Vermögen unumschränkten Gebrauch zu machen. Der ärgerliche Prozeß wurde niedergeschlagen, dem Angeklagten jedoch von der öffentlichen Meinung seine Unritterlichkeit zum Vorwurf gemacht. Seine bisherige Stellung war selbstverständlich nicht mehr haltbar. Und da der bedeutende Anhang der Gräfin ihm überhaupt jedes fernere Wirken in diesem Komitat erschwerte, verließ er es ganz und ging nach Pest wo er als Advokat zu prakticiren suchte. Durch die Bekanntschaft mit dem Dichterpaa'r Kisfaludy angeregt, beschäftigte er sich auch literarisch; freilich in sehr geringem Maße.

Sein Aufenthalt in der Hauptstadt währte diesmal nicht lange,

indem er 1832 nach Preßburg ging, um an den Reichstagsverhandlungen als Absentenablegat — Vertreter eines abwesenden Magnaten — theilzunehmen. Er versuchte schon in den ersten Tagen sich an den Verhandlungen zu betheiligen, und zwar forderte er die Drucklegung des Protokolls der Zirkularsitzungen. Jugendliche Befangenheit und wol auch die vornehme Geringschätzung mit welcher die hochlöblichen Komitatsdeputirten auf die dreifach größere Schaar der Pseudo- oder Absentenablegaten herabblickten, scheint die Rede des Stimmlosen — der Absentenablegat hat nur Sitz aber nicht Stimme im Unterhaus — auch eindruck- und erfolglos gemacht zu haben. Doch lenkte sie die Aufmerksamkeit einiger Liberalen auf ihn, namentlich ahnte K. Balogh in ihm ein bedeutendes Talent und suchte seine nähere Bekanntschaft. Demohngeachtet fand es Kossuth rathsam, auf einem andern freieren Gebiete das noch ganz brach lag und der jungen rüstigen Kräfte sehr bedurfte, nämlich auf dem Gebiete der Journalistik, sich die Rittersporen im Dienste des Vaterlandes zu verdienen.

Die liberale Partei hatte bisher in Ungarn jener kräftigen Stütze entbehrt, welche die Opposition anderer Länder an der öffentlichen Meinung findet. Das ungarische Volk kannte die Bestrebungen seiner liberalen Freunde nicht, weil das Vermittlungsorgan: die berichtserstattende Presse, fehlte. Die offiziellen Protokolle kamen ihres großen Umfanges und hohen Preises wegen nicht unter das Volk. Auch fehlte es den tagtäglich bedeutsamer werdenden Zirkularsitzungen an jeder schriftlichen Kundgebung ihrer Thätigkeit. Eine nichtoffizielle Berichterstattung war bei der äußerst schwachen Journalistik nicht vorhanden und ob der wiewol widergesetzlich doch thatächlich eingeführten Zensur auch nicht zulässig. . . . Die Opposition wünschte diesem Uebelstande abzuhelfen, und Gräf Andrássy, tornaer Deputirter, hatte schon 1830 die Herausgabe einer Reichstagszeitung beantragt, war aber damit nicht durchgedrungen. Die Regierung fürchtete, daß der Antrag 1832, und vielleicht mit mehr Glück, erneuert werden könne. Sie suchte Dem durch kleine Zugeständnisse vorzubeugen, indem sie den zwei peßter ungarischen Blättern gestattete: vom Reichstag

etwas mehr als die bisher üblichen dürrn Notizen mitzutheilen. Als jedoch die beregter Deputirten, weil ihre Reden falsch mitgetheilt wären, sich persönlich an den Palatin mit einer Klage über die „Zügellosigkeit“ der Presse wendeten, wurde höhern Orts diese Gelegenheit freudig ergriffen, das frühere Zugeständniß rasch zurückgenommen und den pester Blättern die alte Weisung neuerdings eingeschärft: nur Das nachzudrucken was die preßburger deutsche und lateinische Zeitung mittheile.

Hiermit begnügten sich die Lichtfeinde noch nicht. Es wurde von gewisser Seite her sogar die Aufhebung der geringfügigen bisher bestandenen Deffentlichkeit angestrebt, d. h. die Ausschließung der Jugend aus den Reichstagssälen beantragt. Von Graf Sedliniczky und dem königlichen Personal Mérey ausgegangen, wurde der Antrag selbst von einigen sogenannten Liberalen, wie Bernát, Tarkas, Niczky und Paul Nagy, so warm unterstützt, daß nur das energische Auftreten eines Masthényi, Pécsy, Bázmány und Bezerédy, den königlichen Personal und seinen Satelliten Rudics zur Rücknahme des schmählischen Antrags nöthigen und die geringe Deffentlichkeit der Reichstagsverhandlungen retten konnte. . . Es war daher natürlich, daß die Freunde der Deffentlichkeit immer energischer auf das Inslebenrufen einer Reichstagszeitung drangen. Die Verathung schwankte lange darüber: ob ein Diarium der Zirkularsitzungen, ob eine beurtheilende Reichstagszeitung, oder bloß ein Auszug aus den Verhandlungen herausgegeben werden; ob man hiezu die Presse, die Lithografie oder die Diktatura benutzen und Wem man die Redaktion übertragen solle? . . . Verschiedene Pläne waren gemacht und wieder verworfen, als in der im Barnherzigenkloster abgehaltenen Parteikonferenz am 30. Dezember 1832 auch Ludwig Kossuth erschien. Er las die Aufzeichnungen vor welche er von den bisherigen Sitzungen gemacht. Die geistreiche Auffassung, der patriotische Geist und der glänzende Stil gefielen allgemein. Sofort wurde einstimmig beschloffen: dem Verfasser die Redaktion der Reichstagszeitung zu übertragen und die erforderlichen Kosten mittels Subscription aufzubringen. Aber nicht weniger rasch als der Beschluß zu Stande ge-

kommen, wurde er auch aufgegeben. Einige Oppositionelle zogen bei Graf Andrássy — mit der Familie Szápáry verschwägert — nähere Erkundigungen über den unbekannten Absentenablegaten ein. Der Graf nannte ihn anrücklich. Einem „anrücklichen“ Mann konnte die hohe Versammlung unmöglich die Redaktion ihrer Zeitung übertragen. Bernát hielt es überhaupt für unmöglich, daß ein Nicht- oder Asten-deputirter den Gang der Berathungen richtig auffassen und wiedergeben könne. Der königliche Personal meinte in der Sitzung vom 10. Januar 1833: die ungarische Verfassung habe 800 Jahr ohne Reichstagszeitung bestanden, und sie könne daher auch wol fernerhin ohne solche bestehen. . . . So zerschlug sich die Sache abermals.

Erst nach mehreren Monaten und nachdem ein anderweitiger Versuch an der Unfähigkeit der Redaktion und der Theilnahmslosigkeit des Publikums gescheitert war, einigte man sich dahin, dem Ludwig Kossuth die Redaktion der Reichstagsberichte, die jedoch kein offizielles, sondern nur ein Parteiorgan sein sollten, zu übertragen; und zwar in Gemeinschaft mit J. Drosz, dem spätern Redakteur des „Hírnök“ (Vote), und schon damals durch seine Schrift über den Reichstag von 1830 vortheilhaft bekannt.

Kossuth diktierte seine durch eleganten Stil, klare Auffassung und entschiedene Gesinnung ausgezeichneten „Országgyűlési Tudósításiok“ (Landtagsberichte) einer Anzahl von jungen Leuten, die gewöhnlich im Gefolge der Deputirten nach Preßburg kamen und die eigentlich sogenannte „Reichstagsjugend“ bildeten. Die Berichte erschienen zweimal wöchentlich, je nach Maßgabe des Interesses welches die Verhandlungen darboten mit mehr oder weniger Text, und wurden in Briefform mittelst Post versendet. Als sie die Regierung jedoch auf der Post erbrechen oder zurückhalten ließ, wurde eine andere Expeditionsweise gewählt: die Blätter wurden durch die unantastbaren Komitatshaududen von Ort zu Ort befördert. Die Zahl der Abnehmer stieg fortwährend, trotz des ungemein hohen Preises, und die Wirkung des Blattes offenbarte sich bald in einer alle Erwartung übertreffenden Weise. Zum ersten Mal wurden hier die Verhandlungen vor ein

größeres Publikum gebracht, einer strengen Kritik unterworfen und über Gesinnung und Aeußerung der Einzelnen öffentlich Lob oder Tadel ausgesprochen. Das Blatt war selbstverständlich im Sinne der Opposition gehalten. Der Beifall der ihr, der Tadel der ihren Gegnern zugemessen wurde, gab ihr neue Schwungkraft, wie sie andererseits aus der Zustimmung des Volkes, welches erst durch diese Blätter einigermaßen erfuhr, daß und von wem für es gewirkt werde, Muth und Begeisterung zum rüstigen Weiterstreiten schöpfte. Ihre allmähliche Erstarkung offenbarte sich am augenscheinlichsten darin, daß mehre Komitate sich im Laufe des Reichstags veranlaßt sahen, die frühern illiberalen Instruktionen zurückzunehmen, und ihre Deputirten mit neuen, im Sinne der Fortschrittspartei abgefaßten, zu versehen.

Der glänzende Erfolg ermuthigte zur Fortsetzung der journalistischen Wirksamkeit, und nach Auflösung des Reichstages beschloß Kossuth, die Manuscriptzeitung jetzt zur Mittheilung der Komitatsverhandlungen zu benutzen, um dadurch Oeffentlichkeit und Gemeinsamkeit in das nationale Streben zu bringen. Der bedeutende Absatz dessen sich die schon von Kossuth allein redigirten „Törvényhatósági Tudósításof (Municipalberichte) erfreuten, nöthigte den Verfasser, sich anstatt der Abschreiber einer Lithografie zu bedienen. Diese wurde in Pest, wohin Kossuth übersiedelte, aufgestellt und das Unternehmen mit der Berichterstattung über die pester Komitatsverhandlungen begonnen. Bald folgten auch Berichte über die Verhandlungen und die Thätigkeit anderer Komitate, da Kossuth sich an den meisten Orten gutunterrichtete Korrespondenten zu verschaffen wußte. Die Regierung, erschreckt von der Verbindung und Gemeinsamkeit welche hiedurch in das Wirken der früher zusammenhangslos gewesenen Municipien gebracht und von der Theilnahme die auf diesem Wege in manchen bisher theilnahmlösgebliebenen Kreisen angeregt wurde, suchte auf jede Weise das Unternehmen zum Fall zu bringen. Die Zeitung durfte nicht mittelst Post versendet werden: da halfen wieder die Komitathandbuden aus der Noth. Es wurde ein direktes Verbot an Kossuth gerichtet, die Zeitung nicht fortzusetzen.



Da ihm dasselbe jedoch nicht auf dem gewöhnlichen gesetzlichen Wege, d. h. durch die Komitatsbehörde, zugekommen und außerdem die Zensur, somit die Einmischung der Regierung in Pressangelegenheiten, in Ungarn nie gesetzlich war, versagte Kossuth den Gehorsam und stellte sich und sein Blatt unter den Schutz des pesther Komitats, in dessen Versammlungshaus er auch die lithografische Presse brachte. Da wurde das Komitat zum Einschreiten gegen Kossuth aufgefordert. Dieses meinte aber, hiezu weder gesetzlich verpflichtet noch berechtigt zu sein. Auch die andern Komitate nahmen sich Kossuth's an und ernannten ihn zu ihrem regelmäßigen Korrespondenten. Die Regierung, geängstigt und gereizt, beendete die Angelegenheit durch einen Gewaltstreich. Unter Anführung des Hauptmanns Graf Thurn erschien im Mai 1837 nächtlicherweise eine Grenadierkompagnie vor Kossuth's Sommerwohnung im ofener Gebirge und führte ihn als Gefangenen in die ofener Festung. Mit ihm wurde auch der Mitbewohner seines Sommerlogis, sein eifrigster Gönner Baron Nikol. Wesselenyi, verhaftet; angeblich, wegen zu greller Aeußerungen die er sich 1834 in einer Generalversammlung des szathmärer Komitats über das Verfahren der Regierung erlaubt. Früher waren schon mehrere hoffnungsvolle junge Männer, weil sie während des letzten Landtages einen politischen Klubb gebildet hatten, mit Uebergang der Zivilbehörden von Soldaten ins Gefängniß geworfen worden.... Die allgemeine Aufregung über diese widergesetzlichen Verhaftungen wurde noch bedeutend gesteigert durch das Tirannische des richterlichen Verfahrens, indem den Angeklagten gegen das Gesetz die freie Vertbeidigung versagt und von den obersten Gerichtshöfen der gewöhnliche Rechtsgang beseitigt wurde.... Die auf Hochverrath lautende Anklage wurde nicht bestätigt, trotzdem war die Septemvirkaltafel feil genug, das Verfahren der Regierung gutzuheißen und 1839 die Eingekerkerten zu vierjähriger Haft zu verurtheilen.

Die gewaltsame Einkerkierung und die ungerechte Verurtheilung riefen im ganzen Lande eine ungewöhnliche Erbitterung wach. Die Angelegenheit wurde in allen Komitaten als Landesbeschwerde betrachtet und von den liberalen Rednern zur Agitation gegen die Re-

gierung in so ausgedehnter Weise benutzt, daß Manche von ihnen sich Injurien, Andere sogar Hochverrathsprozesse zuzogen. Das Einschreiten gegen diese Vertheidiger der Schuldloseingeferkerten mußte natürlich die Erbitterung noch mehr steigern. Diese begann allmählich so gefahrbrohend zu werden, daß die Hauptschuldigen den Zusammentritt des nächsten, sie gewiß anklagenden und verurtheilenden Reichstags nicht abzuwarten wagten. Der Reichskanzler Graf Pálffy trat schon im Frühjahr 1839 von seinem Posten zurück; der Präsident der Septemvirkaltafel, Graf Cziráky, ging als Minister, der Präsident der königlichen Tafel, Somfich, als Staatsrath nach Wien. Der Sturm den sie vorausgesehen, blieb auch wirklich nicht aus. Jene allgemeine Erbitterung ließ bei den Deputirtenwahlen fast überall die Oppositionskandidaten siegen. Sie erschienen in enggeschlossener Falanx auf dem Reichstag mit dem einstimmigen Entschluß: aus der Rede- und Schreibfreiheit eine Lebensfrage zu machen und die von der Regierung gewünschten Steuern und Rekruten nicht eher zu bewilligen, bis nicht jene Gewaltthätigkeiten aufgehoben sind und zukünftigen Wiederholungen derselben vorgebeugt wird. Die Regierung hingegen glaubte durch Abberufung der genannten hohen Beamten schon der allgemeinen Erbitterung ein genügendes Sühnopfer gebracht zu haben und in der Sache nicht mehr nachgeben zu müssen. In einem diesfälligen Reskript vom 29. März 1840 erklärte Se. Majestät unter Andern: Sie halte es stets für „heilige Regierungspflicht, die geeigneten Maßregeln zu treffen, daß jene Individuen, welche die Grenzen überschreiten die zwischen der regelmäßigen Ausübung der Rede- und Schreibfreiheit und zwischen einer Zügellosigkeit gezogen sind, welche eine Feindin dieser Regelmäßigkeit und der guten Ordnung ist . . . vor den zuständigen Gerichten belangt werden;“ weshalb sie denn auch „insbesondere in Bezug auf die obberührten Individuen, die über dieselben gefällten Urtheile der Gerichte aufs Strengste aufrechterhalte.“ Ja, sie verlangte sogar vom Reichstag, daß er für ähnliche Fälle ein neues Hochverrathsgesetz bringe, da die bisherigen diesfälligen Gesetze nur auf Thaten nicht aber auf Worte, gesprochene oder geschriebene, anwendbar waren.

Die allergehorfamsten Magnaten waren mit diesen Ansichten vollkommen einverstanden und verwarfen die Klage der Stände, da in Ungarn bereits hinlängliche Garantie für die Rede- und Schreibefreiheit bestehe und keine Erweiterung sondern eine energische Vorkehrung gegen deren Mißbrauch nöthig sei. Jedoch, die an der Ständetafel in außerordentlicher Mehrheit befindliche Opposition beharrte unerschütterlich auf ihrer Klage und Forderung. Und da die Regierung die verlangten 4 Millionen Gulden und 38,000 Soldaten umsonst entbehren konnte, als durch Thiers' Eintritt in das französische Ministerium damals alle europäischen Kabinette von Kriegsbefürchtungen geängstigt waren, verkündete endlich der Palatin am 1. März 1840 als einen „neuen Beweis der Guld und Gnade Sr. Majestät“: daß der König, in der am 29. April laufenden Jahres erlassenen Resolution gnädigst zu befehlen geruhte, daß alle jene Individuen welche seit dem Beginn des letzten Landtages in Folge der Gesefartikel 7: 1715 und 9: 1723 unter gerichtliche Anklage gestellt wurden, und dem gefällten Urtheil gemäß gegenwärtig ihre Strafe erleiden, gänzlich in Freiheit zu setzen sind; alle Jene aber gegen welche noch laut obigen Gesetzen . . . gerichtliche Klagen anhängig sind, davon enthoben werden“. . . . Die Landesbeschwerbe war somit thatsächlich gehoben und die Stände ließen nach 23 bisher mit den Magnaten gewechselten Runzien, die Sache der Rede- und Schreibefreiheit fallen, indem sie dieselbe der Beachtung des nächsten Reichstags empfahlen und zugleich ihr festes Beharren bei den bisher von ihnen vertheidigten Grundsätzen aussprachen. Der königliche Gnadenast wurde bald auch ausgeführt. Lapsánky war spurlos verschwunden; Kováshy verließ den Kerker — wahnsinnig; Wessélenyi — blind; Kossuth — nur körperlich geschwächt, geistig aber gestärkt und energischer denn früher. Er hatte die Haft, die übrigens keine strenge gewesen, zur Erweiterung seiner Kenntnisse, namentlich in fremden Sprachen und Geschichte, bestens benutzt, während andererseits das überstandene Märtyrertum sein Ansehen beim Volke hob und seinen Einfluß steigerte. Daß die Haft seine antiosterreichischen Gesinnungen eben nicht geschwächt, ist zu erwähnen wol überflüssig. Er konnte

mit dem alten Wesselényi sagen: Die Haft hat mich leiden gelehrt, aber nicht fürchten. . . . Der Vater war während des Sohnes Haft gestorben. Für die Familie deren Erhaltung größtentheils dem Leptern obgelegen, hatte die Opposition gesorgt. Sie schloß auch jetzt ein beträchtliches Kapital zusammen, damit der Befreite einige Zeit hindurch sorgenfrei der Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit leben könne.

Kossuth ging zu diesem Zwecke im Sommer 1840 nach Pará, einem Badeorte im Mátragebirge, wo er, wiewol der Gegenstand allgemeiner Neugierde und Aufmerksamkeit, sehr zurückgezogen lebte, an den verschiedenen Unterhaltungen der Badegesellschaft nur geringen Antheil nahm, desto fleißiger aber an der Seite seiner Schwester oder eines Freundes die reizenden Umgebungen besuchte. In diese Zeit fällt auch seine Verheirathung mit Fräulein Therese Wesselényi, Tochter eines raaber Edelmanns. Er hatte vor seiner Haft ihre Bekanntschaft gemacht; und die Treue und standhafte Theilnahme welche sie ihm während der langen Haft durch ihre Briefe, durch Versorgung mit Büchern wie durch Vereitung aller unter den gegebenen Verhältnissen irgendwie möglichen Bequemlichkeiten bezeugt hatte, fettete ihn um so fester an das eben nicht überaus schöne aber geistvolle und energische Mädchen, das er jetzt zum Altar führte.

Im Herbst desselben Jahres nach Pest zurückgekehrt, riethen ihm mehrere Freunde: sich in der Tagespresse einen Wirkungskreis zu verschaffen. Er wies den Antrag anfangs entschieden ab, und zwar mit der jedesfalls charakteristischen Bemerkung: solange das ungarische Gesetz nicht ausspreche, daß zur Herausgabe eines Journals eine ausdrückliche Regierungsbewilligung nöthig sei, könne er sich um diese unmöglich bewerben. Auch glaubte er nicht, daß die Zensur und seine Feder, die wol Manches zurückhalten aber nie das Gegentheil seiner Gefühle niederschreiben könne, mit einander vereinbar wären. Die Verhältnisse hatten sich jedoch in letzter Zeit etwas günstiger gestaltet. In der Hofkanzlei war Pálffy durch den liberalen Majláth ersetzt worden und zum Zeichen ihres guten Einverständnisses mit der Nation oder eigentlich zum Dank für die neubewilligten

Steuern und Soldaten, hatte die Regierung die Zensurschranken den magyarischen Blättern gegenüber ein wenig erweitert. Sie durften über die Komitatsverhandlungen berichten. Auch manche zeitgemäße Fragen fanden ungehinderte Besprechung, wie z. B. Graf Jay im „Társalkodo“ (Gesellschafter) die Nationalitätsfrage, Tanárky in seiner „siebenbürgischen Reise“ die konstitutionelle Entwicklung, der „Hírnök“ die Pressfreiheit besprach. Es war natürlich, daß die liberale Partei diese günstigeren Verhältnisse zur Gründung eines Parteiorgans zu benutzen wünschte. Kossuth lehnte die Mitarbeiterschaft nicht ab. Ein angesehener Parteigenosse erbot sich, höheren Orts die geeigneten Schritte zu machen. Sie blieben jedoch erfolglos. . . .

Um diese Zeit hatte der Buchdruckereibesitzer Ludwig Landerer das Verlagsrecht des von Munkácsy herausgegebenen „Sürgöny“ (Depeche) an sich gebracht. Das Blatt sollte mit einem neuen Namen und Format auch eine neue politische Richtung, und zwar im Geiste der Opposition, erhalten. In diesem Sinne wurde auch das Programm ausgegeben und für eine ungenannte Redaktion gesorgt. Kossuth der in keiner nähern Beziehung zu dem Programm stand und für jetzt den Gedanken an journalistische Thätigkeit ganz aufgegeben hatte, wurde am 29. Dec. 1840 von Landerer mit der Frage überrascht: ob er nicht geneigt wäre, die Redaktion des zum Neujahr jedenfalls erscheinenden „Pesti Hírlap“ (Pester Zeitung) zu übernehmen? Kossuth antwortete mit der Gegenfrage: ob der Verleger wol bedacht, daß unter einer solchen Redaktion die erste Nummer seines Blattes wol auch dessen letzte sein dürfte? Landerer hatte indeß schon früher diesfalls in Wien angefragt und — da man Kossuth versöhnen wollte, es auch gut fand, seine Agitation in die Schranken der Zensur zu bannen — eine bejahende Antwort erhalten. Das Programm war wie gesagt im liberalen Sinne abgefaßt und Kossuth konnte sich ungescheut dazu bekennen. Das Uebereinkommen zwischen Verleger und Redakteur war bald getroffen; der völlige Abschluß jedoch von Seiten des Letztern noch von der Aufnahme welche sein erster, die Richtung des Blattes bestimmender Leitartikel bei der

Zensur finden werde, abhängig gemacht. Als dieser, in der Silvesternacht geschrieben, von der Zensur nicht entschieden abgewiesen sondern mit wenigen erträglichen Radirungen und Aenderungen zurückgeschickt wurde, willigte Kossuth definitiv in die Uebernahme der Redaktion des Blattes, das am 2. Januar 1841 mit 60 Abonnenten in die Welt hinaustrat. Landerer hatte demohngeachtet 2500 Exemplare drucken lassen, mußte aber schon nach wenigen Wochen eine zweite Auflage veranstalten, und nach einigen Monaten zählte das Blatt an 5000 Abonnenten.

#### IV.

Die Politik der Regierung: Kossuth's Agitation durch den Rothstift zu mäßigen, erwies sich, wenigstens für den Augenblick, als richtig. Schon die natürliche Klugheit, um nemlich seinem Blatte nicht frühzeitig den Todesstoß zu geben, nöthigte den Redakteur zur Beobachtung gewisser Rücksichten, wenigstens auf so lange, bis das Journal genug Bedeutung, Einfluß und Macht erlangt haben werde, um selbst den Zensor einzuschüchtern und der Regierung einen Gewaltakt zur moralischen Unmöglichkeit zu machen. . . . Außerdem waren mehrere Oppositionelle der Ansicht, daß jetzt, nach der Versöhnung, welche so eben auf dem Reichstag zwischen Regierung und Nation erfolgt war, die Agitation nach oben ruhen möge. Denn in einer gewissen Beziehung war die behauptete Sinnesänderung der Regierung diesmal ernstlich gemeint. Nicht als hätte sie etwa den alten Kampf gegen Ungarns Rechte und Freiheiten aufgeben wollen, aber die Mittel und die Art des Kampfes sollten geändert werden. Sie war endlich doch zu der Ueberzeugung gelangt, daß die alten Mittel — veraltet, daß Ungarn nur in konstitutioneller Weise regiert und — bekämpft werden könne. So manche deutsche pseudokonstitutionelle Staaten und der „Napoleon des Friedens“ belehrten sie aber, daß

auch in sogenannter verfassungsmäßiger Weise die Vermehrung der Regierungsgewalt, die Bekämpfung des Liberalismus und des Fortschritts möglich sei. Sie beschloß, diese Methode in Ungarn zu versuchen. Und da in letzter Zeit, seitdem die nationale Partei sich mit dem Liberalismus zu befreunden angefangen, der engherzige Theil derselben die alte Fahne verlassen und sich der Regierung angeschlossen hatte, so besaß diese — was früher nie der Fall gewesen — im Lande selbst einen nicht unbedeutenden Anhang, auf den gestützt sie den Kampf gegen die Opposition mit verfassungsmäßigen Waffen führen konnte. Dieser neuen Wendung gemäß mußte auch die Opposition ihre Taktik ändern und die Waffen wenigstens so lange ruhen lassen, bis der neue Plan und das neue Verfahren der Regierung hinlänglich bekannt sein werde. . . . Auch war Kossuth — wir werden uns im Laufe dieser Schrift hievon genügend überzeugen — überhaupt kein Freund der Gravaminalpolitik. Als Effektiker nahm er das Bessere aus den Systemen seiner beiden Vorgänger an. Er hielt es mit Széchenyi für Sünde, die Kräfte der Nation im nutzlosen Tantaluskampf, der sich oft um bloße Rechthaberei drehte, zu vergeuden. Keineswegs wollte er aber wie der Graf Etwas von den Rechten der Nation opfern, denn in dieser Beziehung war er nicht weniger eifersüchtig als Wessélenyi. Nur mochte er sich nicht wie Letzterer an den todtten Buchstaben klammern, und in kleinen einzelnen Gefechten Zeit und Kraft verschwenden, sondern durch großartige Mittel: durch Erweckung des allgemeinen Rechtsbewußtseins und Steigerung der Nationalkraft, dahin wirken, daß das bisherige System unmöglich gemacht, und dadurch alle Beschwerden nicht einzeln sondern radikal, geheilt werden. Um dies Ziel zu erreichen, galt es daher vor Allem: jenes Rechtsbewußtsein zu wecken und die Nationalkraft hinreichend zu stärken, ehe der Kampf gegen die höhern Mächte wieder mit Aussicht auf Erfolg beginnen könne. . . .

Je rücksichtsvoller Kossuth sich aber nach Oben verhielt, desto ungestörter konnte er nach andern Seiten hin wirken. Und er löste hier sein beim Antritt der Redaktion gegebenes Versprechen: „Sich weder durch den finstern Blick der Mächtigen noch durch das stür-

mische Drängen seiner Mitbürger beirren zu lassen“, mit männlichem Muth und seltener Energie ein. . . . Eifriger Verehrer der Municipien in welchen er die festeste Grundlage und zugleich die zuverlässigste Garantie der ungarischen Verfassung sah, war er doch der Erste der die Auswüchse dieser Institution und die Mißbräuche ihrer Beamten schonungslos angriff. An Stoff fehlte es hierzu wahrlich nicht, wenn hier die Gefangenen 3—4 Jahre unverhört im Kerker schmachteten, dort alljährlich die Hälfte derselben ein Opfer des Tyfus wurde; wenn in einem Komitat in der Geldverwaltung die größten Unterschleife straflos verübt wurden, im andern bei Auswerfung der Steuern die Willkür einiger angesehenen Komitatsherren den einzigen Repartitionschlüssel bildete; und die Behörden eines dritten Komitats, um dem Nachbarkomitat die Möglichkeit abzuschneiden mit ihnen auf dem einen oder dem andern Markt zu konkurriren, die nothwendigsten Handelsstraßen verfallen ließen, während sie den Weg zum Kastell des beliebten Vizegespanns mit dem größten Kostenaufwand herstellten. . . . Kossuth zog all' diese Mißbräuche ans Licht der Öffentlichkeit, und erwirkte hiedurch oft die Besserung der nachlässigen, die Bestrafung der schlechten, die Entfernung der unverbesserlichen Beamten. Ebenso geißelte er, trotz der großen Hoffnungen, welche er auf die für die Ideen der Neuzeit begeisterte Jugend setzte, doch mit edler Entrüstung ihr ungebührliches Betragen, wenn sie in den öffentlichen Versammlungen aus der Rolle des Zuhörers in die des Mitwirkenden übergehen und ihren Einfluß in terroristischer Weise mißbrauchen wollte. Und als selbst einige Liberale, im Zweck die Heiligung des Mittels suchend, den Stimmenkauf zu treiben begannen, erhob er gegen diesen „Seelenschacher“ den er als „nationale Gefahr“ bezeichnete, sein kräftiges Wort, den Gesinnungsgegnossen zudonnern: daß das unheilige Mittel auch den heiligsten Zweck schände, und der auf unedlen Wegen errungene Sieg ärger als eine Niederlage sei, weil es für eine Nation nur vom moralischen Tod keine Auf-  
erstehung gebe.

Glühender Patriot, beseelt von dem Wunsche: daß die Nationalsprache zur Sprache der ganzen Nation werde, durchdrungen von



der Ueberzeugung: daß Ungarn nur dann eine glückliche Zukunft bevorstehe, wenn das feste Band Einer Nationalität all' seine Bewohner umschlinge, war Kossuth doch der Erste welcher in der magyarischen Presse sich kräftigst gegen das unartige Benehmen und die Mißgriffe erhob, welche einige übereifrige Patrioten sich gegen die fremden Nationalitäten zuschuldenkommen ließen. Nicht der Eisenarm der Gewalt, sondern das Rosenband gemeinsamer verfassungsmäßiger Freiheit verbinde alle Landesöhne zu Einer Nation, war sein Lösungswort. „Haß — ruft er den Stürmenden zu — erzeugt nie Liebe. Wir wollen unsere Nationalität verbreiten? so schrecken wir nicht die Nahenden durch Lieblosigkeit zurück. Das verdammt die gesunde Politik, verdammt die uns Allen gemeinsame christliche Liebe deren Grundwesen in den Worten zusammengefaßt ist: Vater unser, der Du im Himmel bist. Hierin liegt das Prinzip der Nächstenliebe, die auch wir stets üben müssen, wenn wir ernstlich wünschen, daß die fremdzüngigen Mitbürger, den nationalen Interessen sich anschniegender, den süßen heiligen Namen des Vaterlandes so aussprechen: Mutter unser, die Du auf Erden bist“. . . . . Und schon in der ersten Nummer des „Pesti Hírlap“ ruft Stefan Gorove im Geiste des Redakteurs: „Verbinden wir uns alle fremden Elemente durch die süßen Bande der Sympathie. Bezahlen wir reichlich was wir fordern: Bieten wir alle Wohlthaten der Verfassung Jenen, von welchen wir die Annahme unserer Nationalität wünschen. Die heilige Flamme des Patriotismus, von der Freiheit entzündet und genährt, verschmelze alle Elemente in einen Bruderbund. Und Das wird die kräftigste Schutzwehr sein, wenn man durch religiöse oder nationale Fragen das Volk spalten wollte, welches unter dem Schirm einer freien Verfassung dies schöne Land bewohnt“.

Wollends neu und darum von überraschender Wirkung ist es in dem Lande, welches bisher wegen der steten äußern Kämpfe die innern Leiden kaum beachten gekonnt, und wo das „verböcysche Volk“ der „elenden steuernden Plebs“ höchstens in ihrem Verhältniß zum Grundherrschaft einige Beachtung und Erleichterung zugewendet, — wenn Kossuth mit seinem Meisterpinsel die sozialen Schäden zeich-

net, und mit seinem Feuereifer auf deren Abstellung bringt; wenn er heute die Verbesserung des Gefängnißwesens und die Abschaffung der Prügelstrafe, morgen die Errichtung von Findel- und Leichenhäusern, hier die Organisirung des Armenwesens und der Sanitätspolizei, dort die Hebung des Jugendunterrichts und die Belehrung des Volkes, als bringende Zeitforderungen geltend macht, und als unabwiesbare Landesbedürfnisse hinstellt. „Solche Erscheinungen — ruft er der Nation zu, anknüpfend an die Nachricht, daß im Laufe des Winters eine bedeutende Anzahl von Hunger und Kälte getödteter Personen in den Straßen der Hauptstadt gefunden worden — solche Erscheinungen sind nicht das Ergebniß vorübergehender Ursachen. Der Hauptgrund des Uebels liegt tiefer. Es erwache die Nation zum Bewußtsein dessen, was Gemeinwohl sei; sie nehme in ihr Herzblut die Ueberzeugung auf, daß Alles was die volle Entfaltung der schaffenden Kräfte hindert, gewiß Elend und Mangel erzeugt, und auch Jenen schadet in deren Interesse es geübt zu werden scheint! . . . Und wenn sie von dieser Ueberzeugung ausgehend in die Welt des Besitzthums Freiheit und Sicherheit eingeführt, wenn sie nicht mehr erröthend wird gestehen müssen, daß sie die Entwicklung des Ackerbaues, der Geschäftthätigkeit und des Handels über die Zeit hinaus verschoben, die Produktion durch ihre verkehrten Einrichtungen gelähmt, die Erziehung der arbeitenden Volksklassen, diese wesentliche Grundbedingung nationalen Volkstandes, übermäßig vernachlässigt, und sich an die Einführung des geregelten Besitzthums, einer zur gründlichen Heilung unserer hundertjährigen Uebel unerläßlichen Maaßregel, nicht gewagt; wenn sie nicht mehr genöthigt sein wird, all Dies beschämt einzugestehn, dann erst wird die Erwerbslosigkeit schwinden, Elend und Mangel abnehmen“ . . . .

Bei seinem heißen Verlangen nach Reformen, bei seinem energischen Drängen auf Verwirklichung der wahren Freiheits- und Rechtsprinzipien will er jedoch keineswegs mit der stürmischen Hast des Revolutionärs die bestehenden Verhältnisse über den Haufen werfen, um auf deren Trümmern sein neues Gebäude aufzuführen. „Nichtig — sagt er im Programm — ist jene Weisheit welche nicht vom

Rechtspunkt ausgeht. Und in den Schranken des Rechts muß sie auch die Einflüsterungen der gesunden Vernunft beachten, und darf nicht vergessen, daß im Schatten unseres im Laufe der Jahrhunderte entstandenen Verfassungsgebäudes Millionen Leben, Millionen Interessen ruhen, welche nächst der Gerechtigkeit auch zarte Aufmerksamkeit und Schonung beanspruchen“. In diesem Sinne agitirt er z. B. betreffs der längst als gemeinschädlich anerkannten Avitizität, bei deren Aufhebung er die Interessen der gegenwärtigen Besitzer möglichst geschont wissen will. Aus diesem Grunde schweigt er sogar lange Zeit über die Frage der Abelsbesteuerung, um nicht durch vorzeitige Agitation eine Aufregung hervorzurufen, welche die Lösung mancher anderen, der Entscheidung schon mehr zugereiften Fragen verzögern könnte.

Deshalb denkt er auch nicht daran, etwa aus demokratischem Gelüste — das zu jener Zeit in Ungarn gewiß höchst vorzeitig gewesen wäre und ihn geradezu „unmöglich“ gemacht hätte — den Adel ganz stürzen, und aus dem dritten Stand „Alles“ machen zu wollen. Im Gegentheil mahnt er selbst die Ueberstürzenden daran, daß bei der ungarischen Nation der Geist der Nivellirung die geschichtlichen Erinnerungen noch nicht bewältigt habe, daß sie sich ihrer Vergangenheit trotz der Fehler und Schattenseiten immer mit Vergnügen und Stolz erinnere, und deshalb jederzeit mit Pietät auf jenen Stand blicke, der in der Vergangenheit die Hauptrolle gespielt, und mit doppelter Freude einem Führer folgen werde, an dessen Namen sich etwa glorreiche Erinnerungen knüpfen. Jene, die in dieser glücklichen Lage sind, daß schon beim Klang ihres Namens das Vertrauen der Nation sich ihnen zuwendet, denen sich schon bei ihrem ersten Auftreten jener Wirkungskreis eröffnet, wie ihn Andere nur nach langem Kämpfen und Streben gewinnen können: sie mögen es benutzen, die Nation auf dem Reformpfade vorwärtsführen, und ihrer wartet die schönste Zukunft. „Wenn sie . . . der Engherzigkeit, Lieblosigkeit und des unnationalen Wesens sich entschlagen, wenn sie fühlen, daß Rechtüben kein Opfer, sondern die beste Garantie des eigenen Rechts sei; wenn sie dann auf dem Friedenswege nationalen

Volksstandes und verfassungsmäßiger Entwicklung die mit grünem Hoffungsreis gezielte weiße Fahne des besonnenen Fortschritts vorantragen: dann begrüßt die Nation sie vertrauensvoll als ihre Führer, folgt auf dem Friedenspfade mit doppelter Begeisterung den althistorischen Namen, denen sie einst auf dem Schlachtfelde gefolgt und erhöht willig den Nimbus, den sie selbst sich erringen, durch den Glanz, der ihrer Ahnen Haupt umstrahlte."

"Aber" — dieser Wendepunkt bildet eben das Charakteristische in Kossuth's System und wir kommen später noch einmal darauf zurück — „aber sollte es unter ihnen Männer geben, die da glauben: Der von ihren Vorfahren ererbte glanzvolle Name sei ein unverwundliches Stammkapital, das sie zur thatlosen Ruhe ermächtige, oder sie gar berechtige, ihren persönlichen Vortheil dem Recht und der Gerechtigkeit, ihr Privatinteresse dem nationalen Gemeininteresse entgegenzustellen; sollten sich Männer finden, die in blinder Selbstüberschätzung das Weltenrad aufhalten, oder den besonnenen Fortschritt, welchen Regierungsweisheit leitet, das Gemeinbedürfnis heischt, nationale Begeisterung fördert, hemmen wollten: dann, — nun dann wird die Nation wahrlich auch ihren Beruf erfüllen. Mit euch, durch euch, wenn ihr wollt; ohne euch, auch gegen euch, wenn es sein muß!" . . . .

Außerdem verstand es der gewandte Redakteur, trotz der beengenden Zensurfesseln, die wichtigsten, Ungarns Gegenwart und Zukunft berührenden Fragen, wie Ablösung der Bauernpflichtigkeiten, Vereinigung Ungarns mit Siebenbürgen, Reform des Städtewesens, Ausdehnung der Wahlfähigkeit und des Stimmrechts, Zentralisation und Municipalität, mehr oder minder ausführlich zu besprechen. Die Haltung dieser „Leitartikel“ wechselte je nach dem Stand der betreffenden Frage. Kossuth unterschied hierin ein dreifaches Stadium, und zwar: das der Anregung, der Diskussion und der Ausführung. Im ersten und dritten Stadium sei die an- und aufregende Beredsamkeit des Agitators, im zweiten die besonnene Sprache des Staatsmannes am rechten Orte. Der Redakteur selbst befaßte sich, wie es die Natur der Sache heischt, mehr mit den allgemeinen Fragen, auf

welchem Gebiete er so thätig war, daß er mit Recht sagen konnte: er selbst schreibe mehr als irgend ein Redakteur eines politischen Blattes. Jene Fragen, die sich schon oder noch im Stadium der Diskussion befanden, wurden von Fachmännern gründlich und erschöpfend besprochen, wie z. B. schon im Lauf der ersten Wochen M. Szentkirályi die Aktivität, St. Bezerédy die Urbarrialfrage, D. Teleky die siebenbürgischen Verhältnisse, A. Fay das Nationaltheater, S. Bernát die religiöse Union, mit eben so viel Geist als Wissen erörterten, und dadurch den „Pesti Hírlap“ zum reichen Magazin politischen Wissens machten.

Dieses Zusammenwirken der talentvollsten Köpfe und der bedeutendsten Oppositionellen mußte einem politischen Blatt in jedem Lande große Bedeutsamkeit sichern. Vollenbs in Ungarn, bei dem elenden Zustand, in welchem die dortige Tagespresse bisher geschmachtet! Während in den Landtags- und Komitatssälen seit 1825 ein reges politisches Leben herrschte, reichbewegt und vielgestaltig wie vielleicht in keinem zweiten Lande Europas, vegetirte die periodische Presse noch immer in ihrer Urbedeutungslosigkeit fort. Es war Dies einerseits eine natürliche Folge der bisherigen Zensurhemmnisse und der Minderjährigkeit der gesammten Nationalliteratur; andererseits fand der politisch alleinberechtigte Adel in den so häufigen Komitatsversammlungen mit ihrer unbeschränkten Öffentlichkeit und Redefreiheit einigen Ersatz für den Mangel anderer öffentlichen Organe, während in der großen Masse des Volkes noch kaum irgend ein politisches Bewußtsein erwacht war. Die bloße Neugierde des adeligen und nichtadeligen Lesers befriedigte hinreichend M. Borso's und Peter Bajda's „Blik“ (Licht), der „außer politischen Nachrichten auch die bürgerlichen und militärischen Beförderungen und allerlei wissenschaftliche Gegenstände mittheilt“; oder Franz Szilágyi's, eigentlich in Siebenbürgen erscheinende, aber auch in Ungarn ziemlich verbreitete „Múlt s Jelen“ (Vergangenheit und Gegenwart), welche „von unsern übrigen Zeitungen sich dadurch unterscheidet, daß es ihre Hauptaufgabe, die wichtigeren laufenden Ereignisse und somit auch die Begebenheiten der Gegenwart . . . darzustellen“; oder endlich

der Veteran der ungarischen Zeitungspreſſe, die „*Nemzeti Ujság*“ (Nationalzeitung), welche „aus in- und ausländiſchen Nachrichten zum Gemeinwohl der ungarischen Nation gegründet-weiland St. Kulcsár“, und die jetzt von Wittwe Kulcsár und P. Nagy redigirt wird.... Der „*Vesti Hirlap*“ iſt das erſte ungarische Blatt, welches die Aufgabe der periodiſchen Preſſe im Geiſte der Neuzeit erfaßt, ſie würdig löſt, hiedurch das geringe Bedürfniß und Verlangen mächtig ſteigert, und indem er daſſelbe glänzend befriedigt, tagtäglich größere Verbreitung und bedeufamern Einfluß erlangt.

Und dazu die geniale Individualität des durch die Märtyrerkrone geweihten Redakteurs, der zum Journaliſten geboren ſcheint! Vielseitigkeit des Talents und des Wiſſens, Lebhaftigkeit des Geiſtes und des Stils, Vereinigung des gebildeten Verſtandes mit einer warmen Fantasie, machen ihn zum ausgezeichneten Tagesſchriftſteller. Sein Muth, ſeine Energie und raſtloſe Thätigkeit laſſen keine zur Entfaltung jener Eigenſchaften ſich anbietende Gelegenheit unbenuzt vorübergehen. Seine Hauptkraft jedoch liegt unſtreitig in der Begeiſterung, von der er ſelbſt durchglüht iſt, und die auf Andere zu übertragen er ſo meiſterhaft verſteht. Jede Zeile ſeiner „*Zeitartikel*“ zeigt von inniger Ueberzeugungsfeſtigkeit und glühender Vaterlandsliebe. Die trockenſte Abhandlung, betrifft ſie heimische Interellen, iſt vom Hauch der Begeiſterung durchweht. Dieſer glühende Patriotismus, dieſe ſtetsrege Begeiſterung, dieſes Vorwiegen des Gefühls über den Verſtandesmenſchen, ſtampeln ihn zum vollkommenſten Urbild des Magyaren. Und daß er ſich giebt wie er iſt; daß er die ihn durchſtrömende Wärme nicht durch den eiſigen Diplomaten- oder Kathederton abkühlt; daß er trotz aller Vorwürfe, die ihm ſeine „*Deffamationen*“ zuziehen, doch bei der ihm natürlichen Sprache verharrt; daß er die Hauptkraft des Magyaren in deſſen „*Begeiſterungsfähigkeit*“ ſieht, und dieſe weckt; daß er mehr anregen als belehren, mehr entflammen als überzeugen, mehr hinreißen als führen will: darin offenbart ſich ſeine tiefe Kenntniß des ungarischen Nationalkarakters, und dieſe Kenntniß begründet jetzt wie ſpäter ſeine beifpielloſen Erfolge.

## V.

„Mit euch, durch euch, wenn ihr wollt; ohne euch, ja gegen euch, wenn es sein muß!“ So lauteten die Schlusssätze der obzitierten Ansprache Kossuth's an den hohen Adel. Wir haben sie absichtlich als Motto an die Spitze unseres Buches gesetzt, denn sie enthalten ein erschöpfendes Programm der neunjährigen Gesamttätigkeit des Agitators. Wie er — wir hoffen, den Leser später hievon genügend zu überzeugen — wie er im März und Nachmärz 1848 die Revolution durchaus nicht wünschte, vielmehr innigst darnach verlangte, daß Ungarn auf friedlichem Wege, Hand in Hand mit Neuösterreich, seine unblutigen Märzerrungenschaften fortentwickle, aber andererseits Muth und Energie genug besaß, in dem Momente, wo Dies von oben herab unmöglich gemacht wurde, sein Land auch ohne und gegen Oesterreich der Freiheit und einer glücklichen Zukunft entgegenführen zu wollen: so nahm er jetzt auch dieselbe Stellung betreffs der sozialen Fragen ein. Er gehörte durchaus nicht zu jenen Gefühlspolitikern, die mit dem Herzen anstatt mit dem Kopfe denken, und weil ihr Blick stets am fernen Horizont der Zukunft schweift, die Steine des Anstoßes übersehen, die vor ihren Füßen liegen, und die zu überspringen, für den Unternehmer wie für das Unternehmen halbsbrecherisch werden kann. Er zählte auch nicht zu jenen Theoretikern, die ihrem Prinzip zuliebe mit dem Kopfe an die Steinwand rennen, und unter dem Rufe: „Die Idee muß gerettet werden, sollte auch die Sache drob zugrundegehen“, stürmisch vorwärtsjagen, ohne nach rechts oder links irgendwie ausweichen zu wollen. .... Was sein warmes Herz fühlte, wurde stets der Kritik des besonnenen Kopfes unterworfen. Darum war er freudig bereit, den Verhältnissen womöglich Rechnung zu tragen, solange nur keine „unbedingte Unterwerfung“ gefordert wurde. Er war zu bedeutsamen Konzessionen geneigt und wünschte aufrichtigst, jene zu versöhnen, welche durch die Reform, wenigstens scheinbar, leiden sollten, und um ihrerwillen

seine Forderungen soweit herabzustimmen, daß es ihnen möglich werde, den Rest mit leichtem Herzen zu bewilligen, dem nothgebrungenen Opfer den Schein großmüthiger Spende zu geben, und selbst Fahnen-träger des Fortschritts zu werden. . . . Nur mußten sie überhaupt zu Unterhandlungen geneigt sein, und nicht mit der Hartnäckigkeit verknöchertcr Selbstsucht jede Forderung zurückweisen. Denn was er einmal als recht und zeitgemäß erkannt, das wollte er um keinen Preis opfern, das war er bereit durchzuführen, auf jedem gesetzlichen Wege, durch jedes rechtliche Mittel. Und wollten die Betreffenden nicht die kleine Forderung freiwillig gewähren, so hatten sie es nur sich selbst zuzumessen, wenn ihnen dann der ganze Schuldbetrag abgenöthigt wurde. „Mit euch, durch euch, wenn ihr wollt; ohne euch, auch gegen euch, wenn es sein muß!“ . . . .

Erinnern wir uns der obangedeuteten diesfälligen Ansichten des Grafen St. Széchenyi, so finden wir sofort, daß sie zu den Kossuth'schen im schroffen Gegensatz standen, und daß nach den Gesetzen der logischen Nothwendigkeit ein Zusammenstoß zwischen dem aristokratischen und dem demokratischen Agitator gar nicht ausbleiben konnte. Dieser erfolgte denn auch rascher als selbst Jene erwartet haben mochten, die von dessen Unausbleiblichkeit fest überzeugt waren. Seit dem Entstehen des „Pesti Hirlap“ waren kaum einige Tage vergangen, als der Graf bereits in Kasinos, Klubbs, in Privatreisen und an öffentlichen Orten gegen denselben zu agitiren, ihn als gefährlich und unheilbringend zu verschreien begann. Und als die mündlichen wiewol sehr lauten Deklamationen eindrucklos verhallten, griff er wieder zur Feder, die seit 7—8 Jahren gefeiert hatte. Nicht mehr als 18 Nummern des „Pesti Hirlap“ hatten das Licht der Welt erblickt — er erschien anfangs nur zweimal wöchentlich — und der Graf begann ein Buch gegen denselben zu schreiben, das nicht weniger als 24 enggedruckte Bogen stark, unter dem Titel „A felet népe“ (das Volk des Ostens) nach wenigen Wochen ausgegeben wurde.

Die demokratische Richtung des „Pesti Hirlap“ ist es vor Allem, die den Grafen so sehr in Harnisch bringt. Das Selbstbewußtsein,



welches Kossuth in der bisher rechtlosen Masse zu weiden sucht, und auf welches gestützt, er der hohen Aristokratie gegenüber energisch fordernd auftritt, verlegt Széchenyi aufs Tiefste. Umso mehr, als er sich persönlich getroffen fühlt, wenn Kossuth äußert: Es gebe in Ungarn Viele, welche Freunde des Liberalismus gewesen, solange er als Gnade gelten konnte, die sich aber arg verletzt fühlen von einem Zeitalter, welches die Gnade zurückweist und dafür Recht und Gerechtigkeit fordert. Gegen dieses „Fordern“ tritt der aristokratische Reformier mit aller Entrüstung des stolzen Magnaten auf, der vielleicht eine Handvoll Gold dem winselnden Bettler zuwirft; in demselben Augenblick aber die Hunde heßt auf den armen Handwerker, der an eine gerechte Schuldforderung zu erinnern wagt. Wäre ich — ruft der Graf — ein gemeiner Soldat: sie könnten mich zu Tode martern, ich ließe mir von meinem Gold nicht Einen Pfennig abziehen, während ich vielleicht in guter Laune den ganzen dem Bettler schenkte. Wäre ich ein König: ich gäbe wol meinem Volke die weitesten Rechte; aber wehe Dem, der meine Krone auch nur mit einem Hauch zu berühren wagte! ... Da er jedoch weder König noch Soldat, will er jenen Grundsatz wenigstens betreffs seiner Adelsvorrechte üben. Er war freiwillig zu manchem Opfer bereit, als Jene, welche heute so laut ihre Stimme erheben, noch keine Ahnung vom Liberalismus hatten; aber wo eine „Forderung“ laut wird, da „zeigt er das Weiße der Zähne nach oben oder unten, dem Dreschflegel oder dem Bajonet gegenüber“.

Eben das Gnadenbrot aber weist Kossuth entschieden zurück, weil ein Volk, das an solchem zehrt, in ewiger Unmündigkeit bleibt. Das Volk kann seine Forderungen herabstimmen, aber was es fordert und erhält, muß als Recht gegeben und empfangen werden; umso mehr, als die Gewährung dieser Forderungen im Interesse der gesamten Nation liegt und unerläßliche Bedingung zu Ungarns wahrhafter Wiedergeburt ist. „Eine konstitutionelle Nation, ruft er dem Grafen zu, kann sich nicht zur Bettlerrolle erniedrigen! Eine konstitutionelle Nation, welche sich ihres Berufes bewußt worden, und den Pfad des Fortschrittes betrat mit dem festen Vorsatz: diesem

Veruf zu entsprechen, die kann sich nicht dazu verdammen, in stummer Unthätigkeit abzuwarten, bis jener Soldat in gute Laune gerathen und von seinem Sold dem Bettler einen Pfennig zuwerfen wird. Das wäre eine elende feige Nation, welche trotz der Verfassung durch die sie zu der Forderung berechtigt ist, daß Nichts über sie ohne sie verfügt werde, auf Gnadengaben ihre Zukunft begründen wollte! Eine Nation, welche nicht das Schmählische einer solchen Stellung einsähe, aus deren Herzen ist bereits alles Lebenselement geschwunden, die hat längst ihre Zukunft verscherzt!" . . . . Und wenn der Graf einlenkend meint: man solle wenigstens mit „guter Art“ fordern, das Volk zur Geduld ermahnen und die Großen zur Nachgiebigkeit „bereben“, so antwortet ihm Kossuth sehr richtig, daß dies eben jene Taktik sei, in Folge deren man, wie das ungarische Sprichwort sagt und der Graf von sich selbst so oft klagend erzählt, „zwischen zwei Bänken zur Erde fällt“, wo man aller Welt Gutsfreund bleiben will und sich dadurch Jedermann zum Feind macht. „Schreibe ein solches Blatt wem's gefällt! Der „Vesti Hirlap“ hat sich in seinem Programm nicht zu dieser Taktik bekannt und wird sie, so lange ich den Redaktionsgriffel führe, nicht befolgen. Denn ich wünsche es vielmehr innigst und sehe allein darin die Sicherung der Zukunft meiner Nation, wenn Gerechtigkeit und Rechtsgefühl Jedermann durchbringen, wenn mit Gesezesachtung gepaartes Selbstbewußtsein auch im Herzen des Niedrigstehenden erwachen“.

Der Graf betritt jedoch den Kampfplatz nicht als bloßer Wortführer der hohen Aristokratie, um die ungebührlichen Forderungen des festen Proletariats zurückzuweisen, oder etwa in freundlicher Absicht, um als älterer Fortschrittskämpfer dem jüngern eine vorsichtiger diplomatischere Verfahrensweise anzurathen. . . . Es ist das Interesse der Ruhe, der Gesezlichkeit, des Besizes und der allgemeinen Sicherheit, das den Grafen zum Sprechen drängt; denn all' diese kostbaren Güter sind durch das unheilvolle Journal bedroht! Der „Vesti Hirlap“, behauptet sein Angreifer, „stellt alle Interessen einander schroff gegenüber, reizt und hegt die Kleinen gegen die Großen, die Armen gegen die Reichen“; sein Zweck ist kein anderer, als „den hohen

Adel beim niedern, den gesammten bevorrechteten Stand beim Volk verhaßt zu machen, . . . allen Besitz, allen Vorrang zu verächtlichen und alle Munizipien möglichst zu depopularisiren“; weshalb er nicht „das Vaterland von den Auswüchsen befreien, sondern es morden, den Ungar nicht einer glorreichen Zukunft entgegenführen, sondern unfehlbar ins Grab stürzen werde“. . . . . Es bedurfte wahrlich der übermäßigen Gereiztheit und schrankenlosen Leidenschaftlichkeit des Grafen, um diese schreckliche Sündenliste aus dem „Pesti Hirlap“ herauszulesen, und solch' schauerhafte Folgen zu fürchten von einem Blatte, von welchem er hundertmal behauptet, daß es der innern Gehaltlosigkeit wegen sein Dasein höchstens einige Wochen fristen werde. Kossuth darf, um die Vorwürfe auf ihr rechtes Maß zurückzuführen, nur auf die Mäßigung und Rechtsachtung hinweisen, welche sein Blatt stets so warm gepredigt. Es fällt ihm der Nachweis nicht schwer, daß der „Pesti Hirlap“ die Adelsvorrechte schonender als der Graf behandelt, der z. B. schon vor Jahren eine Adelsbesteuerung forderte, was Jener bis zur Stunde nicht gethan. . . . Die Widerlegung fällt ihm um so leichter, als er den Grafen größtentheils mit den eignen Waffen bekämpft, indem er entweder aus dessen frühern Schriften Stellen anführt, welche dieselben Fragen schärfer als das neue Journal besprechen, oder gar die Anklagen des Gegners mit jenen Worten zurückweist, mit welchen Graf St. Széchenyi dieselben Klagen zurückgewiesen, als sie vor 10 Jahren gegen ihn selbst von vielen Seiten, namentlich in Graf Jos. Desselwffy's „Taglalat“ (Zergliederung), geschleudert worden. . . . . Kossuth erinnert den Grafen auch an jenen Philosophen, der, vom Skeptiker befragt: wie er sich vom Dasein Gottes überzeugen solle? ihm antwortet: indem Sie die Augen öffnen. Ein Blick auf Ungarn geworfen, zeige hinlänglich, wie der „Pesti Hirlap“ bisher jene schrecklichen Erscheinungen, von denen der Graf träumt, durchaus nicht hervorgerufen, vielmehr an vielen Orten zur Mäßigung der Leidenschaften und Verhütung mancher Ueberstürzungen beigetragen habe. . . . Die Geschichte der Jahre 1848—49 hat dieser Behauptung das Siegel der untrüglichen Wahrheit aufgedrückt. Denn selbst in jener stürmisch-

bewegten Zeit, wo fast in allen europäischen Ländern größere oder geringere Lebensäußerungen des Kommunismus hervortraten, waren beim magyarischen Volk nicht die leisesten Anzeichen einer Feindschaft der Nichtabeligen gegen die Bevorrechteten oder der Besitzlosen gegen den Besitz wahrzunehmen. . . .

Die Stellung des Grafen in dieser Polemik ist umso schwieriger, als er selbst gesteht, daß er „die reine Absicht des Redakteurs des „Pesti Hirlap“ nicht im Geringsten bezweifelt, auch dessen Prinzipien theile, ja keinen Augenblick einzugestehen zögere, daß er sie größtentheils zu den seinigen mache und sogar mit dem süßesten Vatergefühle als die seinigen wiedererkenne“; . . . daß er sonach „weder gegen die bisher dargelegten Grundsätze, noch gegen die Richtung des „Pesti Hirlap“ den geringsten Einwand habe“ und die Fortdauer desselben, „in welchem schon jetzt soviel Gutes enthalten und welcher für Ungarn ein wahrer Schatz werden kann, aufrichtigst wünsche, und dessen Aushören für ein Landesunglück betrachten würde“. Und doch?! . . . „Ich will es endlich — ruft der Graf, nachdem er neun Bogen hindurch gegen den „Pesti Hirlap“ angekämpft, ohne daß dem Leser der eigentliche Grund des Kampfes klar geworden wäre — ich will es endlich geradeheraus sagen, worin der Redakteur des „Pesti Hirlap“ fehlt: Einzig und allein darin, daß er mit den Waffen der Fantasie und der Leidenschaft kämpft, nicht mit trocknen Zahlen, oder um mich des gewöhnlichen Ausdrucks zu bedienen: daß er zum Herzen spricht anstatt zum Verstand“. . . . So viel Lärm um eine Dmelette! muß der Leser unwillkürlich rufen; und mit um so größerer Verwunderung, wenn er sich erinnert, daß der Graf vor 10—12 Jahren die glänzenden Erfolge seines literarischen Wirkens eben der warmen gefühlvollen Sprache verdankte, mit der er sich an das Herz der Nation gewendet; und namentlich wenn er sieht, daß auf Einer Seite des „Kelet népe“ mehr Hitze, Leidenschaftlichkeit und Fantasie als in zehn Nummern des angegriffenen Blattes zu finden. . . . Baron Josef Eötvös aber bemerkt dem Grafen ganz richtig: „Ein Land, das ein einziges Blatt, nicht durch verwerfliche Grundsätze, nicht durch gemeinschädliche Richtung,

sondern einzig und allein durch eine verfehlte Ausdrucksweise ins Grab stürzen kann, und eine Nation, deren Existenz nur an einem Faden hängt, der so dünn, daß die schwache Hand eines Journalisten ihn entzweireißen kann: die haben längst zu leben aufgehört. Gottlob, daß Ungarns Zukunft nicht auf so schwachem Grunde ruht“.... Und wenn Széchenyi dem „Pesti Hirlap“ unter Anderem vorwirft, daß er die Reform nicht „systematic“ betreibe, sondern einzelne Fragen aus dem Zusammenhang reiße, so erinnert ihn der geistreiche Baron, daß der Graf selbst seine großartigen „praktischen“ Erfolge hauptsächlich seiner Systemlosigkeit verdanke, daß nur dadurch sein Streben von Erfolg begleitet gewesen, weil er die „systematischen Operate“, mit welchen sich die Landtage von 1790 bis 1825 fruchtlos abgeplagt, ruhig zur Seite ließ, und den Eingebungen seines Genies folgend rasch zur That griff, die für das Land sehr heilsam war, wiewol höchst unsystematisch, indem der Graf z. B. eine Akademie gründete und die Elementarschulen vergaß, eine Kettenbrücke bauet, wo noch die Landstraßen fehlen. ....

Es waren im Grunde zwei fixe Ideen, durch die der edle Graf zu der unglücklichen Polemik gebrängt wurde. Die erste: Er habe die Nation vom Tod zum neuen Leben wachgerufen; darum habe er, und nur er allein das Recht, dieses Leben zu leiten, sei er allein der berufene Arzt, welcher der Nation die Heilmittel und die Diät vorzuschreiben habe. Aller Groll, welcher sich im Herzen des edlen Grafen seit Jahren ob seiner vereinsamten Stellung angehäuft, schien jetzt loszubrechen, wo er durch Kossuth's energisches Auftreten die letzte Position zu verlieren und seinen Stern ganz erbleichen zu sehen fürchtete. Mit rücksichtsvoller Schonung und warmer Anerkennung für die Verdienste des Grafen weist Kossuth jene aus eitler Selbstüberschätzung hervorgegangene Monopolsucht entschieden zurück. Eine Nation, auf welche des Grafen Wort und That 1825—30 einen so überraschend tiefen Eindruck gemacht, konnte unmöglich so ganz leblos gewesen sein, wie der Graf meint. Und wenn auch, so werde doch die Nation bei den größten Verpflichtungen, die sie gegen Einzelne habe, diesen nie blindlings folgen. Die Zeit der Autoritätenanbetung ist

abgelaufen; die Nation, zum Selbstbewußtsein erwacht, folgt nur jenem Rath, der ihrer eigenen Ueberzeugung entspricht. . . . . Die zweite fixe Idee Széchenyi's war: Daß die Agitation bereits ganz überflüssig geworden. „Als ich, schreibt er, mit Wort und Feder agitirte, da erweckte ich die Festschlafenden, und legte Feuer unter den Kessel der eiskalten vaterländischen Maschine; der „Beszi Hirlap“ donnert den Längsterwachten zu, und heizt den Kessel bis zum Springen“. . . . . Dieser Irrthum war gewissermaßen eine nothwendige Folge des erstern. Der Graf schloß dabei wol zu voreilig von sich auf Andere, wenn er behauptete, daß die Nothwendigkeit der Reform heute schon allgemein anerkannt, der Wille zu ihrer Durchführung überall vorhanden sei, und es deshalb nicht mehr der Anregung zum Handeln, sondern bloß der Besprechung über das „Wie“ bedarf. Die Thatsachen sprachen zu laut gegen diese sanguinische Behauptung, als daß sie irgendwelchen Glauben finden konnte. Man weiß, welch' harte Kämpfe noch die Opposition nach Jahren gegen die Engherzigkeit der Konservativen zu bestehen hatte. Und wenn z. B. der Graf behauptete: die Activität hänge an einem Faden, so dünn, daß er ja in kürzester Zeit von selbst reißen müsse, so vergaß er wol, daß am 1840er Reichstag nur vierzehn Komitate für eine theilweise Aufhebung dieser gemeinschädlichen Institution gestimmt hatten. . . . . Der angeblich „dünne Faden“ erwies sich übrigens hinterher so stark, daß er bis zur gegenwärtigen Stunde, trotz der heftigen Revolutionsstürme, welche seitdem getobt, noch nicht entzweiriß. . . . .

Die schiefe Stellung, in welche der Graf schon beim Beginn seiner Arbeit hineingerieth, und der langverhaftene Groll als dessen Ableiter sie ihm dienen sollte, verschuldete es wol hauptsächlich, daß sie ihres Verfassers so sehr unwürdig wurde. Graf Stefan Széchenyi, der „praktische Staatsmann“, der Apostel der „kaltberechnenden Taktik“, der es Kossuth als Landesverrath anrechnet, daß er nicht bloß mit „kalten Zahlen“ agire, kämpft im „Kelet népe“ unablässig mit einer Gereiztheit die oft in Gehässigkeit, einer Erbitterung die oft in Wuth, einer Leidenschaftlichkeit die oft in Gemeinheit umschlägt. Er klammert sich an das Kleinlichste, um daraus Anklagen

zu erpressen; und über den „herzlosen Hausherrn“ — ein Ausdruck, den Kossuth auf jene Reichen angewendet, welche von den armen Inwohnern für ein elendes Kellerloch 2—3 Gulden Wochenmiete fordern — schreibt Széchenyi mehre Bogen seines Buches voll, schnitzte die schauerlichsten Reden, welche der Proletarier infolge jenes Ausdruckes halten müsse, und beweist ausführlich, daß diese zwei Worte zwischen heute und morgen unsehlbar zum blutigen Vernichtungskampf der Besitzlosen gegen die Besitzenden führen werden. . . . Er hängt jeder Anklage den beleidigenden Zusatz an, daß er zwar Kossuth sogar für einen aufrichtigen Patrioten, oder sogar für einen ehrlichen Mann halte; macht selbst sein überstandenes Märtyrertum zum Gegenstand galligen Spottes; droht wiederholentlich mit dem „Schädeleinschlagen“, und gelangt schließlich zur erschöpfenden Beweisführung: daß die Pressfreiheit — und welche „Freiheit“ genoss damals die zensurierte ungarische Presse! — das gefährlichste Gut, und die Regierung wol im Rechte gewesen sei, wenn sie auf dem letzten Reichstage sich solange gegen Erweiterung der Schranken der Rede- und Schreibefreiheit gesträubt. . . .

Dieses ungarische und unpolitische Benehmen mußte selbst den Gesinnungsgegnern des Grafen und Kossuth's entschiedensten Gegnern mißfallen, und Jenen eines bedeutenden Theils der ihm noch gebliebenen Popularität berauben; umsomehr, als der arggeschmähte Kossuth sich sehr würdig benahm. Er hielt es für unritterlich, mit ungleichen Waffen zu kämpfen und auf das dickleibige, daher nur in wenige Kreise gelangende Buch in seinem vielverbreiteten Journal zu entgegnen. Er antwortete in einer eigenen Broschüre — der einzigen, welche bisher von Kossuth existirt, da seine schriftstellerische Thätigkeit sich stets auf Journalartikel beschränkte — die, wiewol nicht so umfangreich als die gräfliche, doch die Hauptangriffe schlagend zurückwies. Die Haltung der „Felelet Gróf Széchenyi Istvának“ (Antwort an den Grafen Stefan Széchenyi) war eine ruhige, kalte und besonnene, vereinte mit der wärmsten Anerkennung der Verdienste des Grafen die treffendste Widerlegung seiner Verdächtigungen, und schloß mit der offenen Versicherung: wie sehr der

Angegriffene, der den Grafen übrigens schon beim Entstehen des „Pesti Hirlap“ um seine Mitwirkung gebeten hatte, geneigt sei, über das Geschehene den Schleier der Vergessenheit zu decken und vom Grafen stets Rath und Weisung anzunehmen. . . . . Daß der heiße Kampf auch andere Federn, in Journalen sowol als in eigenen Schriften, in Bewegung setzte, läßt sich leicht denken. Von bedeutenderem Werth ist jedoch nur die schon oben benützte Schrift des Baron Josef Götvös: „Kelet népe s (und) Pesti Hirlap“, welche sich weniger mit Zurückweisung der gegen Kossuth und sein Blatt erhobenen Anklagen, als mit Bekämpfung der von Széchenyi über Gefängnißreform, Pressfreiheit, Erziehung und andere Tagesfragen geäußerten Ansichten beschäftigte. . . . .

Zum Glück für Széchenyi, den wol bei kälterem Blut ein solcher Sieg kaum gefreuet haben würde, blieb seine Denunziation erfolglos: die Regierung sah sich nicht zum Einschreiten gegen Kossuth oder den „Pesti Hirlap“ veranlaßt. Wie früher bemerkt, war die Regierung jetzt schon von der Unzulässigkeit und Unzweckmäßigkeit der Gewaltakte überzeugt; und wie im Parlament durch eine konservative Majorität, so wollte sie auch auf dem Gebiete der Tagespresse die Opposition mit loyalen Waffen bekämpfen, nämlich durch ein Gegenorgan. Graf Aurel Desserffy, der auf dem letzten Reichstag im Oberhaus die Interessen der Regierung und der Konservativen mit Talent und Unererschrockenheit vertreten, wurde mit der Leitung dieses Instituts betrauet, und ihm die Redaktion des bedeutungslosen und altersschwachen „Bilág“ (Licht) übertragen, welches Blatt er zum Organ der Regierung und der ihr befreundeten Partei umgestalten sollte. . . . . Desserffy tadelte offen die Hefigkeit, mit welcher Széchenyi den „Pesti Hirlap“ angegriffen, namentlich daß er die Regierungsgewalt zum Einschreiten aufgerufen. „Gegen die falschen Doktrinen, sagt er, giebt es im Lande der freien Diskussion nur Eine Waffe: ihnen auf demselben Gebiete, wo sie auftreten, die wahren Doktrinen entgegenzustellen“. Uebrigens sei er weder mit Kossuth noch mit Széchenyi einverstanden, denn Beide vergessen, in ihren Systemen irgend eine Stelle der Regierung anzuweisen. Doch wenn



es bei Letzterem mehr eine Unterlassungssünde, so trachtete Ersterer positiv dahin, die Macht der Regierung ganz zu nullifiziren, indem er die Macht der Oeffentlichkeit und der Municipien möglichst steigern will, ohne für deren unumgänglich nöthige Beaufsichtigung und Beschränkung durch höhere Behörden auch nur ein Wort zu sprechen. Dessenffy hatte hiemit wol das Richtige getroffen, trotzdem führte er den Kampf mit mehr Talent als Glück. Er kämpfte für eine ungerechte Sache; und was noch schlimmer war: die er selbst innerlich verdamnte. Es fehlte hiedurch seinen Worten jene unwiderstehliche Kraft, welche die eigene Ueberzeugungsfestigkeit den Arbeiten des tüchtigen Journalisten verleiht. Der Graf, als Jüngling bedeutend liberal, konnte sich auch jetzt der alten Reminiscenzen nicht ganz erwehren. Er selbst gestand, daß der Wirkungskreis, welchen er der Regierung zuweise, sehr weit sei und der Freiheit gefährlich werden könne; tröstete aber sich und Andere damit, daß er sie anwenden und in der Anwendung mäßigen werde, da er auf die Kanzlerwürde rechnete. Daß die Nation mit einem so eitlem Trost sich nicht begnügte, ist sehr natürlich. Mit der Erfolglosigkeit steigerte sich seine Erbitterung und er versiel bald in jenen Ton maßloser Gereiztheit und grundloser Verdächtigung, den er anfangs an Széchenyi getabelt. Rücksichtslos, wie früher in seinen Landtagsreden, kämpfte er jetzt in Leitartikeln gegen die Opposition, die er bald lächerlich zu machen, bald in sich zu spalten, bald zu verdächtigen suchte; namentlich aber den „Pesti Hírlap“ und dessen Redakteur, der selten antwortete, unablässig anlagte, verdächtigte und beschimpfte. . . . . Allein, noch weniger als Széchenyi, für den doch eine große thatenreiche Vergangenheit sprach, konnte Dessenffy, als offener Verfechter der Regierung allgemein mit Mißtrauen betrachtet, die Wirksamkeit des volksthümlichen Agitators paralysiren. Die Unvolksthümlichkeit des „Bilág“ erreichte bald einen so hohen Grad, daß Dessenffy sich genöthigt sah, bei den Leitartikeln die Anonimität und Pseudonimität einzuführen; eine in der ungarischen Journalistik bis dahin unbekannte Erscheinung. Darüber von den andern Journalen zur Rede gestellt, bekannte er offenherzig, daß bei der Unpopularität seines

Blattes nicht Jeder der für dasselbe schreibe, den Muth habe, „seine Familie, seine Brüder und Söhne, seine Beamten und Diener, vielleicht auch sein Weib und seine Töchter, gegen sich in Harnisch zu bringen, weil er für den „Világ“ und nicht für den „Pesti Hirlap“ schreibe“. . . . . Als endlich Desseroffy in seinen Angriffen und Verdächtigungen gegen die Opposition immer maßloser, dadurch die Stimmung gegen ihn immer feindlicher wurde, während er andererseits, sich in verschiedenartigen Arbeiten aufreibend, auch von oben weder genügend unterstützt noch befördert wurde, unterlag der nervenschwache Mann und endete am 9. Februar 1842 in seinem 33. Lebensjahre. Er war der einzige Mann der Regierungspartei gewesen, welcher ein ebenbürtiger Nebenbuhler Kossuth's auf dem Felde der Publizistik werden konnte. Sein Bruder Emil, der nach seinem Ableben die Redaktion des „Világ“ übernahm, hatte mit den Ansichten nicht auch das Talent des Bruders geerbt. Kossuth stand von nun an als Alleinherrscher auf dem Gebiete der Publizistik da, und wirkte, von den überstandenen Kämpfen gehoben und gestärkt, umso kräftiger und energischer.

## VI.

Die Energie war umsonöthiger, als Kossuth nach längerem Kampfe mit schmerzlicher Ueberraschung innerwurde, wie sehr er sich in einem wesentlichen Punkte verrechnet: er hatte nämlich die intensive und extensive Stärke des Liberalismus in Ungarn zu hoch, und dadurch das Verhältniß der gegenseitigen Streitkräfte falsch angeschlagen. Er hatte die Bedeutsamkeit der konservativen Partei unterschätzt; — ein verzeihlicher Irrthum, da sie erst im Entstehen und Bilden begriffen war und sie wol selbst noch keine genaue Uebersicht von der Zahl ihrer Anhänger hatte. Ziemehr sie sich aber, namentlich durch den seit 1840 mit der Regierung geschlossenen Bund konsolidirte und

aus dem Beamten- und Geistlichenstande rekrutirte, je weiter andererseits die früher nationale und jetzt auch liberale Partei in ihren Forderungen ging, desto häufiger wurde der Uebertritt einiger Pseudoliberalen aus dem letztern Lager ins erstere. Namentlich geschah dies, als es endlich galt, den Liberalismus nicht bloß mit hochtönenden Worten sondern mit klingender Münze zu bezeugen, indem die Wahrscheinlichen ernstlich für Aufhebung der Steuerfreiheit des Adels zu agitiren begannen.

Wie früher erwähnt, hatte Kossuth im ersten Jahr seiner journalistischen Wirksamkeit über diese häßliche Frage geschwiegen, um nicht vorzeitig eine Erbitterung hervorzurufen, welche auch andere, ihrer Lösung schon näher stehende Fragen zum Fall bringen konnte. Sie wurde jedoch von anderer Seite angeregt, und zwar neuerer Zeit in der Presse zuerst 1840 durch den, damals noch liberalen Gr. Emil Desseroffy in seinen „Alföldi Levelék“ (Unterungarische Briefe); im nächstfolgenden Jahre noch entschiedener von Gr. Albert Sztáray im „Századunk“ (Unser Jahrhundert). Die Bedingung an welche Letzterer die Adelsbesteuerung knüpfte, war zwar höchst oligarchisch, denn er wollte, daß das Stimmrecht jedes einzelnen Edelmanns im gleichen Verhältniß zu seinem Steuerbetrag stehe; eine Maßregel, insofern z. B. der in Ungarn stark begüterte Baron Sina in mehreren Komitaten allein den ganzen Adel überstimmen konnte, während doch bisher wenigstens unter dem Adel vollkommene Gleichberechtigung geherrscht hatte... Doch sprach sich der Graf immerhin entschieden über die Ungerechtigkeit und Unhaltbarkeit der adeligen Steuerfreiheit aus, und erklärte seinen Standesgenossen geradezu, daß beim Fortbestand dieser Abnormität auch ihre persönlichen Vorrechte gefährdet sind, daß die Steuerfreiheit eben jetzt, wo die Zeit zur That aufruft aber noch nicht zwingt, fallen müsse, halbe Maßregeln aber werthlos seien, da wo nur ein radikales Heilmittel helfen könne.

Nachdem zwei angesehenen Mitglieder des Magnatenstandes sich in diesem Sinne ausgesprochen, erschien es auch Kossuth nicht mehr vorzeitig, für eine zeitgemäße Lösung dieser Frage zu agitiren. Seiner

Ueberzeugung und seinen bekannten Grundsätzen gemäß mußte er für die vollkommen gleichmäßige Besteuerung des Adels mit den Nichtadeligen sprechen. Eingedenk jedoch der Aufregung welche früher sein energisches Auftreten in andern Fragen hervorgerufen und wie namentlich der Austerliberalismus die oligarchische Erbitterung über das plebejische „Fordern“ freudig als Hinterthürchen benützt um dem Drängen der Zeit zu entschlüpfen, wollte er diesmal „praktischer“ verfahren und, das unerbittliche Prinzip einstweilen übergehend, um eine Abschlagszahlung bitten. Die direkte Steuer Ungarns war nemlich eine zweifache: die Kriegsteuer, seit 1764 im Betrag von 4,470,244 Gulden jährlich, von jedem Reichstag auf drei Jahre bewilligt und zur Erhaltung der Armee bestimmt, wurde von der Regierung erhoben und verwendet; hingegen die Haussteuer, im Durchschnitt jährlich 3,500,000 Gulden und zur Bestreitung der innern Verwaltungskosten bestimmt, von jedem Komitat selbständig ausgeworfen, erhoben und verwendet. Für die Befreiung des Adels von der Theilnahme an der erstern Steuer ließ sich wenigstens ein Scheingrund, nemlich seine Insurrektionspflichtigkeit, geltend machen. Auch sträubten sich selbst manche Bessergesinnte gegen die Theilnahme an derselben, solange sie von der Regierung ohne alle Rechenschaftsablegung verwendet werde. Dagegen ließ sich die Betheiligung an der Haussteuer mit keinem nur irgendwie vernünftigen Grund abweisen, da der Adel selbst sie in jedem Komitate auswarf, erhob und zur Bezahlung der Beamten, die doch wieder größtentheils Adelige waren, verwendete. . . . Kossuth beschloß deshalb, einstweilen nur für die Theilnahme des Adels an der Haussteuer zu agitiren.

Er bestrebte sich, denselben durch historische, Rechts- und Vernunftsgründe von der Nothwendigkeit zu überzeugen, daß das „Bettelprivilegium“ der Steuerfreiheit jeher aufgegeben werden müsse. Der Adel habe die Stellung die er in Ungarn stets eingenommen, nicht seiner hohen Geburt verdankt, sondern der Opferbereitschaft mit der er sich den schwersten Lasten unterzogen. Sie bestanden früher in der Landesvertheidigung die er stets ruhmvoll geübt und bei welcher er die Beihülfe des nichtadeligen Volkes nur in

den äußersten Fällen beanspruchte. In der friedlichern Gegenwart sind auch die Opfer welche der Staat zu seiner Erhaltung heischt, friedlicher Art; er will nicht Blut= sondern nur Geldopfer. Und nur dann wird der Adel sein Ansehen und seine Würde auch fernerhin behaupten, wenn er in Gewährung der friedlichen Opfer sich ebenso edelmüthig und freigebig zeigt, wie einst seine Vorfahren in gefahr= vollern Zeiten. . . . . Kossuth wies auf das Widersinnige des Steuerprivilegiums hin, nach welchem die zur Förderung des Gemein= wols nöthigen Opfer nur von dem Besitzlosen gefordert, ihm aber in dem Moment erlassen werden, wenn er zu irgendwelchem Besitz gelangt. Denn wenn z. B. der steuerpflichtige Nichtadelige reich genug geworden um den Adelsbrief zu erwerben, wird er sofort der Steuer= pflichtigkeit enthoben, denn — er ist zu Besitz gelangt. Wenn hingegen ein steuerfreier Adelige soweit herabkömmt, daß er den eigenen Grund verliert und einen Bauerngrund pachten muß, wird er sofort steuerpflichtig, denn — er ist arm. . . . . Mit besonderer Energie aber deckte er die schreiende Ungerechtigkeit auf, welche darin liege, daß der Adel, allein im Besitze aller Aemter zu deren Besoldung die Haussteuer dient, hauptsächlichster Nutznießer der Wohlthaten welche sonst die Komitatsverwaltung bietet, fast unumschränkt über die Summe, die Erhebung und Verwendung dieser Steuer verfügend, sie doch allein dem ohnehin so sehr belasteten Nichtadeligen aufbürden wolle.

Trotzdem war Kossuth auch hier noch zu manchen Zugeständ= nissen erbötig, um der Furchtsamkeit allen Grund, der Engherzigkeit allen Vorwand zur Abweisung jener so gerechten wie vernünftigen Forderung zu benehmen. Man fürchtete nemlich: die Komitatsbe= hörden werden die Haussteuer, wenn sie nicht mehr allein auf den Schultern des armen Volkes laste, übermäßig erhöhen und die Geld= fräfte des Adels zusehr in Anspruch nehmen. Wie grundlos auch die Befürchtung war, so beantragte Kossuth doch, um sie vollends zu ver= scheuchen, daß die betreffenden Rubriken im voraus reichstäglich ge= prüft, die ordentlichen Ausgaben festgesetzt, für die außerordentlichen aber eine gewisse Summe als unüberschreitbares Maximum bestimmt

werde. Andere äußerten die Besorgniß, daß sie, arg verschuldet, nicht bloß von ihrem wirklichen Vermögen sondern auch von ihren verschuldeten Gütern und daher übermäßig besteuert würden. Kossuth beantragte die Einführung von Grundbüchern, nach welchen das freie und verschuldete Gut streng zu sondern und der Besitzer nur von ersterem zu besteuern wäre. . . . Derart suchte er auch andern Einwürfen zu begegnen und — wie Széchenyi es wollte — den Adel in „guter Art“ zur Theilnahme an der Haussteuer zu „bereden“.

Sein Bemühen war nicht ganz erfolglos. Ja, man muß es sogar erfolgreich nennen, wenn man die Schwierigkeit der obschwebenden Aufgabe bedenkt. Der Adel wurde, da das Volk keine Stimme hatte, zum Richter in seiner eigenen Sache aufgerufen, und er selbst, in dessen Reihen noch vor kurzem die größte Abneigung gegen die Belastung der „jungfräulichen Schultern“ geherrscht, sollte sich seines Steuerprivilegiums berauben. Dazu gehörte, besonders in friedlichen Zeiten, ein bedeutender Grad von Heroismus; namentlich, da es sich hierbei nicht bloß um eine einfache Geldfrage, sondern um ein das Grundwesen des Adelsinstituts tief berührendes Prinzip handelte. Doch waren nach einer kaum halbjährigen Agitation nicht weniger als 18 Komitate für die Frage gewonnen. Noch acht, und sie hat auf dem nächsten Reichstage die Mehrheit für sich. In einigen Komitaten schwankte die Entscheidung so sehr, daß es der Opposition gelang, den Sieg auf Augenblicke zu erringen, und es ihr nur an Kraft fehlte ihn zu behaupten. Sie hatte die riesigsten Anstrengungen gemacht, aber auch die Konservativen setzten alle Hebel, bis zum bleifnöpfigen Kortessknittel herab, in Bewegung, um die adelige Steuerfreiheit unverletzt zu erhalten. Dies gelang ihnen auch — mit Hilfe der Regierung. Und so geschah es, daß die Steuerfrage sogar in mehreren, früher als liberal bekannten Komitaten durchfiel, und mit ihr auch die Oppositionskandidaten für den Reichstag von 1843, auf welchem die Frage verhandelt werden sollte.

Ein nicht geringer Antheil an diesem unerfreulichen Ausgang der Steueragitation war dem Grafen St. Széchenyi zuzurechnen, dessen

von persönlicher Eifersucht oder patriotischer Furcht genährter Haß gegen den Redakteur des „Pesti Hirlap“ in gleichem Verhältniß mit dessen Popularität stieg. Für die Grafen Dessenöffy und Száray hatte er kein Wort der Entgegnung gehabt; von dem Augenblicke aber wo auch Kossuth die Frage mit seiner gewohnten Wärme und Energie aufnahm, begann der Graf mit seiner bekannten Bitterkeit und Heftigkeit gegen sie zu agitiren. Der Graf ging mit andern Plänen schwanger, welche er durch die Steuerfrage gefährdet glaubte, da es jedenfalls schwer fallen dürfte, die Opferwilligkeit des Adels gleichzeitig nach zwei Seiten hin zu beanspruchen. Széchenyi wollte aber anstatt der gemeinschaftlichen Besteuerung die Errichtung einer, zur Förderung der materiellen Reformen bestimmten Landeskasse durchsetzen. In einer längern Artikelreihe theilte er im „Telenör“ seinen diesfälligen Plan mit, der darin bestand: daß das Land sich verpflichte, auf dem Wege direkter Repartition 35 Jahre hindurch alljährlich 5,000,000 Gulden zu steuern. Auf Grund dieser Steuer werde ein Anlehen von 100 Millionen aufgenommen zu  $3\frac{1}{2}$  Prozent Zinsen und  $1\frac{1}{2}$  Prozent jährlicher Tilgung. Von dem aufgenommenen Kapital werde alljährlich ein Theil zu Landeszwecken verwendet; der Rest im Lande selbst auf Hypothek zu 5 Prozent ausgeliehen. . . . Der Graf forderete die Opposition auf, sich über seinen Plan zu äußern der nur mit ihrer Unterstützung ausführbar sei, daher er denselben, wenn er ihren Beifall nicht habe, als unausführbar aufgebe. Kossuth, der Wortführer der Opposition, der die von ihm angestrebte Lösung der Steuerfrage bereits scheitern, und in des Grafen Plan jedenfalls ein gutes Mittel zur Förderung der materiellen Reformen sah, ließ alle persönlichen Antipathien beiseite und versprach dem Antragsteller die thätigste Unterstützung, löste auch sein Wort im „Pesti Hirlap“ und im pester Komitatssaal so ritterlich ein, daß selbst der Graf seinen Haß auf einen Augenblick zum Schweigen brachte und Kossuth wiederholentlich seines reinen Patriotismus wegen belobte. Allein, auch die vereinten Bestrebungen der beiden Agitatoren blieben fruchtlos. Die „jungfräulichen Schultern“ wollten sich auch mit der gräßlichen Zinsenzahlung nicht belasten. Und schon nach den ersten Verhandlungen des 1843/4er

Reichstags war zuversichtlich vorauszusehen, daß weder Kossuth's noch Széchenyi's Antrag diesmal die Mehrheit gewinnen, sondern Alles beim Alten bleiben werde.

Kossuth sah hiedurch seine anfänglich genährte Hoffnung: durch den Adel selbst und zwar auf dem Wege der Gesetzgebung die Reform durchzuführen, ganz vernichtet. Die Enttäuschung schmerzte ihn tief; so tief, daß er einige Zeit ganz entmuthigt war, und sich dahin aussprach, daß er an der Zukunft seiner Nation fast verzweifelte. Die Elastizität seines Geistes und die glühende Vaterlandsliebe seines Herzens befreieten ihn jedoch bald wieder aus den, alle Thätigkeit lähmenden Banden der Hoffnungslosigkeit. Und wenn die richtige Erkenntniß und das offene Bekenntniß des begangenen Fehlers die ersten Schritte zur Besserung sind, so befand sich Kossuth allerdings bald auf dem Wege des Heils. Er nahm keinen Anstand, seine bittere Enttäuschung offen einzugestehen, und auch Das zu bekennen: daß diese Wendung, so schmerzlich und unerwartet immer, doch sehr natürlich sei. „Nehmen wir — ruft er zu Anfang des Jahres 1844 — nehmen wir die Sache in ihrer Wirklichkeit. Worin besteht denn die nationale Regeneration die wir anstreben? Sie besteht darin, daß das ungarische Volk zur Nation erhoben werde, daß die Privilegien mit der Freiheit vertauscht werden, daß die Pflicht der Besteuerung allgemein sei und daß Verfassung und Recht zum Gemeingut werden. . . . All' dies erheischt Opfer von der Aristokratie; Opfer, welche der welthistorischen Natur der privilegierten Klasse, unsern Erinnerungen und unsern Gebräuchen zuwider sind. Eine solche Opferwilligkeit erheischt Resignation, heldenmüthigen Aufschwung und erhabene bürgerliche Tugend. Zu welcher Stufe auch einzelne Charaktere sich aufschwingen können. . . . daß die ganze Masse des Adels oder wenigstens eine entscheidende Mehrheit sich bis zu jener Opferwilligkeit erhebe, ist nach der Natur der Dinge unmöglich“. . . .

„Rom — fährt er in der trostleeren aber wahren Betrachtung fort — Rom war eine freie Republik, und nach Montesquieu ist die republikanische Staatsform auf Tugend begründet; . . . und dennoch, wenn je die Rede davon war, daß die Patrizier dem Volke gerecht



werden sollen, wissen wir, was geschah. Was wännen wir denn? Wir werden die fünftausendjährige Lehre der Weltgeschichte lügenstrafen? Wir?... Nehmen wir doch die Sache in ihrer kalten Trockenheit. Eine Nation, in welcher der Name Staatsbürger nur über einige hunderttausend Köpfe schwebt, eine solche Nation und besonders in einer solchen Situation wie wir Magyaren die wir in unserer Brust die Elemente einer tausendfachen Verzweiflung tragen, in einem solchen exklusiven Zustande, kann sich keine Zukunft versprechen". . . .

„Woher kommt dies? — ruft er um dieselbe Zeit, nachdem er darauf hingewiesen, daß seit 1825 trotz der edlen Bemühungen einiger Bessergesinnnten keine wesentlichen Reformen erzielt worden — Daher, meine Herren! weil weder neben, noch hinter den Männern die dies Alles mit Herz und Seele wünschen, die Sympathie und der starke Wille der Majorität unserer privilegierten Klasse steht! Da jetzt außerhalb des Adelskreises kein konstitutionelles Leben vorhanden, so kommt jede Opposition, welche gegen die schädlichen Privilegien gemacht wird, aus der Mitte des Adels selbst. Dabei wird auf die gute Hoffnung gebauet, daß die Gesamtheit des Adels sich bald der erhabenen Resignation der Einzelnen anschließe. Dies wird indessen nicht geschehen. Die Mehrheit der Bevorrechteten wird nie gegen die Vorrechte sein, denn dies wäre allenfalls kein natürlicher, sondern ein abnormer Zustand. . . . Daher sage ich, mit hoffnungslosem Gemüthe es wiederholend: daß die privilegierte Klasse weder genug Kraft, noch genug Willen besitzt, die nationale Wiedergeburt zu bewerkstelligen". . . .

Es gibt hier nur Einen Ausweg: der bessere Theil der privilegierten Klasse in welchem der Wille zum Fortschritt vorhanden, muß die Kraft zu dessen Durchführung außerhalb des eigenen Kreises, in den Reihen der Nichtbevorrechteten, suchen. Das Volk, für das er wirkt, muß der passiven Rolle des stillen Zuwartens enthoben und zur thätigen Mitwirkung herangezogen werden. Auf politischem Gebiete ist dies allerdings nur in sehr beschränkter Weise ausführbar, nemlich durch das Statuarrecht der Komitate, welches Pest und einige

andere Komitate dahin erklären, daß es ihnen freistehe, das Stimmrecht in ihren Versammlungen nach Belieben auch an Nichtadelige zu ertheilen. Man bekleidete einstweilen damit die sogenannten Honoratioren, d. h. den Geistesadel. Selbstverständlich stimmt dieser immer mit der liberalen Partei, wodurch diese ein bedeutendes Uebergewicht über ihre Gegner gewinnt. Kossuth agitirt, und mit bedeutendem Erfolg, für die allgemeine Durchführung dieser Maßregel, was aber natürlich nur dort geschehen kann, wo die liberale Partei sich eben in der Mehrheit befindet, da sonst die Konservativen von vornherein den Beschluß unmöglich machen. Das Mittel kann sonach der Opposition nur das Verbleiben in der Mehrheit sichern in jenen Comitaten wo sie eben im Besitz derselben ist; bleibt aber ganz unanwendbar, dort wo die Gegenpartei schon das Uebergewicht hat. . . . Ein anderes Mittel zur Stärkung des liberalen Elements sieht Kossuth in der, namentlich durch Förderung des materiellen Wohlstandes erzielbaren Heranbildung eines kräftigen Mittelstandes. Er beginnt deshalb, die materiellen Fragen öfter in den Kreis seiner Besprechungen zu ziehen, sucht bei der Nation welche bisher auf Handel und Gewerbe mit adeligem Hochmuth herabgesehen, Achtung und Liebe für diese Hauptfaktoren der Nationalkraft zu wecken, agitirt auch für die Errichtung eines Politechnikums durch welches die keimende Industrie Gelegenheit zur Ausbildung und Entwicklung gewinne, während er andererseits die Lösung der Städtekoordinationsfrage im liberalen Sinne befürwortet, um, durch die städtischen Vertreter gestärkt, auch auf dem Reichstag mit mehr Aussicht auf Erfolg der konservativen Regierungspartei die Spitze bieten zu können.

Als das bedeutsamste, weil in allen Volksschichten anwendbare Mittel zur Stärkung der Opposition bezeichnet er aber die soziale Agitation. Wenn die konservative Partei, Hand in Hand mit der Regierung, auf politischem und legislativem Gebiete den Sieg der Freiheitsprinzipien und die Neugestaltung Ungarns unmöglichmachen, so muß dieses Streben auf einem Gebiete versucht werden, wo es zur That keiner königlichen Sanction, zum Sieg keiner parlamentarischen

Majorität bedarf, und wo nicht bloß der beim Fortschritt verlierende Adel, sondern auch das gewinnende Volk seine Stimme abgeben und seine Kraft nutzbringend verwenden kann. „Daher sage ich, schließt Kossuth die Darlegung dieser neuen Taktik welche zu befolgen er der Opposition warm ans Herz legt, daß wir uns im sozialen Leben reformiren müssen. Dort die ungarische Sprache erheben, da auf Volkserziehung bringen, hier die Kultur verbreiten, da die sozialen Mißverhältnisse ausgleichen, da die ungarische Industrie pflegen, die Wissenschaft und die heimathliche Literatur fördern, da mit Wort und That die bürgerliche Tugend verbreiten, da die schlechten Werkzeuge verwerfen und wenn sie auch Gutes anzielen, hier das bescheidene Verdienst würdigen, das glänzende nichtige Laster verfolgen: o, meine Herren, Das ist ein schöner, würdiger Kampfplatz der vor uns Allen offensteht. . . Wir müssen unsern Beruf nur erkennen, wir müssen nur redlich, männlich wollen“. . . .

Zum Unglück für Kossuth wurde die Bedeutsamkeit dieses „Verufes“ und die Tragweite der neuen Agitation auch von seinen Feinden nur zu sehr anerkannt und in ihrer Weise gewürdigt. Er hatte nemlich kaum den Kampf auf dem neugewählten Gebiete begonnen, als er der Waffe beraubt wurde. Das wiener Kabinet mochte es längst bereuen, ihm die Feder je anvertrauet zu haben. Man hatte wol anfänglich gehofft: durch die in den Annalen Oesterreichs unerhörte Nachgiebigkeit, daß man dem begnadigten Hochverrätther sofort wieder einen öffentlichen Wirkungskreis einräumte, ihn zu versöhnen; wol auch darauf gerechnet, daß die Zensurfesseln seinen Geistesflug hinreichend lähmen, oder daß er sich, wenn seiner Agitation der Reiz des Verbotenen und Heimlichen genommen, bald von selbst abnützen werde. Es heißt auch: Landerer habe, als er um die Erlaubniß zur Uebertragung der Redaktion des „Pesti Hirlap“ an Kossuth nachgesucht, höhern Orts hoffen lassen, daß es ihm wol gelingen werde, den tüchtigen Journalisten allmählig für die Regierung zu gewinnen. . . . All' diese schönen Hoffnungen hatte die Wirklichkeit lügengestraft. Kossuth's Vaterlands- und Freiheitsliebe widerstand allen Verlockungen ebenso energisch, wie sie früher den Drohungen und

Bestrafungen gegenüber unbeugsam geblieben. Die Zensur konnte seine Schwungkraft nur hemmen aber nicht lähmen, da er anfangs Gewandtheit, später Kraft genug besaß, um ihre Streiche zu pariren. Seine Antipathie gegen die Regierung, auf einige Zeit durch die Verhältnisse zum Schweigen gebracht, trat immer offener und entschiedener hervor, jemebr die Regierung jene Hoffnungen vereitelte zu welchen sie 1840 betreffs des „guten Einverständnisses“ zwischen ihr und der Nation manchen Patrioten berechtigt hatte. Seine Agitation drohte jetzt um so gefährlicher zu werden, als er sie in jenen Kreisen zu üben begann, wo der Regierung nicht wie im Reichstag die gefälligen Magnaten zugebotesstanden, welche für sie die heißen Kastranen aus dem Feuer holten, und wo sie auch nicht durch Vorenthaltung der königlichen Sanktion jahrelange Bemühungen der Vertreter der Nation zunichtemachen konnte. Kossuth's Einfluß war überdem im steten Zu- nicht im Abnehmen begriffen. Die Kämpfer die sich ihm freiwillig wie Széchenyi oder auf höhern Befehl wie Dessoeffy entgegenstellte, hatten die Waffen strecken und nur seinen Triumpzug vergrößern müssen. . . . Dazu kam noch die immer schroffere Spaltung welche sich auf dem 184<sup>3/4</sup>er Reichstag zwischen der Opposition und der Regierung entwickelte, da Letztere, auf ihren konservativen Anhang gestützt, den Forderungen der Nation und der Zeit neuerdings hartnäckigen Widerstand entgegensezte, wie sie denn auch später den Reichstag nach langen Kämpfen resultatlos und in Ungnaden entließ. Es war daher natürlich, daß sie fernerhin die Redaktion des Oppositionsorgans umsoweniger den bisherigen Händen belassen mochte, je fester sie entschlossen war, mit Hilfe der mühsamerrungenen Mehrheit unverweilt rüdzuschreiten. . . .

Der Gewaltakt von 1837 konnte jedoch jetzt nicht wiederholt werden, und man mußte zur List seine Zuflucht nehmen. Im höhern Auftrage nahm L. Landerer, wol auch geleitet von der Aussicht, daß der einmal fest begründete „Girlyap“ fernerhin auch durch jüngere und minder kostspielige Talente zu halten sein werde, eine Geldbifferenz als Veranlassung zum Bruch mit Kossuth. Dieser wich der Auflösung des bisherigen Verhältnisses umsoweniger aus, als man ihm höhern

Orts die Konzession zur Herausgabe eines eignen Blattes in Aussicht stellte, wo er in materieller Beziehung größern Gewinn, in geistiger Beziehung als alleiniger Herr des Journals freiere Bewegung erwarten konnte. Kossuth ging in die Falle und der Vertrag zwischen ihm und dem Verleger des „Pesti Hirlap“ wurde aufgelöst. Nach gelungener List versagte man ihm die früher in Aussicht gestellte Konzession, und er sah sich, nachdem er am 1. Juli 1844 die Redaktion an L. Szalay abgegeben, von der journalistischen Laufbahn verdrängt. Er konnte sie verlassen mit dem erhebenden Bewußtsein: sich nicht vergeblich bemüht zu haben. Denn es war volle Wahrheit, wenn er in seinem Abschiedsworte schrieb: Daß in diesem Lande noch kein anspruchsvoller einfacher Bürger und kein journalistischer Kämpfer je einer solchen Theilnahme gewürdigt worden, wie sie ihm vierthalb Jahre hindurch „in immer steigendem Grade“ bis zum letzten Augenblick die gesammte Nation geschenkt.... Noch erhebender mußte es wol für ihn sein, nach einer vierthalbjährigen kampfreichen journalistischen Laufbahn mit männlichem Selbstbewußtsein die Nation und selbst seine Feinde zur Beurtheilung seiner Wirksamkeit auffordern und ihnen zurufen zu können: „Es werfe einen Stein auf mich, wer auch nur in einem einzigen Fall beweisen könnte, daß ich die Ueberzeugung meiner Seele aus Furcht, Eitelkeit, Selbstsucht oder im Interesse meiner Freunde verleugnet; der beweisen könnte, daß ich, trotz der tausendfachen Kränkungen, je gegen meine Feinde ungerecht, und gegen die Schwächen meiner Freunde nachsichtig gewesen; daß ich nicht das Gute und Verdienstliche auch bei meinen Feinden anerkannt, bei meinen Freunden selbst aber Ungerechtigkeiten, Mißbräuche, Fehler und Ausschweifungen nicht gerügt oder je verdeckt habe“.... „Würdigung oder Verdammung — ruft er schließlich seinem Leserkreis zu — Sympathie oder Haß, Billigung oder Mißbilligung hängt von euch ab, Mitbürger! Das vermögt nur ihr zu geben. Aber Eines gebe ich mir selbst, und das kann mir Niemand rauben; und dieses ist die Freiheit des Gewissens und das Selbstbewußtsein, daß niedrige Interessen mich nie geleitet, daß meine Ueberzeugung nie verkäuflich gewesen, und daß mich weder

der düstere Blick der Mächtigen noch die ungefüge Leidenschaft meiner Mitbürger erschüttert hat“.

Die vierthalbjährige journalistische Wirksamkeit Kossuth's war, wenigstens bis zur Revolution, die bedeutsamste und folgenreichste in seinem öffentlichen Leben. Sie legte den Grund nicht nur zu seiner eigenen Größe, sondern auch zu Ungarns rascher Entwicklung und zu der Märzrevolution oder doch zu dem Verlauf den diese nahm. Es wird daher, ehe wir zu seinem weitem Wirken übergehen, wol am Orte sein, hier in einigen kurzen Zügen das Grundwesen seines journalistischen Strebens, das auch den besten Schlüssel zum Verständniß seines spätern Wirkens bietet, zu zeichnen; umsomehr, als der beschränkte Raum uns nicht gestattete, dem Leser eine detaillirte Darstellung aller Faßen der schriftstellerischen Thätigkeit des Agitators zu geben.

Die bewegende Triebfeder all' seines Strebens und Wirkens war eine glühende Vaterlandsliebe, und als deren Erzeugniß das heiße Verlangen: Ungarn nach außen und innen, auf materiellem und geistigem Gebiete, in politischer und bürgerlicher Beziehung zu jener Bedeutsamkeit erhoben zu sehen, zu welcher es in seiner konstitutionellen Verfassung, in dem reichen Segen seines Bodens und in der Kraft seines Volkes, hinreichende Elemente besitze. Diese möglichst fruchtbar zu machen und dadurch dem Lande die ihm gebührende und zu dessen Erhaltung dringendnöthige Stellung zu erringen: dazu schien ihm der bisherige alleinige Träger des Staatslebens: der Adel, zu schwach. Daß ein Ungarn entstanden, daß es Jahrhunderte hindurch sich erhalten, war das Werk des Adels, aber des Landes Zukunft kann nicht mehr durch den Adel allein, kann nur durch das Zusammenwirken aller nationalen Kräfte sichergestellt werden. Darum müssen diese frei und dadurch lebenskräftig und wirkungsfähig gemacht, müssen allesammt in die Hallen der Landesverfassung aufgenommen werden. Das heißt allerdings bedeutende Opfer vom bevorrechteten Stand, d. h. er muß eben den Vorrechten entsagen; aber das ist unumgänglich nöthig, soll nicht Ungarn und mit ihm sein Adel dem völligen Verfall unrettbar zueilen. . . . Ohne

diese Umwandlung der Vorrechtsverfassung in eine Verfassung der allgemeinen Freiheit und des gleichen Rechts für Alle ist kein Heil möglich. Denn in der Bevorrechtung des Adels und der Rechtlosigkeit des Volkes liegt der Grund aller gegenwärtigen Uebel. Wenn Ungarns Bewohner noch immer nicht zur ungarischen Nation erstarrt, so kommt Dies nur daher, weil der Adel im Laufe der Zeit theils unpatriotisch theils servil geworden, der Nichtadelige hingegen sich für ein nationales Leben, von dessen Segnungen er ganz ausgeschlossen war, nicht begeistern konnte. Wenn Ungarns reicher Bodensegen nicht zur Hälfte ausgebeutet wird, so liegt dies an den ungerechten Urbarialverhältnissen welche den Bauern jeden Antrieb zu einer mehr als lebensfristenden Thätigkeit benehmen. Wenn Ungarns Handel und Industrie kaum nennenswerth, so liegt dies hauptsächlich am Mangel aller Kommunikationsmittel, deren Beschaffung aber unmöglich bleibt, solange die Geldmittel fehlen, weil eben die besitzende Klasse nicht das Geringste steuern will. Wenn Ungarns Selbständigkeit und Verfassung ewig von der Regierung bedroht ist, so rührt dies daher, weil ein großer Theil des Adels aus Selbstsucht Hand in Hand mit der Regierung gehet, während das Volk, welches gewiß ein unerschütterlicher Wächter wäre, ohne allen Einfluß auf das öffentliche Leben ist.

Darum vor Allem eine „nationale Regeneration“, die darin bestehe, daß die Verfassung zum Gemeingut, Freiheit und Recht zur vollen Wahrheit werden. Ist eine solche Radikalreform, weil zu vielen bestehenden Interessen und Vorurtheilen widerstreitend, nicht mit Einem Schlage ausführbar, so mögen wenigstens annähernde Schritte geschehen.... Kossuth war praktisch genug, um gleich D'Connel auch Abschlagszahlungen nicht zu verschmähen. Darum drang er unablässig darauf, daß die Ablösung der Urbariallasten wenigstens erleichtert, das Stimmrecht in den Komitaten wenn nicht allgemein gemacht doch erweitert und der Geistesadel dem Geburtsadel gleichgestellt, daß wenigstens die Betheiligung des Adels an der Haussteuer ausgesprochen und eine Landeskasse zur Beförderung der dringendsten Reformen geschaffen, und daß namentlich durch ein mehr

patriotisches Benehmen des tonangebenden hohen Adels der Nationalgeist geweckt, der nationale Aufschwung gefördert, andererseits durch Erweckung des nationalen und Rechtsbewußtseins in den untern Volksschichten die Fortschrittspartei neugestärkt werde.

Aber an wem lag die Schuld, daß Ungarn bisher soweit hinter den übrigen europäischen Ländern zurückgeblieben, daß es jetzt zum Nachholen dieser Versäumniß und zur nationalen Wiedergeburt solcher Riesenanstrengungen bedarf? wem ist es zu danken, daß noch jetzt diese Anstrengungen größtentheils erfolglos bleiben, daß das opferwillige Anerbieten des bessern Theils der privilegierten Klasse zurückgewiesen, und den engherzigen Vorrechtlern der Sieg gesichert wird?... Die Antwort war leicht, und Kossuth säumte nicht, als den Schuldigen die österreichische Regierung zu bezeichnen, welche Jahrhunderte hindurch auf Vernichtung der Autonomie, des konstitutionellen und nationalen ungarischen Lebens hingearbeitet, und die auch jetzt durch Unterstützung der engherzigen Adelsfraktion des Landes Wiedergeburt hemme... Die Antipathie gegen die österreichische Regierung und gegen jene, größtentheils in Ungarn gebornen aber antiungarischgesinnten Männer, welche oben in Wien des Landes Schicksale leiteten, mußte daher einen wesentlichen Grundzug in Kossuth's Ideengang bilden. Ob der hemmenden Zensurfesseln und weil er sich nicht „unmöglich“ machen wollte, durfte er diese Saite nur vorsichtig berühren; aber der ihr entlockte Ton klang hell genug, um im Herzen aller Patrioten ein Echo zu wecken. Und wer etwa so harthörig war, daß er die volle Höhe des zensurgebämpften Tones nicht zu würdigen vermochte, der durfte sich nur in den pester Komitatsaal bemühen, wo Kossuth unter dem Schirm unbeschränkter Redefreiheit unverblümter und klangvoller sprach.



## VII.

Dem febergewaltigen Agitator war, wie wir gesehen, der Redaktionsgriffel listigerweise entzogen worden. Sich fernerhin als Mitarbeiter am „Pesti Hirlap“ zu betheiligen, war schon wegen der zwischen ihm und seinem Nachfolger obwaltenden Gesinnungsverschiedenheit unzulässig, da L. Szalay Zentralist, L. Kossuth hingegen Municipalist war. Auch mochte wol anderweitig dafür gesorgt sein, ihm die Fortsetzung seiner journalistischen Wirksamkeit selbst in untergeordneter Stellung unmöglich zu machen. Als er später versuchte, in A. Fényes' „Hetilap“ (Wochenblatt), dem Organ des Industrievereins, die Steuerfrage zu besprechen, konnte von den zwei einleitenden Artikeln der erste nur verstümmelt, der zweite nur durch Ueberlistung des Zensors in die Oeffentlichkeit gelangen. Der arme Redakteur war aber nahe daran, dieses Vergehen mit der Aufhebung seines Blattes zu büßen, und die weitere Mittheilung der betreffenden Artikel mußte selbstverständlich unterbleiben.

Kossuth war jedoch nicht der Mann darnach, sich zur völligen Unthätigkeit verdammen zu lassen. „Noch — schrieb er am 30. Juni 1844, als er vor dem Publikum über seinen unfreiwilligen Rücktritt von der Redaktion klagte — noch eröffnet sich mir ein Kampfplatz und Gelegenheit zur gemeinnützigen Wirksamkeit. Ich werde nicht müßig sein, auch nicht einmal ruhig verbleiben. Einige Tage werde ich vielleicht ausruhen, und das Ausruhen thut mir wol, weiß Gott, sowol in körperlicher als in geistiger Beziehung, aber ruhig verharren werde ich auf keinen Fall“.... Die Ruhetage waren bald abgelaufen, und Kossuth suchte jetzt womöglich Dasjenige praktisch durchzuführen, wofür er letzter Zeit mit der Feder gekämpft, nemlich: die Reform mittels freiwilliger Affoziation zu fördern. Die Idee, wiewol erst seit kurzem angeregt, hatte bereits ziemliche Verbreitung gefunden, da sie bekanntlich während der ersten vierziger Jahre in den meisten europäischen Ländern bedeutende Fortschritte machte, was ihr Ge-

beihen auch in Ungarn sehr förderte. Kossuth wollte nun den Samen auch zum Keimen bringen und die erste Frucht dieser Bemühung war — der Schutzverein oder „Védegylet“.

Dieser war ein Erzeugniß der von Kossuth mit aller Energie seines Wesens vertheidigten Friedrich List'schen Antis Freihandels-theorie. Wie Dieser die deutsche Industrie gegen die englische, so wollte Kossuth die ungarische gegen die Konkurrenz der weitervorgeschrittenen österreichischen durch ausgleichende Zölle geschützt wissen. Früher hatte die Nation unablässig die Aufhebung der ungarisch-österreichischen Zwischenzolllinie gefordert, in der Meinung, daß dadurch den ungarischen Rohprodukten ein größerer und freier Markt eröffnet würde. Kossuth hingegen machte darauf aufmerksam, daß die Berechnung reinillusorisch wäre, indem jene ungarischen Naturerzeugnisse deren Destrreich bedarf, schon jetzt bei ihrer Ausfuhr nach Destrreich mit einem sogenannten Zoll belastet sind der einer völligfreien Ausfuhr fast gleichkömmt, während jene Produkte die Destrreichs Boden genügend erzeugt und deren Einfuhr aus Ungarn deshalb mit hohen Zöllen belastet ist, auch nach Aufhebung des Zwischenzolls daselbst keinen größeren Markt fänden, weil doch das Bedürfniß von Destrreich selbst gedeckt wird. Dagegen wies er auf die Gefahr hin, daß bei Aufhebung des Zwischenzolls, respektive bei völliger Freigebung der ohnehin unverhältnißmäßig erleichterten Einfuhr der Erzeugnisse der weitervorgeschrittenen österreichischen Industrie, das Emporkommen einer industriellen Thätigkeit in Ungarn geradezu unmöglich gemacht würde. Er mahnte auch an die politischen und nationalen Folgen einer völligen Zolleinigung mit Destrreich. Auf die Thatsache hinweisend, daß „der deutsche Zollverein in zehn Jahren mehr zur Einheit der deutschen Nation beigetragen, als die ehemaligen Institutionen des römischen Kaiserreichs durch Jahrhunderte, als die heilige Alliance und der deutsche Bund 30 Jahre hindurch thaten“, ruft er der Nation warnend zu: „Heben wir die Zollschranken zwischen uns und Destrreich auf, verschmelzen wir unsere materiellen Interessen mit denen Destrreichs, und es ist mathematisch gewiß, daß wir auch in geistiger Hinsicht über kurzem mit Destrreich verschmelzen; daß aber diese Ver-

schmelzung weder im Interesse der Freiheit noch der Konstitutionalität, noch der ungarischen Rationalität liege, braucht wol nicht erst bewiesen zu werden.“

Von diesen Ansichten geleitet, hatte er schon im „Pesti Hirlap“ gegen die Aufhebung der Zwischenzolllinie agitirt, dafür aber verlangt, daß der bisher nur einseitig, nemlich zugunsten Oestreichs, aufgestellte Zwischenzoll nach den Prinzipien des Rechts und der Gegenseitigkeit geregelt; daß die Ausfuhr der ungarischen Naturerzeugnisse ins Ausland gestattet und der ungarische Erzeuger nicht mehr genöthigt werde, sie wegen Mangel aller Konkurrenz an Oestreich um einen Spottpreis zu verkaufen, während gleichzeitig alle ausländischen Industrieerzeugnisse vom ungarischen Markt ausgeschlossen sind und dadurch der ungarische Käufer dem monopoltreibenden östreichischen Industriellen sein Erzeugniß weit über den Werth bezahlen muß; . . . daß namentlich die weit zurückgebliebene ungarische Industrie gegen die östreichische durch hohe Zölle geschützt werde, wie die östreichischen Naturerzeugnisse gegen die ungarischen geschützt sind. „Entweder — Oder!“ war hier seine Losung. Entweder völlig freien Handel mit dem Auslande, denn in diesem Falle wird Ungarn erstens einen größern Markt für seine Bodenerzeugnisse finden, zweitens die Industrieerzeugnisse von andern Völkern viel vollkommener und billiger erhalten, als sie ihm jetzt die monopoltreibenden östreichischen Fabrikanten bieten; oder wenn die Regierung den Handel nicht völlig freigeben will, dann mögen und müssen mit den ausländischen auch die Zwischenzolllinien, der Zoll geregelt nach den Rechts- und Billigkeitsgesetzen, fortbestehen, damit Ungarn nicht ganz wehrlos den Manipulationen der Erblande überliefert werde. „Unser Zustand — bemerkt er sehr richtig, gleicht gegenwärtig einem Gefängniß, in welchem wir wenigstens soviel Freiheit haben, hin und wieder die Thüren vor unsern Blutegehn zuzumachen. Die Aufhebung des Zwischenzolls mit Beibehaltung der Zölle gegen das Ausland, würde uns überdies noch an die Gefängnißmauer schmieden, damit die nachbarlichen Blutegel uns ohne Widerstand aussaugen. . . Freien Handel, wenn ihr wollt; aber kein Monopol für die Blutegel“. . . . Will aber

Oesterreich weder den Handel ganz freigegeben, noch den Zwischengoll nach dem Prinzip der Billigkeit und Gegenseitigkeit umgestalten, so muß Ungarn auf sozialem Wege, durch den freien Willen seiner Söhne, der keimenden Industrie jenen Schutz sichern, den das Gesetz ihr versagt. Wie England die ostindischen Seiden- und Baumwollstoffe zurückgewiesen und sich zur Förderung der heimischen Industrie lange Zeit mit den eigenen schlechtern Fabrikaten begnügt, wie Amerika Söhne, die früher ihren Bedarf an Industrieerzeugnissen mit englischer Waare gedeckt, später einen Ruhm darein setzten, solange schlechtere zu gehen, bis sie selbst bessere Stoffe fabriziren werden: so mögen die ungarischen Patrioten — da hier der moralische den dort angewendeten Gesetzeszwang ersetzen muß — freiwillig die Verpflichtung übernehmen: sich einige Zeit hindurch mit den schlechtern ungarischen Erzeugnissen zu begnügen, um auf diese Weise die österreichischen allmählig vom Markte zu verdrängen und dadurch das Gedeihen der heimischen Industrie zu fördern.

Die Mehrheit der Stände hatte allmählig diese Ansichten angenommen, und in einer am 13. September 1844 an den König gerichteten Vorstellung sich dahin ausgesprochen: wie das gegenwärtige Zollsystem „in Vaterlande die Industrie erstickt, die Vervollkommnung der Landwirthschaft hindert, die Blüte des innern Handels unmöglich und den auswärtigen für das Land passiv macht“, weshalb sie fordern, daß „in Rücksicht auf die Nothwendigkeit einer unaufschiebbaren Veränderung des bestehenden Systems“, noch auf dem gegenwärtigen Reichstage bezüglich der ungarischösterreichischen Handelsverhältnisse eine im obigen Sinne auszuführende Umgestaltung vorgenommen werde. Die erst am 7. November erfolgte Antwort vertröstete in der bekannten österreichischen Hofsprache auf zukünftige Erwägung und Verbesserung. Die Stände, hierin einen neuen Beweis Dessen sehend, „daß in den Verhältnissen zwischen Ungarn und den Erbstaaten nicht die Billigkeit, nicht die Anerkennung der gemeinschaftlichen Interessen zur Grundlage genommen werden“, erklären infolge Dessen am 9. November: „Daß sie betreffs der materiellen Interessen nirgend eine Zuflucht und Abhülfe sehen, als in der festen Stand-

haftigkeit jedes einzelnen Bürgers"; daß man „jenes Schutzsystem, das sie an den Grenzen des Landes nicht aufzustellen vermochten, an der Schwelle jedes einzelnen Hauses aufrichten könne und solle"; und daß sie „dieses an den Schwellen der Bürger im Interesse der ungarischen Industrie und des Handels zu errichtende System im Schutzverein finden". . . . . Unter Graf Kasimir Batthyány's Vorsitz hatte, da die Erfolglosigkeit der Repräsentation vom 13. November vorauszusehen war, bereits am 6. Oktober im ständischen Saal zu Preßburg die konstituierende Versammlung des Schutzvereins stattgehabt, dessen Mitglieder sich verpflichteten: in Kleidung, Möbel u. dgl. wo möglich nur einheimische Erzeugnisse zu gebrauchen. Durch die am 10. November erfolgte Auflösung des Landtags, nach welcher die Deputirten-Gründer des Vereins in ihre bezüglichen Komitate zurückkehrten, wurde die diesfällige Agitation im ganzen Lande verbreitet. Auch in der liberalen Presse wurde fleißig agitiert, so daß der Verein rasche Verbreitung fand, und die erste Generalversammlung (17. November 1845) von 138, die zweite (20. August 1846) von 154 Filialvereinen besetzt war. Dem Schutzverein folgten bald einige verwandte, eigentlich auf Unterstützung dieses Hauptvereins gerichtete Unternehmungen, wie der Fabrikbegründungs-, der Handels- und der Industrieverein. Kossuth war Präses des Letztern, Sekretär des Erstem, und die bewegende Seele all dieser Unternehmungen, wie er auch deren eigentlicher Gründer war. . . .

Im Beginn wurde der Vödegylet als eine reinmaterielle, zu den politischen Parteifragen in keiner unmittelbaren Beziehung stehende Angelegenheit betrachtet. Wie dem schon früher entstandenen partiellen tolnaer Schutzverein mehrere Regierungsmänner beigetreten, so hatten auch dem allgemeinen Landesschutzverein mehrere hervorragende Männer der Regierungspartei ihre Unterschrift zugesagt, Viele bereits unterschrieben; wie denn auch die ständische Repräsentation vom 13. September und der ständische Beschluß vom 9. November ein Ausfluß des gesammten Reichstages waren, auf dem die Opposition keineswegs die Mehrheit besaß. Die Regierung erklärte jedoch hinterher den Verein als oppositionelle Demonstration. Ihre allergehorsamsten

Anhänger machten Chorus; Jene, welche ihre Theilnahme bloß zugesagt, nahmen ihr Versprechen zurück; Jene, welche bereits unterschrieben, baten in den lamentabelsten Briefen um Streichung ihrer Namen aus den Vereinslisten. Außerdem versuchte die Regierung anfangs, den Verein in den ihr befreundeten in- und ausländischen Blättern mit der Waffe der Lächerlichkeit zu bekämpfen, wozu ihr die Uebertreibungen einiger Honienthustasten genügenden Stoff boten. Das Mittel war nicht ganz wirkungslos, hätte aber bedeutend mehr gewirkt, wenn nicht der zum Hohnlächeln sich öffnende Mund auch das Zähneklappern der Furcht hätte durchblicken lassen. Die Regierung fürchtete den Verein mehr als sie offen zu gestehen wagte. Sie griff deshalb auch bald zu ernstlichen Waffen. Sie ließ ihn als Lostrennungsversuch Ungarns von Oesterreich darstellen, um die Loyalen von der Theilnahme zurückzuschrecken. Sie entsandete in Ungarn und Siebenbürgen ein strenges Verbot, demzufolge kein königl. Beamter Mitglied des Vereins sein durfte. Den Arbeitern, welche aus den Erbländern in die neuerrichteten ungarischen Fabriken berufen wurden, versagte sie die Pässe. Sie suchte endlich den Verein an der Wurzel anzugreifen, indem sie am 7. Januar 1845 ein Statthaltereieintimat erließ, des Inhalts: „Daß zur Hemmung der erfahrenen Mißbräuche, die in neuerer Zeit entstandenen Vereine von allgemeiner Richtung, solange bis ihre Statuten von den betreffenden Behörden untersucht und durch gnädige Genehmigung Sr. Majestät bestätigt worden, durchaus nicht zu dulden sind“. Infolge Dessen werden die Komitate aufgefordert, daß sie, falls bei ihnen solche Vereine bereits beständen oder entstehen sollten, sofort über deren Entstehen, Zweck und Fortschritt berichten und bis die königl. Genehmigung herablangt, deren Wirksamkeit nicht gestatten sollen. Die Regierung hatte jedoch nicht gewagt, den Schutzverein zu nennen. Die meisten Komitate antworteten daher ganz naiv, daß in ihrem Kreise durchaus keine derartigen, der königl. Sanktion bedürftigen „Vereine von allgemeiner Richtung“, sondern bloß einige Filiale des reichstäglich gegründeten Schutzvereins beständen. In Tolna berief St. Bezerédy, nachdem das Reskript in der Komitatssitzung verlesen

worden, die Anwesenden auf den Nachmittag zu einer Schutzvereinsversammlung, und in Gran, wo es am 21. Januar zur Verlesung gelangte, wurde als Antwort darauf am 22. unter Besze's Vorsitz eine Filiale des pesther Schutzvereins gebildet. . . . So hatte die Regierung von ihrem feindlichen Auftreten nur den Gewinn: daß sie selbst ein Zeugniß für die ernstliche Bedeutsamkeit jener Agitation ablegte, welche sie andererseits von besoldeten Federn als „hohle Deklamation“ eines „bankrotten Zeitungsschreibers“ verschreiben ließ.

Da die „hohle Deklamation“ weder durch Hohn und Verdächtigung noch durch königl. Edikte zu bewältigen war, suchte man deren Zwecklosigkeit nachzuweisen. Die Regierung lenkte die Frage vom politischen auf das reinstatistische Gebiet hinüber; wahrscheinlich in der Zuversicht, daß der „Deklamator“ absolutunfähig sein werde, ihr auf dieses Gebiet zu folgen. Mit nichtgeringer Ueberraschung und gewiß nichtgeringerem Verdruß mußte sie jedoch bald wahrnehmen, daß er die „trocknen Zahlen“ ebenso geschickt als die „schönen Frazen“ zu handhaben verstehe. Sie hatte nämlich einen Handelsausweis vom Jahre 1844 veröffentlicht, nach welchem Ungarn aus dem ungarischösterreichischen Handel einen jährlichen Gewinn von 14 Millionen Gulden zöge, wodurch alle Klagen der Opposition, als würde durch das gegenwärtige System Ungarn zugunsten der Erbprovinzen ausgebeutet, thatsächlich widerlegt wären. Kossuth unterzog diesen „Ausweis“ einer strengen Prüfung, und in einer meisterhaften, am 20. August 1846 in der Schutzvereins-Generalversammlung gehaltenen dreistündigen Rede wies er aufs schlagendste die Fälschung des Ausweises nach, in welchem das Quantum der Artikel sowie deren Preis bei der Ausfuhr von Ungarn 2—3fach höher, bei der Einfuhr nach Ungarn 2—3fach niedriger, als die wirkliche Menge und der wirkliche Preis betrug, angegeben und so eine trügerische Bilanz erkünstelt war. Er ging bei dieser Gelegenheit in eine genaue Zergliederung des ganzen österreichischungarischen Zollsystems ein, und bewies mit den zuverlässigsten statistischen und Handelsangaben, wie dasselbe nur auf die Ausbeutung Ungarns als Kolonie zugunsten der

Erbsprovinzen, die als Mutterland gelten, hinziele und dies Ziel wirklich in schrecklicher Weise erreiche.

„Das gemeinsame Wol der Monarchie! — sagt er unter Andern — Dies ist die gewöhnliche Lebensart, mit welcher die österreichischen Regierungsmänner ihr Verfahren vor dem Auslande rechtfertigen! In der Anwendung dieses Grundsatzes gehet man aber, wie gerade die Zollfrage beweist, nicht von dem Prinzip aus, daß den verbündeten Staaten zusammen bloß Das zum Wol gereichen kann, was jedem derselben für sich zum Wol gereicht, sondern man berücksichtigt vor Allem den verschuldeten Zustand der Reichskasse, als ob diese Rücksicht und nicht das Wol des Volkes Zweck der Regierung wäre. Dann wird darauf gesehen, was für Wien ersprießlich ist, und wenn über Dies hinaus auch das Wol einzelner Länder berücksichtigt wird, kommt das wegen seiner Verfassung mit scheelen Augen angesehene Ungarn bloß so in Betracht, als ob es bestimmt wäre, untergeordnet, nicht aber gleichgestellt zu werden. . . . Wir können aber wol vor Gott und der Welt fordern, daß man uns als gleichberechtigte Brüder betrachte, und daß, wo die gegenseitigen Interessen in Zusammenstoß gerathen, auch die unsrigen so schwer in die Waage fallen als die der andern österreichischen Länder“. . . .

In dem Maße als unter dem Schirme des „Vödegyeslet“ die ungarische Industrie zu erblühen und die österreichischen Fabrikate zu verdrängen begann, mußte sich auch der Absatz der ungarischen Naturerzeugnisse in Oestreich verringern. Außerdem hatte Kossuth schon lange vor dem Entstehen des Vereins auf die Nothwendigkeit hingewiesen: für die ungarischen Bodenerzeugnisse auch außerösterreichische Märkte zu suchen. Denn abgesehen davon, daß Oestreich solange es ohne Mitbewerber dastand, den Kaufpreis nach Belieben herabdrückte, konnte es selbst zu diesem niedrigen Preis nicht Ungarns ganzen Ueberfluß ankaufen, wodurch es denn geschah, daß das fruchtbare Land nicht die Hälfte Dessen, was es zu produziren vermochte, wirklich produzirte, und daß trotzdem in Segensjahren viele tausende Megen der besten Frucht aus Mangel an Käufern nutzlos verbarben. Ungarn mußte daher, schon im Interesse seiner Bodenkultur, für



deren Erzeugnisse einen ausländischen Markt suchen, und zwar auf einer Straße, die nicht durch Oestreich führt, weil da die Regierung immer mit einem gewissen Schein von Recht, der Ausfuhr mannigfache Hindernisse in den Weg legen würde. Kossuth hatte deshalb schon vor Jahren die Aufmerksamkeit der Nation auf Fiume als ungarischen Hafenort gelenkt, von wo die ungarischen Naturerzeugnisse den Weg auf den Weltmarkt finden könnten. Er agitirte jetzt mit seiner gewohnten Energie für den Bau einer zu diesem Zwecke unerläßlichen Bukovar-Fiumer Eisenbahn. Es gelang ihm auch, eine Aktiengesellschaft zustandzubringen, und in der im September 1845 abgehaltenen Generalversammlung wurden bereits die wichtigsten Punkte des Unternehmens festgesetzt, und auch für Herbeischaffung zureichender Geldmittel gesorgt, wenn der nächste Landtag die schon von dem vorigen beantragte Uebernahme der Zinsengarantie gesetzlich ausspreche. . . . Es unterliegt keinem Zweifel, daß Kossuth hiebei noch die Nebenabsicht verfolgte: durch die völkerverbindenden Eisenarme das Nebenland Kroatien enger an Ungarn zu fesseln, und es durch die materiellen Vortheile, welche dem kleinen Land unfehlbar daraus erwachsen mußten, wenn der Haupthandel Ungarns durch sein Gebiet ging, mehr mit den Interessen des Mutterlandes zu befreunden. Die Berechnung war jedenfalls praktisch; und es ist sehr fraglich: ob, wenn das Unternehmen im Vormärz ausgeführt ward, die Märzbewegung im Süden nicht eine andere, für Ungarn günstigere Richtung genommen hätte? . . . Die Märzvorgänge überraschten jedoch den 1847/8er Reichstag, eben als die Eisenbahnfrage zur Verhandlung gelangen sollte. . . .

Trotz seines unermüdllichen Eifers blieb jedoch Kossuth's „praktische“ Wirksamkeit minder erfolgreich, als die journalistische es gewesen. Abgesehen davon, daß er auf dem Gebiete des materiellen Fortschrittes mit mehr äußern Hemmnissen als auf geistigem Gebiete zu kämpfen hatte, scheint er auch hier den Charakter seiner Nation einigermaßen verkannt zu haben. Die ungarische Nation ist im höchsten Grade begeisterungsfähig und wol im Stande, für das Vaterland, für die Freiheit oder ein anderes höheres Gut ohne Zagen

Blut und Leben einzusetzen; aber die besonnene Ausdauer, welche zur langsamen beharrlichen Durchführung eines stillen und kalten Kampfes, wie z. B. die Schutzvereinsidee es war, erfordert wird, besitzt sie keineswegs. Andererseits fehlten gar viele wesentliche Grundbedingungen, ohne welche eine industrielle Thätigkeit, selbst unter den günstigsten Schutzvöllen, sich kaum entfalten kann. Ein Land, in welchem selbst die Bodenkultur, welche der Industrie zum Theil die zu verarbeitenden Stoffe liefern soll, noch auf sehr niedriger Stufe stand, wo von Kommunikationsmitteln im modernen Sinne des Wortes noch kaum eine leise Spur vorhanden, die Rechtspflege noch äußerst verwahrlost und bei dem Mangel an barem Gelde auch der Kredit fehlte: da konnte der Schutzverein allein keine bedeutende Industrie schaffen; da waren noch andere Vorbedingungen nöthig, deren Erfüllung aber auf dem Wege der sozialen Agitation nicht erreichbar war, weil hier nur das Gesetz helfend einschreiten konnte. Endlich offenbarte sich schon hier jene Schwäche des Agitators, welche später von so unheilbaren Folgen begleitet war, nämlich sein Mangel an Menschenkenntniß. Er war zuwenig Diplomat, selbst zu ehrlich um Mißtrauen auch nur zu kennen, beurtheilte er Andere nach sich, schob Jedermann die eigene Uneigennützigkeit und Reinheit des Charakters unter, wurde dadurch oft betrogen und vergriff sich in der Wahl jener Personen, welchen er bei seinen Unternehmungen die Hauptrolle zutheilte. Wir wollen beispielsweise nur an Paul Szabó den jüngern erinnern, dem er das Direktorat der Handelsgesellschaft verschaffte und der schon nach Einem Jahre mit Zurücklassung eines Defizits von 84,000 Gulden das Weite suchte. . . . Daß aber trotz mannigfacher Mißgriffe diese Bestrebungen des Agitators doch von bedeutsamem Einflusse auf das Erblühen des ungarischen Handels und der Industrie gewesen, wird Niemand in Abrede stellen, wenn auch die Wirklichkeit hinter den Erwartungen mancher Sanguiniker zurückblieb. Bedeutsamer als dieser materielle war jedoch der politische Gewinn, den die Opposition aus dieser Agitation zog. Sie bot ihr Gelegenheit, sich unmittelbar mit dem Volke in Verbindung zu setzen, auf dasselbe einzuwirken, dessen Gesinnung zu erforschen und es durch den Beitritt

oder Nichtbeitritt zum Schutzverein gewissermaßen sein Glaubensbekenntniß ablegen zu lassen, da der Verein durch die Regierung einmal zur Parteifrage gemacht worden. Und bei dieser Musterung stellte sich denn zur Freude der Opposition und zum Schrecken ihrer Gegner heraus, daß Jene im Volke nicht wenig Anhänger zähle, ja daß sie die Mehrheit der Nation hinter sich habe. Für Kossuth selbst brachte sie außerdem noch den Gewinn, daß sie ihn mit den hervorragendsten Mitgliedern der Opposition überhaupt, namentlich mit den oppositionellen Magnaten in nähere persönliche Berührung führte und sich ihm auf diesem praktischen Gebiete, wo die Natur der Sache ein langsameres Vorschreiten nöthig machte, auch Manche anschlossen, die ihn während seiner journalistischen Wirksamkeit der Ueberstürzung angeklagt und sich von ihm ferne gehalten hatten.

Diese praktische Thätigkeit, wie vielseitig auch, absorbirte keineswegs all' seine Aufmerksamkeit. Er begleitete die politischen Tagesfragen ebenfalls mit regester Theilnahme und blieb auch hier der entschiedenste Vorkämpfer der Opposition. War ihm auch die Feder entwunden, mittels welcher er seine zündenden Gedankenblitze in die entferntesten Landestheile entsendet hatte, so blieb ihm doch die Redefreiheit. Er machte von ihr im pester Komitatssaale den besten Gebrauch; und der tonangebende Einfluß, welchen die dortige Opposition seit langem auf ihre Gesinnungsgenossen in den übrigen Komitaten übte, trug seine Worte weit über den engen Raum dieses Saales hinaus, um ihm im ganzen Lande einen kräftigen Widerhall zu wecken. Von Paul Nyáry, Jos. Batay, Ged. Káday, Mor. Székelyi und andern Oppositionsnotabilitäten unterstützt, kämpfte er hier seit Jahren mit Geschick und Glück gegen Graf St. Széchenyi, der von seinem aristokratischen Standpunkte aus die volksthümlischen Anträge der Liberalen angriff, wie gegen Graf Em. Deffewffy, welcher, der Regierung blind ergeben, nicht nur die Aufhebung der Zwischenzolllinie, sondern auch die Einführung des Tabaksmonopols befürwortete. Der Kampf wurde nach Schluß des 1843/4er Reichstags umsoheftiger, als die Regierung seitdem mit den Liberalen offen gebrochen, den Führer der Rückschrittpartei, Grafen G. Apponyi, zum

Ranzler ernannt hatte, und durch Einsetzung der Administratoren, welche, von ihr allein besoldet und abhängig, die Komitate ganz in ihrem Geiste leiten sollten, die Freiheit der Munizipien zu vernichten und dadurch der Fortschrittspartei allen legalen Boden zu entziehen suchte.

Eben gegen dieses Streben trat Kossuth mit rücksichtsloser Energie auf, und es ist gewiß, daß er dem Administratorenthum den härtesten Schlag dadurch versetzte, daß er es beim rechten Namen nannte und hiemit die gefährliche Tragweite und das eigentliche Endziel dieser Maßregel, welche die Regierungsmänner im unschuldigsten Lichte darzustellen suchten, richtig bezeichnete. „Es giebt Dinge — äußerte er in der pesther Komitatsversammlung — die nur darum geschehen, weil man sie nicht bei ihrem rechten Namen nennt. Ich trage daher kein Bedenken, diese wiener Politik, die weder ungarisch noch verfassungsmäßig ist, ein „Kreis hauptmanns system“ zu nennen; denn sie ist zu österreichisch und zu absolutistisch, als daß ich in dem ungarischen Wörterbuch einen Ausdruck für sie fände. Diese Benennung, ehrenwerthe Stände, erinnert Sie, daß dasselbe System schon einmal in unserem Lande versucht wurde; und durch Wen? Durch einen großen Fürsten, der die Nation in tiefem Schlummer und den Abel von der Hofatmosphäre betäubt fand. Gelang es damals? Weit entfernt! Es zerstörte vielmehr das Gute, welches dieser große König hätte vollbringen können. Gottseidank, wir sind heute erwacht! Wir waren wach während eines kriegsvollen Vierteljahrhunderts, um dem König Opfer zu bringen, nur von unserer Treue beseelt (denn worin betrafen uns die französischen Kriege?); wir wachten, wir wuchsen in der Periode des Friedens, die auf jene folgte. Wir sind heute Männer geworden; bleiben wir also standhaft und das Kreishauptmanns system wird fallen, wie es schon einmal fiel“.

„Bisher war der Obergespann ein Würdenträger des Landes; der Administrator, welcher ihn ersetzte, war ein durch das Komitat erwählter und bezahlter Regierungsbeamter. Jetzt will man aus ihm eine Art von französischem Präfekten machen, mit dem einzigen aber bedeutenden Unterschiede, daß er nicht von einem verantwortli-

chen Ministerium ernannt wird, sondern durch eine unsichtbare und unerreichbare Kanzlei, von der er geheime Instruktionen erhält, welcher er geheimen Rapport erstattet und durch welche er willkürlich abgesetzt werden kann. . . . . Fügen wir noch hinzu, daß dieser Präsekt durch die Regierung reichlich bezahlt ist, daß er ein eigenes Bureau besitzt, daß er über die militärische Macht disponiren und daß er das Recht usurpiren wird, die Wahlkandidaten zu bezeichnen, daß er, Herr großer Summen, in seiner mächtigen Hand alle Einschüchterungs- und Bestechungsmittel halten, daß er endlich regelmäßig allen Gerichten präsidiren, und daß von seinem Einfluß Leben und Vermögen der Bürger abhängen wird! Ehrlich eingestanden: kann man von einem solchen Magistrat sagen, daß er noch ein ungarischer Würdenträger sei wie es der Obergespann war, und ist er in der That nicht eher ein böhmischer Kreishauptmann, unter welchem unser Municipalsystem, dieses tausendjährige Palladium unserer politischen Existenz in jeder Gefahr, ein kaum sichtbarer Schatten wird? In kurzer Zeit würde dieses Bastardsystem unsern Nationalinstitutionen nicht unähnlicher sein, als die heutigen Postulantenlandtage Galliens an die Reichstage der Jagellonen erinnern". . . . .

„Man hat gesagt — fährt der Redner fort, nachdem er noch darauf hingewiesen, wie unter dem neuen System die Macht des Vizegespanns und mit dieser die des ganzen Municipiums nullifizirt würde — man hat gesagt, daß die Opposition Chimären bekämpfe, daß die Vollmacht und Befoldung der neuen Administratoren nicht eine offiziell ausgesprochene Thatsache sei! Als ob ein Mann, welcher sein Haus brennen sieht, erst die offizielle Anzeige abwarten sollte, um zu Hülfe und Rettung zu eilen! Man hat außerdem gesagt, daß die Ernennung der Obergespanne dem König zustehe. Ohne allen Zweifel; aber dann ernenne er auch Obergespanne und nicht Kreishauptleute. Endlich aber hat man gesagt — und was hat man nicht Alles gesagt, um die Regierung zu rechtfertigen? — daß diese ungesetzlichen Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung erforderlich wären. . . . . Bei Gott, ich kenne kein Wort, von welchem der Despotismus einen unverschämtern Mißbrauch gemacht, als eben

dieses. Im Namen der Ordnung hat Nikolaus das hochherzige Polen aus der Reihe der Völker gestrichen; im Namen der Ordnung hat Ernst August die Konstitution von Hannover vernichtet; und im Namen der Ordnung hat Philipp II. die Niederlande in einen wahren Kirchhof verwandelt! Diese Ordnung, Gottseidank, kennt Ungarn nicht und will sie nicht kennen. Ungarn wird nur durch seine Gesetze regiert, und wenn die Ordnung eine Veränderung in der Regierung nöthigmacht, muß die ganze Nation sich versammeln und ihre Zustimmung zu dieser Veränderung geben. Jede andere Maßregel, welche man uns willkürlich aufzudrängen versuchen würde, ist nicht eine Maßregel der Ordnung, sondern des Despotismus, der Ungefeßlichkeit, das heißt der Unordnung!“ . . .

Kossuth verlangt — was auch zum Beschluß erhoben wird — daß die Stände des Komitats die Befürchtungen förmlich aussprechen, welche ihnen die österreichische Politik einflößt und zugleich die Vizegespänne zur energischen Wahrung der Komitatsautonomie in politischer wie in administrativer Beziehung auffordern, d. h. der Regierung ein offizielles Mißtrauensvotum bringen und die Wirksamkeit der Administratoren thatsächlich verhindern sollen; — und schließt seine kräftige Rede mit des Dichters Ruf:

„Auf, Ungar! Wache! Wenn nicht Du,  
Wer hütet sonst Dein Vaterland?“

## VIII.

Und der „Hüter“ bedurfte Ungarn wahrlich sehr, denn gewitterschwangere Wolken zogen sich über es zusammen! Das Administratorenthum und das Tabaksmonopol waren zwei schwerwiegende Lebensfragen, deren Lösung im Sinne des wiener Kabinetts, wenn sie gelingen sollte, Ungarns politischem Leben und materiellem Wohlstand einen tödtlichen Schlag versetzen mußte. Und das Kabinet

schien fest entschlossen, auf der eingeschlagenen Bahn offen und rasch fürzuschreiten. Zweiunddreißig, also fast zwei Drittel der Komitate standen bereits unter der Leitung königlicher Administratoren. Für Einführung des Tabaksmonopols wurde energisch agitirt; und vorläufig waren in den bedeutendsten Orten k. k. Tabaktrafsiken errichtet worden, in welchen das königl. Alerar, in Hoffnung spätern Ersazes den zeitweiligen Verlust von einigen Millionen nicht beachtend, die besten in- und ausländischen Zigarren um einen Spottpreis verkaufen ließ, um die Privatfabrikation zu ruiniren und sich den Weg zur Einführung des Monopols zu ebnen. Trotzdem schloß sich ein Theil des Adels — jenes Adels, der in frühern Jahrhunderten und noch vor 20 Jahren ob der geringsten materiellen oder Rechtsverletzung Ungarns einmüthig und hartnäckigst gegen die Regierung ankämpfte — immer fester einem Sitem an, welches seine landesfeindlichen Absichten so offen darlegte und so ungescheut ausführte. Denn jeweilter die Opposition, vom Geist der Zeit gebrängt und zugleich gestützt, in ihren volksfreundlichen Forderungen ging, je lauter täglich im Volke selbst das politische Bewußtsein sich offenbarte, je entschiedener die öffentliche Meinung sich für die Unaufschiebbbarkeit der Reform aussprach: desto verzweifelter klammerte sich die Selbstsucht und der Rastengeist an den letzten Rettungsanker: an die fortschrittsfeindliche Regierung.

Die Kluft wurde immer größer. Die im Jahre 1840 begonnene Scheidung in eine liberale Opposition und eine konservative Regierungspartei wurde immer schroffer. Bisher bloß in einzelnen Fragen hervortretend, wurde sie jetzt allgemein und dadurch unheilbar. Der weite Gegensatz wurde erst jetzt offenbar, wo jede Partei mit einem vollständigen Programm hervortrat, das die eigenen Grundsätze eben so offen darlegte, als es die gegnerischen entschieden verdamnte. Den Anfang machten die Konservativen, die sich im November 1846 in Ofen versammelten und ihr Glaubensbekenntniß veröffentlichten. Der langen Rede kurzer Sinn war ein Angstschrei, an die Regierung gerichtet: Um Gottes und aller Heiligen willen, nur der Opposition keine Zugeständnisse gemacht, unter welchen

unsere Vorrechte und Privatinteressen selbst könnten! Zum Dank dafür sind wir gerne erbötig, der wiener Regierung die Verfassung, das materielle Landesvol und ähnliche Bagatellen zu Füßen zu legen, und erbitten uns allerdemüthigst nur die Gnade, daß einige einträgliche Aemter mit Männern unserer Partei besetzt werden!

Die Konservativen erklären vor Allem: „Die Opposition, insolange ihre Politik die jetzige bleibt, zu überstimmen“, hingegen aber die Regierung, „insolange sie auf jenem Pfade bleiben wird, auf dem sie jetzt wandelt und in solchen Händen sein wird, welche ihr Verbleiben auf dem gegenwärtigen Pfad verbürgen . . . . . durch ihre Mehrheit zu unterstützen“. Dafür erwarten sie, daß die Regierung „diese Partei als ihren natürlichen Verbündeten und als eine solche betrachten wird, mit der sie Hand in Hand gehen will“, daß sie selbst „nicht nur nicht verleugnen und ignoriren, sondern die nothwendigen Verbesserungen mit ihrer Hilfe durchführen werde“. Denn die Konservativen wollen keineswegs alle und jede Reform zurückweisen, d. h. „weil“ sie überzeugt sind, daß die Regierung dem nächsten Reichstag einige diesfällige Anträge unterbreiten werde, machen sie gute Miene zum bösen Spiel und erklären Dieselben für dringend-nothig. Nur möge sich die väterliche Regierung von ihrem edlen Fortschrittsdrang, oder von dem Wunsche: die Opposition zu versöhnen, um deren Zustimmung zu gewissen Maßnahmen zu erlangen, nicht zuweit fortreißen lassen. Um dieser Gefahr vorzubeugen, soll im vornhinein ausgesprochen werden, daß „keinerlei Art von legislativer Maßregel den Namen des Fortschritts und der Verbesserung verdiene, wenn die konstitutionelle Kraft und Wirksamkeit der Regierung, . . . . . der mäßigende Einfluß des Besitzes, die Heiligkeit des Eigenthumsrechts, die Festigkeit unseres gesamtstaatlichen Verbandes . . . . . nicht durch selbe bekräft, nicht konservirt werden“. Klauseln, unter deren Hegide jede Reform bekämpft werden kann, die aber namentlich gegen die Aufhebung der Nobilität, gegen die Urbarmalablösung und die Adelsbesteuerung gerichtet sind. Denn die Herren Konservativen, welche von keiner Aufhebung der Nobilität sondern nur von einem „dem Grundbesitz zu verschaf-



fenben leichtern und billigern Kredit“, von keiner Zwangsablösung sondern nur von einer „Erleichterung der friedlichen Ausgleichung der Urbairialverhältnisse“, von keiner gemeinschaftlichen Besteuerung sondern nur von einer „Deckung der materiellen öffentlichen Landesbedürfnisse“ wissen wollen, — sind fest überzeugt, daß die Regierung „viel zu gerecht, stark und konservativ“ ist, um sich etwa vom unheiligen Zeitgeist oder von der kühlen Opposition zu Schritten drängen zu lassen, welche jenen heiligen Grundsätzen widerstritten. . . . Derart werfen sich die Konservativen, kein anderes Prinzip als die Selbstsucht und keinen andern Beweggrund als die Angst kennend, der Regierung unbedingt zu Füßen, und müssen noch davor zittern, daß diese sie nicht aufheben und in die Arme schließen, sondern von sich stoßen werde, um mit ihren Gegnern zu koquettiren. . . . Eine Stellung, höchst entwürdigend für Männer, doppelt schmähsch für Patrioten, einer fremden Regierung gegenüber, die nichts weniger als das politische und materielle Gedeihen der Nation vernichten will!

Auch die Mittelpartei, d. h. Graf St. Széchenyi, der noch immer „zwischen zwei Bänken auf der Erde saß“, wiewol er inzwischen zum königl. Hofrath und Quasi-Kommunikationsminister ernannt worden, veröffentlichte „Programmfragmente“. Wir haben sie wol genügend charakterisirt, wenn wir sie als ein würdiges Seitenstück des „Kelet népe“ bezeichnen, das sie nur an Bitterkeit, Herzlosigkeit und Grobheit übertrafen. Wie das „Volk des Ostens“ gegen die ersten Leitartikel des „Vesti Hirlap“, so waren die ziemlich umfangreichen „Fragmente“ gegen jene zwei oberwähnten Artikel gerichtet, mit welchen Kossuth in Nr. 100 und 103 des „Hetilap“ vom Jahre 1846 die Wiederaufnahme der journalistischen Wirksamkeit vergeblich versucht hatte. Kossuth, der die „Fragmente“ unbeantwortet ließ, sie unter den obwaltenden Zensurverhältnissen wol auch nicht beantworten konnte, will sie gar nicht gelesen haben. „Ich kenne — äußert er — zu sehr E. Excellenz, weiß auch die natürlichen Forderungen seiner neuen Stellung und Verhältnisse gut genug zu würdigen, um nicht voraus zu wissen, daß der Inhalt all’ Dessen, was E. Excellenz zu schreiben geruhen, aus folgenden fünf

Punkten bestehe: 1. Lobpreisung seiner selbst und melancholische Variationen über das Thema: Undankbare, blinde, dumme Nation! warum tanztst du nicht mit verbundenen Augen nach meiner Pfeife! 2. Uebermäßiger Wortschwall von allen geschaffenen Dingen; de omni scibili et de rebus quibusdam aliis, nur Nichts von Dem, was der Titel des Buches verspricht. 3. Vertrauensvotum an die Regierung, zu deren Mitgliedern auch Sr. Excellenz gehören, folglich zum Theil an sich selbst. 4. Durchhechelung und „Verabschiebung“ der Opposition. 5. Hohn, Verdächtigung, Schimpf und Denunziation gegen mich“... Wer die Schrift des Grafen ja gelesen, wird in diesem Urtheil des Nichtlesers daguerrotipähnliche Treue wiederfinden.

Standpunkt, Haltung und Ausdrucksweise des Grafen — um nur das Wesentlichste zu erwähnen — sind in den „Fragmenten“ ganz dieselben, wie im „Volk des Ostens“, dessen nähere Bekanntschaft wir oben gemacht. Nur ist, gemäß der Veränderung welche seitdem in der Richtung der Kossuth'schen Agitation vorgegangen, der Streitpunkt ein anderer geworden. Im Jahre 1841 galt Kossuth's Agitation hauptsächlich dem Adel; und der Graf trat dagegen mit der Behauptung auf: Dies sei überflüssige Mühe, da der Wille zur Reform bereits durch ihn allseitig geweckt worden, und es sich heute nur noch um die kalte Verathung des „Wie“ handle. Schon die Kämpfe der nächsten Jahre zeigten uns aber hinreichend, wie gewaltig sich der Graf in dem „guten Willen“, den er bei all' seinen Standesgenossen zu finden meinte, verrechnet hatte. Jetzt, wo infolge der uns bekannten Vorgänge Kossuth's Agitation mehr „nach oben“ gerichtet war, suchte wieder der Graf ausführlich zu beweisen, daß dies eben so unnöthig sei, denn — und das war die Achse um die sich die ganze Polemik des Grafen drehete — die Regierung hege die besten und verfassungsmäßigsten Absichten, ja, „sie hat sich an die Spitze der Bewegung, der Reform gestellt“. Das behauptete Graf Széchenyi solchen Thatfachen gegenüber, welche die gesamte Nation, mit Ausnahme einiger unrettbarverknöcherten Vorrechtler und solbgieriger Beamten oder Amtskandidaten, ins Lager der Oppo-

sition drängten; solchen Verhältnissen gegenüber, die ihn selbst zum Geständniß nöthigen, daß nicht nur kein einziger österreichischer Regent bisher seiner Pflicht gegen Ungarn genügegeleistet, sondern daß auch die gegenwärtige Regierung, trotz ihrer edlen Absichten, „ihre Aufgabe bei weitem nicht erfüllt habe“, und sie nur damit zu entschuldigen sei, „weil es am Ende die Nation immer selbst entscheidet, in welchem Geist sie regiert werden soll“. . . . Ist dem wirklich so, warum denn alle Galle, allen Haß und alle Verdächtigung gegen jenen Mann schleudern, welcher die ihre Pflicht nicht erfüllende Regierung an ihre Schuldigkeit mahnt, und die Nation eben zu dem Zwecke wachruft, damit sie selbst entscheide „in welchem Geist sie regiert werden soll?“ . . . Da bleibt dem Grafen nur die höchst sonderbare Antwort übrig: „Es giebt sehr Vieles in der Welt, an dem wir keinen Fehler auszufehen wissen, bei dem uns aber doch, und ohne daß wir recht deutlich wüßten: warum? immer ein stechendes Gefühl überkömmt, wenn wir es bewundern wollen.“ Und da es ihm an Selbstkenntniß fehlt, um das eigentliche Wesen dieses „stechenden Gefühls“ — die böse Welt nennt es Neid und Eifersucht — zu begreifen, das ihn beim Anblick der immer steigenden Wirksamkeit und Volksthümlichkeit Kossuth's „überkömmt“, so erklärt es durch das Witzwort eines wiener Arztes, der einen vortrefflichen Mann welcher bei den besten Absichten und Mitteln sich doch in Nebendingen zu vergreifen und dadurch sein Ziel zu verfehlen pflegte, mit den Worten „aber allerweil daneben“ charakterisirte. Auch Széchenyi billigt Kossuth's Forderungen, er anerkenne seine reine patriotische Absicht, seine „hervorragende Fantasie die man nicht genug bewundern kann, herrliche Konzeption und die glänzendste Anordnung der Dinge die man anstaunen muß, politische Meisterstücke deren ausgezeichnetes Wesen Niemand leugnen kann;“ und doch? ja, „aber allerweil daneben!“ . . . War Kossuth nicht im vollen Rechte, wenn er solche Angriffe, deren Haltlosigkeit nur von der Galligkeit überragt wurde mit der sie der Graf vorbrachte, keiner Antwort würdigte? . . .

Aber wenn auch Kossuth die persönlichen Angriffe unbeachtet

ließ, so mußte doch seine Partei durch das energische Auftreten der Regierung, der Rechten und des Zentrums sich zu gleicher Thätigkeit angespornt fühlen, und es als dringendes Bedürfnis erkennen: daß auch sie eine festere Parteiorganisation vornehme und sich ebenfalls um ein bestimmtes Programm schaare. Sie hatte seit 1846 die pester Messen, welche gewöhnlich einen großen Theil des höhern und niedern Adels in die Hauptstadt führen, zu vorbereitenden Parteibesprechungen benutzt. Bei Gelegenheit der ersten Messe des nächstfolgenden Jahres wurde am 15. März 1847 im „Ellenzékiför“ (Oppositionsklub) unter Graf Ludwig Batthyány's Vorsitz eine Generalversammlung abgehalten, an welcher die hervorragenderen, durch Einfluß und Talent ausgezeichneten Mitglieder der Magnaten- und Ständeopposition, die Leiter der Partei in den Komitaten sowie die publizistischen Notabilitäten, zusammen ohngefähr 600 Personen, theilnahmen. Kossuth legte den Entwurf einer „Erklärung“ vor, welche im Lauf der Debatte in einigen Punkten geändert, mit einigen Zusätzen bereichert und demgemäß von Fr. Deák umgearbeitet, später als „Programm“ der Opposition veröffentlicht wurde. Sie erklärte in demselben, daß sie in Berücksichtigung der obwaltenden Verhältnisse unter denen sie selbst doch nie zur Regierung gelangen könne, ihre Opposition oder Unterstützung durchaus nicht an Personen sondern nur an die Thatfachen knüpfe; daß sie aber das Verfahren der Regierung seit dem letzten Landtage „nicht nur nicht in Allem recht- und gesetzmäßig finden könne, sondern es in Vielem für gesetzwidrig und sehr gefährlich für die Landesinteressen und die Verfassung halte“, und sich daher „zur wachsamsten Kontrolle und zum sorgfältigsten Zusammenwirken aufgefordert fühle, um die Rechte und Interessen der Nation zu wahren“. Da jedoch Ungarn bisher weder eine selbständige noch eine reinnationale oder parlamentarische Regierung besitzt, so kann die Partei sich „wie bisher auch in Zukunft nicht auf Kontrolle und wo es nöthig Opposition der Regierung beschränken, sondern muß es auch fernerhin als ihren Beruf erkennen, nach Verwirklichung aller zweckmäßigen Reformen zu streben.“ Aus diesem Grunde wird sie auch in Zukunft „standhaft auf jenem Gebiete ausharren, auf dem die Geschichte den

Namen der Opposition mit dem der Reformpartei längst als identisch erscheinen läßt". Sie beansprucht aber keineswegs die Initiative als ihr ausschließliches Recht, wird vielmehr stets bereit sein, „alle guten und gesetlichen Anträge der Regierung nach Kräften zu unterstützen“, da sie ihren Triumph nicht in der Parteilichkeit und in der Erhebung ihrer Mitglieder zu hohen Stellen, sondern im Sieg der guten Sache sucht. „Mag das Gute von wem immer kommen, sei es von wem immer unterstützt, es kann auf uns zählen, wir werden es fördern.“ Ihre Ansicht betreffs der nächstzulösenden Aufgaben spricht die Opposition dahin aus: „Daß sowol die Sicherstellung, die nationale und konstitutionelle Entwicklung, als auch das Wol und das materielle Aufblühen des Vaterlandes dadurch erwirkt und dem königlichen Throne die kräftigste Stütze geboten werden könne, wenn auf Grundlage der Nationalität und Verfassungsmäßigkeit die Interessen der Staatsbürger aller Klassen vereinigt werden“. Zu dieser Interesseneinigung fordert sie die Verbindung Ungarns mit Siebenbürgen, gemeinschaftliche Besteuerung des Adels und Nichtadels, Gleichheit Aller vor dem Gesetze, billige Vertretung der Städte und freien Bezirke bei den Municipien und auf dem Reichstag, zwangsweise Ablösung der Urbarellaften, Aufhebung der Abtithität und Förderung der Nationalerziehung. Für diese Fragen will die Opposition auf allen gesetlichen Wegen, namentlich aber am bevorstehenden Reichstag kämpfen. Zugleich erklärt sie ihr Festhalten an dem Gl. 10 : 1790, demzufolge sie „nie in irgend einen Schritt willigen wird, welcher mit Uebergehung des erwähnten Gesetzartikels auf rechtswidrige Weise Ungarns Interessen jenen der Erbstaaten aufopfern und unterordnen wolle“, wo hingegen sie „zur billigen Ausgleichung der obsehenden Interessen mit Freuden die Hand bietet“....

Die Verhandlungen des 1847/8er Reichstags, dem diese allseitigen Parteistütungen gelten und an dessen Schwelle wir uns jetzt befinden, werden uns hinreichende Gelegenheit bieten, im Einzelnen die Ausdehnung und Anwendung kennen zu lernen, welche Kossuth den eben angedeuteten, von ihm entworfenen und von der Opposition angenommenen Grundsätzen zu geben wünschte. Ehe wir jedoch

zu diesem folgeschweren Reichstag der die Märzbewegung gebär, übergehen, müssen wir noch einige Augenblicke bei Einem Punkte des Programms verweilen, den Kossuth wichtig genug fand, ihn zu dieser Zeit ausführlichst im „Ellenör“ (Kontrolleur) — einem „politischen Taschenbuch“ der Opposition, das unter Bajza's Redaktion 1847 „in Deutschland“ (Leipzig) erschien — zu besprechen. Wir meinen die Steuerfrage, mit der die Frage über die zukünftige Stellung des Abels überhaupt, im unmittelbarsten Zusammenhange stand. Es ist für uns um so interessanter und wichtiger, Kossuth's dieszeitige Ansichten hierüber, namentlich betreffs des letztern Punktes, zu erfahren, als sie zugleich den besten Maßstab zur Würdigung des von demokratischer Seite ihm zum Vorwurf gemachten schonenden Verfahrens darbieten, welches er auch im März und Nachmärz dem Abel gegenüber beobachtete.

Das Oppositionsprogramm fordert, wie wir eben sahen, geradezu die gemeinschaftliche Besteuerung, ohne irgend einer Unterscheidung der verschiedenen Steuerarten zu erwähnen. Das ist ein bedeutender Fortschritt von der Fasse, in welcher sich die Frage zur Zeit des 1843/4er Reichstags befand, wo Kossuth transigirend nur die Theilnahme des Abels an der Haussteuer gefordert. Diese Transaktion hat er jetzt als unnützen Ballast schon über Bord geworfen, weil eine dreijährige traurige Erfahrung ihn belehrt, daß sie den Schritt der Liberalen nicht sichere sondern nur hemme. Zurückblickend auf sein vierthalbjähriges journalistisches Wirken bereue er — so gesteht er in der erwähnten Abhandlung — nur das Eine: daß er durch das Mahnen und Drängen der sich sonennenden „Praktischen“ sich in der Steuerfrage zur Annahme des höchst unpraktischen Schaukelsystems habe verleiten lassen. Hätte er der ganzen Strenge des gerechten Prinzips gemäß „Alles“ gefordert und da für die öffentliche Meinung kapazitiert, so konnten die Konservativen unmöglich mit „Nichts“ antworten, und mußten sich glücklich schätzen, wenn es ihnen gelang, durch einen billigen Vergleich, nemlich durch Uebernahme der Haussteuer, die fürmischen Dränger zu beschwichtigen. Nachdem aber die Opposition sich selbst, d. h. ihrem Prinzip, untreu, und dadurch ihr Auftreten

schwankend und unsicher geworden, wie dies immer der Fluch der Halbheit ist, konnte es den engherzigen Gegnern nicht mehr schwerfallen, an der halben Forderung solange zu mädeln bis sie in Nichts zerrann. Darum hinweg mit dem Unterhandeln, da wo die ganze Forderung so gerecht, daß ihre Abweisung zur schreiendsten Ungerechtigkeit wird; hinweg mit dem diplomatischen „Vereden“, in einer Frage wo Schweigen oder Nachgeben nicht nur für das Land, sondern selbst für den Adel, an den die Forderung gerichtet ist, höchstgefährlich wird!

Ja wol, für den Adel selbst! Denn seine Steuerfreiheit muß schwinden. Die kann weder Himmel noch Hölle mehr aufrecht erhalten. Die Wahl die ihm noch freistehet, ist daher nur die: ob er freiwillig steuern, oder abwarten will, bis er besteuert wird; ob er sein Privilegium solange die Zeit noch günstig, verkaufen, oder in unverständiger Hartnäckigkeit die mit Riesenschritten nahende Zeit abwarten will, wo es ihm ohne allen Ersatz entrißen wird. Die politische Klugheit bestehet aber nicht darin, erst im äußersten Moment der Nöthigung nachzugeben, sondern ihr zuvorzukommen. Eine Institution die jedes lebensfähigen Grundes entbehrt, muß früher oder später zusammenstürzen. Eine Korporation die unhaltbare Vorrechte hartnäckig behaupten will, gefährdet auch die haltbaren. Die politische Klugheit wartet aber nicht auf die materielle Nöthigung, sondern folgt der Mahnung der Zeit die seit einem Jahrzehnt immer vernehmbarer ertönt. Wer aber diese Mahnung nicht beachtet, wird von der materiellen Nöthigung überrascht werden, und sein Alles hingeben für Nichts. . . Die Erhaltung des Staats fordert Steuer. Sie zu gewähren ist Pflicht. Wer dem Staate gegenüber seine bürgerliche Pflicht nicht erfüllt, der muß bald auch alle bürgerliche Macht verlieren. Das neunzehnte Jahrhundert duldet keine bürgerliche Drohnen. Die Steuerfreiheit der wolhabendsten Klasse ist der ewigen himmlischen Gerechtigkeit, den Gesetzen einer gesunden Staatswirthschaft, dem Interesse der Regierung wie des Volkes so sehr zuwider, daß sie die entgegengesetztesten Elemente zum feindlichen Bund gegen sich herausfordert.

„Es giebt — ruft er warnend seinen Standesgenossen zu, auf die galizischen Vorgänge von 1846 hindeutend — es giebt große Ungerechtigkeiten an die sich die Völker um keinen Preis gewöhnen können, deren Last sie unablässig so schmerzlich empfinden, daß sie sich oft der unbeschränktsten Tyrannei in die Arme werfen, wenn sie ihnen nur Erlösung von jenem Uebel bringt. Der Adel einer sterbenden Nation war ungerecht gegen das Volk gewesen. Später geriethen Beide in Sklaverei. Da dachte Jener: das lange gemeinsame Leiden habe im Volke bereits die Erinnerung an jene Ungerechtigkeit verwischt; und er ergriff die Waffe zur Wiedererringung nationaler Selbständigkeit, und rief das Volk zum Mitkämpfen auf, und versprach ihm zum Lohn die Freiheit, und versprach ihm ohne allen Ersatz und Ablösung den völligfreien Besitz des mit Robot belasteten Unterthanengrundes.... Und das Volk ergriff die Waffe, aber nicht für sondern gegen den Adel, und zerstückte ihn mit der Wuth wilder Bestien, im Interesse des absolutregierenden fremden Eroberers“....

Kossuth fürchtet ähnliche Szenen in Ungarn nicht. Denn Ungarn ist keine eroberte Provinz. Ungarns Adel wird keinen Kampf beginnen, in welchem das Volk zwischen dem heimischen Adel und dem fremden Regenten zu wählen hätte. Aber wer weiß wie lange noch die Fahne des Friedens über Europa wehet? wer weiß was die gewitterschwangere Zeit in ihrem Schooße birgt? wer weiß „ob nicht eben der Boden unseres Vaterlandes bestimmt ist, abermals der Schauplatz eines europäischen Kampfes der Zivilisation gegen die Barbarei zu werden?“ und wer kann es voraussagen, wie die Lage der Dinge sich dann gestaltet, wenn der Adel sich nicht beeilt, durch Aufhebung jener schreienden Ungerechtigkeit sich das Volk zu versöhnen und Ungarns Bewohner durch Einheit der Interessen zu einer starken Nation zu machen? ob dann nicht mit dem Adel die gesammte Nation ins Grab sinkt?....

„Eine zweite Sibille — fährt er fort — steht vor dem ungarischen Adel das Schicksal, neun Bücher in der Hand. Die ersten drei Bücher enthalten das Geheimniß, wie des Landes nationale und ver-



fassungsmäßige Selbständigkeit erhalten und durch die Freiheit zur Blüthe erhoben werden kann; und zwar in der Weise, daß der Adel als der Erstgeborne der Nation mit der Führerrolle auf dem konstitutionellen Pfade betraut werde. In den andern drei Büchern ist verzeichnet, wie das mit Wohlstand gepaarte konstitutionelle Leben im Lande allgemein gemacht werden kann, aber schon ohne Adel. Die letzten drei Bücher enthalten endlich das Geheimniß, wie in diesem Lande materieller Wohlstand zu schaffen, aber schon ohne Freiheit und Verfassung“....

„Diese neun Bücher zu kaufen, stehet heute noch in des Adels Macht. Der Preis derselben ist die Verzichtleistung auf die Steuerfreiheit. Zögert er diesen Preis zu zahlen, so fliegen die ersten drei Bücher, mit ihnen das Geheimniß von der politischen Zukunft des Adels, ins Feuer, und der Preis der übriggebliebenen sechs Bücher ist noch immer derselbe. Zögert er noch immer, so gehen auch die andern drei Bücher, mit ihnen das Geheimniß von der konstitutionellen Zukunft des Landes, in Rauch auf, und der Preis der drei letzten, nur thierischmateriellen Wohlstand bietenden Bücher bleibt noch immer derselbe. Zögert er auch dann noch den geforderten Preis zu erlegen, so werden auch die letzten drei Bücher den Flammen überliefert, und den verlangten Preis zahlen wir dann doch, erhalten aber Nichts dafür als ein großes Grab, welches nicht einmal eine Mitleidsthräne der freien Völker benezt“.....

Freiwillige Verzichtleistung auf das Bettelprivilegium der Steuerfreiheit: darin liegt also das große Geheimniß, wie nicht nur des Landes politisches und materielles Leben, sondern auch die Zukunft des Adels zu retten ist. Denn um diesen Preis hat er allerdings eine Zukunft. Durch Aufhebung jener schreienden und drückenden Ungerechtigkeit wird des Landes Wohlstand gefördert, die Verfassung zum Gemeingut, Freiheit und Recht zur Wahrheit gemacht werden. Aber die, durch die edelmüthige Opferwilligkeit des Adels reich und frei gewordene Nation wird, wenn sie auch all' ihren Söhnen gleiche Rechte und Pflichten zumißt, doch dem Erstgebornen der Jahrhunderte hindurch in vorderster Reihe für ihre Erhaltung ge-

kämpft, freudig auch fernerhin die erste Stelle, die Führerrolle, zutheilen. Für den geringen ohnehin nicht mehr lange haltbaren materiellen Vortheil den er auf dem Altar des Vaterlandes opfert, erhält er derart reichlichen Ersatz an höhern Gütern: die Liebe und Achtung einer freien Nation, und den Ruhm: ihr Führer auf dem Pfade der Reform und des Fortschrittes zu sein!

Das ist die Rolle welche Kossuth dem Adel zuweist, wenn er rechtzeitig dem Mahnworte der Zeit, der Vernunft und des Rechts folgeleistet. Und man muß gestehen, es liegt in dieser Rollenvertheilung nicht bloß ein politischer Kunstgriff um den Adel über die Größe und Bedeutsamkeit des von ihm geforderten Opfers zu täuschen; nein, es verräth diese Anweisung die richtigste Kenntniß und Würdigung der ungarischen Verhältnisse. Kossuth weist mit Recht darauf hin, was der Adel für Ungarn bisher gewesen! Ihm allein ist es zu danken, daß ein Ungarn geworden, daß es sich gegen äußere und innere Feinde solange behauptet, daß es — ein einziges Beispiel auf dem europäischen Kontinent — nie absolut regiert worden. Allerdings hat er die verfassungsmäßige Freiheit nicht dem Volke, sondern sich selbst, als das Vorrecht einer Kaste erhalten, und das ist eine Sünde die er schwer büßen kann, wenn er nicht rechtzeitig in sich geht; aber es ist immerhin ein erhebender Gedanke zu wissen, daß durch des Adels Freiheitsliebe jeder Versuch zur Brechung der Verfassung mit Erfolg zurückgeschlagen worden. „Welch' eine unvertilgbare Freiheitsliebe — ruft Kossuth —, Welch' eine unbrechbare Kraft muß Das sein, die eine solche historische Erinnerung gewähren kann! Impfe doch, o Magyare, diesen ewigjungen tausendjährigen Sprößling dem gesammten Volk ein, . . . . dann wird, solange es einen Magyaren giebt, Ungarn von keiner unbeschränkten Macht beherrscht werden und zu keinem Sklavenlande herabsinken!“ . . .

Es wäre daher thöricht, meint er, das lebenskräftige Element das im ungarischen Adel liegt, wie seine weitvorgeschriftene politische Bildung und seine als unbrechbar erprobte Freiheitsliebe bei der Neugestaltung Ungarns unbenützt lassen oder gar aus übertriebener Gleichmacherei vernichten zu wollen; thöricht, den festesten Grundstein der ungarischen

Freiheit in dem Momente zu verwerfen wo wir ein allgemeines Freiheitsgebäude aufführen, den ältesten bewährtesten Vertheidiger der Konstitution zu lähmen in dem Augenblicke wo wir sie zur Wahrheit und zum Gemeingut machen wollen. Damit Ungarns Neubau nicht auf Sand sondern auf Felsen begründet sei, müssen wir den festen Grund den die Geschichte uns bietet, bestens benützen; und zwar dadurch, daß wir den Adel in seiner ehrenvollen Stellung an der Spitze der Nation und als ihren Führer, aber ohne alle persönlichen, die übrigen Volksklassen beeinträchtigenden und drückenden Vorrechte erhalten. „Die Zukunft der Länder ist kein Räthsel dessen Enthüllung gottbegeisterte Prosehehungsgabe heischte; vielmehr eine mathematische Aufgabe, zu deren Lösung die richtige Auffassung der nationalen Geschichte und Verhältnisse dem gesunden Verstand hinreichend bekannte Größen liefert. Und darum wage ich, ohne alle profetische Affektation, bloß mit Hinblick auf die gegebenen Zahlen zu behaupten, daß wer sich die Frage vorlegt: durch welche Faktoren Ungarns nationale und territoriale Existenz gesichert, das ungarische Volk zur Nation, diese zur wahrhaftkonstitutionellen, und durch ihre Verfassung stark, frei und glücklich gemacht werden könne? daß Dieser die durch tausendjährige Kämpfe gestählte politische Kraft des Adels aus der Reihe der Faktoren nicht austreichen, nicht vergessen darf. Ich vergesse sie nicht; und darum erscheint mir die Zukunft meiner Nation nicht in einem solchen Bilde wo der Adel ganz fehlt, sondern in jener Gestalt, wo er, mit dem Volke durch die Freiheit in Eins verschmolzen, dastehet wie unter Brüdern der treue Erstgeborene, der Führer der Familie, dem überall Liebe und Vertrauen begegnet; dessen brüderliche Kraft den jüngern Geschwistern Muth und Selbstvertrauen einflößt; der vorangeht in den Kämpfen der Familie und mit unbrechbarer Kraft an den bedrohlichsten Punkten des gemeinsamen Hauses wachhält; der den jüngern Bruder, unterstützend und erziehend, auf dem schlüpfrigen Freiheitsboden feststehen lehrt; mit Einem Worte: Die Zukunft meiner Nation erscheint mir in einem solchen Bilde, wo der, nicht durch gemeinschädliche Bevorrechtung sondern durch moralische Kraft und historisches Gewicht mächtige Einfluß des Adels den

Samenkern bildet, aus dem die Frucht der allgemeinen Freiheit sich entwickelt.“ . . . .

In dieser Weise wollte Kossuth und mit ihm die Opposition, Ungarns Neugestaltung auf friedlichem Wege bewirken. Und die Zeit nahte, wo die Freunde und Feinde dieser Neugestaltung sich abermals im offenen parlamentarischen Kampfe zu messen hatten: der Reichstag sollte in den ersten Novembertagen des Jahres 1847 zusammentreten. Die Regierung, von der konservativen Partei kräftig unterstützt, setzte alle Hebel in Bewegung, um sich eine Majorität zu sichern, welche ihre bisherigen Maßnahmen gutheisse und sie zu weiterem Vorschreiten auf der eingeschlagenen Bahn ermächtige. Die Thätigkeit der Administratoren, welche weder Bestechung sparten noch die bleiknöpfigen Kortesknittel schonten, war an manchen Orten von Erfolg begleitet. Es gelang ihnen, die Wahl mehrerer bedeutender Oppositionellen, wie z. B. G. Deöthy, F. Kubinyi, G. Klauzál, St. Bezerédy, S. Bukovics, in den bezüglichen Komitaten zu hinterreiben, so daß unter Andern von der Kommission welche der 1840er Reichstag zur Ausarbeitung eines Kriminalkodex entsendet hatte, kein einziges Mitglied auf dem gegenwärtigen Reichstag erschien, wo ihre Arbeit unter Verhandlung gelangen sollte. Unter diesen Umständen mußte die Opposition an Kraft ersezen, was ihr an Zahl abging, und es wurde für sie eine Lebensfrage: ihren kräftigsten Agitator ins Parlament zu bringen. Es wäre nicht schwer gefallen, seine Erwählung in einem kleinen Komitate durchzusetzen; aber die Opposition wollte mit seiner Wahl zugleich eine Demonstration gegen die Regierung verbinden; ihr nemlich einen untrüglichen Beweis von der Gesinnung des größten und bedeutendsten, vom kaiserlichen Statthalter als Obergespann administrierten Komitats geben. Der bei Gelegenheit der letzten Generalversammlung gebildete leitende Zentralausschuß der Opposition, namentlich aber dessen Präses, Graf Ludwig Batthyány, sparten weder Geld noch Mühe, um ihrem Kandidaten den Sieg zu sichern. Daß die Regierung es an Gegenminen nicht fehlen ließ, braucht kaum erwähnt zu werden. Ihre Organe, Emil Dessewffy's „Budapesti Hiradó“ (offenpfeifer Bote; diesen Namen

führte jetzt der frühere „Bilág“) und E. Glas's „Pester Zeitung“ gingen, vom frommen Gotteifer beseelt, in ihren Abmahnungen, Anklagen und Verdächtigungen bis zur Wiege des Agitators zurück, und unterließen es auch nicht, den bewußten skandalösen Prozeß, weil „nicht erledigt“, als Rechtshinderniß seiner Erwählung geltend zu machen, indem kein unter ehrenrühriger Anklage stehender Mann die Deputirtenstelle beanspruchen könne. Daß der Prozeß längst niedergeschlagen, wußten sie freilich; sie hielten sich jedoch an dem bekannten Sprichwort: Immerhin fest verläumdete, Etwas bleibt immer haften. .... Doch war die konservative oder Regierungspartei im pester Komitat längst so sehr geschwächt, daß sie einen Kandidaten ihrer eignen Partei durchaus nicht aufzustellen wagte und Kossuth's Wahl nur durch Spaltung der Opposition zu hintertreiben suchte, indem sie ihm einen gemäßigten Oppositionellen, Balla, Obernotär des pester Komitats, entgegenstellte.

Sonntag, den 17. Oktober, naheten bereits aus allen Orten des an 200 Quadratmeilen großen pester Komitats die stimmberechtigten Wähler. Von liberalen Magnaten, auf orientalischgeschirrten Rossen, die Einen in der glänzenden Nationaltracht, die Andern im eleganten Bauernkostüm, geführt, zogen die endlosen Schaaren der Parteigänger Kossuth's in die Stadt, unter dem Schwingen der Nationalfahne und den Klängen des Rakóczymarsches patriotische Lieder absingend, den Namen ihres Erbornen und ihren Wahlspruch:

Wer ein Land, einen Gott nur hat,  
Wählt Kossuth sich zum Ailegat,

mit siegesgewissem Uebermuth unter stetem Eljentruf wiederholend; während das kleine Häuflein der Gegenpartei durch seinen traurigstillen Aufzug gewissermaßen um Verzeihung für sein Dasein zu bitten schien und seinen Gegenspruch:

Er hat nicht Vaterland noch Gott,  
Nur mit der Junge ist er flott,

kaum vernehmbar zu brummen wagte. Am nächsten Tage erfolgte die entscheidende Wahlschlacht. Sie dauerte vom Morgen bis zum späten Abend, indem am Thore des Komitathauses, wo alle Wähler

versammelt waren, ein großer Tisch und auf demselben eine Urne aufgestellt wurde, in welche die Stimmberechtigten beim Hinausgehen aus dem Hofe ihre Stimmzettel zu werfen hatten. Kossuth wurde mit 2948 gegen 1314 Stimmen gewählt; und als er bei Ablegung des üblichen Deputirteneides: im Laufe der nächsten sechs Jahre kein Regierungsamt anzunehmen, sein inhaltschweres „soha“ (nie) in die Lüfte hinausdonnerte: da war auch das ganze Programm seiner Zukunft offenbar, da war es deutlich ausgesprochen, was Oestreich auf dem bevorstehenden Reichstag, was künftighin von dem zungengewaltigen Agitator zu erwarten habe. Graf St. Széchenyi ließ sich soweit herab, sich um die Deputirtenstelle im wieselburger Komitat zu bewerben, um Sitz und Stimme an der untern Tafel und dadurch Gelegenheit zur unmittelbaren Bekämpfung des Agitators zu gewinnen. Die tüchtigsten Kämpfer der Regierungspartei im Unterhause waren die Hofräthe Paul Somfich und Anton Babarczy, Ersterer vom baranyer, Letzterer vom csongráder Komitat gewählt.

Aber mochten Regierung, Zentrum und Rechte rüsten wie und soviel sie wollten: ihre Niederlage war nahezu gewiß von dem Augenblick an, wo der Administrator des pester Komitats die Erwählung Kossuth's ausgesprochen. Denn — um seine reichstäglische Stellung und Thätigkeit hier vorweg in allgemeinen Umrissen zu zeichnen — der gewaltige Meister des Wortes und der Agitation, sofort zum Sprecher der Ständeopposition bestimmt, befand sich hier in seinem Elemente und wußte den besten Gebrauch von seinen Kräften zu machen. Seine Thätigkeit war ungeheuer, sein Auftreten fest und kühn, seine Beredsamkeit überzeugend, hinreißend und schlagend. In den privaten Parteikonferenzen, in den verschiedenen Reichskommissionen, in den Zirkular- und Ständesitzungen: überall wirkte er mit gleicher Energie und Unermüdblichkeit. Es verging kaum eine Sitzung in der er nicht öffentlich auftrat; es kam keine nur irgendwie wichtige Frage aufs Tapet, über die er sich nicht erschöpfend aussprach; immer glänzend, oft siegend. Seine Popularität stieg von Tag zu Tag im ganzen Lande, und dadurch auch sein Ansehen auf dem Reichstag, seine Macht und Kühnheit der Regierung gegenüber. Und man muß über diese

glänzende Stellung welche der zum ersten Mal auf dem Reichstag erschienene Deputirte sich in wenigen Wochen zu erringen wußte, umsomehr staunen, wenn man weiß, daß er nicht nur gegen die Rechte und das Centrum, sondern auch gegen seine eigne Partei harte Kämpfe zu bestehen hatte. Denn sie, die ihn anfangs als ihren glänzendsten Redner, mehr zum Sprecher als zum Führer gewählt, wurde bald von ihm nicht nur geführt, sondern oft wider ihren Willen fortgerissen. Mußte ihm schon Dies manche Gemäßigte entfremden, so hatten außerdem Viele von vornherein die ihm zugewiesene bedeutsame Rolle mit ungünstigen Augen betrachtet, woher es denn auch gekommen, daß schon bei der Deputirtenwahl seinem Gegenkandidaten selbst von oppositioneller Seite eine beträchtliche Stimmenzahl zugefallen war. Manche fürchteten nemlich: er besitze zuwenig praktischen Sinn und zuwenig gründliches Wissen, um die Führerrolle mit Glück durchführen zu können; wieder Andere besorgten, daß er zu weit gehen und Alles verderben werde; Andere aber, an deren Spitze sein pester Mitdeputirter, M. Szentkirályi stand, sahen es mit neidischen Augen, daß über sie, welche schon seit Jahren oder gar Jahrzehnten im Ständehaus heimisch waren und hier eine bedeutende Rolle gespielt hatten, der neue Ankömmling stehen und sie fast unumschränkt leiten solle. Graf Széchenyi, dessen haßgeschärfster Späherblick diese Verhältnisse bald durchschaut hatte, suchte sie rasch zu nützen. Er ließ sich mit den unzufriedenen Oppositionellen in Verhandlungen ein, und in geheimen Konferenzen gelang es ihm, eine Partei zu bilden welche gegen Kossuth auftreten und seiner Führerschaft ein Ende machen sollte. Lange hatte jedoch Niemand den Muth, den ersten Angriff zu wagen und sich der Unpopularität preiszugeben die einem offenen Auftreten gegen den überauspopulären Kossuth folgen mußte. Endlich entschließt sich Szentkirályi, dessen Unzufriedenheit in gleichen Verhältniß mit dem Ansehen seines Mitdeputirten steigt, zur Uebernahme dieser Rolle. Zwischen der antikossuthischen Oppositionsfraktion und dem széchenyischen Centrum ist mit Zuziehung des Palatins bereits der Angriffsplan festgesetzt, sowie Gelegenheit und Tag des Angriffs bestimmt, welcher im Fall des Gelingens Kossuth's Macht brechen und dem

Reichstag eine ganz andere, wol noch immer oppositionelle aber bei-  
 weitem gemäßigtere Richtung geben sollte, als diejenige war in welche  
 Kossuth's Agitationstalent ihn hineindrängte. Dieser erhält jedoch  
 vorzeitig Kunde von dem nahenden Sturm. Er drohet, sofort vor der  
 Nation die gegen ihn und die gute Sache gesponnenen Intriguen zu  
 entlarven. Die Koalition verliert den Muth und — die Sprache,  
 denn Szentkirályi flieht über Hals und Kopf aus der Krönungsstadt;  
 die kaum geborne Ligue löst sich auf und Kossuth steht noch mächtiger  
 denn früher da. Je mehr er sich aber selbst von seinen Parteigenossen  
 bedroht sieht, destomehr muß er seine eigentliche Stütze: das  
 Volk, für sich zu gewinnen suchen; und dies geschieht, indem er immer  
 entschiedener gegen die Regierung, die Konservativen und die Ge-  
 mäßigten auftritt. Im gleichen Verhältniß mit seiner Entschiedenheit  
 steigt seine Popularität und sinkt der Muth der gemäßigten Opposi-  
 tion, ihm hindernd in den Weg zu treten, während die andern Par-  
 teien vollends allen Boden verlieren. Die Regierung sieht endlich  
 keinen andern Ausweg, als den Reichstag aufzulösen. Die Maß-  
 regel wird in den letzten Jännertagen im Kabinet ernstlich besprochen;  
 aber bei der Langsamkeit im Beschließen und Handeln, welche ein  
 Hauptkarakteristikum des vormärzlichen österreichischen Regimes bildet,  
 überraschen es die gewaltigen Feber- und Märzereignisse, ehe jener  
 Beschluß zur Ausführung gelangt. . . . .

## IX.

Treten wir nach diesen allgemeinen übersichtlichen Bemerkungen  
 näher an den folgenschwer gewordenen Reichstag von 1847/8 heran,  
 so finden wir, daß drei Fragen oder auch Fragengruppen es waren,  
 welche bis zum März seine Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen. Wir  
 meinen: die politische, welche das „Sistem“ und das Verhältniß  
 zwischen Regierung und Nation; die soziale, welche die Heilung der



innern Schäden und die Regelung der Verhältnisse der verschiedenen Volksklassen zueinander; und endlich die nationale, welche theils die Wahrung theils die Förderung der magyarischen Interessen betraf. Erstere, als die bedeutsamste, schlängelt sich mit geringern und größern Unterbrechungen durch die ganze viermonatliche Sitzungsperiode des Vormärz hindurch, und steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der bekannten Märzadresse, der Mutter der Märzerrungenschaften..... Wir wollen uns, die äußerliche oder Zeitfolge übergehend, vorerst mit den Verhandlungen über die zweite und dritte Frage, respective mit Kossuth's Stellung zu und seinem Antheil an diesen Verhandlungen, bekanntmachen, um dann die bedeutsamern, die politische Frage betreffenden Debatten nach ihrem innern wie nach ihrem Zusammenhang mit den Märzvorgängen ohne Unterbrechung darstellen zu können. ....

Kossuth wußte wol den Unterschied zwischen der Aufgabe des Journalisten und des Parteimannes und jener des Gesetzgebers zu würdigen. Er vergaß es nicht, daß Jener für das Prinzip zu kämpfen und es in seiner ganzen Schärfe aufrechtzuhalten habe, während Dieser die Ausführung anstreben und um diese nicht unmöglich zu machen, die obschwebenden Verhältnisse berücksichtigen muß. Seine Haltung betreffs der sozialen Fragen war daher ruhig und besonnen, alle Interessen und Vorurtheile möglichst schonend. Wiewol er als Schriftsteller und Oppositionsführer letzter Zeit seine diesfälligen Forderungen bedeutend gesteigert, stellte er sich doch im Reichstagsaal auf jenen gemäßigten Standpunkt den er zur Zeit des vorigen Reichstags eingenommen, sowie er auch neuerdings dem Adel gegenüber den versöhnlichern Ton jener Zeit anstimmte. Es handelte sich vor Allem wieder um die mit Ungarns Zukunft engverknüpfte wichtige und inhaltschwere Steuerfrage. Das energische Auftreten der Liberalen in der Presse und in den Komitatsversammlungen wie die sich immer vernehmbarer äußernde öffentliche Meinung hatten es endlich doch soweit gebracht, daß auch die engherzigen Gegner der Steuerfrage sie nicht mehr entschieden abzuweisen wagten. Aber sie flüchteten hinter den Rücken Széchenyi's, des Anwalts der

„Landeskasse“. Der Graf hatte nemlich seinen Plan betreffs der Anleihe von 100 Millionen längst als unausführbar aufgegeben, wünschte aber, daß, wie es schon 184<sup>3</sup>/<sub>4</sub> vielfach gefordert worden, der Reichstag eine, mittelst direkter Repartition zu erhebende Summe von 3,060,000 Gulden zur Deckung der außergewöhnlichen Landesbedürfnisse votire. Befürchtend, daß der Adel, wenn er an der bereits bestehenden Steuer theilnimmt, sich zur Uebernahme der neuen Last schwer entschließen werde, wollte der Graf, dem nur die Vermehrung des Landeseinkommens und nicht das Prinzip der gemeinschaftlichen Steuertragung am Herzen lag, letztere Frage ganz beseitigt oder doch bis nach Verhandlung der erstern verschoben wissen. Die Konservativen stimmten ihm hierin freudig bei; denn erstens blieb bei Errichtung der Landeskasse, die ein freiwilliges großherziges „Subsidium“ wäre, das Prinzip der Steuerfreiheit unangetastet; zweitens sollten die drei Millionen der Landeskasse alljährlich votirt werden, und da stand den Konservativen die Hoffnung frei: sie beim nächsten oder zweitnächsten Reichstag nicht wieder zu bewilligen, während die Uebernahme eines Theils der Haussteuer ihnen eine bleibende Last aufbürdete. . . . Aber eben, weil dies Heilmittel nur ein zeitweiliges und daher ungewisses, alle drei Jahre neue Kämpfe beanspruchendes wäre, wollte Kossuth sich nicht damit begnügen; umfoweniger, als er den Sieg des Prinzips der gleichmäßigen Besteuerung mit Recht für höhern Gewinn als die materielle Vermehrung der Landeseinkünfte betrachtete.

Um diesen Punkt drehete sich die Steuerdebatte welche (2. Dez.) namentlich zwischen dem pester und dem wieselburger Deputirten geführt wurde. Für die gleichmäßige Besteuerung überhaupt machte Jener die uns schon bekannten historischen, Rechts- und Vernunftgründe geltend. Doch geschah dies in sehr gemäßigter und friedfertiger Weise. Er gab sich den Anschein, die Taktik der Gegner nicht durchzuschauen und an ihrem guten Willen sowenig zu zweifeln, daß er sich zu dem Kompliment veranlaßt sah: wie die Geschichte der Steuerfrage dem ungarischen Adel zum größten Ruhm gereiche. Denn während z. B. England, wo der liberalen Partei eine freie Presse,

Meetings und ähnliche mächtige Agitationsmittel zugebotessehen, doch 20—30 Jahre für Abschaffung der Sklaverei, für die Kornbill und andere Zeitfragen kämpfen müsse, sei in Ungarn, dem all' diese Mittel fehlen, die Steuerfrage in 6—7 Jahren soweit gediehen, daß Niemand mehr das Prinzip der adeligen Beisteuer zu den gemeinsamen Lasten zurückweise, und die Meinungsverschiedenheit nur noch das „Wie“ der Ausführung betreffe, indem die Konservativen durch die Betheiligung an der Haussteuer das Eröffnen neuer Einkommensquellen, nemlich die Errichtung der Landeskasse, gefährdet glauben. Redner habe daher nur die Grundlosigkeit dieser patriotischen Befürchtung nachzuweisen. Das sei aber ganz klar. Denn erst die Vertheilung der Haussteuer auf alle Landesbewohner könne einen richtigen Repartitionsschlüssel für Herbeischaffung der Landeskasse, die dann ebenfalls von Adel und Nichtadel gemeinschaftlich getragen würde, abgeben und ihre Einführung ermöglichen. Der Adel werde dabei jedesfalls gewinnen. Denn von der Haussteuer und Landeskasse, die zusammen an 6,500,000 Gulden betragen, werde auf ihn nach Verhältniß seines Grundbesitzes weniger als 3 Millionen fallen. Und mit diesem geringern Opfer wird er das Landeseinkommen vermehrt, das Prinzip der gleichmäßigen Lastentragung gerettet und das Volk versöhnt haben, während er im entgegengesetzten Falle mit einem größern Geldopfer doch die beiden letztern höchstwichtigen Zwecke nicht erreicht. . . . Mit der ihm eigenen genialen Weise die jede spezielle Frage von einem höhern allgemeinem Standpunkt auffaßt, lenkt Kossuth auch hier auf ein verwandtes Gebiet über, durch die Bemerkung: es möge, was die Deckung der Landesbedürfnisse betrifft, erst ermittelt werden, inwieweit es dazu überhaupt einer neuen direkten Besteuerung wie die Landeskasse bedürfe. Eine genaue Prüfung des gegenwärtigen indirekten Landeseinkommens dürfte das Resultat ergeben, daß wenn die Regierung nur jene Summen welche un rechtmäßigerweise in ihren Sädel fließen, der Landeskasse zuweisen wollte, die Landesbedürfnisse leicht ohne neue direkte Besteuerung gedeckt werden könnten; namentlich, wenn noch neue indirekte Einkommensquellen, wie z. B. die auch aus anderen Rücksichten sehr wün-

sichswerthe Grundbuchsteuer, eröffnet werden.... Der Beschluß der Stände wurde im Sinne Kossuth's, für Uebernahme der Haussteuer, ausgesprochen und demgemäß das Renzium an die Magnatentafel abgefaßt. Und als am 31. Januar das sehr zweideutig gehaltene Renzium derselben herablangte, und von mancher Seite Mißbilligung erfuhr, suchte Kossuth, was ihm bei dessen vager Haltung nicht schwer fiel, es im besten Sinne auszulegen, die Zustimmung der hochlöblichen Magnaten zum Prinzip der gemeinschaftlichen Lastentragung als unbezweifelbar anzunehmen; und erwirkte demgemäß die sofortige Ernennung einer gemischten Kommission, welche sich mit Ausarbeitung eines Vorschlages betreffs der praktischen Ausföhrung des von beiden Tafeln angenommenen Grundsatzes zu befassen habe.... Kossuth zeigte bei dieser Gelegenheit auch, daß er keineswegs Opposition und Mißtrauensäußerungen „um jeden Preis“ wolle. Denn er war es, der am 29. Nov. den Ausspruch that: es wäre bloß ein „Hinterthürchen“ um der Steuer zu entschlüpfen, wenn man die Errichtung der Landeskasse von der öffentlichen Rechenschaftsablegung der Regierung abhängigmachen wollte.

In derselben Weise: die entschiedene Forderung durch einen ruhigen und versöhnenden Ton mäßigend, äußerte er sich am 3. Dezember in der Urbarialfrage. Er befürwortete warm die vom zempliner Deputirten G. Lónyai beantragte zwangsweise Ablösung, legte aber hiebei nicht auf die Rechtsforderung des Volkes sondern auf das Interesse des Grundherrn das meiste Gewicht. „Niemand — äußert er unter Andern — wird sich soweit mistifiziren, zu glauben, daß das gegenwärtige Urbarialverhältniß ewig bestehen könne. Muß es aber aufhören, dann liegt es ja im Interesse des Adels, daß dies möglichstbald geschehe. Denn so oft der Gegenstand in diesen Sälen zur Berathung gelangt, wird er vom Adel irgendein Opfer fordern, weil die Lasten des Volkes fortwährend erleichtert werden müssen. Zespäter also die Ablösung erfolgt, desto geringer wird der Ablösungspreis sein, weil das Objekt der Ablösung sich immer verringert. Steigt auch in einigen Gegenden, z. B. wo die Eisenbahn durchgeht, der Preis des Bodens, so wäre es doch thö-

richt zu hoffen, daß damit auch der Ablösungspreis steigen werde. Denn nicht der Boden, sondern die Urbarialleistung ist Gegenstand der Ablösung. . . . Jetzt kann noch der Adel eine Entschädigung für seine Einbuße beanspruchen; ob aber beim Zusammentritt des nächsten Reichstags die Verhältnisse noch ebenfögunstig sein werden, läßt sich schwer bestimmen. Darum möge ja der Adel den günstigen Moment nicht unbenützt verstreichen lassen.“ . . . Da sich aber das permissive Gesetz bisher als unzureichend erwiesen, indem Grundherr und Bauer sich selten über die Ablösungssumme einigen konnten, auch die Statthalterei die Sache nicht sehr förderete, indem sie die Befestigung der diesfälligen Verträge oft über ein Jahr hinaus verzögerte, was die Lust zu deren Abschließung nicht sehr steigern konnte, die Geistlichkeit und die königliche Kammer aber durchaus nicht mit gutem Beispiele vorangingen indem auf ihren Gütern bisher keine einzige Ablösung vorkam: so möge eine eigene Reichskommission entsendet werden, welche den Ablösungspreis von Gegend zu Gegend bestimme und dem nächsten Reichstag die Gesamtsumme anzeige, durch deren Auszahlung der Bauernstand für immer frei sei. . . . Die Gesichtspunkte nach welchen Kossuth das Fürgehen dieser Kommission geregelt wissen will, sind sämtlich zugunsten des Bauern. Er stellt nemlich als leitende Grundgedanken auf: 1. Gegenstand der Ablösung ist nicht der Boden sondern die Urbarialleistung. 2. Reinpersönliche Lasten an die kein entsprechendes Einkommen geknüpft ist, fallen ohne Ablösung weg. 3. Die Ablösungssumme werde nicht darnach bemessen, was den Unterthan die Urbarialleistung bisher gekostet, sondern nach dem was sie dem Grundherrsingebracht. 4. Möge noch berücksichtigt werden, daß bei Auflösung des Urbarialverhältnisses auch der Grundherr mancher lästigen und kostspieligen Pflicht, wie z. B. der Abhaltung des Herrenstuhls, entoben wird. . . . Die diesfällige Debatte zog sich bis zum 6. Dezember hin, und nahm das erfreuliche Ende, daß im Sinne Kossuth's die Zwangsablösung angenommen, d. h. die Frage: ob der Grundherr, sobald der Bauer die Ablösungssumme erlegen will, sie annehmen müsse? mit 37 gegen 13 Stimmen bejahet wurde. Ebenso wird am 13.

Dezember in der Aktivitätsfrage der Ständebeschluß nach dem Antrage Kossuth's ausgesprochen, der die Aufhebung derselben für unabweisbar erklärt, umsomehr als er es nicht begreifen kann, wie unsere Vorfahren, und Viele noch jetzt, in der Aktivität eine Stütze der Nationalität sehen, wo doch trotz dieser Institution jeder Fremde in Ungarn Grundbesitz erwerben kann. Doch gesteht er, daß sie sich nicht so leicht abrasiren lasse, da sie mit allen Landesverhältnissen innigst verflochten sei, weshalb er sie der sorgfältigsten Berathung und der schonendsten Ausführung dringend empfiehlt . . . .

Wie bei der Urbarialablösung das grundherrliche dem bäuerlichen, so unterordnet er in der Städtefrage das adelige dem bürgerlichen, und — was der landesläufigen Ansicht noch mehr widerstreitet — das komitatliche dem städtischen Interesse, indem er (13—18. Feber) verlangt, daß sowol der stadtbewohnende Adelige persönlich wie auch die im städtischen Bezirk gelegenen Kurialhöfe der komitatlichen Gerichtsbarkeit entzogen und ganz der städtischen unterstellt werden sollen. Dafür fordert er aber auch eine möglichstliberale Städteorganisation, bei der er namentlich direkte Wahl, Oeffentlichkeit der Berathungen und periodische Beamtenwahl als unabweisbare Grundbedingungen festgehalten wissen will. „Können wir unserer Komitatsverfassung die aristokratische Grundlage nicht nehmen, so wollen wir wenigstens in der Städteverfassung das demokratische Element geltendzumachen suchen.“ Sind die Städte in dieser liberalen Weise organisiert, dann möge man ihnen die möglichstfreie Bewegung gestatten; denn die Gemeindefreiheit ist die festeste Grundlage der staatlichen Freiheit. Man will — meint Kossuth mit Beziehung auf die französischen Zentralisationsideen welche letzter Zeit namentlich von A. Esengery im „Vesti Hirlap“ und von J. Götvös in den Parteikonferenzen vertreten wurden — man will jetzt auch bei uns die Munizipalfreiheit als Gegensatz des parlamentarischen Wesens hinstellen. Das ist aber unbegründet. Auf ihr richtiges Maaß zurückgeführt, sind die beiden Ideen sehr gut vereinbar. Früher absorbirte die Idee des Staats jede Individualität; jetzt aber wird dies mit Recht als ein Mißverhältniß erkannt . . . . Und darum wünscht er ein reges ungefessel-

tes Gemeindeleben, damit es einen Raum gebe, wo jeder Staatsangehörige sich seiner Freiheit und seines politischen Rechts bewußt werde und ihres Vollgenußes sich erfreue . . . .

Entschiedenheit gepaart mit kluger Mäßigung, Geltendmachung der Rechts- und Berücksichtigung der Billigkeitsforderungen charakterisiren auch Kossuth's Verhalten in der nationalen Frage. Wer den Verhandlungen des 1847/8er Reichstags beigewohnt oder sie heute in den stenografischen Berichten liest, muß sich staunend fragen: wie kam es, daß man Kossuth in diesem Punkte zum Ultra stempelte, ja, daß man all' seine anderweitige Wirksamkeit aus dieser Einen Triebfeder herleitete, daß man alle Uebergriiffe deren sich der Magyarismus wirklich schuldigmachte oder deren man ihn fälschlich bezüchtigte, einzig und allein dem Agitator zuschrieb? . . . Es giebt, glauben wir, hiefür kaum eine andere Erklärung als die völlige Unbekanntschaft des Auslandes — selbst des nächsten, z. B. Oestreich's — mit den ungarischen Verhältnissen. Wie man alle von außerordentlicher Körperkraft zeugende Thaten die im Alterthum geschehen sein sollen, dem Hercules, alle kriegerischen Heldenthaten dem Alexander zuschreibt, wie z. B. in neuerer Zeit Friedrich II., Josef II. und Napoleon die Vaterschaft vieler ihnen ganz unbekannten Charakterzüge und Aussprüche übernehmen mußten: so setzte das Ausland, das in den letzten Jahren fast nur den Einen ungarischen Namen näher kannte, weil der neuaufgehende Stern mit seinem blendenden Glanze die frühern verdunkelte, alles Gute oder Schlechte das es aus Ungarn vernahm, auf Rechnung des Agitator's, ob es mit dessen Grundsätzen übereinstimmen oder ihnen schroff entgegenstehen mochte.

Nur Ein Beispiel, eben betreffs der nationalen Frage, als Beleg für dieses Verfahren! Allgemein wird dem Agitator die Behauptung zugeschrieben: „Wo denn eigentlich das Land Kroatien sei? er finde es gar nicht auf der Karte!“ . . . . Ueber Kossuth's Lippen kam nie dieser verletzende Ausspruch. Eine, aber nur im entferntesten Grade ähnlichklingende Aeußerung die vielleicht von gewisser Seite her in diesem Sinne gedeutet und ausgebeutet werden konnte, war etwa die vom 7. Januar 1848 bei Verhandlung des Geseß-

vorschlag es über die ungarische Sprache. Aber Kossuth beanstandete hier durchaus nicht den Ausdruck „Kroatien“, sondern die im Gesetzesvorschlag gebrauchte Benennung „Partes“; und zwar aus dem Grunde, weil darunter auch Fiume mitbegriffen sei, er aber für diese Hafenstadt besondere günstigere Verfügungen heischte. Jene ungarische Aeußerung rührt aber von S. Bernáth her; einem exzentrischen Karakter, der z. B. später, am 29. Juli 1848, beantragte, daß der Reichstag ganz Ungarn in Belagerungszustand erkläre, und mit allen Verräthern „kurzen Prozeß“ mache. Dieser etwas übereifrige, sonst sehr ehrenwerthe Deputirte von Ungarn war es auch, der am 21. Dezember 1847 bei der Verhandlung über ungarische Sprache und Nationalität unter Andern äußerte: „Auch spricht der g. Deputirte — Dsegovich von Kroatien — immer von einem Lande. Wo ist denn eigentlich dieses „Land“? Dies sind ja alle nur Theilchen, welche zusammen genommen die „Partes adjunktae“ bilden!“ Und eben in dieser Sitzung war es gerade Kossuth, der — trotz der ziemlich hochgespannten Forderungen, welche Dsegovich stellte und welche den gerechten Unmuth des ungarischen Deputirten erregt — mildernd und versöhnend auftrat, indem er die kroatischen Deputirten in der freundlichsten Weise bat: ihre Ansprüche auf eine gelegener Zeit, wenn nämlich die Beschwerden an die Reihe kommen, zu verschieben. Denn Diskussionen dieser Art seien bitter, und heute, wo die Versammlung darüber berathe, wie sie dem Monarchen für die Erhebung der ungarischen Sprache auf den Thron — der König hatte bei Eröffnung des Reichstags sich zum ersten Mal der Landessprache bedient — danken solle, da möge jede Bitterkeit fernbleiben. . . .

Thatsachen, so unrichtig wie die eben auf ihr wahres Maß zurückgeführte, wurden und werden oft zu Anklagen und Vorwürfen gegen Kossuth benützt. Es geschieht Dies wiegesagt nicht immer in feindlicher Absicht, sondern aus dem einfachen Grunde, weil Freunden und Feinden Ungarns dieser Name nun einmal am geläufigsten war. Denn selbst warme Verehrer Kossuth's halten ihn für den eifrigsten Magyaromanen, und loben entweder — je nach ihrem verschiedenen Standpunkt — diese Richtung, oder rechtfertigen, oder



entschuldigen, oder bebauern sie als Rebelflecken an der Sonne seines Ruhms, aber Alle, so scheint's, glauben an seine Magyaromanie. Und doch ist dieser Glaube grundfalsch! Wir sahen schon früher, daß Kossuth nichts weniger als Magyaromane war, in dem Sinne, daß er alle Bewohner Ungarns um jeden Preis zu Magyarern hätte umstempeln wollen. Er war allerdings glühender Patriot, aber er besaß eben zuviel wahren Patriotismus, um sich mit solchen gewissermaßen formellen Erfolgen begnügen, um des Landes wahres Wohlfürer Zeichen willen, wie die Sprache eines ist, gefährden zu wollen. Er war auch genug Politiker und Staatsmann, um den bestehenden Verhältnissen Rechnung zu tragen, um zu wissen, daß jede Aktion bald Reaktion erzeugt, und daß auf diesem Wege des Landes Heil eher gefährdet als gefördert werde. . . . Auch war sein Vertrauen auf die verbündende Kraft der Freiheit so stark, daß er zuversichtlich glaubte: der gesammte Nichtadel — der Adel war ohnehin fast ausschließlich magyarisch — werde sich allmählig magyarisiren, wenn er nur erst ganz in die Hallen der ungarischen Verfassung aufgenommen worden, — was zu erwirken Kossuth doch unablässig bemühet war.

Eine nähere Darstellung der Sprachfrage überhaupt liegt außer dem Bereiche dieses Buches. Uns interessiert hier bloß Kossuth's diesfälliges Verhalten. Und da wollen wir vor Allem auf die Thatsache hinweisen, daß der Agitator, seit 1841 Fahnenträger und Vorkämpfer in allen Zeitfragen, eben in der Sprachfrage nur in zweiter Reihe stand. Den Kampf gegen den Panславismus hatte von jeher der „Zelenkor“ mit Bitterkeit geführt; die illirischen Umtriebe wurden namentlich durch den „Hirnök“, später durch den „Bilág“ angegriffen. Der „Pesti Hirlap“ hatte ihren diesfälligen frommen Eifer nie in dessen ganzer Ausdehnung getheilt, und zog sich durch diese Lauigkeit sogar manche Vorwürfe zu; wie ihn z. B. „Zelenkor“ und „Bilág“ des Kosmopolitismus anklagten, als er die Uebersetzung eines von Fr. List in der deutschen Vierteljahrsschrift erschienenen Aufsatzes über deutsche Kolonisation in Ungarn mittheilte, ohne auf die „Gefahr“ aufmerksam zu machen, welche hierin für die magyarische Nationalität liege.

Beim Zusammentritt des 184<sup>3/4</sup>er Reichstags, auf welchem voraussichtlich die Sprachfrage zur Verhandlung kommen mußte, äußerte sich Kossuth im „Pesti Hirlap“ dahin: „Betreffs der Sprachfrage gebührt es unserer Ansicht nach einer männlichen, ihrer Würde bewußten Nation, welche sowol thatsächlich als gesetzlich zu nationaler Selbständigkeit berufen ist, eine Grenzlinie zu ziehen, innerhalb welcher sie gerechterweise Alles, außerhalb welcher sie Nichts zu befehlen hat. Diese Grenzlinie kann aber keine andere sein, als die welche festsetzt, daß alle Zweige der öffentlichen Administration ohne Ausnahme in ungarischer Sprache geführt werden, wie auch daß die Sprache des offiziellen Verkehrs mit der ungarischen Regierung und den ungarischen Stellen . . . . die ungarische sei. Weniger als Dies zu thun, wäre Feigheit, mehr zu verlangen aber Tirannie. Sowol Diese als Jene würde uns nur zum Selbstmord führen können; zu einem Selbstmord, den nicht einmal historischer Glanz umgäbe. Denn was immer sich mit einer feigen oder tyrannischen Nation zutragen mag, hat sie ihr Schicksal selbst verdient“ . . . . Darum möge der Reichstag betreffs der Sprachfrage das gute Recht der Nation aufrechterhalten, aber gleichzeitig Dasjenige gesetzlich aussprechen, was die meisten Komitate schon beschlußweise festgesetzt, nämlich: „Daß die ungarische Gesetzgebung die fremdzüngigen Völker des Vaterlandes ihrer Sprache nicht nur nicht zu berauben beabsichtige, sondern daß sie vielmehr anerkenne, wie ungerecht es wäre, sich in die Privatverhältnisse mittels eines Zwangsgesetzes zu mengen“. Was sie aber mit Recht fordern zu können glaubt, ist: daß in allen amtlichen Angelegenheiten die ungarische Sprache gebraucht werde, Ausnahmen nur dort zulässig seien, wo das Gesetz solche statuirt, daß in den höhern Schulen anstatt der lateinischen die ungarische zur Unterrichtssprache erhoben, in den untern Schulen zum Unterrichtsgegenstand gemacht werde. . . . Diese Forderungen, wie billig auch, sollen jedoch nur für das Mutterland gelten; betreffs Kroatiens müsse eine andere Grenzlinie festgesetzt werden, die übrigens durch dessen Verhältniß zu Ungarn von selbst gegeben sei: „Die ungarische Regierung regiert als solche auch Kroa-

tien; die Sprache der Regierung aber darf in der öffentlichen Administration nur ein und dieselbe sein. Dies ist sehr natürlich, sowie auch, daß die kroatischen Gerichtsbarkeiten in ihrem offiziellen Verkehr mit den ungarischen sich bloß der gemeinsamen Administrationssprache bedienen können". Eine Forderung, welche die Kroaten um so weniger verletzen könne, als sie Dieselben nur dazu verpflichtete: zur Besorgung der auswärtigen Korrespondenz einen des Ungarischen kundigen Notar zu halten, während sie in ihrem Lande selbst auch bei allen amtlichen Angelegenheiten ungestört im bisherigen Usus belassen werden. . . . . Und bei dieser gerechten und toleranten Gesinnung ist wol Kossuth in vollen Rechten, wenn er dem Dr. Ign. Wilbner Eblen von Rajthstein auf die Anklage, daß er im „Pesti Hirlap inhuman und unbrüderlich gegen alle andern Nationalitäten eifere“, im April 1843 in der augsburger „Allgemeinen Zeitung“ mit Selbstbewußtsein zuruft: „Ich glaube mich meiner Gedanken und Gefühle keinem Deutschen gegenüber schämen zu müssen. Mit glühender Liebe hänge ich an meiner Nation, der einzigen die eine historisch, politisch und rechtlich begründete Zukunft in Ungarn hat; auch glaube ich als Ungar mit Recht und Billigkeit fordern zu können, daß in Ungarn das öffentliche Leben ein ungarisches sei. . . . Doch erkenne ich hier eine Grenze des Rechts wie der Billigkeit und der politischen Nothwendigkeit an; weiter hinaus Etwas zu fordern, ist mir nie eingefallen“. . . . .

Diese Grenze „des Rechts wie der Billigkeit und politischen Nothwendigkeit“ ließ Kossuth auch auf dem 1847/8er Reichstag bei Verhandlung der Sprachfrage nie aus den Augen. Er verlangt wol mit Entschiedenheit von der Regierung, daß sie die von frühern Reichstagen gebrachten und vom König sanktionirten Gesetze auch vollführe; eine Forderung, wie es deren kaum eine gerechtere geben kann. Daß sie trotzdem von der österreichischen Regierung, wie so manche andere nicht minder gerechte Forderung, unerfüllt blieb, dafür wußte Kossuth in der Sitzung vom 18. Dezember manche interessante Beweisfälle vorzubringen. So war z. B. der G. U. 1840: 6. § 9. in der Militärgrenze noch nicht vollzogen, und Kossuth selbst war,

als er in Angelegenheit der fumer Eisenbahn mit dem kövärer Deputirten in der Militärgrenze gereist, eingezogen und vierundzwanzig Stunden, bis die Behörde nähere Erkundigungen über sie eingezogen, in Haft gehalten worden; bloß, weil sein vollgültiger Statthaltergeiß paß in ungarischer Sprache ausgestellt, der Beamte der ungarischen Militärgrenze aber dieser Sprache nicht mächtig war. So hatten die Theißschiffer in einer, bereits dem vorigen Reichstag unterbreiteten Vorstellung darüber Klage geführt, daß ihre ungarischen Pässe über Peterwardein hinaus von den ungarischen Beamten nicht mehr als gültig anerkannt werden. Das szalader Komitat meldet, daß infolge höhern Befehls dort die sprachwissenschaftlichen ungarischen Gesellschaften aufgelöst werden; und im temeser Komitat hat die Kameralverwaltung den Gebrauch der ungarischen Sprache sogar ausdrücklich verboten. Diese Fälle — ähnliche soviel vorhanden, vorzubringen, fordert Kossuth die Deputirten auf — will er in der betreffs der Sprachfrage zu unterbreitenden Repräsentation angeführt wissen, damit ihnen abgeholfen, besonders aber für die Zukunft durch ein klares Gesetz, welches alle nicht ausdrücklich angeführten Ausnahmen unzulässig macht, ähnlichen Mißbräuchen vorbeugt werde.

Wie er aber auf strenge Beobachtung des frühern reichstäglich gebrachten und vom König sanktionirten Gesetzes bringt — eines Gesetzes, das theils seiner mäßigen Forderungen, theils seiner vagen Bestimmungen wegen nicht bloß die Ultras unbefriedigt läßt — so fordert er aber andrerseits bei Bildung eines neuen diesfälligen Gesetzes die möglichst schonende Berücksichtigung aller Verhältnisse. Als der Gesetzesvorschlag am 7. Januar vor die Ständetafel gelangt, beantragt Kossuth, daß derselbe behufs mildernder Abänderungen noch einmal in die Zirkularsitzung verwiesen werde. Sein Vorschlag wird angenommen, wie auch am 8. in der Zirkularsitzung seine Amendements zur Annahme gelangen. So verfügte z. B. § 3 des Gesetzesvorschlages mit bürren Worten: „Auch die öffentliche Unterrichtssprache soll ausschließlich die ungarische sein“. Auch er wünschte Dies, äußert Kossuth; da er aber die Ausführbarkeit nicht aus den Augen verlieren will, so möchte er — was auch von den Ständen

angenommen wird — jene Verfügung auf die höhern Schulen beschränkt, in den Elementarschulen aber das Ungarische nicht als Lehrsprache, sondern als Lehrgegenstand eingeführt sehen.

Ebenso wenig will er bei der Naturalisation die höhern Landesinteressen der Sprachfrage unterordnen. Er wünscht eine vernünftige Regelung des Einwanderungs- und Einbürgerungssystems, damit Ungarn nicht gar zu sehr von Fremden überschwemmt werde; denn „die Einbürgerungs- und Naturalisationsfrage sei ein Gebiet, auf welchem jede Nation ihren eigenthümlichen Verhältnissen gemäß verfügen muß, und die ungarischen Verhältnisse gebieten hierin eine gewisse Vorsicht“. Aber er will diese durchaus nicht zu weit treiben. So verwirft er (11. Dezember) die Forderung, welche Kenntniß der ungarischen Sprache zur Bedingung der Einbürgerung machte; wobei er sich darauf beruft, daß Dies in keiner Gesetzgebung vorkomme, und Frankreich z. B. von dem Einzubürgernden durchaus keine Kenntniß der französischen Sprache fordere. Doch wird — was wir im Vorbeigehen als neuen Beweis Dessen erwähnen wollen, daß die ultramagyarischen Anträge durchaus nicht von Kossuth ausgehen — in der Ständesitzung vom 27. Januar von dem eisenburger Deputirten, Jos. Bidos, zum dritten Paragraphen des Naturalisationsgesetzes, welcher die Bedingungen derselben aufzählt, auch die Hinzufügung der ungarischen Sprache gefordert, und nach einer langen heftigen Debatte auch gegen Kossuth's jedenfalls richtigere Ansicht — angenommen.

Bedeutende Begünstigungen fordert Kossuth in dieser Beziehung namentlich für den Gewerbestand. „Förderung der Industrie — äußert er unter Andern — ist ein Hauptbedürfniß Ungarns. Diesen Umstand darf die Gesetzgebung nicht unberücksichtigt lassen. Befände sich das Land in einer solchen Lage, daß die auswärtigen Mächte hier Konsulate hielten, so bedürfte es keiner besondern Anlockung für Fabrikanten, die, wenn sie unter dem Schutze eines Konsulats leben können, gerne auch unter die Kannibalen oder in die Mitte der Sahara wohnen gehen. In Ungarn wird allein an Baumwolle um 24 Millionen Gulden verbraucht, und zwar bezahlen wir

den Zentner um 110 Gulden theurer als wenn wir von den Engländern kauften, die um ihrer Baumwolle einen Markt zu sichern, mit China kriegsführen, aber unsere Märkte nicht besuchen. Warum? weil hier keine englische Fahne weht. Dem müssen wir durch günstige Bedingungen soweit als möglich abzuhelpen suchen. Das Niederlassungsrecht allein genügt nicht; auch für Erlangung der politischen Rechte muß ein kürzerer Zeitraum — der Gesetzesvorschlag forderte fünf Jahre — angesetzt werden. Denn solange der Industrielle sich nicht der erforderlichen Achtung erfreuet, solange die Errichtung von Fabriken nicht als Verdienst gilt, werden unserem Lande keine fremden Kapitalien und Kräfte zuströmen“. . . . Mit Rücksicht auf die Handelsinteressen fordert er wieder besondere Begünstigung für Fiume, wo die bisher übliche italienische Sprache auch dann belassen werden möge, wenn bereits in allen Theilen des Landes das Ungarische ausschließliche Amtssprache sein wird, da es gegen das Interesse Ungarns wäre, beschränkende Gesetze zu bringen „für eine Küstenstadt, deren Aufgabe es ist, in ihrem Schooße all' jene Nationalitäten aufzunehmen, welche der Welthandel dort zusammenführt“.

Auch betreffs der kroatischungarischen Verhältnisse wurden in den oberwähnten Sprachgesetzworschlag die mildernden Amendements Kossuth's aufgenommen und diesem dadurch alle Härte und Ungerechtigkeit genommen. Denn das derart umformte Gesetz beließ die Partes auf sechs Jahre beim bisherigen Usus (§ 4), und verlangte nach Ablauf dieser Frist den Gebrauch der ungarischen Sprache nur im Verkehr mit den ungarischen Behörden, während „betreffs aller öffentlichen und privaten Angelegenheiten, inwiefern diese nur im Gebiete der Partes oder von Jurisdiktionen der Partes betrieben werden, ebenso auch betreffs der Verathungen dieser Jurisdiktionen und Tribunale“ der Gebrauch des Ungarischen durchaus nicht geboten war (§ 6). Auch wurde den Partesbeamten selbst bei der Korrespondenz mit den ungarischen Jurisdiktionen, „wenn sie unter eigenem Namen betreffs strengamtlicher Angelegenheiten“ verkehren, wie bisher die Benützung der lateinischen Sprache gestattet, und das Ungarische nur dann gefordert, wenn sie „im Auftrage der Juris-

bifikationen" schreiben (§ 7). Von der Bestimmung des dritten Paragraphen, welcher die ungarische zur Unterrichtssprache an den höhern Schulen erhob, wurden die Partes ausdrücklich ausgenommen, und auch in ihren höhern Schulen das Ungarische nur zum Lehrgegenstand — was doch gewiß im Interesse der dortigen Jugend selbst lag — aber nicht zur Lehrsprache gemacht (§ 8). Auch wurde auf Kossuth's Antrag vom 7. Januar im fünften Paragraphen, welcher bei allen Amtssiegeln eine ungarische Kundschrift verlangte, betreffs Kroatiens eine Ausnahme gemacht.

Wenn die Partes durch diese bedeutsamen Zugeständnisse nicht beruhigt wurden, so lag — abgesehen von den äußern Einwirkungen, welche den Rationalitätsfanatismus entzündet hatten und ihn jetzt um keinen Preis verlöschen lassen wollten — das Uebel darin: daß ihr eigentlicher Herzenswunsch weit verschieden von demjenigen war, den sie öffentlich aussprachen. Sie kämpften für den Gebrauch der lateinischen Sprache auf dem Reichstag und im Verkehr mit Ungarn; und doch war es ihnen keineswegs um Erhaltung dieser todtten, sondern um Einführung ihrer jungen illirischen Sprache zu thun. Sie selbst waren aber von der Unzulässigkeit dieser Forderung so sehr überzeugt, daß sie dieselbe gar nicht offen auszusprechen wagten. Denn gestattete man heute ihnen auf dem Reichstag und im Verkehr mit den ungarischen Stellen den Gebrauch der illirischen Sprache, so wurde morgen von den deutschen, slowakischen, wallachischen und andern nichtmagyarischen Bewohnern Ungarns die ähnliche Freiheit betreffs ihrer bezüglichen Sprachen gefordert. Und Das konnte selbst der enragirteste Illiromane nicht fordern, daß der Reichstag und die höchsten Behörden zu einem solchen Sprachenbabel gemacht werden. Darum stießen sie sich auf den Gebrauch der lateinischen Sprache. Kossuth be- ließ ihnen diese. Der bisherige Vorwand zur Klage war ihnen hiedurch genommen und ihr Groll wurde umso tiefer, je weniger sie dessen eigentlichen Grund anzugeben wagten.

Mit voller Entschiedenheit trat Kossuth den kroatischen Gelüsten nur dort entgegen, wo es sich nicht bloß um sprachliche und nationale, sondern um staatliche Fragen handelte. So am 27. Januar bei

Verhandlung des Einbürgerungsgesetzes, wo Kroatien das Recht beanspruchte: unabhängig vom ungarischen Reichstag, dem bisher im ganzen Gebiet der ungarischen Krone allein die Ertheilung des Indigenats zugestanden, Fremden das Bürgerrecht auf kroatischem Gebiet ertheilen zu können. Die Forderung hatte eine mehr als gewöhnliche Tragweite. Denn mit Hülfe dieses Rechts könnten die Kroaten sich mit einer Masse stammverwandter Elemente aus dem benachbarten Bosnien und Serbien verstärken und das ungarische Element dort ganz bewältigen. Dieses eben so unrechtliche als gefährliche Ansinnen wies Kossuth entschieden zurück. „Ich zweifle nicht — sagt er unter Andern — daß die kroatische Landesversammlung sich Manches anmaßen möchte; aber daß dieser Wille die Anmaßung in Recht umwandle, Das leugne ich geradezu. Ich kenne nur Eine Weise der Einbürgerung, und das ist auf dem Wege der Gesetzgebung, und zwar für den Ausländer nur durch den ungarischen Landtag. Die Versammlung der verbündeten Theile aber kann dies Recht auch mit königl. Einwilligung ebensowenig üben, als der König allein. Jedes Recht muß aus dem Gesetze hergeleitet, und das Anzweifeln dieses Axioms kann nur als leere Rede betrachtet werden. .... Darum muß ich Kroatiens Berechtigung zur Schaffung neuer Indigenatsgesetze geradezu bestreiten, und Den für einen Hochverräther erklären, der da behauptet, daß in Ungarn ein Gesetz anderswo als auf dem ungarischen Reichstag gebracht werden könne“....

## X.

Der kroatischen in mancher Beziehung ähnlich ist die siebenbürgische Frage, durch die neunte der königl. Propositionen der Aufmerksamkeit des Reichstags empfohlen. Minder gewichtig an sich, fesselt sie unsere Aufmerksamkeit durch den Umstand, daß sie Kossuth Gelegenheit verschaffte zu dem glänzendsten Triumph, den er im Vormärz als Landtagsredner feierte. Und der Triumph, ihm einstimmig zu-



erkannt, ist ein wolverdienter. Die Rede ist bedeutsam durch ihren innern Werth, indem sie in der analitischen Zergliederung eines konkreten Falls das lebensgetreue daguerrotipähnliche Bild des gesammten Verfahrens der österreichischen Regierung gegen Ungarn giebt. Sie wird für uns noch bedeutsamer dadurch, daß sie den vollkräftigsten Beweis für das eminente und vielseitige Talent Kossuth's ablegt, der hier all' die Mittel unbenützt läßt, denen er gewöhnlich seine Siege verdankt, und mit neuen Waffen kämpft. Er spricht hier nicht vom Herzen zum Herzen, sondern mit dem kaltberechnenden Verstand zu demselben. Er will nicht hinreißen sondern überzeugen, nicht die Leidenschaften auf- sondern die Aufmerksamkeit anregen. Er schleudert gegen die Regierung nicht seine vernichtenden Zornesblicke, sondern führt kalten Blutes einen Hammerschlag nach dem andern. Und der Erfolg zeigt glänzendst, daß er dieser Waffen Meister, daß er nicht nur die Sprache der Leidenschaft sondern auch die der staatsmännischen Rhetorik mit seltner Fertigkeit zu handhaben versteht....

Der augenblickliche Eindruck, den die Rede hervorbrachte, steht in den presburger Reichstagshallen einzig da. Nachdem Kossuth, der erste unter den vorgemerkten Rednern, über die Frage gesprochen, fand — trotz des bedeutenden Redegelüstes, das ein Erbübel der ungarischen Stände war und durch den Abgang einer Tribüne, wonach Jeder von seinem Sitz aus sprach, bedeutend gefördert wurde — kein einziger Oppositionsredner, wiewol deren mehrere vorgemerkt waren, es nöthig oder räthlich, auch nur Ein Wort hinzuzufügen. Und trotz der schweren Anklagen, umso schwerer wiegend als sie nicht mit der Parteileidenschaftlichkeit des Oppositionsmannes, sondern mit der eiskalten Ruhe des Staatsmannes vorgetragen und durch nackte geschichtliche Daten begründet waren, — welche er gegen die Regierung erhoben, wagte keiner ihrer sonst so spruchfertigen Redner auch nur den leisesten Versuch, zu ihrer Entschuldigung Etwas vorzubringen. Vielmehr erhob sich, als Kossuth geendet, der Regierungskämpe Anton Babarczy, um mit wenigen Worten die Zustimmung seiner Partei zu erklären, worauf Kossuth's Antrag sofort zum Beschluß erhoben wurde.

Doch hören wir Kossuth selbst, nachdem wir noch einige zum Verständniß der Rede unumgänglich nöthige Angaben vorausgeschickt. Die Komitate Krasna, Zaránd, K. Szolnok und Kővár hatten ebenso wie Marmaros, Bihar und Arad zu Ungarn gehört, solange Dieses ein selbständiges Reich gewesen. Seitdem es aber unter österreichische Herrschaft gekommen, während das mit ihm bisher vereint gewesene Siebenbürgen seine Selbständigkeit fortbehielt, waren infolge einer Uebereinkunft zwischen den ungarischen und den siebenbürgischen Herrschern jene Grenzkomitate wiederholentlich an Letztere abgetreten worden. Jedoch immer nur für die Lebenszeit der betreffenden siebenbürgischen Fürsten, welche diese Theile auch nicht als Fürsten von Siebenbürgen, sondern als „*Partium Regni Hungariae Domini*“ besaßen. Nach deren Ableben fielen die abgetretenen Theile vertragsmäßig immer an Ungarn zurück, bis etwa ein neuer Krieg deren abermalige Abtretung als Friedenspreis, aber unter derselben Bedingung, nöthigmachte. Als endlich im Jahre 1690 auch Siebenbürgen unter österreichische Herrschaft gerieth, hörten selbstverständlich diese Verträge auf. Die genannten Komitate fielen wieder an das Mutterland zurück, was auch thatsächlich vollzogen und gesetzlich bekräftigt wurde. Nichtsdestoweniger ließ sich Karl III. durch Arrondirungsgelüste dahin verleiten, außerreichtäglich die Anordnung zu treffen, daß Marmaros, Bihar und Arad bei Ungarn bleiben, die andern Komitate aber wieder zu Siebenbürgen geschlagen werden sollen (1733). Der erste Reichstag, welcher dann zusammentrat (1741), und seitdem alle seine Nachfolger, protestirten gegen diesen Gewaltakt, und erlangten von Maria Theresia wie später von Leopold II. und Franz I. die gesetzbekräftigte Zusage: daß die genannten Komitate dem Mutterlande wieder einverleibt werden sollen. Da jedoch die vollziehende Gewalt in den Händen der österreichischen Regierung ist, so wurde die Vollziehung des Gesetzes unter den verschiedensten Vorwänden immer hinausgeschoben. Im Gesetzart. 1836: 21 endlich wurde nicht mehr bestimmt, daß man die „Theile“ wieder einverleiben werde oder solle, sondern geradezu erklärt, daß sie „hienit ganz und vollständig wieder zu Ungarn geschlagen werden“, und

die Regierung wurde nicht mehr mit Schlichtung der Einverleibungsfrage, sondern, und zwar auf ihr eigenes Verlangen, mit der Vollziehung des neuen vom König sanktionirten Gesetzes beauftragt. Die Vollziehung war trotz der wiederholentlichen Klagen des 18<sup>39/40</sup>er und des 184<sup>3/4</sup>er Reichstags noch bis zur Stunde nicht erfolgt. Auf dem gegenwärtigen Reichstag aber, wo die Regierung den zu erwartenden Angriffen der Opposition dadurch ihre Schärfe benehmen wollte, daß sie selbst in den königl. Propositionen mehr von der Opposition längst als dringende Zeitfragen geltendgemachte Gegenstände der reichstäglichen Verhandlung empfahl, hatte sie auch in den königl. Propositionen der siebenbürgischen Frage gedacht. Keineswegs aber, um dem Reichstag die bereits stattgehabte oder sofort zu bewerkstelligende Vollziehung des vor elf Jahren gebrachten Gesetzes zu melden, sondern um ihn zu benachrichtigen von dem „bisherigen Erfolg der Vorarbeiten und Unterhandlungen, welche der vollständigen Durchführung des Gl. 21: 1836 nothwendig vorangehen mußten“ — in einer Angelegenheit, in welcher bereits seit hundert Jahren „vorgearbeitet“ und „unterhandelt“ wurde! — und die Stände allergnädigst aufzufordern, „daß sie in ihren Verhandlungen über diesen Gegenstand — der schon unzähligemal endgültig erledigt worden! — alle einschlägigen Umstände in billige Erwägung ziehen mögen“. Ob das Mistifikation oder Hohn, war schwer zu unterscheiden! . . . .

„Die nackte Darlegung der Thatfachen ist die überzeugendste Rhetorik — beginnt Kossuth seine Rede vom 14. Januar 1848. — Wie das gute Werk vor Gott schwerer wiegt als die schönste Frase bloßen Gebetes, wie das vergossene Blut lauter gen Himmel ruft als des Fluches Wortgetöse, so sprechen die Fesseln des zerrissenen Gesetzes vernehmlicher als jede Klage. Ich werde nur Thatfachen anführen, treu, ungeschminkt. Ich werde dann in meinem Vorschlage am Seil der Mäßigung die letzte Hoffnungsangel auswerfen; aber mit dem festen Entschluß, daß — sollte auch diese Hoffnung trügen, ich bereit bin, es komme was da wolle, die strengsten gesetzlichen Mittel eher zu ergreifen als in feiger Klage zu dulden,

daß 'das ungarische Gesetz, die Würde der ungarischen Gesetzgebung, die gesetzliche Wirksamkeit der richterlichen Macht noch fernerhin in den Noth getreten werden'....

„Die Wiedereinverleibung der losgerissenen Theile haben die Großväter unserer Väter im Jahre 1741 angeordnet. Fünfundneunzig Jahre und eines neuen Gesetzes bedurfte es, damit die Ausführung dieser Anordnung endlich gesichert scheine. Aber nur schein, denn abermals sind elf Jahre vergangen und das Gesetz ist noch nicht vollzogen. Ja, die Taktik der Regierung hat eine solche Richtung genommen, daß wenn wir nicht vorsorgen, in unser Geschichtsbuch vielleicht abermals fünfundneunzig Jahre verzeichnet werden, um zu unserer Schande zu zeigen, bis zu welcher Schwäche der Ungar herabsank; zu einer solchen Schwäche, löbliche Stände, daß sein Gesetz zum todtten Buchstaben, sein Befehl zum leeren Schall ward“...

„Der Gesetzartikel 21: 1836 welcher die Wiedereinverleibung ausspricht, hat zwei Theile. Der erste, gemeinrechtliche, betrifft die reichstäglische Vertretung. Und sieh' da, Kövár ist jetzt schon zu drei Reichstagen nicht einberufen worden; die andern Komitate sind, wiewol einberufen doch weggeblieben, weil sie mit Recht den Willen der Regierung zur wirklichen Vollziehung der Einverleibung bezweifeln.... Der zweite Theil jenes Gesetzartikels betrifft die administrative Einverleibung. Die Regierung hat sie nicht nur bisher nicht vollzogen, sondern sie geht jetzt noch soweit, sich gewissermaßen zu ihrer Entschuldigung auf das Widerstreben Siebenbürgens zu berufen. Wir dürfen hiebei nicht vergessen, daß der König von Ungarn und der Großfürst von Siebenbürgen Eine Person sind. Und wenn wir trotzdem sehen, daß Dieser gewissermaßen Jenem entgegengestellt wird, daß die siebenbürgische Regierung das ungarische Gesetz, die Befehle des ungarischen Königs und die vollziehende Wirksamkeit der ungarischen Regierung vollkommen paralysirt: so können wir den Schlüssel zu diesem absonderlichen Zustand leider nur darin finden, daß in letzter Instanz weder die ungarischen Angelegenheiten von der ungarischen noch die siebenbürgischen von der siebenbürgischen Regierung, sondern Beide von der österreichischen Bürokratie geleit-

tet werden. Dies, löbliche Stände, ist des empörenden Räthfels noch empörendere Lösung."

"Betrachten wir unbefangen die Geschichte dieses Gegenstandes, so stoßen wir auf ein neunfaches Vergehen der Regierung. Sie hat 1. den ihr übertragenen Theil der Wiedereinverleibung, den administrativen, nicht vollzogen; 2. den andern Theil, der, wird es nicht nicht direkt gehindert, auch ohne sie vollzogen worden wäre, nemlich die Absendung der Reichstagsdeputirten, theils verhindert theils verwirrt; 3. die auf Befehl des Reichstags und auf Anordnung des Gesetzes entsendete richterliche Macht zum Gegenstand des Spottes herabgewürdigt; 4. die vielfachen feierlichen Versprechen des Königs kompromittirt; 5. hat sie Jene welche gegen das Gesetz und den königlichen Befehl agirten, im Namen des gemeinschaftlichen Regenten mit Gnaden überhäufen lassen, hingegen die Anhänger des Gesetzes und des gesetzlichen königlichen Befehls selbst gegen die empörendste Willkür nicht geschützt; 6. mit völliger Preisgebung der Selbständigkeit der ungarischen Regierung sich der siebenbürgischen untergeordnet; 7. in den betreffenden Komitaten die Sympathie für Ungarn künstlich zu schwächen gesucht, der Antipathie aber freies Spielraum und unbefchränkte Verbreitung gegönnt; 8. trotz der Gesetzartikel 1715: 92; 1723: 20; 1727: 9; 1741: 8; 1751: 24; 1792: 11 und 1836: 21, also trotz der im Laufe von 120 Jahren gebrachten sieben Gesetze, fünf Krönungsseide, zahllosen königlichen Resolutionen, trotz Ungarns unbezweifelbarem Recht und der klaren diplomatischen Geschichte der Sache, wagt sie es, sich auf das Widerstreben Siebenbürgens als auf ein Hinderniß zur Vollziehung der Einverleibung zu berufen; 9. sucht sie durch neue Gesetzesvorschläge die Vollziehung sanktionirter und durch königlichen Schwur bekräftigter Gesetze auf das schlüpfrige Feld neuer Verhandlungen hinüberzuspielen; ein Verfahren das nur dahin zielt, die in den wiedereinzuverleibenden Theilen noch vorhandene Sympathie vollends zu erschüttern"...

Der Redner glebt hierauf, um die angeführten Klagen zu beweisen, eine ausführliche, klare und lichtvolle, aus den Quellen ge-

schöpfte und durch stete Berufung auf amtliche Dokumente erhärtete Geschichte der obschwebenden Frage. Da diese geschichtliche Darstellung heute unsere Leser weitweniger interessieren dürfte als sie damals seine Hörer interessirte, so müssen wir hier auf deren Wiedergabe verzichten und auf dasjenige verweisen, was wir einleitend hierüber angedeutet. . . . . Nachdem der Redner mit unumstößlichen Daten besonders nachgewiesen, daß jene ursprünglich ungarischen Komitate nie vollständig sondern immer nur zeitweilig zu Siebenbürgen geschlagen, daß sie, nachdem auch Siebenbürgen unter die Herrschaft des habsburgischen Hauses gerathen, sofort an Ungarn zurückfielen und daselbst auf jedem Reichstag vertreten gewesen; daß, nachdem Karl III. sie eigenmächtig von Ungarn losgerissen, sie diesem auf dem 1741er Reichstag sofort wieder zuerkannt, Siebenbürgen — wiewol es im Grunde nicht das geringste Anrecht hat, Ungarn sein rechtliches Eigenthum zu bestreiten — darüber wiederholtlich vernommen worden; . . . nachdem er noch den Vorwurf: als sei der G. A. 1836: 21 übereilt gewesen, mit der richtigen Bemerkung zurückweist, daß ja die Frage bereits seit hundert Jahren verhandelt werde und der genannte G. A. nur eine neue Bestätigung längstgebrachter vielfacher Gesetze gewesen, fragt er: „Wie muß ein unbefangener Beobachter über jene Behauptung urtheilen, daß der G. A. 1836: 21 ohne Anhören Siebenbürgens und übereilt gebracht worden? wie über den gesetzlichen Sinn jener Männer, welche die Nichtvollziehung eines in dieser Weise und über einen solchen Fall gebrachten Gesetzes, eine Versäumnis die nie und in keiner Weise zu entschuldigen ist, mit solch' jämmerlichem Vorwand rechtfertigen wollen?“

„Aber — fährt er fort — wir lesen auch den Einwurf: das zur ungarischen Krone gehörende Siebenbürgen dürfe durch die Personalunion nicht in eine schlimmere Lage versetzt werden, als wenn es einen eigenen Fürsten hätte, in welchem Falle eine Verringerung seines Territorium's nur mittels seiner Einwilligung oder durch Waffengewalt ausführbar wäre. . . Und wir, für welche das Recht und das Gesetz spricht, sollen wir durch die Personalunion schlimmer

gestellt sein, als wenn wir mit Siebenbürgen außer aller Verbindung wären? Uns ist unser rechtlicher Besitz ohne unser Wissen, Wollen und Einstimmen, trotz Gesetz und Königseid, durch Regierungswillkür entrisen und an Siebenbürgen geschenkt worden, was — wären wir unter einem besondern Fürsten gestanden — gewiß nie hätte geschehen können; und was uns mit Gewalt entrisen worden, sollte nicht nach Gesetz und Recht wieder zurückerstattet werden können?“

„Ich muß jedoch noch Eines erwähnen! Biewol Siebenbürgen durchaus keinen gesetzlichen Einfluß auf die Lösung dieser Frage beanspruchen kann, hat doch Se. Majestät, blos „aus väterlichem Wohlwollen“ wie es im königlichen Reskript heißt, im Jahre 1837 die siebenbürgischen Stände aufgefordert, Deputirte zu entsenden, welche gemeinschaftlich mit den ungarischen Kommissären die Wiedereinverleibungsangelegenheit regeln sollen. Diese Aufforderung, einer Verletzung der Rechte Ungarns nahe verwandt, blieb jedoch unberücksichtigt und es wurden keine siebenbürgischen Vertrauensmänner entsendet. Daraufhin erklärte Se. Majestät in einem Erlaß vom 20. Febr. 1839, daß sie, nachdem Siebenbürgen der gnädigen königlichen Aufforderung nicht entsprochen, „kraft ihres königlichen Rechts das Nöthige vollziehen, Siebenbürgen nicht mehr zur Mitwirkung auffordern werde; und nachdem die Einverleibung kraft des G. V. 1836:21 eine vollbrachte Thatsache, so ist es der unabänderliche Wille Sr. Majestät, daß die siebenbürgischen Stände darüber nicht mehr verhandeln.“ Und was müssen wir, löbliche Stände, trotzdem erfahren? Wir erleben es, daß im Namen jenes Regenten der betreffs der Einverleibung seinen unabänderlichen königlichen Willen so entschieden ausgesprochen, die Regierung sich jetzt auf Siebenbürgens Widerstreben zu berufen wagt, als auf einen Umstand der wichtig genug sei, die volle Aufmerksamkeit des Hauses zu beanspruchen! Wahrlich, ein solches Verfahren, löbliche Stände, ist nicht blos als ein Verschmälniß der vollziehenden Gewalt sondern als eine schwere absichtliche Verletzung der Rechte der ungarischen Krone anzuklagen, zweifachwerth dessen, was die Stände schon in ihrem Munizium vom 25. Okt. 1844 verlangt, daß nemlich die mit der Vollziehung beauftrag-

ten Individuen oder Jene nach deren Rath der König die ungarischen Angelegenheiten derart leitet, nach dem siebenten und achten Artikel des Mlásló'schen Dekrets bestraft werden."

"Sehet doch! Der heilige Name der Ordnung ist es, auf den die Gewalthaber sich berufen, indem sie seit drei Jahren zu den uns unbekannten Zwecken des fremden, in seinen Finanzwirren fast unrettbar verwickelten Regierungssystem's eine Majorität in Ungarn zu gewinnen suchen; die Nothwendigkeit einer starken Regierung ist das Lösungswort unter welchem die Majoritätstreibjagd vor sich gehet. Aber ich frage, im heiligen Namen der Vaterlandsliebe frage ich die eifrigsten Parteigänger der Regierung: Können Sie es verlangen, können Sie wünschen, daß die Nation, solange noch Eine konstitutionellen Gefühls in ihr lebt, mehr Macht und größere Kraft den Händen einer Regierung anvertraue, welche die ihr gesetzlich eingeräumte Macht so wenig zur Gesetzesvollstreckung benützen kann oder will, als wir dies in der obschwebenden siebenbürgischen Frage erfahren?"

Kossuth erinnert daran, daß die Vollstreckung des Einverleibungsgesetzes nicht etwa der Regierung aufgedrungen worden, daß man glauben könnte, sie betreibe sie lässig als unliebsame Pflicht. Im Gegentheil! Den Geist der österreichischen Bürokratie wol kennend, wollte der 183<sup>5</sup>/<sub>6</sub>er Reichstag eine eigene Kommission damit betrauen; aber die Regierung riß die Vollziehung an sich, und — übte sie nicht! . . . . Jene welche dies durch obwaltende verzögernde Hindernisse entschuldigen wollen, weist er darauf hin, daß die österreichische Regierung, in einigen Monaten Polen und die Bukovina in österreichische Provinzen umzuschaffen, die kroatischen Theile aber und das Littorale in vier Wochen von französischem wieder auf österreichischen Fuß zu versetzen gewußt; um wie viel leichter mußte die Umwandlung einiger früher ungarischen jetzt siebenbürgischen Komitate in ungarische werden! Und geben doch selbst die der neunten königlichen Proposition beiliegenden Vorschläge die Mittel an, wie die Beseitigung der obwaltenden Hindernisse leicht zu bewerkstelligen wäre; warum hat also die Regierung nicht von diesen Mitteln Ge-



brauch gemacht, und die Vollziehung der administrativen Einverleibung noch immer unterlassen?

Nachdem Kossuth diese wirklichen und angeblichen Hindernisse einzeln die Revue passiren lassen und die Leichtigkeit ihrer Beseitigung nachgewiesen, geht er auf den zweiten Hauptpunkt, die reichstägliche Vertretung jener Komitate betreffend, über. Hier ist die Regierung nicht bloß, wie bei der administrativen Seite der Frage, einer Versäumniß, sondern einer direkten Gesetzübertretung anzuklagen. Am anstößigsten ist ihr Verfahren im kovárer Komitat, welches — wie Kossuth mit authentischen historischen Daten nachweist. — früher stets Sitz und Stimme am ungarischen Reichstag gehabt und geübt, und doch seit der Wiedereinverleibung noch zu keinem einzigen der seitdem abgehaltenen drei ungarischen Reichstage einberufen worden. Die Komitate R. Szolnok, Krasna und Jaránd erhielten zwar Einberufungsschreiben, aber auch dort geschahen betreffs der Deputirtenwahlen die anstößigsten Schritte von Seiten der Regierung. Er will sie nicht alle namhaft machen, da sie in dem, von den ungarischen Patrioten der einzuverleibenden Theile dem Reichstag unterbreiteten Gesuch ausführlich verzeichnet sind, und begnügt sich damit, zum Beleg seiner Behauptung, Einiges herauszuheben, Anderes ergänzend hinzuzufügen. Einige dieser Daten werden noch heute für unsere Leser nicht ohne Interesse sein, da sie Oesterreichs Politik gegen Ungarn treffend charakterisiren.

So z. B. das Benehmen und Schicksal des szolnoker Obergespanns, des obersten Beamten eines gesetzlich zu Ungarn geschlagenen Komitats. „Der König — erzählt Kossuth — beruft natürlich das Komitat, nicht den Obergespann, zum Landtag; der Obergespann theilt aber das königliche Einberufungsschreiben dem Komitatsadel dem es doch gilt, gar nicht mit. Der König überschickt dem Komitat die reichstäglich gebrachten Gesetze; der Obergespann verkündet sie nicht. Das Komitat will für den nächsten Reichstag doch Deputirte wählen; der Obergespann verhindert den Adel durch Gewaltmaßregeln an der Ausübung seines heiligsten konstitutionellen Rechtes. Die Verleibigten wenden sich an den Reichstag; dieser wieder an die Regie-

nung, welche er auffordert, den Obergespann zur Gesetzesachtung anzuhalten; dieser beharrt aber noch immer in seiner Widerseßlichkeit.... Und wie glauben Sie, wird er dafür bestraft? wird er etwa seines Amtes entsezt oder wenigstens zur Achtung der Rechte des Komitats angewiesen?.... Nein, löbliche Stände, zum Geheimrath wird er ernannt! Ich wüßte doch gerne, was gewisse Herren zu dieser absonderlichen Strafart sagen werden? wahrscheinlich sie damit entschuldigen, daß der szolnofer Obergespann doch nicht zum ungarischen sondern zum siebenbürgischen Geheimrath ernannt worden!“. . . . . Um vollends allen Zweifel darüber zu benehmen, daß der szolnofer Obergespann vom Anfang an nach höhern Weisungen gehandelt, verliest Kossuth ein Schreiben des siebenbürgischen Kanzlers Alex. Kocska vom Jahre 1839, in welchem der Obergespann aufgefordert wird: „durch guten Ralkül und weise Kombinationen dahinzuwirken, daß von Seiten seines Komitats keine Deputirten auf den ungarischen Reichstag geschickt werden“. Diese „weise Kombination“ bestand darin, daß der Obergespann während der ganzen Dauer des Reichstags das königliche Einberufungsschreiben im Saß behielt und die Komitatskongregationen mit Gewalt verhinderte. Und dafür wurde er zum königlichen Geheimrath ernannt!

Das krasnaer Komitat — heißt es dann unter Andern in dem von Kossuth gelieferten Sündenregister der Regierung — wollte, da es sich bereits als ungarisches Komitat betrachtet, den 1846er siebenbürgischen Landtag nicht mehr beschicken. Indessen wurde ihm dieß von Wien aus streng anbefohlen. Es fügte sich dem Befehle, gab aber seinem Deputirten die Instruktion auf die es ihn auch beeidete: auf dem siebenbürgischen Landtag zu erklären, daß Krasna nur dem direkten königlichen Befehl nachgegeben, übrigens aber sich in jeder Beziehung als ungarisches Komitat, wozu das Gesetz es gemacht, betrachte. Bald darauf erklärte der Deputirte die Instruktion für unverträglich mit seinem Gewissen, und — er wurde zum Administrator eben dieses Komitats ernannt! Und als die königlichen Einberufungsschreiben zum gegenwärtigen ungarischen Reichstag anlangten, hielt der Administrator eine Versammlung ab, wo er, von den

beim Präsidentenstuhl aufgestellten drei Faß Wein unterstützt, so glücklich war, die Annahme seines Vorschlags zu erwirken: daß nemlich Krasna den ungarischen Reichstag nicht beschide und sich gegen die Einverleibung ausspreche, die es doch vor fünfzig Jahren selbst verlangt und seitdem mit den treuesten Gefühlen unterstützt hat. Es war dies ein augenblicklicher Kaufsch! Krasna's fünfzigjähriges Bitten und Drängen blieb ganz unberücksichtigt, während der durch drei Faß Wein erzeugte Beschluß bereits in der Reihe der beachtungswürdigen Thatsachen figurirt, welche die Regierung der Aufmerksamkeit des Reichstags empfiehlt!

„Mögen — ruft Kossuth — mögen die löblichen Stände all' dies beachten und die Folgen erwägen. Wenn die siebenbürgischen Theile sehen, daß — wiewol der ungarische König und der siebenbürgische Großfürst Eine Person sind, trotzdem die siebenbürgische Regierung gegen die ungarische agitirt und Jene die sie hierin unterstützen, nicht bestraft sondern belohnt werden, während die ungarische Regierung seit eifß Jahren das Gesetz mit Füßen treten läßt und Nichts dagegen thut, wiewol sie doch mit einem einzigen energischen Dekret der Sache ein Ende machen könnte; . . . . . müssen da nicht die siebenbürgischen Theile die Absicht der Regierung, die Wiedereinverleibung wirklich zu vollziehen, mit Grund bezweifeln? Und thun sie dies, ist es dann nicht natürlich, daß sie den Reichstag nicht beschiden und sich nicht den Verfolgungen aussetzen mögen, welchen jetzt dort Jedermann preisgegeben ist der den Gesetzen huldigen will? . . . . . Hier haben Sie, löbliche Stände, einen kompakten Beleg für die Regierungspolitik, deren leitender Grundsatz darin besteht: Die Gewährung unserer gerechten Forderungen immer so lange als möglich hinzuhalten; und wenn diese unverschiebbar geworden, dann auf administrativem Wege zu zerstören, was auf legislativem erbauet worden“.

„Am offenbarsten spricht hiefür das dritte Hauptfactum: der Stand der vom vorigen Reichstag herrührenden diesfälligen Prozesse. . . . . Ich könnte all' die Standale anführen welche die dem

gemeinschaftlichen Fürsten unterstehenden Regierungsmänner verübt, könnte auch anführen, daß, nachdem die betreffenden Komitate vom Reichstag wegen ihres Nichterscheins verurtheilt, sie von dem, im Namen des gemeinsamen Fürsten fürgehenden Gubernium zum Widerstand aufgefordert worden. . . . . Aber, um die Geduld der löblichen Stände nicht zu ermüden, will ich nur zwei Umstände erwähnen. Erstens, daß das siebenbürgische zeitschriftliche Regierungsorgan sich über diesen Widerstand dahin geäußert: man hätte nicht bloß widerstehen, sondern die in das Recht eines andern Landes eingreifenden Exekutoren in Fesseln schlagen sollen, während ein anderes Blatt das ganze Verfahren eine richterliche Komödie nannte. Zweitens, daß der König, vom vorigen Reichstag aufgefordert: die nichterschiedenen siebenbürgischen Komitate zur Beschickung des Reichstags zu ermahnen, in seinem Schreiben vom 4. November 1844 antwortete: er finde die Mahnung unnöthig, da die Sache bereits ihren gesetzlichen Verlauf genommen habe. Und diese königliche Antwort erfolgte zu einer Zeit, wo bereits in Siebenbürgen im Namen Sr. Maj. der Widerstand gegen die Anwendung der gesetzlichen Mittel anbefohlen worden! . . . . Wenn wir also eine königliche Mahnung verlangen, werden wir auf den Rechtsweg verwiesen; und wenn wir diesen betreten, wird uns im Namen des Königs widerstanden! Derart wird das Gesetz und der Reichstag herabgewürdigt und die richterliche Gewalt zum Gegenstand des Spottes erniedrigt!"

„So — fährt der Redner nach Aufzählung einiger ähnlichen Thatfachen fort — so stehen die Verhältnisse. Und nach alledem werden wir in den königlichen Propositionen darauf aufmerksam gemacht, daß in den siebenbürgischen Theilen eine Antipathie gegen die Einverleibung existire. Ich frage: wenn sie existirte, wer hat sie ins Leben gerufen? Ich frage: und wenn sie existirt, kann damit die Nichtvollziehung des Gesetzes entschuldigt werden? . . . . Das seit hundert Jahren andauernde Fernhalten des Kindes von den Mutterarmen würde selbst eine etwaige Entfremdung erklärlich machen; wiewol diese, so bedauerlich auch, das Recht der Nation nicht im Geringsten schmälern könnte. Aber sie existirt gar nicht. Als einen glänzenden

Beweis dessen begrüße ich freudig das Bittgesuch jener siebenbürgischen Patrioten, die sich weder durch den Zornblick der Machthaber abschrecken noch von dem Fanatismus ihrer Mitbürger abhalten ließen, ihre Arme verlangend auszustrecken nach dem vom gemeinsamen Fürsten der Schwesternationen geheiligten Gesez, daß endlich geheilt werde die vor einem Jahrhundert geschlagene Wunde, die seitdem in Glück und Unglück zu schmerzen nicht aufgehört und wie des Gewissens Dualen auch durch der Zeit wunderwirkenden Balsam nicht geheilt werden konnte“...

Kossuth macht darauf aufmerksam, daß jenes Bittgesuch nicht von käuflichem Pöbel sondern von Siebenbürgens achtbarsten Männern unterzeichnet sei, und bittet die Stände, daß sie im eigenen Interesse das Vertrauen jener Bittsteller auf energisches Einschreiten und rasche Abhülfe nicht täuschen mögen. „Wer — fragt er — würde dann noch auf die Geseze der Magyaren vertrauen, wenn das Vertrauen Jener trüge? wer noch auf die Heiligkeit des Gesezes seine Hoffnung setzen, wenn Jene ihre Hoffnungen vereitelt sähen und als Ziel der Verfolgung in ihre Heimath zurückkehrten? Ja wol, der Verfolgung! Denn die Verhältnisse sind in Siebenbürgen derart, daß Achtung des von der ungarischen Nation mit ihrem König geschaffenen Gesezes als Verbrechen gilt; als Verbrechen, mit liebendem Verlangen nach Ungarn zu blicken. Wahrlich, wahrlich, mit ihnen müßte die Nation verzweifeln; verzweifeln, ob noch das Recht Schutz gewährt, ob noch das Gesez heilig. Sind wir aber soweit herabgekommen, dann — schließen wir lieber die Thüren dieses Saals; denn unsere gesetzgebende Macht, mittels der wir das Glück und den Ruhm unserer Nation zu begründen wünschen, ist zu einem Rebelbild, zu einem Kinderspiel herabgesunken!“ .....

„Aber nein! ruft der Redner, nach einer kurzen Pause sich straff aufrichtend und die Rechte wie zu Schwur und Drohung erhebend — Bei Gott, soweit sind wir noch nicht gekommen! Ich vertraue auf meine Nation; denn wie Lord Brougham sagte: in der rechtmäßigen Entschlossenheit einer Nation birgt oft des Himmels Donner sich.

Ich vertraue aber auch auf die Gesetzesliebe unseres Königs; denn ich bin überzeugt, daß er nur gehörig über den Sachbestand aufgeklärt zu werden braucht, und sein gesetzlicher Befehl wird sofort die Fäden der Höfintrigue wie Spinnngewebe zerreißen“.

Kossuth wendet sich nun zu der Frage: wie diese Aufklärung zu bewerkstelligen sei? Allerdings könnte man den Faden wieder dort anknüpfen wo die vorigen Reichstage, namentlich der 184<sup>3</sup>/<sub>4</sub>er, ihn fallen gelassen, könnte eine lange Reihe neuer Gravamina aufzählen und auf deren Abstellung dringen. Aber Kossuth will keine Gravaminalpolitik treiben. Er will keine alten Wunden aufreißen, nicht, wie dies 1825 geschehen, die Regierung zu einem reuigen Sündenbekenntniß nöthigen, noch an ihren Werkzeugen die gesetzliche Strafe vollziehen. Er will über das Geschehene den Schleier der Vergessenheit werfen, verlangt aber Beruhigung für die Gegenwart und Sicherung für die Zukunft. Sein Vorschlag geht dahin: die Stände mögen vereint mit den Magnaten den Palatin auffordern, daß er die Vermittelung übernehme und es erwirke, daß dem schmählischen, gesetz- und rechtshöhnenden Treiben ein Ende gemacht, die siebenbürgischen Deputirten sofort zum Reichstag einberufen und der GA. 1836:21 auch in den übrigen Punkten ungesäumt vollzogen werde..... Wie friedlich auch dieses Gesuch um „Vermittelung“ klang, so stempelte doch der entschiedene Ton desselben es zu einem Ultimatum, das alle fernern Verhandlungen ausschließe; und die Einhelligkeit mit der es angenommen wurde, ließ klar genug den Sturm voraussehen, den ein Abweisen dieser imperativen Bitte hervorrufen würde. Denn, „Alle — so erzählt das Protokoll — die zum Sprechen vorge- merkt waren, standen vom Worte ab, und der Antrag wurde einstimmig angenommen“.....

## XI.

Nicht so kampflos werden die andern brennenden Tagesfragen erlebtigt. Die brennendste bildet selbstverständlich die Gesamtpolitik der Regierung, wie sich dieselbe letzter Zeit namentlich im Administratorenthum manifestirt. Gelegenheit zu deren Erörterung bietet schon in den ersten Sitzungen die Adreßdebatte; zugleich der beste Höhenmesser für die geistigen und numerischen Streitkräfte der verschiedenen Parteien.

Wie Kossuth über diese Politik urtheilt, wissen wir; ebenso, daß es ihm ein Leichtes wäre, eine lange Reihe alter und neuer landesfeindlicher und gesetzwidriger Thaten der Regierung anklagend und änderungsheischend aufzuzählen. Er verschmähet jedoch den Gebrauch dieser Waffen, weil er die Todten ruhen lassen, und wiegesagt keine Gravaminapolitik treiben will. Er hat richtigen Blickes die Zweckwidrigkeit des bisherigen Verfahrens erkannt, welches darauf hinauslief: die Regierung zu diesem oder jenem Zugeständniß, zur Rücknahme dieses oder jenes Erlasses zu bewegen, den einen oder den andern höhern Beamten zu stürzen. Solche Stürme wußte sie immer mittels der Zauberformel einiger loyalen Versprechungen zu beschwichtigen, um, sobald der Himmel sich aufgeheilt, wieder in die alte Bahn einzulenken und ihren Weg auf der breitgetretenen Straße der Ungesetzlichkeit fortzusetzen. Durch solche Versprechungen und waren sie auch sofort von einigen thatsächlichen Zugeständnissen begleitet, konnte immer nur eine zeitweilige und örtliche, keine allgemeine und bleibende Heilung erzielt werden. Letztere ist es aber die Kossuth anstrebt, und darum legt er die Art an die Wurzel des Uebels. Er will nicht den Beschwerden abgeholfen wissen die aus dem gegenwärtigen System hervorgehen, denn sie würden morgen durch andere ersetzt sein; er will das System selbst, und dadurch den Grund aller gegenwärtigen und die Möglichkeit zukünftiger Beschwerden, aufgehoben sehen. Denn solange Ungarns Regierung, von der erbländi-

schen bevormundet, nicht die ihr gesetzlich zustehende Wirksamkeit auch in der That übt, solange Ungarns Konstitutionalismus nicht zur Wahrheit wird, sind alle loyalen Zusagen und liberalen Versprechungen der Regierung werthlos, weil deren Erfüllung, wo das „Sistem“ unverändert bleibt, sowenig gesichert ist, als die des O. A. 1790: 10 es bisher gewesen.

Darum weist er — wie bedeutsam auch die Zugeständnisse sind, welche der König sowol durch die Erhebung der ungarischen Sprache auf den Thron als auch durch manche Propositionen gemacht — die von A. Babarczy in der Zirkularsitzung vom 23. Nov. beantragte Dankadresse entschieden zurück. „Die Zeit leerer Dankfagungen, behauptet er, ist vorüber. Das hat bereits der vorige Landtag ausgesprochen; und unsere Treue und Hingebung für den Monarchen stellt nun als weiteres Erforderniß unsere loyale Offenherzigkeit hin, ohne welche die Zukunft ungewiß ist. Also vor Allem der konstitutionelle Gesichtspunkt welcher die Berechtigung der Nation in sich schließt, ihr Gewicht überall in die Waagschale zu werfen! Nicht Gramina, um 3 lange Jahre zu warten damit wir dasselbe Lied dann wieder von vorn anstimmen! Ich vertrete ein Komitat das Reformen wünscht, Entwicklung der Nationalität, Interesseneinheit, und nach diesem Ziele die Richtung eingeschlagen wissen will. Dies offene Auftreten schulden wir der Nation welche nationale und konstitutionelle Entwicklung fordert, und — dem Herrscherhause. Denn ein einziger Blick auf die europäischen Verhältnisse zeigt, daß dessen Zukunft mit Ungarns freiem konstitutionellen Gedeihen verknüpft ist“.... Unter dem gegenwärtigen Sistem ist aber dies konstitutionelle Gedeihen unmöglich. Denn der Gesetzartikel 1790: 10 ist noch immer keine Wahrheit und Ungarns Regierung nichts weniger als selbständig und konstitutionell. Dies rührt daher, daß die Regierung des konstitutionellen Ungarns mit jener des absoluten Oestreichs verknüpft sei. Daraus kann für Ungarn ebensowenig Heil erblühen als für die Erbländer, in deren sowie im Interesse des Monarchen die Abänderung des absoluten in ein konstitutionelles Regime liegt. Darum soll die Adresse nächst dem Dank für die königlichen Zugeständnisse



auch die Ueberzeugung des Reichstags von deren Unzulänglichkeit aussprechen. Sie soll darauf hinweisen, wie die Nation durch solche halbe Maßregeln unmöglich befriedigt und beruhigt sein könne, solange die Richtung der gesammten Regierungspolitik eine falsche, dem Rechte und der Verfassung Ungarns entgegenstrebende, bleibt. Zum Beleg Dessen, aber nicht als vereinzelte Gravamina, mögen die auffälligsten Thatfachen welche von dieser falschen Richtung Zeugniß geben, wie namentlich das Administratorenthum erwähnt und nicht bloß auf deren spezielle Abstellung sondern auf Beseitigung des Systems dessen nothwendige Folgen sie sind, gebrungen werden. . . . .

Gegen diesen Antrag kämpfte einerseits unter P. Somfich und A. Babarczy die konservative Partei, welche in dem gegenwärtigen Regierungsverfahren volle Gesetzmäßigkeit und daher Beruhigung fand, und dafür eine reine Dankadresse verlangte; andererseits unter St. Széchenyi das Centrum, welches mit der Forderung austrat daß in der Adresse nur im Allgemeinen darauf hingedeutet werde, wie noch nicht alle Beschwerden der Nation gehoben, alle ihre Besorgnisse verschleucht seien, und daß sie beharrliches Fortschreiten auf dem Wege der Reform wolle. Die fünftägige Debatte endete mit dem Siege Kossuth's, indem in der Zirkularsitzung vom 27. November sein Antrag und der von ihm ausgearbeitete Abreßentwurf mit 26 gegen 23 Stimmen angenommen wurde. In dieser Adresse welche des schuldigen Dankes kaum im Vorbeigehen gedenkt, erklären es die Stände für Pflicht: „mit Freimüthigkeit jene Hindernisse zu bezeichnen, ohne deren Hintwegräumung sie nicht versichert sein können, daß die königlichen Absichten und der Wunsch der Nation sich auch in den Resultaten stets begegnen werden“. . . . . „Das Haupthinderniß unserer Fortschrittsbestrebungen — heißt es dann — sehen wir darin, daß der G. A. 1790 : 10 noch immer nicht vollständig zur Ausführung gekommen ist. Denn die Regierung unseres Landes besitzt nicht die Selbstständigkeit, welche sie jenem Gesetze zufolge haben sollte. Dieses Hinderniß wird noch gewaltiger dadurch, daß in den Grundlagen unserer Gesetzgebung und denen des Regierungssystems unseres Landes eine wesentliche Verschiedenheit besteht. Denn dies ist die Ursache,

warum wir auf unsern Reichstagen, bei Lösung der aus den Bedürfnissen der Zeit hervorgegangenen Fragen auf eine Vereinbarung der Wünsche der Nation mit denen der Regierung nicht sehr rechnen können"..... Und nachdem die Stände aus den Vorgängen der letzten Zeit einige der namhaftesten Belege hiefür angeführt, erklären sie, daß sie „die Hinwegräumung jener Hindernisse als Bedingung des Endresultats einer organischen Reform betrachten“, und nur, weil sie dieser Hinwegräumung, d. h. einer völligen Systemsänderung zuversichtlich entgegenharren, können sie mit Hoffnung auf Erfolg an die Lösung ihrer reichstäglischen Aufgabe gehen.....

Kossuth's Sieg war jedoch nur ein halber, solange er auf die Räume des Ständesaales beschränkt blieb. Denn der Beitritt der Magnatentafel war unerlässlich, um die Adresse an den König gelangen zu lassen. Hier entspann sich nun neuerdings der an der untern Tafel glücklich zuendegeführte Kampf. Oberstmundschent J. Szerencsy, am 2. Dezember den Reigen eröffnend, forderte die Verwerfung der Ständeadresse und die Absendung eines reinen Dank- und Vertrauensvotums. Jener Moment in welchem nach dreihundert Jahren die Nationalsprache zum ersten Mal wieder vom Thron herab erklingen, sei so erhaben und entzückend gewesen, daß der Dank dafür ungetrübt an den Monarchen gelange müsse. Darum soll man die Stände auffordern: „sie mögen auf dem Felde des Dankes bleiben, und ihre Bekümmernisse in einer besondern Adresse niederlegen“. Wollen sie sich hiezu durchaus nicht verstehen, so mögen in die Adresse nur längstkonstatirte Gravamina aufgenommen werden, aber nicht „die aus Staatstheorien gefolgerten Uebelstände die mit der Entwicklung unseres öffentlichen Rechts von selbst aufhören werden“. Die große Schaar der Administratoren und andern Regierungsbeamten wie die konservativen Magnaten traten selbstverständlich diesem Antrage bei, den die Opposition aber mit voller Entschiedenheit bekämpfte. Graf J. Pálffy, Gr. F. Haller, Gr. G. Ráday, Baron L. Bay, Bar. F. Podmaniczky, Gr. G. Károlyi, Gr. Nikolaus Esterházy, die Grafen Zichy und andere der angesehensten Magnaten sprachen sich mit Offenheit für die Adresse der Stände aus, die Manche sogar unzureichend

fanden, wie z. B. Bar. B. Mesnil, der ihr nur aus „Liebe zum Frieden“ beitrug, da er sonst „in Anbetracht der Geschehnisse seit dem vorigen Reichstag eine entschiedenere Sprache als die Stände führen, gewünscht hätte.“ Er sagte aber gleichzeitig voraus, daß die Konservativen in dieser Frage obsiegen werden, „aber nur durch die Kraft der Zahl“. . . . So geschah es denn auch; denn nach einer mehrtägigen äußerst stürmischen Debatte wurde (11. Dezember) der Antrag Szerencsy's mit 96 gegen 50 Stimmen angenommen.

Se Höheres Roffuth mit der beantragten Adresse angestrebt, durch die er nicht bloß die Regierung in alter Weise anzuklagen sondern der ganzen Politik des Landtags und unmittelbar dem Regierungssystem eine andere Richtung zu geben beabsichtigt, destomehr mußte ihn deren Verwerfung schmerzen. Und dieser Schmerz erklärt hinreichend die Bitterkeit, mit welcher er die früher im entschiedenen aber immerhin gemäßigten Ton geführte Debatte wieder aufnahm, als am 15. Dezember die Antwort der Magnaten an die Ständetafel herablangte. Was er früher rücksichtsvoll nur angedeutet, Das spricht er jetzt offen und unverblümt aus. Er weist darauf hin, wie thöricht es sei, sich mit den liberalen Worten der Regierung zufriedenzugeben, und zu glauben: sie wolle den Fortschritt fördern, weil sie ihn im Munde führe und einige ihrer Propositionen gewissermaßen dem Programm der Opposition entnehme. Nicht dem guten Willen der Regierung sondern der Macht der Zeit haben wir es zu danken, daß die Regierung jetzt schon auf zwei Reichstagen mit liberalen Propositionen auftritt; was sie aber von deren Verwirklichung denkt, hat der letzte Reichstag genügend offenbart. Denn als die Stände die Aufforderung der Regierung für baare Münze nehmen und ihr liberale Gesetzesvorschläge zur Sanktion unterbreiten wollten, da sorgte sie dafür, daß Andere ihr die heißen Kastanien aus dem Feuer holten, indem sie an der Magnatentafel eine Partei bildete welche dahin wirkte, daß die liberalen Anträge der Stände gar nicht an den Thron gelangten. Als auch dieses Mittel nicht ganz nach Wunsch anschlug, da schloß sie unerwarteter Weise den Reichstag, und trat mit der Behauptung auf, daß sie allerdings Reformen anstrebe, aber diese selbst

leiten, zu diesem Zwecke sich Werkzeuge verschaffen und eine Majorität sichern wolle. Sie rief das Administratorenthum, ein wahres Kreishauptmannsſystem, ins Leben. Im Lande bildete sich eine dem wiener Kabinet blindergebene Partei, der sich selbst solche Reichswürdenträger angeschlossen deren Pflicht es wäre, über allen Parteien zu stehen, weil sie Chefs solcher Behörden sind in denen kein Parteigeist herrschen darf; es schlossen sich ihr die Obergespäne an, die von der Regierung besoldet werden, die Administratoren, welche auf Allah schwören daß das Kreishauptmannsſystem ein konstitutionelles sei; es schloß sich ihr auch ein Theil der Nation an, weil ja, wie man ihn zu bereben wußte, die Regierung nur Reform und Fortschritt wolle. . . .

Unter solchen Umständen, meint der Redner, wäre es verzeihlich gewesen, wenn die Opposition schon beim Beginn des Landtags ihrer Aufregung freien Lauf gelassen hätte. Aber beachtend ihre gesetzgeberische Pflicht, beachtend des Volks gerechte Erwartung, daß dieser Landtag es vorwärts auf dem Wege der friedlichen Reform führen werde, kämpfte sie die Aufregung nieder, und trat mit einer Adresse hervor die allerdings männlich aber ebenso loyal und mäßig gehalten ist. „Wir erklärten nicht der Regierung den Krieg, wiewol wir herausgefordert waren. Wir ließen das Schwert in der Scheide ruhen. Wir droheten auch nicht, sondern reichten der Regierung den Delzweig des Friedens hin.“ Die Opposition erklärte nur, daß sie die Richtung der Reform einschlagen wolle, hier aber unübersteigliche Hindernisse sehe, ohne deren Beseitigung sie nicht vorschreiten könne. Sie schloß ihre Erklärung mit der Bitte um Beseitigung jener Hindernisse. . . . Die Magnaten verwarfen dies. . . . Während wir eine neue Richtung einschlagen wollen, verweisen sie uns auf den alten Gravaminaweg. . . . Beide Theile befinden sich also auf ganz verschiedenen Wegen und eine Vereinbarung ist hier nicht denkbar. . . . Den Magnaten gefiel es nicht, uns auf dem Wege der Mäßigung und der friedlichen Reform zu folgen. Sie rufen uns auf das Terrain der Gravamina hinaus. Gut! Wir nehmen den Handschuh auf! Wir wollten über die Vergangenheit den Schleier der Ver-

geffenheit werfen und keine alten Wunden aufreißen; die Magnaten nöthigen uns dazu; nun denn, ihr Wille geschehe. . . . Die Adresse kann in dieser Form nicht mehr abgehen, weil sie unter den Händen der Magnaten ganz verunstaltet worden. Legen wir sie also beiseite. Unsern Dank für die Erhebung der ungarischen Sprache, für die Bestätigung des Palatins und für einige liberale Propositionen werden wir dem König bei einzelnen Gelegenheiten aussprechen. Jetzt halten wir uns an die Beschwerden, zu deren Unterbreitung uns die Magnaten angewiesen. Und — fährt der Redner fort — sobald wir über die Deponirung der Adresse uns geeint, werde ich beantragen eine besondere Repräsentation betreffs des G. A. 1790: 10; eine andere wegen Nichtvollziehung des G. A. 1836: 21; ich werde die Verhandlung der Präferentialbeschwerden fordern; ich werde darauf antragen, daß sofort eine Kommission zur Sammlung der sonstigen Beschwerden ernannt werde; ich werde über die Nichtverkündigung der Gesetze in der Militärgrenze Klage führen; ich werde endlich fordern, daß der in der kroatischen Frage entsendete Ausschuß zur sofortigen Berichterstattung angewiesen und zugleich damit betrauet werde, die Administratorenfrage zu prüfen und zu beleuchten, damit die Nation sich entscheide, ob sie dieses System oder die von der Ständetafel eingeschlagene Richtung unterstützen wolle. . .

Die höhere, modernkonstitutionelle und nicht mehr spezifisch-magyarische Politik zu welcher Kossuth das Haus erheben wollte, war in Ungarn noch so wenig gekannt, daß selbst die erleuchtetsten Köpfe der Gegenpartei sie nicht ganz begreifen konnten. Während Kossuth mit der generellen Anführung einiger Beschwerden in der Adresse ganz von dem alten Gravaminaalwege abkommen und eine neue Richtung einschlagen, während er sie bloß als Belege für die Verwerflichkeit des Systems anführen wollte, um mit Recht auf dessen gänzliche Abänderung dringen zu können: sah A. Babarczy darin nur einen alten tablabiröischen Advokatenkniff. Kossuth hoffe durch die generelle Anführung der Beschwerden leichter die Zustimmung der Magnaten zu der Adresse zu erlangen, und werde dann hinterher, auf diese Zustimmung pochend, jene Thatfachen als bereits konstatierte Unbilden

geltendmachen, jene Beschwerden für ein Reichstagskonflusum ausgeben. Die Klage zeigt sosehr von völliger Unkenntniß des eigentlichen Streitpunktes, daß Kossuth sie gar nicht der Widerlegung werth findet. Dagegen beharrt er darauf, daß die Adresse nicht mehr abgeschickt werden könne. Wenn der esongräber Deputirte meint: sie dürfe nicht zurückgelegt werden, weil ja auch die Magnaten im Wesentlichen, d. h. betreffs des Dankvotums, sie annehmen, somit ein vollgültiger Reichstagsbeschluß vorliege, so irrt er gewaltig. Denn mit demselben Rechte könnte man folgern, daß wenn die Stände Steuern und Soldaten unter gewissen Bedingungen anbieten, die Magnaten wol dem Anerbieten aber nicht den Bedingungen beitreten, dann ein Reichstagsbeschluß betreffs des Anerbietens vorhanden sei . . . .

Die dreitägige, von beiden Parteien mit gleicher Heftigkeit geführte Debatte gelangte erst am 17. zum Abschluß. Der Sieg neigte sich offenbar auf Kossuth's Seite. Aber er mußte selbst für die Fragestellung noch einen harten Kampf bestehen. Die Gegner wollen darüber abstimmen lassen: ob die Stände noch auf der frühern Adresse beharren? Kossuth hingegen drängt darauf, daß über seinen neuen Antrag abgestimmt und deshalb die Frage so gestellt werde: ob die Adresse deponirt werden solle oder nicht? Die Verwirrung und Aufregung wird immer größer. Die Zeit schreitet vor, und Viele bringen auf Vertagung. Der Präsident erklärt aber, daß er vor Beendigung der obsehwebenden Debatte, sollte sie auch bis Mitternacht währen, die Sitzung keinesfalls schließen werde. Endlich einigt man sich dahin, zuerst darüber abzustimmen: welche der beiden Fragen zur Abstimmung gelangen solle? Nachdem diese Vorfrage mit 26 gegen 20 Stimmen zugunsten der Kossuth'schen Fragestellung erledigt, wird die Frage: ob die Adresse deponirt werden solle? mit 25 gegen 21 Stimmen bejahend entschieden. Als dieser Beschluß der Zirkularsitzung den 20. Dezember in der Ständesitzung bestätigt werden sollte, bestrebte sich der königliche Personal, der in demselben „viel Beunruhigendes“ fand, ihn rückgängig zu machen, indem er meinte, daß die Differenz zwischen Magnaten und Ständen doch „keine wesentliche“ sei

und sich bei nochmaligem Münzenwechsel wol heben ließe. Die Opposition ließ sich jedoch den mühsamerrungenen Sieg nicht wieder entreißen. Der Ständebeschluß wurde daher in ihrem Sinne ausgesprochen, und den hochlöblichen Magnaten unter Andern geantwortet, daß man, da sie betreffs der Adresse sowol in der Ansicht als auch in der Richtung von den Ständen ganz abweichen, „den unfruchtbaren Faden dieser Frage länger fortzuspinnen für unzweckmäßig halte und deshalb die Unterbreitung der Antwortadresse nicht weiter zu urgiren wünsche“, indem man gleichzeitig erkläre, daß die in der Adresse bezeichneten Hindernisse der verfassungsmäßigen Entwicklung des Landes „dadurch, daß deren Unterbreitung bei den hohen Magnaten keine Sympathie gefunden, durchaus noch nicht gehoben seien“....

Wer hat nun gesiegt? Das war eine reichstäglige Preisfrage, schwerer zu lösen vielleicht als manche akademische. Die Konservativen frohlockten, daß sie es der Opposition unmöglich gemacht, die Regierung mit ihren schwerwiegenden Vorwürfen zu belästigen. Die Opposition triumphierte, weil sie die Gegenpartei verhindert, dem König den Weihrauch des Dankes und der Anerkennung zu streuen. Beide Thatfachen waren richtig. Dem aufmerksamen Beobachter konnte jedoch der Umstand nicht entgehen, daß die Konservativen nur mit Hilfe der Magnaten gesiegt, während sie im Ständesaal bei der ersten und zweiten Debatte unterlegen. Hier war also das Uebergewicht der Opposition unbezweifelbar. Noch unbezweifelbarer war der gewaltige Einfluß Kossuth's, wie er sich in dieser Debatte offenbart, da der Agitator heute die Stände zur Annahme seiner energischen Adresse bewegen konnte, morgen wieder zu deren Deponirung, wenn in dieser eine noch energischere Demonstration als in der Adresse selbst lag. Dieser täglichsteigende Einfluß mußte die Regierung umsomehr bedrängigen, als Kossuth's Entschiedenheit mit demselben gleichen Schritt hielt, und er den Reichstag immer mehr in jene feindselige, trotzig herausfordernde Richtung hineinleitete, die durch das Nichtdankfagen treffend charakterisirt wurde; als er namentlich die Versammlung immer weiter jenem Stadium der Kindheit entrückte,

wo sie mit guten Worten und einigen freundlichen Gaben leicht zu besänftigen gewesen. Die Regierung mußte sich gefallen, daß der mühsamerrungene Sieg ihrer Partei zu jenen Siegen gehöre die man seinen ärgsten Feinden zu wünschen pflege, zu jenen Siegen die fast schlimmer als eine Niederlage, weil sie nicht des Gegners Kraft geschwächt sondern nur seine Erbitterung und Kampfeslust gesteigert. Und erschreckt von diesem Sieg, dessen Gefährlichkeit sie wol einsah, streckte sie die Waffen vor dem Besiegten. Sie hatte in den königlichen Propositionen die Administratorenfrage, diese bedeutsamste Manifestation des neuen System's und Hauptstein des Anstoßes, mit Stillschweigen übergangen; die Konservativen hatten es der Opposition unmöglich gemacht, über das Administratorenthum Klage zu führen; und doch fand sich jetzt die Regierung genöthigt, unaufgefordert auf diese Frage zurückzukommen um ihr diesfälliges Verfahren zu rechtfertigen...

Das königliche Reskript vom 30. Januar 1848 bezeichnete mit fast naiver Offenheit die Furcht der Regierung vor der vom Reichstag eingeschlagenen Richtung als die eigentliche Triebfeder dieses Schrittes. Schmerzlich berührt — heißt es hier — schon von der Besorgniß und Unruhe welche die Administratorenerneuerung früher in den Komitaten nachgerufen, werde ihr gerechter Schmerz noch dadurch vermehrt, daß „jene Besorgniß und irrige Meinung auch schon auf den Verlauf des gegenwärtigen Reichstags einen nachtheiligen Einfluß auszuüben scheint.“ Wiewol überzeugt von der Gefeslichkeit aller ihrer „allein auf das Landeswol gerichteten Bestrebungen“, sieht sie sich jedoch, um die unbegründeten Besorgnisse des Landes und des Reichstags zu verschrecken, zu der Erklärung veranlaßt: „daß durch die zwar nach hundertjährigem Ußus, aber den Zeitumständen gemäß in größerer Anzahl erfolgte Einsetzung von Komitatsadministratoren weder die gefesliche Stellung der Komitate noch auch den Wirkungskreis des Obergespannamtes zu schmälern, noch irgend ein neues, mit dem Geist der Gefesartikel 1723:56 und 1790:10 in Widerspruch stehendes System zu errichten beabsichtigt worden.“ Sie wollte durch jene Ernennungen nur die Ordnung und



den Geschäftsgang in den bezüglichen Komitaten fördern, wünscht übrigens „Nichts sehnlicher als Verfassungsmäßigkeit“, wird deshalb die Administratoren „auch fernerhin“ nur ausnahmsweise einsetzen, die Komitatsverfassung und die Würde des Obergespannamtes in voller Unverletztheit aufrechterhalten und die Obergespâne wieder in ihren vollen Wirkungskreis einsetzen, sobald die „außerordentlichen“ Verhältnisse, welche die Administratorenernenennung nöthig gemacht, schwinden werden. . . .

Wenn die Opposition heute noch ihren früheren Standpunkt einnahm, auf dem es ihr weniger um den eigenen Sieg als um die Niederlage der Regierung zu thun, und wo sie trotz ihres lärmenden Trostes doch wie das verzärtelte Kind loyal genug gewesen, um durch ein demüthiges Betragen der Regierung, besonders wenn dieses von schönen Worten und freundlichen Versprechungen begleitet war, mehr als auftriebengestellt zu sein: so wäre wol nach Verlesung dieses Reskripts der loyale Freuden- und Dankessturm nicht ausgeblieben. Aber jene schönen Tage kindlichloyaler Glaubensfülle sind auf immerwiederkehr geschwunden; wenigstens für die Mehrheit der Opposition. Und wenn das königliche Reskript versichert: die Administratorenernenennung widerspreche weder dem Gesetz noch dem Landeswol, so glaubt sie Dies ebensowenig als sie bisher den gleichen Versicherungen des „Budapesti Hiradó“ und der Regierungsmänner an der Stände- und Magnatentafel irgendwelchen Glauben geschenkt. Die Behauptung des Reskripts, daß die Administratoren nur „ausnahmsweise“ ernannt werden, ist mathematisch falsch, denn wenn 32 von 50 Komitaten mit diesen neuen Beamten gesegnet sind, so muß Dies eher Regel denn Ausnahme genannt werden. Und wenn endlich versichert wird, daß die Obergespâne wieder zu ihrer vollen Würde und Wirksamkeit gelangen sollen, sobald die obschwebenden Hindernisse gehoben sein werden, so kennt erstens Niemand die eigentliche Beschaffenheit dieser Hindernisse, zweitens weiß Jedermann, daß beim wiener Kabinet derartige loyale Versprechungen nicht die Vorläufer sondern die Stellvertreter der loyalen Thaten sind. Darum konnte sich die Opposition wol der Demüthigung erfreuen, zu welcher sie die

Regierung genöthigt, sich aber dadurch keineswegs zum Aufgeben des Kampfes bewogen fühlen.

In diesem Sinne war denn auch der Antrag gehalten, den der gömörer Deputirte, R. Szentiványi, am 5. Feber in der Zirkularsitzung stellte. Das königliche Reskript sei zwar nicht ganz befriedigend, aber die Opposition — „der man es nie wird nachsagen können, daß sie etwa durch Regiren und Trogen die Reform gehindert und die auch auf dem gegenwärtigen Landtag bisher eine so gemäßigte Richtung eingehalten habe“ — will auch jetzt von dieser Richtung nicht abweichen und das königliche Reskript als ersten Schritt zur Herstellung des Friedens betrachten. Darum danken wir dem Monarchen für sein schönes Versprechen: die Konstitution aufrecht halten zu wollen, aber bitten wir ihn zugleich, daß er dieses schöne Versprechen noch im Laufe dieses Reichstags verwirkliche, weil es nur dann den Ständen möglich sein werde, auf dem bisher verfolgten Wege der Mäßigung und des guten Einverständnisses die dringend-nöthigen Reformen zu lösen. . . . Das war der Antrag, den die Opposition in ihrer Parteikonferenz angenommen hatte.

Aber wie bemerkt, in früheren Zeiten wäre wahrscheinlich die ganze Ständetafel durch das königliche Reskript vollkommen beruhigt und zufriedengestellt worden. Es ist daher kaum zu verwundern, wenn auch heute trotz Kossuth's Bemühungen sich noch nicht alle Oppositionellen aus der alten Politik herausgewunden und auf den modernen allgemeineren Standpunkt erhoben hatten. M. Lónyai, beregher Deputirter, der am 17. Dez. für Kossuth's Antrag gestimmt hatte, fühlte sich durch das königliche Reskript aller konstitutionellen Besorgnisse enthoben, und beantragte daher eine reine Dankadresse. Die Administratorenernennung habe zwar der Nation gerechte Besorgnisse verursacht; aber durch die neue königliche Zusicherung: Die Obergespannswürde aufrechtzuerhalten und die Administratoren nur ausnahmsweise ernennen zu wollen, seien jene Besorgnisse glücklich gehoben.

Dieser Antrag, durch dessen Annahme Kossuth's frühere Siege ganz vereitelt oder doch paralysirt worden wären, mußte ihn um so

mehr schmerzen, als derselbe nicht von einem Konservativen sondern von einem Oppositionellen ausging, der, wie erwähnt, in der Adressdebatte mit Kossuth gestimmt hatte. Es ist daher sehr natürlich, daß er dem Antrag entschieden entgegentrat; umsomehr, als derselbe reinsozialistisch und ganz der frühern táblabiroischen Politik entstammt war. „Welches auch — ruft Kossuth unter Andern — das Ergebnis der heutigen Debatte sein möge: ich werde der Ansicht des beregher Deputierten nie beitreten. Denn der Beschluß, daß durch das königliche Reskript alle Besorgnis der Nation gehoben sei, würde von der gesamten Nation lügengestraft werden. Das fragliche Reskript bietet allerdings manches Erfreuliche, denn es zeigt von der väterlichen Absicht Sr. Maj., die wir übrigens nie bezweifelt. Wir sehen aber, daß trotzdem zweiunddreißig Administratoren eingesetzt sind. Warum? weil das Verfahren der Regierung nicht in Uebereinstimmung mit dem Willen des Regenten ist. Darum wollen wir dem König für seinen guten Willen Dank sagen, aber auch offen aussprechen, was geschehen müsse, um diesen Willen zur That zu machen . . . . . Und dazu genügt nicht einmal die Entfernung der zweiunddreißig Administratoren. Denn Beregh irrt sehr, wenn es glaubt, daß die ganze Frage sich um dies drehe. Sie drehet sich um dies auch; aber die Hauptbeschwerde liegt im System! Denn ich könnte auch Obergespáne anführen, die sich von den Administratoren bloß dem Namen nach unterscheiden.“ . . . . . Die Abstimmung, auf welche allseitig gedrungen wurde; offenbarte jedoch die für Kossuth höchst unerfreuliche Thatsache, daß Lónyai nicht der Einzige war auf den die schönen Worte des königlichen Reskripts eine einschläfernde oder doch beruhigende Wirkung geübt. Die Mehrheit spricht sich für den beregher Antrag aus. Bars (von A. Ambró und Theodor Bottka vertreten), das sich am 17. Dezember der Abstimmung enthalten, stimmt für Beregh; ebenso Ugocsa (S. Egri und A. Ujhelyi), das damals mit Kossuth gestimmt; während Esanáb (S. Rónay und Fr. Bossonyi), das am 17. Dezember ebenfalls mit Kossuth gestimmt, sich heute der Abstimmung enthält, so daß Lónyai's Antrag, allerdings

mit einer Majorität wie sie nicht kleiner sein kann, nemlich 24 gegen 23, aber immerhin zur Annahme gelangt. . . .

„Ihr habt gestimmt — ruft Kossuth der von ihrem eigenen Siege wol nicht weniger als ihre Gegner überraschten Partei zu — freut euch dessen! Aber seid gewiß, daß nach diesem Sieg nicht mehr Frieden sondern Kampf die Lösung des Reichstags sein kann. Jene Deputirten, in deren Instruktionen das Administratorenthum als Landesbeschwerde bezeichnet ist und die trotzdem dem beregher Antrag beistimmen: die mögen es vor ihren Sendern verantworten, das ist meine Sache nicht. . . . Ich will nicht davon sprechen, wie der gegenwärtige Beschluß zustandegebracht worden, aber Dessen kann ich die heutige Majorität versichern: wenn sie sich etwa mit der Hoffnung schmeichelt, daß fernerhin sie den Reichstag leiten werde, sie sich gewaltig verrechnet. . . . Uebrigens bin ich ruhig. Ich habe in meinem Leben Vieles gelernt und lerne allmählig auch Dies. Aber ganz ruhig will ich die Majorität fragen: wenn die heutige Minorität sich in der Mehrheit befände, ob dann nicht Ruhe im Lande herrschte? Jetzt aber kann sie nie und nimmer eintreten. . . . Wenn dies Verfahren gesetzgeberische Klugheit sein soll, gut, viel Glück dazu; aber die Folge, die Aufnahme dieses Beschlusses in den Komitaten, wird es lehren, ob die heutige Majorität oder die Minorität die Ansichten der Nation vertrete.“ . . . Schließlich bringt er aber darauf, daß wenn der beregher Antrag angenommen, somit keine Aenderung des Systems gefordert wird, so möge jedenfalls darüber verhandelt werden: ob das Administratorenthum als Landesbeschwerde zu behandeln sei, wofür doch die meisten Instruktionen sprechen.

An diese Forderung klammert sich A. Babarczy, um die Opposition der Inkonsequenz zu beschuldigen, da sie früher die Gravaminalpolitik verworfen und sie es jetzt sei, welche die Administratorenfrage als Beschwerde behandelt wissen will. Einer ähnlichen Inkonsequenz mache sich Kossuth betreffs der obschwebenden Debatte schuldig, indem er anfangs das königliche Reskript beruhigend gefunden, jetzt aber, weil die Abstimmung gegen ihn ausgefallen, es be-

unruhigend finde. Kossuth, herausgefordert, rückt jetzt mit der Sprache noch offener heraus und giebt eine Zergliederung des fraglichen Reskripts, welche es wol den Regierungskämpen bald bereuen läßt, daß er die Opposition genöthigt, den Schleier der loyalen Lebensarten zu zerreißen, mit welchen sie das königliche Reskript umzuhüllen anfangs so gefällig gewesen. „Wo — fragt Kossuth am 7. Feber — hat der esongráder Deputirte es vernommen, daß die Opposition das Administratorenthum nicht als Landesbeschwerde betrachte, und daß sie den Beschwerden nicht abgeholfen sehen will? Nur ging sie auf diesem Reichstag betreffs der Beschwerdenheilung von dem Gesichtspunkte aus, daß die alte Manier der Gravaminapolitik: alte Wunden aufzureißen und der Regierung ein langes Sündenregister vorzuhalten, nicht mehr an der Zeit sei. Deshalb wollte sie über das Geschehene schweigend hinweggehen, und von der Regierung nur Beruhigung für die Gegenwart und Sicherung für die Zukunft heischen. In diesem Sinne war auch der gömörer Antrag gehalten, dessen Annahme uns der Unterbreitung einzelner Beschwerden ganz entleibt haben würde. Nun aber die vorgestrige Abstimmung diese Hoffnung vereitelte, bleibt uns nichts Anderes übrig, als die Administratorenfrage als besondere Beschwerde verhandeln zu lassen. . . . .

Ober — fragt er, auf den zweiten Vorwurf übergehend — wer hat es dem esongráder Deputirten gesagt, daß die Opposition im königlichen Reskript volle Beruhigung finde? Die Opposition hat Dies nie geäußert. Sie betrachtete jenes Reskript nur als den ersten Schritt der zur Versöhnung und Beruhigung führen könne; aber sie hat sogleich offen gesagt, was noch geschehen müsse, damit jene Versöhnung und Beruhigung wirklich erfolge. Sie wollte Dies an den Dank für das königliche Reskript anknüpfen. Aber reinen Dank zu sagen, dazu findet sich durchaus keine Gelegenheit. Denn an sich betrachtet, giebt jenes Reskript eher Anlaß zur Aufregung als zur Beruhigung. Das königliche Reskript besagt, daß die vollziehende Gewalt durch die betreffs der Komitatsverwaltung getroffenen Anordnungen ihren gesetzlichen Wirkungskreis nicht überschritten habe; wird der Deputirte von Beregh Dem beistimmen? Das kann er

nicht! Denn schon die Stände von 1827 haben das Administratorenthum als Landesbeschwerde erklärt; der König selbst ist damals dieser Ansicht beigetreten und hat die Administratoren beseitigt; und jetzt sollte die neue Administratorenerennung keine Beschwerde sein? . . . . Wenn Jene — fährt Kossuth fort, nachdem er mehrere Punkte des Reskripts in gleicher Weise analysirt — wenn Jene (die Konservativen) die von vornherein im Administratorenthum keinen Grund zur Besorgniß fanden, von der Regierung Nichts zu fordern haben, so finde ich Dies ganz logisch. Die Regierung wollte aber durch das Reskript Jene beruhigen, in denen das Administratorenthum ja Besorgnisse erregt. Ob sie dieses Ziel erreicht, kann aber durch eine Abstimmung wie die stattgehabte nicht ermittelt werden, indem Männer die ja auch früher gar keine Besorgniß gehegt, denen also das Reskript nicht gegolten, jetzt hervortreten und mit ihrem Votum entscheiden wollen, daß Diejenigen die früher Besorgnisse gehegt, durch das königliche Reskript derselben enthoben seien! . . . .

Die Debatte währte mit gleicher Heftigkeit bis zum 11. Feber, und — Kossuth errang abermals den Sieg. Dieser war allerdings in unparlamentarischer Weise errungen, da er auf Umstößung des Mehrheitsbeschlusses vom 7. fußte. Um Dies und bezüglich die neue Niederlage der Konservativen einigermaßen zu beschönigen, wurde Zirkularnotär Szabó beauftragt, eine Repräsentation zu entwerfen, die eigentlich im Sinne des beregter Antrags, also des frühern Beschlusses, gehalten sei, ohne jedoch den gömörer, und den inzwischen aufgetauchten vermittelnden bekéser Antrag auszuschließen. Doch war die Weisung nur eine zarte Maske, mittels welcher die Schande der Konservativen, die ihren Sieg so schlecht zu behaupten verstanden, bedeckt werden sollte. Denn in Wirklichkeit war die Repräsentation, wie sie am 12. von den Ständen angenommen wurde, durchgehends und ausschließlich im Sinne Kossuths gehalten, wiewol das Ganze sehr gewandt in den Mantel loyaler Dankfagung gehüllt war. Das königliche Reskript hatte die Administratorenerennung für vollkommen gesetzlich und die diesfälligen Besorgnisse für ungegründet erklärt; die Ständerepräsentation beharrt hingegen auf das Gesez-

widrige und Besorgnißerregende dieser Maßregel. Dank wird dem König nicht für Dasjenige gesagt was im königlichen Reskript wirklich enthalten, sondern für Das was man künstlich hineindeutet, daß nemlich der König „die Munizipien der Komitate durch eine laut G. A. 1723:56 auszuübende Oberaufsicht der Obergespäne in vollster gesetzlicher Kraft erhalten und selbst die Würde des Obergespännamtes überall in ihre verfassungsmäßige Stellung zu setzen, den entschiedenen königlichen Willen habe.“ Gleichzeitig wird aber mit Berufung auf „die Heiligkeit des königlichen Wortes“ die „wirkliche Vollziehung“ des königlichen Versprechens gefordert, und zwar: daß das Administratorenthum sofort aufgehoben, die Freiheiten und Rechte der Komitate ungeschmälert hergestellt werden. Erst dann werde man der Unterbreitung einzelner Beschwerden entzogen sein; einstweilen nimmt man das königliche Reskript „als Pfand“, daß die nicht aufzuschiebenden Zeitfragen in konstitutioneller Richtung Erledigung finden werden.“ . . . . . Nachdem noch Bar. A. Majthényi die Gefälligkeit gehabt, sich und seine Standesgenossen durch lange Beweisführung überzeugen zu wollen, daß diese Ständerepräsentation das allerloyalste Aktenstück sei, wurde dieselbe am 29. Febr. auch von der Magnatentafel angenommen. Die Regierung hatte somit trotz ihres demüthigen Einlenkens, nur eine neue Niederlage erlitten, hingegen dem Agitator Gelegenheit zu einem neuen Sieg verschafft, der um so glänzender war, je längere und härtere Kämpfe er gekostet, und der Kossuth's Allgewalt in so eklamantischer Weise offenbarte und zugleich so fest begründete, daß kaum abzusehen war: wo, selbst unter den bisherigen gewöhnlichen Verhältnissen, sein Siegeslauf enden, und wo die Regierung Mittel und Kraft hernehmen solle, um den Kampf gegen diesen energischen und vielvermögenden, ebenso starken als unerbittlichen Vertheidiger der Verfassung, der Freiheit und des Rechts, mit einiger Aussicht auf Erfolg fortzuführen? . . . . Vollends, wenn außerordentliche Umstände, sie lähmend, ihn fördernd, hinzuträten! . . . .

## XII.

Unter diesen Verhältnissen traf die Nachricht von den französischen Febervorgängen in Pressburg ein. Daß sie den Muth der Opposition erhöhte und ihre Forderungen steigerte, braucht wol kaum erwähnt zu werden. Rief sie doch niegeahntes politisches Leben selbst in solchen Ländern und Städten wach, die bisher unter dem Eisenjoch des Absolutismus geseufzt oder am Gängelbände eines Asterkonstitutionalismus geführt worden; wie nicht in einem Lande das seit Jahrhunderten an konstitutionelles Leben gewöhnt, bei einer Nation die seit zweiundzwanzig Jahren im steten Ringen mit der Regierung, im unablässigen Kampf für den Fortschritt begriffen, bei einem Reichstag dessen Opposition seit vier Monaten nicht weniger siegreich als kühn war?!..... Der erste Anknüpfungspunkt war jedoch ein rein äußerlicher: er betraf eine Finanzfrage. Es war nemlich in den letzten Jahren soviel von dem traurigen Stande der österreichischen Finanzen gesprochen und geschrieben worden, daß man selbst in den ruhigen vormärzlichen Zeiten von Jahr zu Jahr einem Staatsbankerott entgegensah. Bei dem jetzt von Außen heranbrausenden Sturm fürchtete man, daß entweder das ganze metternichische Staatsgebäude in Trümmer gehen und infolge der hiedurch veranlaßten Zerrüttung ein Staatsbankerott unvermeidlich sein, oder daß Oestreich dem Sturm widerstehen, die Verbreitung der französischen Ideen wie vor einem halben Jahrhundert mit dem Schwert zu hindern versuchen, sich dadurch in einen langwierigen Kampf verwickeln und eine Wiederholung der Finanzwirren von 1811 und 1816 herbeiführen werde. Darum war die erste Folge der aus Frankreich angelangten Nachrichten — ein allgemeiner Mißkredit der österreichischen Banknoten. In den Städten strömte das Volk massenhaft zu den öffentlichen Kassen, um dort das Papier gegen Silbergeld umzutauschen. Auf den Dörfern wollte man Ersteres gar nicht mehr



annehmen. In Raab hatte dies auf dem letzten Wochenmarkte zu argen Erzeßten geführt.

Der raaber Deputirte, R. Balogh, meldet in Folge dessen am 1. März vorläufig, daß er, von seinen Sendern beauftragt, in der nächsten Sitzung die Angelegenheit der Banknoten zur Sprache bringen werde. Obwohl gleichzeitig auch andere wichtige Anträge gemeldet werden, z. B. von S. Bernáth über Volksvertretung, wendet sich doch die allgemeine Aufmerksamkeit der Opposition dem raaber Antrag zu. Auch die Konservativen erkennen dessen Tragweite, und suchen, da sie ihn nicht offen zu bekämpfen wagen, ihm auf Nebenwegen entgegenzutreten, namentlich indem sie auf Beachtung der Tagesordnung bringen, nach welcher die Städte- und die Urbarialfrage an der Reihe sei. L. Madarász erklärt jedoch die Bankfrage für so wichtig, daß sie der Tagesordnung durchaus nicht geopfert werden könne; auch Szentkirályi meint, daß seit Eröffnung des Reichstags keine tieferereingreifende Frage auf's Tapet gebracht worden. Kossuth äußert ebenfalls seine Freude über den raaber Antrag. B. Somfich wagt noch die bescheidenfurchtsame Bemerkung: gewisse Gegenstände seien so häßlicher Art, daß es besser, sie unberührt zu lassen. Der Antragsteller entgegnet ihm aber mit Recht: daß eben derartige Fragen, wenn sie einmal aufgetaucht sind und gehörigen Orts nicht verhandelt werden, sich wie ein schleichendes Gift zerstörend verbreiten, während durch offene Aufklärung ihnen ihre Schädlichkeit benommen werde.

So brachte denn Balogh am 3. März folgenden Antrag ein: In Anbetracht der noch im Angedenken Aller lebenden Finanzkalamitäten, welche die erste französische Revolution über Ungarn gebracht; in Anbetracht dessen, daß auch die neuesten französischen Vorgänge bereits den Geldverkehr beeinflussen und gerechte Besorgnisse erregen, möge der König ersucht werden, dem Lande betreffs des ganzen Standes der Bank, namentlich betreffs der Deckung der in Umlauf befindlichen Banknoten, genügende und beruhigende Aufklärung zu geben.

Wie bedeutsam und folgenschwer auch dieser Antrag nicht nur den Konservativen sondern auch der Opposition erschien, welch' reichen

Stoff er auch zur Zergliederung und Verdamnung der österreichischen Verwaltungsverhältnisse bieten konnte, so ließ sich Kossuth doch hiedurch zu keinem längern Verweilen bei demselben verlocken. Treu seiner bisherigen Politik: sich aus dem beengten Kreise der Gravaminapolitik in einen weitem, vom Einzelnen zum Allgemeinen, zu erheben, benützt er auch den raaber Antrag nur als Anknüpfungspunkt, um sofort auf die Quelle dieses Uebels wie aller andern hinzuweisen, nemlich auf das „Sistem“, und an dessen Zergliederung zu gehen. . . . . Aus demselben Grunde spricht er auch jetzt nicht von Pressfreiheit, Geschworenengericht, Volksvertretung, Gleichstellung aller Landesbewohner, Nationalgarde und all' den andern Zeitforderungen, wie sie schon jetzt in Deutschland, bald auch in Wien, Prag und Pest, laut wurden. Denn er wußte einerseits wol, daß all' diese Zugeständnisse, bewilligt sie Oestreich auch ungesäumt, werthlos weil unsicher sind, solange das Sistem unverändert bleibt, und wußte andererseits, daß wenn einmal diese Systemsänderung erwirkt und Ungarn's Selbständigkeit und Konstitutionalismus zur Wahrheit gemacht ist, die Gewährung jener Zeitforderungen dann ohne alle Schwierigkeit und Säumniß nachfolgt. . . . Darum findet er, den raaber Antrag mit Dank begrüßend, doch ein näheres Eingehen auf die Bankfrage jetzt nicht an der Zeit, indem einerseits die hier und im ganzen Lande geäußerte Besorgniß genügend sei, der Regierung die Ueberzeugung beizubringen, daß sie in ihrem eigenen wie im Interesse der Bank dem Lande sofort Aufklärung und Beruhigung über diesen Gegenstand geben müsse, andererseits die Bank, insofern der Börsenstand der Bankaktien als Thermometer der Bankzustände gelten kann, im Jahre 1830 viel ungünstiger war als jetzt, wo die Bank nur dann gefährdet ist, wenn die wiener Regierungspolitik hartnäckig fortgesetzt, aber nicht, wenn diese zeitgemäß geändert wird.

Und das ist eben der Punkt auf welchen Kossuth die Aufmerksamkeit der Stände hinlenken will. Er erinnert an die Analyse der obschwebenden Verhältnisse, welche er bei der Adressdebatte gegeben, wie er es schon damals ausgesprochen, daß diese eine radikale Reform

erfordern, daß Ungarn's Zukunft nur dann gesichert, wenn sein Konstitutionalismus zur Wahrheit wird, dieses aber nur dann geschehen könne, wenn es nicht mit einer absoluten sondern mit einer konstitutionellen Monarchie verbündet ist, d. h. wenn auch den österreichischen Erbstaaten eine konstitutionelle Einrichtung gegeben wird, und daß nur diese völlige Umgestaltung dem Hause Habsburg und der Monarchie eine Zukunft und sie gegen alle Zeitenstürme sichern könne.

„Seit diesen Worten — fährt der Redner fort — sind berühmte, durch Staatsklugheit gestützte Throne zusammengesunken und Völker haben ihre Freiheit zurückerhalten, die vor wenigen Monaten eine so nahe Zukunft nicht träumen konnten. Wir aber wälzen seit vier Monaten unablässig den Stein des Sisyfus, und der Gram der Unbeweglichkeit umwölkt meine Seele mit verzehrender Sorge. Mit blutendem Herzen sehe ich, wie soviel edle Kraft, soviel treues Talent sich abmühet in undankbarer Arbeit, die den Dualen einer Treitmühle gleicht“.

„Ja, löbliche Stände, der schwere Fluch eines erstickenden Dampfes lastet auf uns. Aus den Bleigemächern des wiener Regierungskabinetts weht ein verzehrender Wind uns an, der unsere Nerven erstarren macht und brügend und lähmend auf den Flug unseres Geistes einwirkt. Aber wenn ich bisher nur deswegen in Besorgniß schwebte, weil ich unter der Einwirkung des wiener Systems unsere Entwicklung zum unwiederbringlichen Schaden des Vaterlandes über die Maßen aufgehalten sah; weil ich sah, daß die konstitutionelle Richtung unseres Fortschrittes nicht gesichert sei, und daß jene Verschiedenheit welche seit drei Jahrhunderten zwischen dem absolutistischen Regierungssystem der Monarchie und der konstitutionellen Tendenz der ungarischen Nation besteht, noch bis heute nicht ausgeglichen sei und ohne das Aufgeben des einen oder andern Prinzips nicht ausgeglichen werden könne; — so ist jetzt nicht nur Dies meine Besorgniß, sondern es schmerzt mich, daß jene büreaukratische Stabilitätspolitik, welche im wiener Staatsrath verknöchert ist, die Monarchie zur Auflösung führen, die Zukunft der Dynastie gefährden, unser Vaterland aber, das mit sich und in sich soviel zu thun hat,

daß für das eigene Wol jede seiner Kräfte und jeden seiner Heller unumgänglich benöthigt, zu schweren Opfern und endlosen Uebeln führen kann. Ich sehe die Dinge so, und darum halte ich es für meine Pflicht, die löblichen Stände aufzurufen, daß sie ihre Aufmerksamkeit auf diesen Zustand und auf die Verhütung der dem Vaterlande drohenden Uebel ausdehnen wollen“.

„Uns, denen die Nation den Auftrag erteilt hat, ihre Gegenwart zu schützen und ihre Zukunft zu sichern, uns ist es nicht erlaubt, mit geschlossenen Augen zu warten, bis unser Vaterland durch das heranbrausende Meer des Verderbens überfluthet wird. Dem Uebel vorzubeugen: Das ist unsere Aufgabe, und ich bin überzeugt, daß, wenn wir Dies versäumen, wir vor Gott, vor der Welt und vor unserem eigenen Gewissen verantwortlich würden für jenes Unglück, das aus der Versäumnis erfolgen wird“.

„Wenn einmal wegen der Verkehrtheit der Politik die Zeit der friedlichen Versöhnung, der Beschwörung des Verhängnisses abgelaufen ist, wenn die Würfel unwiderruflich gefallen sind und wir es verabsäumt haben, zur Abwehrung desselben die freie loyale Stimme der Vertreter dieses Volkes in die Wagschale zu werfen, wenn die Verwickelung soweit gediehen sein wird, daß wir nur zwischen Verweigerung und endlosen Opfern zu wählen haben: dann wird unsere Reue zu spät sein, und den in Unthätigkeit vergeudeten Augenblick kann selbst der Himmel nicht wiedergeben“.

Der Redner erinnert hier an die Zeit der ersten französischen Revolution, wo das Blut des ungarischen Volkes in Strömen floss und sein Vermögen in den Abgrund des Krieges geschleudert wurde, all Dies aber fruchtlos blieb, weil es die Landesväter damals verabsäumt, der internationalen Politik ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, und sich auf die Höhe der Ereignisse zu erheben. Möge der gegenwärtige Reichstag sich nicht eines ähnlichen unheilvollen Vergehens schuldigmachen. Möge er aus der Treue zur Dynastie und aus dem Gefühle der auf ihm lastenden Verantwortlichkeit die Kraft schöpfen zu jener Entschlossenheit, wie die außerordentlichen Umstände sie erheischen. Und diese Entschlossenheit offenbare sich darin: daß

er unverholen sein Verdammungsurtheil über das Regierungssystem ausspreche, durch dessen Festhalten nicht nur den Interessen der österreichischen Völker und den Rechtsansprüchen rationaler Freiheit entgegengehandelt, sondern auch die Zukunft der Dynastie kompromittirt wird.

„Auch unnatürliche politische Systeme — bemerkt Kossuth treffend — können sich lange erhalten. Denn zwischen der Geduld der Völker und ihrer Verzweiflung liegt ein langer Weg. Es giebt aber politische Systeme, die durch ihre lange Dauer nicht an Kraft gewonnen, sondern verloren haben, und zuletzt kommt der Moment, wo es gefährlich wird, sie noch erhalten zu wollen, denn ihr langes Leben hat sie zum Tode reif gemacht. . . . Ich weiß, daß es einem alten Systeme wie einem alten Manne schwer wird, sich von der Idee eines langen Lebens loszureißen; ich weiß, daß es schmerzlich ist, Stück für Stück zusammenfallen zu sehen, was ein langes Leben gebauet hat; aber wo die Grundlage verfehlt ist, da ist das Verhängniß des Sturzes unausbleiblich, und auf uns, denen die Vorsehung das Schicksal der Nation anvertrauet hat, können die Schwächen eines Mannes keinen Einfluß ausüben. Das Volk ist ewig; und ewig wünschen wir das Vaterland dieses Volkes und ewig den Glanz jener Dynastie die über uns herrscht“. . . .

Trotz seiner festen Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit des Bestehenden, ist Kossuth jedoch nicht sanguinisch genug, den Sturz desselben für gar so leicht zu halten oder auch nur darzustellen. Er äußert vielmehr unverholen seine Besorgniß, daß, „wenn nicht die loyalen Erklärungen der Völker Oesterreichs dazwischentreten“, das veraltete System sich noch einige Zeit zu halten versuchen werde; . . . eine Ansicht, die schon von den nächsten Tagen vollkommen gerechtfertigt wurde. Denn wären nicht wirklich die „loyalen Erklärungen der Völker dazwischengegetreten“, d. h. hätten nicht die Bewegungen in Italien, Wien, Prag und andern Theilen der Monarchie alle Kräfte der Regierung gelähmt: so hätte sie — wie Dies im Cabinet ernstlich berathen wurde — sofort den Reichstag aufgelöst und derart die Bewegung im Keime unterdrückt oder doch zu unter-

brüden versucht. Hielt sich doch Oestreich in unbegreiflicher Verblendung für so stark, daß es, um „unnöthigen Besorgnissen“ vorzubeugen, nöthig fand, am 10. März großmüthigst zu versichern, daß es die französische Regierungsveränderung als eine „innere Angelegenheit jenes Landes“ betrachte und daher gegen die Republik nicht einschreiten werde, und gleichzeitig den Muth hatte zu erklären: man werde „ernstlich darüber wachen, daß keine Bestrebungen zum Umsturz der rechtlichen Ordnung stattfinden!“ Kossuth war daher im vollen Rechte, wenn er mit Besorgniß der nächsten Zukunft entgegenschah. Und es zeigt von tiefem staatsmännischen Blick, daß er in jenem Moment, wo anderwärts die Volksführer in einem uferlosen Wonnemeer schwammen und einen ernstlichen Widerstand, geschweige denn einen Sieg der Reaktion, für unmöglich hielten, — wenn er schon damals das verzweifelte Mittel vorausah, zu dem die Selbst- und Herrschsucht der Fürsten greifen werde — einer zweiten Auflage der heiligen Allianz —, aber auch hievon sehr richtig bemerkte: „daß es Mächte giebt, die als Freunde gefährlicher sind, denn als Feinde“; .... Worte, die damals unbeachtet weil unverstanden blieben, deren schweren Inhalt wir aber, seitdem Berlin und Wien zu Provinzialhauptstädten des nordischen Reichs herabgesunken, nur zu sehr fühlen. .... Darum könne, meinte Kossuth, die Zukunft der Dynastie nur durch eine Verbrüderung der verschiedenen Volksstämme der Monarchie begründet, diese Verbrüderung aber nur durch den Kitt der überall verwandte Gefühle erweckenden Konstitutionalität zustandegebracht werden; denn Bureau und Bajonet sind elende Verbindungsmittel.

„Ich gehe daher — schließt Kossuth den wiederholentlich von stürmischen Beifallsbezeugungen des Hauses und der Gallerien unterbrochenen Vortrag — ich gehe beim Vorschlag, den ich mache, vom dynastischen Standpunkte aus, und Gott sei Dank, daß dieser Standpunkt auch den Interessen des Vaterlandes entspricht. Wer kann — Kossuth beabsichtigt hier die abermalige Zurückweisung des von ihm schon in der geheimen Konferenz glücklich bekämpften Széchenyi'schen Antrages, der dahin lautete: daß die Nation eben in diesen

für sie günstigen, aber für Oestreich gefährlichen Augenblicken ihre Forderungen schweigen lassen, ja sogar Oestreich anderweitig unterstützen möge, um durch dieses edelmüthige Betragen sich die Dynastie zum Dank zu verpflichten und von deren Dankbarkeit später die Gewährung ihrer Wünsche zu erlangen — wer kann ohne Grauen daran denken, daß das Volk Opfer bringen sollte, ohne moralische und materielle Schadloshaltung? Wenn wir von diesem Landtag auseinandergehen und brächten dem Volke nicht, was es von dieser Gesetzgebung mit Recht erwartet: Wer nähme dann die Verantwortlichkeit auf sich für Alles, was erfolgen kann? Wer wagte es, die Bürgschaft zu übernehmen, daß der Enthusiasmus und die opferwillige Begeisterung, mit der wir die Wände dieses Hauses erschütterten, auch im Volk ein Echo fänden? . . . . Die löblichen Stände werden die Gewalt der Umstände fühlen, darum will ich in diese Verhältnisse nicht näher eingehen. Nur muß ich noch bemerken, daß ich mehrere Beschwerden, wie z. B. die Religionsangelegenheit und die so wichtigen kroatischen Verhältnisse nur darum nicht erwähnt habe, weil ich solche Fundamentalwünsche vorbringen wollte, die wenn sie gewährt würden, die Garantie der Heilung dieser Beschwerden in sich bergen“.

Kossuth verliest auch sofort den von ihm gefertigten Entwurf einer Adresse, welche die Stände im Sinne des eben vernommenen Vortrags an den König richten mögen. Die Adresse ist im Inhalt und selbst in einzelnen Redewendungen mit der Rede gleichlautend, und spricht offen als Ueberzeugung der Stände aus: „Daß die zur Entwicklung des konstitutionellen Lebens und zum geistigen und materiellen Wohl der Nation zu bringenden Gesetze nur dadurch Leben und Wahrheit erlangen, wenn mit ihrer Vollstreckung eine von jedem andern Einfluß unabhängige nationale Regierung beauftragt sein wird, welche der verantwortliche Ausfluß des konstitutionellen Majoritätsprinzips sei“; weshalb sie „die Umgestaltung des kollegialen Regierungssystems in ein verantwort-

liches ungarisches Ministerium für die Grundbedingung und wesentliche Garantie aller Reformen“ halten; — daß andererseits auch Se. Majestät „das sicherste Heilmittel gegen mögliche Mißgeschick, das freundlichste Einverständnis der treuen Völker, den festesten Kitt der verschiedenen Provinzen der Monarchie, und durch all' Dies die unerschütterlichste Stütze für den Thron und das Herrscherthum darin finden werde, wenn Se. Majestät den Thron in allen Herrscherbeziehungen mit von den Zeitbedürfnissen unabweisbar geforderten konstitutionellen Institutionen umgeben“.

Die Aufnahme, welche dieser Antrag fand, lieferte abermals einen glänzenden Beweis von Kossuth's allgewaltiger Verebtsamkeit. Denn wiewol die von ihm gestellte Forderung weit, unermeslich weit über Dasjenige hinausging, was in ihren ahnungs- und angstvollsten Stunden die Konservativen auf diesem Reichstag zu hören gefürchtet, wagten sie doch nicht den geringsten Widerstand. Und es war nicht etwa die schwere Wucht der neuesten Vorgänge, welche auf ihnen erdrückend lastete — wiewol diese jedenfalls zur Einschüchterung mitgewirkt haben; denn höhern Orts war man zum Nachgeben keineswegs geneigt, und noch mehre Tage nachher sehen wir die Magnaten hartnäckigst gegen die Adresse ankämpfen. . . . Aber der unmittelbare Eindruck der Kossuth'schen Rede und die Begeisterung, welche sie in allen Schichten der Zuhörerschaft weckte, war ein so gewaltiger, daß er selbst dem Grafen Széchenyi allen Sarkasmus benahm, mit welchem er seit Monaten, aber jedesmal vergeblich, der warmen Sprache des Agitators entgegenzutreten versucht, daß sie auch P. Somfich's Muth und sogar A. Babarczy's rauflustige Redheit zum Schweigen brachte. . . . „Elfogadjut! Elfogadjut!“ (Angenommen!) ertönte es allseitig unter nichtendenwollendem Gienrufe als der Redner seinen Vortrag geschlossen; und Präses Ruttkay sprach den Beschluß aus: Daß in dem feierlichen Moment, wo das Völkerglück entschieden worden, die Ständetafel mit Beseitigung jeder Parteirücksicht den pester Antrag einstimmig angenommen habe. Der sofort in den Druck gegebene Repräsentationsvorschlag wurde am nächsten Morgen



in der Reichstagsſitzung verlesen, authentizirt und an die Magnatentafel behufs der Beitrittserklärung abgeſchickt.

Dort langte nur die todte ſchwerwiegende Adreſſe an, nicht mehr von Koſſuth's lebendigem Wort getragen und geſtüzt. Dadurch war der Widerſtand viel natürlicher und leichter. Der zeitweilige Vorſitzende, Juder curiae Majláth, ſtellte den Antrag: mit Verhandlung des ſowichtigen Gegenſtandes bis zur Rückkehr des eigentlichen Vorſitzenden, des nach Wien gegangenen Erzherzogs, warten zu wollen; umſomehr, als von Deſſen Vermittelung hierin das Beſte zu erwarten ſiehe. Mit dem Palatin waren auf die erſte Nachricht von den franzöſiſchen Vorgängen auch viele Magnaten nach Wien zur Berathung über die jezt zu ergreifenden Maßregeln gegangen. Die Zurückgebliebenen waren froh, durch den weiſen Vorſchlag ihres Vorſitzenden der argen Nothwendigkeit enthoben zu ſein: ſich entweder durch Abweiſung der Adreſſe Vorwürfe von den Ständen, oder durch deren Annahme die Unzufriedenheit ihrer abweſenden Kollegen zuzuziehen. Troß L. Batthyány's entſchiedenem Ankämpfen wurde Majláth's Antrag zum Beſchluß erhoben. . . Erbittert über dieſe Verzögerung und befürchtend, daß die nach Wien geeilten Konſervativen dort die Regierung zu freiheitsfeindlichen Schritten bereben könnten, wenn nicht auch die liberalen Stände rechtzeitig ihr gewichtiges Wort vernehmen laſſen, verlangte Koſſuth am 8. März, daß der Reichsrichter und der Taverniſus, welche ebenfalls nach Wien gegangen und dadurch die Magnatentafel an Abhaltung ordentlicher Sitzungen verhindern, in Anklageſtand verſetzt und die Adreſſe von den Ständen unmittelbar an den König gebracht werde. Doch drang er mit dieſem inhaltsſchweren Vorſchlag nicht durch, ſondern es wurde auf L. Madarász' Antrag eine neue Repräſentation an die Magnaten beſchloſſen, in welcher auf die Verhandlung der Ständeadreſſe vom 4. März ernſtlich gedrungen wurde. Doch blieb auch dieſe Mahnung fruchtlos, da man in Wien, von woher die hochlöblichen Magnaten inſpirirt waren, noch immer mit Widerſtandsgedanken ſchwanger ging.

Die wiener Vorgänge vom 13. März machten dieſe Gedanken

„unmöglich“ und brachen daher auch den Widerstand der ungarischen Magnatentafel. Kossuth trat am 14. mit dem Antrag hervor: an den inzwischen nach Pressburg zurückgekehrten Palatin eine Deputation zu entsenden mit der Aufforderung: er möge die fragliche Adresse sofort an der Magnatentafel unter Verhandlung nehmen lassen und deren ungesäumte Annahme erwirken. Zum Führer dieser Deputation ernannt, konnte Kossuth schon nach kurzer Frist vom günstigen Erfolg ihrer Sendung berichten, und dem Hause anzeigen, daß der Palatin sich bereit erklärt, noch heute eine Sitzung zu halten und sein Möglichstes zur sofortigen Annahme der Ständeadresse beizutragen. So geschah es denn auch, und die Adresse wurde noch am selben Tage vom Oberhaus einstimmig angenommen. Doch ist es andrerseits natürlich, daß die Stände, heute nach Ablauf zehn ereignisreicher und inhaltschwerer Tage, mit ihrer Adresse vom 4. selbst nicht mehr zufrieden waren; namentlich wegen mancher ihrer vagen Ausdrücke, die jetzt, wo man Dasjenige offen aussprechen, was damals nur angedeutet werden konnte, unzureichend wurden. Die Adresse, für deren Annahme man zehn Tage gekämpft, konnte jedoch nicht gut in dem Momente zurückgezogen werden, wo eben diese Annahme erfolgen sollte. Sie wurde deshalb in ihrer ursprünglichen Fassung belassen, jedoch von Kossuth als Zusatzakte ein Beschluß der Stände erwirkt, des Inhalts: „daß die Stände in jenem Adresseentwurf . . . . . unter Erwähnung der Nothwendigkeit der Geistesentwicklung die Volks-erziehung, die religiöse Gleichheit, die Einführung der Schwurgerichte und die Pressfreiheit; ebenso vom Gesichtspunkte der Konzentration der Nationalkräfte die Vereinigung mit Siebenbürgen namentlich verstanden wissen wollen; sowie sie dort, wo sie die verfassungsmäßige Entwicklung der Vertretung in die Reihe ihrer entschiedenen Forderungen setzen, namentlich die Nothwendigkeit der Abhaltung jährlicher Reichstage in Pest angedeutet haben wollen“. . . . . Somit war nicht nur die äußere, sondern auch die innere Reform von beiden Tafeln als unabweisbar anerkannt. Was in Pressburg erreicht werden konnte, war erreicht und Kossuth's Sieg hier so vollständig, daß ihm wol auch in Wien die Anerkennung nicht mehr versagt werden

durfte. Und von dieser Zuversicht geleitet, war es keine Uebereilung, wenn er am Abend des 14. März, als die Landtagsjugend dem Helden des Tages einen Fackelzug brachte, ihr den Grafen Ludwig Batthyány als ersten ungarischen Ministerpräsidenten vorstellte. Denn wer mochte nach den Geschehnissen der letzten Stunden noch daran zweifeln, daß die morgen nach Wien abgehende Deputation dort die volle Gewährung der in der Adresse ausgesprochenen Wünsche erwirken und mit einem selbständigen ungarischen Ministerium, als dessen Präsident schon längst der Präses des Oppositionszentralausschusses bezeichnet war, heimkehren werde?

Die Deputation, aus achtzig Reichstagsmitgliedern bestehend und von einem dreifach größern Gefolge aus der Mitte der Landtagsjugend begleitet, ging am 15. auf einem Separatdampfboote nach Wien ab, wo Kossuth einen seiner glänzendsten Triumphe feierte. Die Begeisterung und Verehrung für den „Befreier“ war dort nicht geringer als in Presburg und Pest. Und die Wiener hatten ihm im Grunde nicht wenig zu danken! War er es doch gewesen, der lange vor dem Ausbruch der französischen Revolution, der schon bei der Adressdebatte, das Wort für sie geführt, der Erste in Ungarn, der sich über die bisherige nicht weniger kurzsichtige als engherzige Politik erhob und nicht bloß für das eigene Vaterland, sondern auch für die Freiheit und Konstitutionalität der verbündeten Länder seine mächtige Stimme erschallen ließ! War er's doch gewesen, der ihren geheimsten Wünschen zu einer Zeit, wo sie diese aus Furcht vor der tausendohrigen Polizei sich selbst kaum zu gestehen wagten, Wort und Ausdruck verliehen! Und abgesehen, daß die liberale Richtung, welche er vom Anfang an dem Reichstag gegeben und daß die Aufregung, welche sein festes Auftreten in Ungarn geweckt, sich namentlich durch die deutschen Reichstagsberichte auch bis in die Erbländer verbreitet und dort seit Monaten die Brust der Freiheitsfreunde mit neuen Hoffnungen erfüllt, mit höherem Muth geschwellt, — so hatte ja seine Rede vom 3. März auch in Wien am 13. den unmittelbaren Anstoß zum Ausbruch der dortigen Bewegung gegeben, indem sie, den vor dem Ständehause versammelten Volkschaufen vorgelesen, den unbestimm-

ten Wünschen einen festen Anhaltspunkt durch das bedeutsame und inhaltschwere Wörtchen „Konstitution“ bot; — ein Schiboleth, das die Wiener — von jeher Allem ferngehalten, was konstitutionellem Wesen nur irgendwie ähnelte — vielleicht kaum auszusprechen gewagt oder dessen Verwirklichung sie für unmöglich gehalten hätten, wenn nicht Kossuth schon vor Monaten diese Idee in ihnen angeregt, wenn er nicht namentlich in der berühmten Rede so energisch auf deren unabweißbare Nothwendigkeit hingewiesen. . . . Und diese Rede fand bei den stürmisch aufgeregten Wienern solch ungetheilten Anklang, daß die im Ständehof versammelte Menge erst dann zur Ruhe und dahin gebracht werden konnte, die Stände ungestört berathen zu lassen, als einer der jungen Männer, wahrscheinlich vom Ständesaal aus dazu angeregt, mit Kossuth's Rede hervortrat und sie zu verlesen begann. Und einmal in das Anhören der, fast bei jeder Zeile von lebhaften Beifallsbezeugungen und stürmischen Wiederholungsrufen unterbrochenen Vorlesung vertieft, vergaß die Menge bald den eigentlichen Zweck ihres Zusammenströmens, daß sie nämlich den Beschluß der niederösterreichischen Stände erfahren wolle; und als Mittheilungen vom Saal herablangten, ließ man sie ungelesen liegen, um die Vorlesung jener Rede nicht zu unterbrechen! . . . .

Die Deputation langte am Nachmittag des 15. in Wien an; eben in dem Momente, als den Wienern nach dreitägigem Zögern endlich die „Konstitution“ versprochen worden. Sie wurde am Landungsplatz von Tausenden empfangen, mit ungetheiltem Jubel begrüßt und über den Stefansplatz bis zum Hotel Erzherzog Karl geleitet, wo Kossuth sein Absteigequartier nahm. Der Zug schwoll von Minute zu Minute mehr an, zahllose Elfen erschollen dem „Befreier“, der aus allen Fenstern mit wehenden Tüchern begrüßt und mit Blumen und Kränzen beworfen wurde. Am nächsten Morgen zog die Deputation sammt ihrem Geleite in feierlichem Aufzuge in die Burg. Ihr Führer, Erzherzog Stefan, überreichte und einbegleitete die Ständeadresse. Der König antwortete in ungarischer Sprache mit wenigen Worten, daß er das Glück der unter seinem

Zepter lebenden Völker stets im Herzen tragend, die Wünsche der ihm besonders theuern ungarischen Nation sechser zu erfüllen wünsche. Nach einer halbstündigen Audienz verließ der Zug wieder die Burg und bewegte sich innerhalb der von der Nationalgarde gebildeten Spaliere den Kohlmarkt entlang über den Stockameisenplatz nach dem Hotel Erzherzog Karl, auf welchem Zuge Kossuth und Fürst Esterházy emporgelassen und eine gute Strecke unter tausendstimmigem Elfenruf auf den Händen getragen wurden. Vor Kossuth's Wohnung angelangt, mußte die Musikbande den Rákócymarsch spielen, Säbelgeklirr schlug den Takt dazu und wie aus Einem Munde erscholl der Ruf: „Hören wir Kossuth!“ Dieser trat an's Fenster, und verkündete zuerst in ungarischer, dann in deutscher Sprache den untenstehenden Tausenden, daß die Deputation vom König befriedigende und genügende Zusagen erhalten, denen zufolge der Palatin zum Statthalter des Königreichs Ungarn mit unumschränkter Vollmacht ernannt und unter Graf L. Batthyány's Präsidium ein unabhängiges ungarisches Ministerium gebildet werden solle. Er äußerte weiter die Freude der Nation über diese hohe, vor wenigen Tagen noch kaum gehoffte Errungenschaft, wie auch darüber, daß durch die den Erbländern Tags vorher verheißene Konstitution die Freiheit Ungarns eine neue und mächtige Garantie erhalten, sowie auch die andern Provinzen der Monarchie in Ungarns Konstitutionalismus eine feste Bürgschaft ihrer neuerrungenen Freiheit sehen mögen. Er ermahnte endlich zur Ruhe; aber zu einer Ruhe mit Kraft gepaart, denn es ist nicht genug, ein Kleinod zu erwerben, man muß es auch zu bewahren wissen....

Von den Segenswünschen und der enthusiastischen Verehrung der Wiener begleitet, langte Kossuth an der Spitze der Reichstagsdeputation am Abend des 17. wieder in Presburg an. Schon mehrere Stunden vor Ankunft des Dampfboots war der am Landungsplatze gelegene Königshügel mit festlichgekleideten Männern und Frauen, Kindern und Greisen aus allen Ständen und Klassen besetzt. Die laumentstandene Nationalgarde bildete Spalier bis zum Theater. Zahllose Böllerschüsse, abgefeuert vom Schloßberg aus, denen ein

stürmischer Jubelruf der harrenden Menge antwortete, verkündeten endlich das Nahen der „ungarischen Argonauten“. Nach 5 Uhr landeten die mit National- und Friedensflaggen gezierten Dampfer „Franz Karl“ und „Bela“. Graf L. Batthyány und L. Kossuth voran, zog die Reichstagsdeputation durch die stürmischjubelnde Menge zum Hotel des „grünen Baumes“. Die Tausende des Volkes wälzten sich ihr nach, und sammelten sich in der Promenade die — als nähme auch sie Theil am Völkerfrühling — sich bereits in frisches Grün kleidete. Auf dem Balkon des Hotels erschienen Batthyány und Kossuth, umgeben von den Edelsten des Landes. Ein tausendstimmiger Eisenruf, von Hutschwenken, Säbel- und Sporngeklirre begleitet, zeigte von den Sympathien des Volkes für jene Männer in welchen es die alten Verfechter seines Rechts, die Schöpfer und zugleich die sichersten Bürgen seiner neuen Freiheit sah. Und der patriotische Jubel schien alle Schranken zu durchbrechen, als Kossuth der versammelten Menge den Grafen L. Batthyány als vom König bestätigten ersten ungarischen Ministerpräsidenten vorstellte, und ihr verkündete: daß „Dasjenige, was wir seither als unsern glühendsten Wunsch gehegt, daß nemlich Ungarn von Ofen aus regiert werde, nicht mehr Wunsch ist, sondern Thatsache!“ .....

**Zweites Buch:**

**Der Minister.**

---





## I.

„Ungarn wird also nicht mehr von Wien sondern von Ofen aus regiert!“ In diese wenigen Worten faßte der berichterstattende Kossuth den Inhalt der neuen Errungenschaft zusammen. „Wir brachten, fügte er dann hinzu, Nichts mehr als ein verantwortliches Ministerium mit; mehr bedürfen wir aber auch von Wien nicht“. . . . Denn es war, wie schon früher bemerkt, seine feste Ueberzeugung, daß Ungarn, sich selbst regierend, alle Elemente künftigen Glücks und künftiger Größe in sich trage, und auch die Kraft, um diese Elemente bestens zu nützen. Die Geschichte der letzten Jahre namentlich hatte es ja klar genug gezeigt, wo der eigentliche Hemmschuh für Ungarns materiellen und geistigen Fortschritt gelegen. Dieser Hemmschuh war gehoben, in dem Augenblicke wo die Leitung der ungarischen Angelegenheiten den Händen der österreichischen Bürokratie entwunden und Ungarn sich selbst wiedergegeben wurde. Und das genügte, um demselben eine freie, glückliche und große Zukunft zu sichern.

Kossuth hatte nun erreicht, was seines Herzens heißestes Verlangen je für Ungarn ersehnt, was sein klarblickender Verstand seit langem als das sicherste Mittel für Ungarns Gedeihen erkannt: Ungarns Selbstständigkeit und Konstitutionalismus war zur Wahrheit geworden; des Landes Geschick lag in den Händen seiner eigenen getreuen, der Nation verantwortlichen Söhne! . . . . Wollte Kossuth hierbei

stehen bleiben? war es sein ernstlicher Wille sich mit diesen Zugeständnissen zu begnügen, oder hegte er tabelnswerthe Hintergedanken? nahm er dies nur als Abschlagszahlung hin, mit der Absicht: das Errungene als Waffe zu weiteren Eroberungen, speziell zur Erkämpfung der vollen Unabhängigkeit Ungarns, zu benützen, oder wurde er zu diesem später vollbrachten Schritt erst durch die Umtriebe des wieners Kabinetts gedrängt? . . . Von der wahrheitsgetreuen Beantwortung dieser vielbesprochenen aber noch nirgends genügend beleuchteten Frage hängt die richtige Beurtheilung nicht nur Kossuth's sondern des ganzen Verlaufes der ungarischen Revolution ab.

Man hat sich betreffs dieses Punktes auch vielfach mit einer Vorfrage beschäftigt: ob die ungarischen Märzerrungenschaften richtig waren? Wir könnten diese Frage ganz einfach mit der Bemerkung zurückweisen, daß Ungarn dem März durchaus keine „Errungenschaften“ im gewöhnlichen Sinne des Wortes verdankte, daß das kaiserliche Handschreiben vom 17. März nichts Neues bewilligt, sondern nur die „Geneigntheit“ des Monarchen zur „Errichtung eines im Sinne der bestehenden vaterländischen Gesetze unabhängigen verantwortlichen Ministeriums“ erklärt, daß also Ungarn höchstens sein altes, nie verjährtes, nie ausgegebenes, ihm wol lange vorenthaltenes aber nie geradezu freitiggemachtes, gutes Recht wiedererrungen. Zum Beleg dessen brauchten wir nur auf die offenkundige Thatsache hinzuweisen, daß Kossuth schon seit Jahren und besonders seit dem 11. November 1847, dem Eröffnungstag der letzten pressburger Reichsversammlung, unablässig auf die Aenderung des bisherigen Regierungssystems, d. h. darauf gedrungen, daß Ungarns gesetzlichgarantirte Selbstständigkeit und Verfassungsmäßigkeit zur Wahrheit werde. Und wie erfindungsreich auch die besoldeten und freiwilligen Regierungsvertheidiger der Stände- und Magnatentafel in den Mitteln zur Bekämpfung des Agitators waren, so wagte es doch kein Einziger, seine Forderung als unberechtigt zurückzuweisen. Ja, seit 1825 wo der neue parlamentarische Kampf zwischen Regierung und Nation begonnen bis 1847 wo er durch Kossuth zu seiner höchsten Entwicklung gebracht worden, hatte erstere nie den

rechtlichen sondern höchstens den thatsächlichen Grund der Frage bestritten. Sie hatte nemlich nie und nimmer Ungarns Recht zum Fortdauern einer selbstständigen Regierung angezweifelt, es vielmehr in ihrer Weise glänzendst anerkannt durch den mühevollen Eifer mit welchem sie zu beweisen suchte, daß dieses Recht ja gar nicht verletzt sei, indem die ungarische Hofkanzlei von der österreichischen Bürokratie durchaus nicht beeinflusst und das Land vollkommen verfassungsgemäß regiert werde. Die Opposition hingegen wies auf zahlreiche Thatfachen hin welche das offenbare Gegentheil bezeugten, welche unwiderlegbar bewiesen, daß die Leitung der ungarischen Angelegenheiten eine unselbstständige und unverfassungsmäßige sei. Der Kampf hatte sich demnach um keinen Rechtspunkt, sondern um die Auslegung gewisser Thatfachen gedreht, welche die Regierung jenem auch von ihr anerkannten Recht entsprechend, die Opposition hingegen widersprechend fand. Ueber das Recht selbst waltete aber im Wesentlichen kein Streit ob. Und was im Vormärz als Recht anerkannt worden, sollte der März plötzlich in Unrecht umgewandelt haben? Ein Recht das im Wesentlichen selbst in der Hitze des um seine Ausdehnung und Anwendung geführten Kampfes nie bezweifelt worden, sollte aufhören eben in dem Momente wo man sich auch über die bisherigen Streitpunkte friedlich geeint? Eine Forderung, deren Rechtmäßigkeit von der Regierung, selbst als sie ihr die thatsächliche Gewährung versagte, nicht bestritten worden, sollte widerrechtlich werden in dem Augenblicke wo die Regierung ihr durch die volle Gewährung neuerdings den Stempel der Berechtigung ausdrückt?! . . .

Wir wollen jedoch diese historische Seite des Streitpunktes, da wir später noch einmal auf sie zurückkommen müssen, jetzt nicht näher erörtern. Wir wollen auch davon schweigen, daß dasjenige was eine Nation durch ihre gesetzlichen Vertreter auf legalem Wege von ihrem Fürsten ver- und erlangt, immer rechtlich, weil des Volkes Wol und Wille höchstes Staatsgesetz ist. . . Denn auch abgesehen von alldem, selbst wenn wir über alle historischen, natur- und vernunftrechtlichen Gründe hinweggehen und uns auf den loyalkonstitutionellen oder gar absolutistischen Standpunkt stellen, können wir nicht absehen: Wer

da noch über Unrecht klagen könne, wenn zwei Kontrahenten ihr gegenseitiges Verhältniß freiwillig ändern, sei's auch in der allerradikalsten Weise. Selbst von den, an Sophismen so überreichen, in der Rechtsverdrehung bis zur völligen Unvernunft gewissenlosen k. k. Hofpublizisten hat noch Keiner die Rechtlichkeit, wie wol oft die Zweckmäßigkeit und Heilsamkeit, der wien er Märzerrungenschaften bestritten, die doch alles geschichtlichen Grundes entbehrten, nicht von gesetzlichen Vertretern, nicht durch legale Mittel erwirkt und sehr un- freiwillig gewährt worden! Trotzdem richtete selbst der österreichische Reichsbombardator im Oktober 1848 seine Kanonen nicht auf diese Errungenschaften sondern auf die „Anarchie“ die sich später aus denselben entwickelt haben sollte. Und selbst am 20. August 1851, wo man das ganze konstitutionelle Kartengebäude als nutzlos gewordenen Spielzeug wegwarf, wagte man es trotzdem nicht, den 13. März 1848 vollständig aus der österreichischen Geschichte zu streichen, sondern sucht wenigstens den Schein zu wahren, als wollte man die hauptsächlichsten der damaligen Zugeständnisse aufrecht halten. Sowenig können selbst Jene deren Rechtsgefühl so beschränkt als ihr Gewissen weit ist, in Abrede stellen, daß eine durch gegenseitiges Uebereinkommen erwirkte Aenderung des Staatsorganismus, wie wenig Grund sie auch in der Vergangenheit habe, wie wenig Sympathie auch der eine Theil im Innern für sie hege, doch vollkommen rechtsbegründet sei! Und die ungarischen März zugeständnisse sollten es nicht gewesen sein, jene Zugeständnisse die ohne allen Kampf freiwillig gemacht wurden und nur das gewährten, was selbst die Regierung längst als rechtlich anerkannt, ja sogar, wiewol fälschlicher Weise, thatsächlich gewährt zu haben behauptet hatte? . . .

Zu der Zeit jedoch, bei welcher unsere Darstellung jetzt angelangt ist, nemlich in der zweiten Hälfte des Märzmonats von 1848, dachte noch Niemand daran, die Rechtmäßigkeit der ungarischen März zugeständnisse anzuzweifeln. Wenigstens wagte Niemand, dies öffentlich zu thun. Die Nation hatte somit vollen Grund, den Genuß dieser Zugeständnisse für vollkommen gesichert zu halten und auf sie ihre Zukunft zu begründen. Und wir haben daher hier, mit nähe-

rer Beziehung auf den eigentlichen Gegenstand unserer Darstellung, bloß die obengestellte Frage zu beantworten: ob Kossuth wirklich diese Zugeständnisse als das Endziel seiner Agitation betrachten und, mit dem Erhaltenen sich vollkommen begnügend, auf dieses und nur auf dieses die Zukunft seiner Nation begründen wollte?

Und diese Frage müssen wir mit entschiedenem Ja beantworten. Wie wenig hold er auch im Vormärz der ungarischösterreichischen Verbindung gewesen, mit welch' außerordentlicher Entschiedenheit, Kraft und Thätigkeit er auch hinterher deren Aufhebung anstrebte, förderte und vollführte: so war ihm doch im März 1848 dieser Gedanke ganz fremd; und zwar jetzt viel mehr als früher, weil er jetzt, nachdem Ungarn wieder in sein ihm lange vorenthaltenes Recht eingesetzt und auch Oesterreich in ein konstitutionelles Land umgewandelt worden, auch im Verbande mit Oesterreich das Land groß, frei und glücklich machen zu können hoffte. Mehr aber hatte er nie angestrebt und strebte er auch jetzt nicht an. Vielmehr wollte er — endlich im Besiz dessen was er seit Jahren für Ungarn gewünscht, dessen was er zu des Landes Gedeihen für unerläßlich nöthig aber auch für zureichend erachtete — jetzt der Bewegung Einhalt thun um sich der Reform zuzuwenden, den äußern Kampf aufgeben um alle Kräfte dem innern Friedenswerke zuzuwenden, die Zerstörung hemmen um auf dem gewonnenen Boden den Neubau zu beginnen. . . Für diese friedliche Gesinnung zeigte schon die Mäßigung, welche er am 15. und 16. März in Wien beobachtete. Denn es ist nicht eitle Ruhmredigkeit, es ist volle, noch von Niemanden bestrittene historische Wahrheit, wenn Kossuth mit Bezug auf jene Tage am 31. März in der Reichsversammlung sagte: Er sei inmitten der riesig sich emporthürmenden Ereignisse auf wenige Stunden in die Lage gekommen, mit den Bewegungen seiner Hand entscheidend dahin wirken zu können, ob das Haus Habsburg ja oder nicht fortbestehen solle! . . . Wer der stürmischen Aufregung, welche damals in Wien und Pressburg geherrscht und des beispiellosgewaltigen Einflusses sich erinnert den Kossuth da wie dort geübt, wird jene Behauptung nur wahrheitsgetreu finden. . . Und Kossuth mißbrauchte diesen Einfluß nicht. Im Moment der allgemeinen stürmischen Auf-

regung, auf dem Gipfel seiner Macht angelangt, vor ihm die jedes Widerstandes unfähige für ihre Existenz zitternde Regierung, beutete er weder seine Kraft noch ihre Schwäche unedelmüthig aus. In dem Momente, wo ihm nichts versagt werden konnte, blieb er bei jenen Ansprüchen stehen die er damals gemacht, wo ihm fast Alles versagt werden konnte und wurde. Er verlangte am 16. März nur dasjenige was er in den ruhigsten Zeiten als einfacher Journalist gefordert, was er seit Jahren unter österreichischer Zensur als Ungarns gutes Recht und als unerläßliche Bedingung zu dessen gedeihlicher Entfaltung geltend gemacht hatte.

Diese Mäßigung war aber bei Kossuth durchaus nicht das Ergebnis unstaatsmännischer Schwäche, welche den günstigen Augenblick nicht recht zu benützen, die freundliche Gelegenheit nicht vollkommen zu erschöpfen weiß. Ihn leitete nicht jene naive, damals vielfach zum Vorschein gekommene, hinterher „gothaisch“ getaufte Gutmüthigkeit, welche allen Ernstes an eine plötzliche Sinnesänderung der alten Machthaber glaubte und, durch diese Erscheinung eben so angenehm überrascht als tief gerührt, in ihren Ansprüchen bescheiden, in ihren Forderungen nachgiebig wurde. Kossuth hatte schon früher und hat auch hinterher glänzend genug gezeigt, daß er nie so geistesbeschränkt war, sich auch nur mit Einem Finger in diese grobangelegte Schlinge fangen zu lassen, daß er jeder andern Schwäche eher denn dieses Köhlerglaubens fähig war. Seine Mäßigung aber entstammte dem festen Vertrauen auf die Macht des Rechtes und auf die Kraft seines Volkes; dem zuversichtlichen Glauben, daß, wenn nur einmal der langbestrittene Rechtsboden gewonnen, die nationale Kraft auch hinreichen werde, ihn gegen jeden Angriff zu behaupten.

Alle Schritte Kossuth's vom Augenblick seiner Rückkehr aus Wien bis zum Schluß dieses Reichstags zeigen von seinem festen Entschluß: der Bewegung Einhalt zu thun, und jeder wie immer gearteten Ueberstürzung zu wehren, sollte auch dies Streben seine Volksthümlichkeit gefährden, sollte er dadurch auch zu manchen Inkonsequenzen, um es nicht Rückschritte zu nennen, genöthigt werden. Er ist es, der, bei seiner Ankunft aus der Residenz vom Volke mit dem größten Jubel

begrüßt und als „Befreier“ fast vergöttert, zuerst die allgemeine Aufmerksamkeit auf das patriotische Wirken des königlichen Prinzen Erzherzog Stefan lenkt, „der das größte Verdienst“ um Ungarns Errungenschaften habe, und das Volk auffordert, „solch hohem, herrlichem Patriotismus“ seine volle Anerkennung zu zollen, und den „großen Mann“ der morgen aus Wien anlangen werde, so zu empfangen wie es sein ausgezeichnetes Verdienst und die Würde der Nation heischt. . . .

„Noch muß ich — ruft Kossuth bei derselben Gelegenheit, als er nemlich in der oberwähnten Balkonrede über die wiener Sendung berichtet — noch muß ich mein Haupt entblößen vor der edlen Landtagsjugend, welche glänzenden Antheil nahm an unserem Mühen und Streben.“ Ebenso hat er auch schon in Wien dem Streben der Jugend vollen Beifall, ihrem Einfluß gerechte Anerkennung gezollt. Trotzdem, und wiewol er die momentane Macht, fast Allmacht der Jugend wie auch die unbegrenzte Verehrung wol kannte mit der sie ihm zugethan und wie gerne sie, wenn er sich ihr freundlich erweist und ihre Unterstützung auch nur duldet, erbötig war, jedem seiner Winke blindlings zu gehorchen und ihn auf ihren Schultern zu einer schwindelerregenden Höhe emporzutragen, trotzdem nimmt er keinen Anstand, jener Tagesallmacht zu trotzen und die eigene Popularität zu gefährden, um den Anmaßungen und Uebergriffen der Jugend gegenüber das Ansehen der gesetzmäßigen Behörden zu wahren. . . . . Unter P. Hainiks Führung erscheint am 20. März eine Deputation der pesther „Jugend“, resp. des dortigen Sicherheitsausschusses, vor den Schranken des Reichstags um diesem die bekannten zwölf pesther Punkte als „Wünsche der Nation“ zu unterbreiten und deren Annahme zu fordern. Kossuth antwortet der städtischen Deputation mehr als unhöflich. Es freue ihn, äußert er unter Andern, hieraus zu ersehen, daß bereits das Volk selbst fühle was ihm noththue; nur möge Budapest bei derartigen Demonstrationen sich nicht zu weit versteigen und nicht von der Gesetzesbahn abweichen. „Das Recht Gesetze zu geben und umzustoßen, kann und darf nur der Reichstag allein üben, und wer dies Recht umgeht, übt ungesetzliche Eigenmacht“. . . . .

Dem unhöflichen Wort entspricht auch die unhöfliche That: die peſter Nationalwünſche werden — bei Seite gelegt.

Derſelbe Grund, um nemlich etwaigen Ueberſtürzungen der heißblütigen Jugend nach Möglichkeit zuvorzukommen, veranlaßt auch Koſſuth, den alten Märtyrer und Vorkämpfer der Preßfreiheit, bei Verhandlung des Preßgeſezentwurfs (20. März) für die von deſſen Verfaſſer, B. Szemere, beantragten hohen Kautionen zu ſprechen. Der offene Grund den er hiefür angiebt, iſt: die Garantie für das pränumerirende Publiſum, weil ſonſt bei der völligen Preßfreiheit viele neue Zeitungen auftauchen und nach Einſammlung der Pränumerationsgelder verſchwinden könnten. Wir irren aber wol kaum, wenn wir dies als bloßen Vorwand, als eigentlichen Grund aber die Furcht vor dem Umſichgreifen einer zu radikalen überſtürzenden Preſſe bezeichnen. So wenig dieſe Befürchtung und das gegen ſie angewendete Heilmittel zu billigen, ſo liefern ſie doch oder eben darum einen vollgültigen Beweis für das friedliche und mäßige Streben Koſſuth's, das ihn ſogar zur Untreue gegen ſich ſelbſt verleitete. .... Aus demſelben Grunde ſpricht er auch (22. März) gegen S. Bonis und J. Bidoſ, welche die Nationalgarde zu ſehr demokratiſiren und namentlich in den kleinern Städten das Proletariat in deſſen Reihen aufnehmen wollen; ein Streben, von deſſen Verwirklichung Koſſuth nicht mit Unrecht für die Nationalgarde dieſelben Uebel fürchtet, welche früher für die Komitäsverſammlungen aus der Theilnahme des Bundſchuhabels hervorgegangen. ....

Wie er das Geſez gegen jeden An- und Uebergriſſ, wie er das Anſehen des Reichstags gegen die übermäßigen Ansprüche der Jugend wahr, ſo will er andrerſeits ſelbſt dem Reichstag gegenüber das Recht der Krone gewahrt wiſſen. Als am 20. März der Geſezvorchlag über den jährlich abzuhaltenden Reichstag verhandelt wurde, wollte S. Kende die Befugniß der Regierung zur Auflöſung des Reichstags durch geſezliche Beſtimmungen möglichſt beſchränken. Koſſuth kämpfte für Beibehaltung des Entwurfs, in welchem der Regierung faſt unumſchränkte Macht eingeräumt war, den Reichstag



vertagen, schließen oder auch auflösen zu können. Sein Antrag drang auch durch und wurde zum Gesetz erhoben (Gesetzart. IV. §. 5.). . . .

Mit welcher Entschiedenheit und Schärfe Kossuth auch im Vormärz gegen die ungarische Hofkanzlei angekämpft, wie schonungslos er auch die gefügigen Werkzeuge der wiener Bürokratie, die feilen Diener des Absolutismus, gezeißelt: er will doch jetzt wo er die Macht dazu in Händen hat, keinen Vernichtungskampf gegen sie führen; ja er unternimmt sogar ihre Vertheidigung und Beschützung gegen Angriffe welche Andere, welche selbst die Verhältnisse, gegen ihre Existenz richten. Er will, wie er am 31. März äußert, daß in Ungarn Jedermann Grund zur Freude aber Niemand zur Trauer ob der neuen Zustände habe. Deshalb spricht er bei Verhandlung des Gesetzartikels über die Städte dafür, daß die bisherigen städtischen Beamten, falls sie in Folge der neuen Verhältnisse ihre Stellung verlieren, mit Pensionen versorgt werden. Noch bedeutsamer ist es, wenn er gegen L. Madarasz' und Andere dafür kämpft und auch dessen Aufnahme in's Gesetz erwirkt (Gesetzart. III. §. 22.): daß die Mitglieder der nun aufgelösten ungarischen Hofkanzlei in den, in Pest zu errichtenden Staatsrath aufgenommen werden; eine Forderung für die er am 10. April abermals gegen L. Madarasz' und Sz. Iványi eine Lanze bricht, und zwar mit spezieller Beziehung auf E. Isédenyi, jenen Mann an welchem die erbitterte Jugend am 28. März die Lynchjustiz hatte üben wollen! . . .

Und nicht nur die Beamten des alten Regimes will er gegen jede materielle Beeinträchtigung schützen — ein Wunsch, an dem wol auch ihrer gebiegenen Fachkenntniß und der daraus hervor gehenden Verwendbarkeit einiger Antheil zugeschrieben werden mag; — auch den Privatmann will er möglichst geschont wissen, auch diesem gegenüber den bestehenden Interessen so weit es angehet, Rechnung tragen. Bekanntlich war Kossuth einer der Ersten welcher die Aufhebung der Urbariallasten gefordert, und sie seit Jahren mit aller Energie seines immerregem Geistes, aller Kraft seines scharfen Verstandes und aller Wärme seines volksfreundlichen Herzens befürwortet hatte. Jetzt endlich stand es in seiner Macht, dieser Forderung volle Geltung zu

verschaffen, und dahin zu wirken, daß wie bereits die Geistlichen auf ihren Zehnt verzichtet so auch die Grundherren ohne allen bestimmten Schadenersatz den Urbaralleistungen entsagen. Ohngefähr in diesem Sinne war auch wirklich der Gesetzworschlag gehalten, den Kassimir Tarnóczy hierüber entworfen und in die Sitzung vom 23. März eingebracht, da nach diesem Vorschlag die Aufhebung der Urbaralleistungen sofort gesetzlich ausgesprochen, hingegen die Bestimmung über Entschädigung der Grundherren von Seiten des Staats bis zum nächsten Reichstag verschoben werden sollte. Der Entwurf findet allgemeinen Anklang; mehrere geachtete Redner sprechen für, Kossuth aber gegen denselben, um — wie er sagt — auch den etwa mißtrauischen Grundherren allen Anlaß zur Furcht und der hieraus entstehenden Unzufriedenheit mit den neuen Verhältnissen zu benehmen. Kossuth bringt auch mit seinem Amendement durch, und es wird sofort gesetzlich ausgesprochen (Gesetzart. 12. §. 3.): daß die Grundherren für ihre Einbuße mit dem zwanzigfachen Betrag des jährlichen Nutzens der Urbaralleistungen entschädigt werden sollen.

Ja, Kossuth geht in seiner Schonung des Bestehenden endlich soweit, daß er sich sogar mancher prinzipiellen Ungerechtigkeit schuldig macht, wie z. B. wenn er es durchsetzt, daß die sogenannten „Bürger“ in den Städten und die Adelligen in den Komitaten, da sie früher politisch berechtigt gewesen, es auch ihre Lebenszeit hindurch bleiben sollen, selbst wenn sie den, im neuen Gesetz aufgestellten Qualifikationen nicht entsprechen; — eine Bestimmung, durch welche, der lautdekretirten Gleichheit entgegen, für die gegenwärtige Generation ein bedeutender Unterschied zwischen Adelligen und Nichtadeligen, zwischen Bürger und Nichtbürger, aufrechterhalten wird! . . .

Bedarf es sprechenderer Beweise als die angeführten, um jeden Unparteilichen zu überzeugen, daß Kossuth Nichts weniger als den „Umsturz“ angestrebt, daß er weder die politischen noch die sozialen Verhältnisse über den Haufen werfen, weder nach oben noch nach unten die Grenzen der klugen Mäßigung überschreiten, vielmehr den hochangeschwollenen Revolutionsstrom in das Bett der Gesetzmäßigkeit eindämmen, und mit möglichster Schonung des Bestehenden, mit

zarter Berücksichtigung aller berechtigten Interessen nur das nach Außen und Innen verwirklichen wollte, was Ungarn seit Jahrzehnten gewünscht, gehofft und angestrebt? . . . . . Wer in jenen stürmischbewegten Tagen, wer auf dem Gipfel seiner Macht solche Mäßigung und Schonung entfaltet, hat die gegründetsten Ansprüche auf den Namen eines besonnenen Staatsmanns, eines ehrlichen Reformers erworben. Wer die hellauslobernden Flammen der Volksbegeisterung in so wolthuernder aber durchaus nicht verheerender Weise benützt, der hat nie und nimmer „Zerstörung“ angestrebt! . . . .

### III.

Oder gehörte Kossuth etwa zu jenen Helden des Liberalismus, deren Opposition gegen die Regierung von dem Gedanken: „hebe dich von dort weg, damit ich mich dahin setze“ ausgehet, und die, einmal an jene heißersehnte Stelle gelangt, dieselbe Tyrannei nach unten üben die sie Jahre hindurch verdammt haben, deren Liberalismus nur eine Maske der Herrschsucht gewesen, und die Erstere von sich werfen, sobald Letztere, weil befriedigt, offen gezeigt werden kann? . . . Es giebt der oberflächlichen oder feindseligen Beurtheiler nicht wenige, die z. B. aus Kossuth's oberwähntem Verhalten in der Pressefrage solche Schlussfolgerungen ziehen, ohne zu berücksichtigen, daß das Pressegesetz selbst in seiner spätern mildern Form während der ganzen Dauer der Revolution sehr lau gehandhabt, nach seiner ganzen Strenge nie angewendet wurde; auch nicht entschieden regierungsfeindlichen Draganen, wie z. B. Wida's „Figyelmező“ (Beobachter), gegenüber, der im Wonnensommer von 1848 in Budapest ungehindert die rothe Reaktion predigte. . . Auch würde jener Grund höchstens zur Erklärung der Einen Erscheinung genügen, nicht aber auch der vielen andern obangeführten Beweise von der Besonnenheit und Mäßigung des zu jener Zeit allgewaltigen Agitators. Namentlich pflegen solche in Despoten umwandelte Exliberale, als deren Einen sich Manche auch unsern Kossuth denken wollen, gegen die Mitglieder der frühern

Regierung nicht jene Schonung zu zeigen die wir bei Kossuth wahrgenommen, und welcher er durch die gesetzliche Sanktion die er ihr verschaffte, auch das Demüthigende des Gnadengeschenkens zu benehmen mußte.

Oder war Kossuth wirklich — wie dies vor, während und nach der Revolution, namentlich von der ausländischen Presse, vielfach behauptet worden — nur *Magyar*? war sein vormärzlicher Liberalismus nur eine zur Bekämpfung der Regierung erborgte Waffe gewesen, die er von sich schleuderte als sie ihren Dienst verrichtet hatte, als nemlich die Regierung besiegt und das spezifischungarische Verlangen: Ungarn's Autonomie, gewährt war? . . . . Wer unserer bisherigen Darstellung mit Aufmerksamkeit gefolgt, wird wol nicht lange anstehen, diese Frage verneinend zu beantworten, da er sich bereits von der Grundlosigkeit jener Ansicht, welche in Kossuth einen spezifischmagyarischen Agitator sucht, überzeugt haben wird.

Es bedarf jedoch zur Beantwortung weder der ersten noch der zweiten Frage jener negativen Beweise. Kossuth's legislative Wirksamkeit vom 17. März bis zum 11. April liefert positive Belege genug dafür: daß er nie und nimmer das Kind mit dem Bade ausschütten wollen, daß er bei aller Mäßigung und Loyalität es doch mit dem Fortschritt und der Freiheit ernstlich meinte; in dem Maasse, daß er ihnen sowol das nationale als sein individuelles Interesse willig unterordnete.

Schon der einfache Hinblick auf die nach dem 17. März in wenigen Tagen gebrachten, größtentheils auf Kossuth's Antrag oder durch seine Befürwortung zustandegekommenen Gesetzartikel 5, 8, 9, 11, 13 und 15 des 1847/8er Reichstags, dürfte genügend bezeugen, daß Kossuth sein früher gegebenes Wort glänzend einlöste und als Regierungsmann dasjenige was er bisher als Oppositioneller von der Regierung gefordert, bestens erfüllte. Durch die angeführten Gesetzartikel wurde das Staatsbürgerrecht auf das gesammte Volk ausgedehnt, die gemeinsame Besteuerung eingeführt, die Urbarialverpflichtung, das Patrimonialgericht, der geistliche Zehnt und die Abtithität aufgehoben; — Forderungen des Rechts und der Nothwendigkeit für die Kossuth seit seinem ersten Auftreten, aber fast vergeblich,

gekämpft, und die zu befriedigen er keinen Augenblick schonte, sobald durch die Märzereignisse die Widerstandskraft der Regierung und der Konservativen gebrochen war. Ebenso kämpfte er, und mit Erfolg, für die Einführung der Nationalgarde, welche A. Vabarczy für Ungarn noch verfrühet finden wollte; mit gleichem Erfolg auch für die Gleichstellung der Griechen; mit weniger Glück aber nicht geringerer Wärme auch für die, von ihm schon im Vormärz, besonders am 18. Dezember 1847 bei Verhandlung der Naturalisationsfrage warm befürwortete Judenemanzipation, in welcher Frage jedoch diesmal (21. März) St. Karolyi's und A. Vabarczy's, durch einige mittelalterliche Judenhegen allerdings scheinbar unterstützte Gegenansicht, daß nemlich die Emanzipation, in diesem Augenblick ausgesprochen, den Juden selbst Gefahr bringen würde, durchdrang. ....

Wie auf politischem, so blieb Kossuth auch auf nationalem Gebiete seinen frühern gemäßigten Grundsätzen treu; und wiewol das Magyarenthum jetzt auf dem Gipfelpunkte seiner Macht und seines Glanzes angelangt war, vergaß und überschritt er doch nicht jene Grundsätze der Billigkeit, welche er früher als richtungsbestimmende aufgestellt hatte. Wie er schon in den Schlussworten seiner Rede vom 3. März die gerechte Würdigung und billige Lösung der kroatischen Frage als eine Hauptaufgabe der gegenwärtigen Legislative erklärt, so sprach er sich auch nach dem 15. März, namentlich am 21. und 28., mit Entschiedenheit dafür aus, daß in Kroatien die kroatische Nationalität geachtet werden müsse, und daß die Kroaten hierüber in einer eigenen vom Reichstag zu erlassenden Proklamation beruhigt werden mögen. Er ist es auch, der am 8. April die Zulassung der unter Führung des neusager Obernöhrs Mikolics erschienenen serbischen Deputation vor die Schranken des Hauses fordert und erwirkt. „Die Deputation wird gesehen haben — antwortet er ihr, nachdem sie ihre Petition verlesen — daß die Gesetzgebung bereits mehreren Wünschen der serbischen Vaterlandsfreunde zuvorgekommen ist. Sie wird auch erkennen, daß die Gesetzgebung alle Nationalitäten des Landes gehörig respektire, jedoch mit Recht verlangen könne, daß eines jener Bande welches sie Alle vereint, in der ungarischen Sprache

zu suchen sei. Während der Magyare erklärt: die Sprache jeder Volksschaft im Lande bezüglich ihrer innern Angelegenheiten unangetastet zu lassen, während er mit allen Völkerschaften des Vaterlandes die errungene Freiheit theilt, darf er wol billig verlangen, daß das äußere Band, welches diese Völkerschaften staatsrechtlich verbindet, die ungarische Sprache sei". . . . Eine Forderung, die nicht minder gerecht als sie auch vollkommen jenen Grundsätzen der Billigkeit und Mäßigung entspricht, welche wir Kossuth auf diesem Gebiete beim Zusammentritt des 184<sup>3</sup>/<sub>er</sub> wie im Vormärz auf dem 184<sup>7</sup>/<sub>er</sub> Reichstag verkünden gehört.

Kossuth beschränkt sich jedoch nicht darauf, als Regierungsmann die Vetsprechungen des frühern Oppositionskämpfers einzulösen. Er zeigt auch durch anderweitige, zum Gesetz erhobene Anträge, wie ernst und entschieden er die Verwirklichung der Rechts- und Freiheitsprinzipien anstrebe, und wie willig er sein Ansehen als Agitator und seine Macht als Mitglied der Regierung dieser Verwirklichung opfere.

Sieggekrönt in der ungarischen und österreichischen Hauptstadt als Held des Tages gefeiert, kehrt er am 17. März in Triumf nach Preßburg zurück, mit dem erhebenden Gefühl: endlich am Ziel langjähriger Wünsche und Kämpfe zu stehen und dem geliebten Vaterlande sein gutes Recht und die Garantie seiner Zukunft errungen zu haben. Diesen raschen und glänzenden Sieg verdankt er vorzüglich dem bedeutsamen Einfluß welchen er seit vier Monaten in täglich steigendem Maße auf den Reichstag geübt, und der Einhelligkeit mit welcher sich dieser in den letzten Tagen ganz seiner Leitung hingegen. Es liegt demgemäß offenbar in Kossuth's Interesse, diesem Reichstag eine möglichst lange Dauer zu sichern, da ein neugewählter vielleicht neue, den jetzt allgewaltigen Agitator verdrängende Kapazitäten oder doch mindergefügte Vertreter in die Hallen der Gesetzgebung führen könnte. Bei der Furcht welche das wiener Kabinet selbstverständlich vor dem radikalen Geist einer ganz neuen, wahrhaft volksvertretenden Versammlung, die voraussichtlich nur aus liberalen Elementen bestünde, hegen muß, ist von oben in nächster Zeit ein Antrag auf Neuwahlen eben so wenig zu erwarten als vom Volke, das

im gegenwärtigen Reichstag seine ältesten gefeiertsten Vorkämpfer versammelt sieht und sich ihnen für die neuen Errungenschaften zum innigsten Dank verpflichtet fühlt. . . . Unter diesen Umständen, welche dem Reichstag eine lange Dauer zu sichern und all' seine Kräfte der Verfügung des Agitators anheimzustellen scheinen, wird der Antrag auf Auflösung des Reichstags von — Kossuth gestellt! Kaum in Pressburg angelangt, beantragt er in der Sitzung vom 18. März, daß dieser nur kassenvertretende Reichstag sich selbst für inkompetent erklären und daher nur die unaufschiebbar bringenden Gegenstände erledigen möge, um sodann einer neuen, wirklich volksvertretenden Versammlung den Platz zu räumen. Eine in diesem Sinne von ihm abgefaßte „Erklärung“ wird von den Ständen sofort angenommen, an alle Jurisdiktionen versendet, und dadurch der Existenz dieses Reichstages durch seinen eigenen Beschluß, gefaßt auf den Antrag jenes Mannes dem eben dieser Reichstag als Schemel seiner Größe gebient und noch fernerhin dienen würde, ein rasches Ende gemacht.

In dieser „Erklärung“ spricht die Repräsentantentafel unter Anbern ihre Ueberzeugung aus von der Nothwendigkeit, die gesetzgebende Macht derart umzugestalten, daß sie, „auf Repräsentation gegründet, das kraftvolle und würdige Organ von dem Willen der Mehrheit der ungarischen Nation sei. Darum hält sie auch den gegenwärtigen Reichstag nicht dazu berufen, sich in die spezielle Ausarbeitung und Begründung all' jener Gesetze einzulassen, die zum Erbblühen des Nationalheils nothwendig sind. . . . Ja, sie ist hievon so sehr überzeugt, daß sie, durch ein Gesetz die Grundlagen bestimmend, auf welchen nach dem Repräsentativsystem der nach einigen Monaten in Pest abzuhaltende Reichstag zusammengesetzt werde, all' jene Gesetze, die nicht etwa für Befestigung des innern Friedens und zur Sicherstellung der nationalen Freiheit allsogleich gebracht werden müssen, auf jenen in Pest abzuhaltenden Reichstag verschiebt.“

Als unaufschiebbare, daher noch durch die gegenwärtige Versammlung zu erledigende Gegenstände werden auf Kossuth's Antrag bezeichnet: „1. Die gesetzliche Begrenzung und Festsetzung der neuen Regierungsform, des verantwortlichen Ministeriums. 2. Die auf

das Repräsentativsystem zu begründende Zusammensetzungsort des nächstens in Pest abzuhaltenden Reichstags. 3. Die Ausdehnung der gemeinschaftlichen Besteuerung auf alle Einwohner des Landes. 4. Das Aufhören der Urbarmachungsverhältnisse mit Entschädigung der Besitzer von Seiten des Staats. 5. Die allsobaldige Errichtung der Nationalgarde zur Aufrechterhaltung des innern Friedens und der Freiheit im Lande. 6. Bei Abschaffung der Zensur Sicherung der Pressfreiheit durch Geschworenengerichte.''. . . . Nach Beendigung dieser Gegenstände in ihren Hauptpunkten betrachten die Reichsstände „ihre Pflicht als Gesetzgeber unter den jetzigen Verhältnissen für beendet“, und räumen ihre Stelle dem nächstens in Pest einzuberufenden Reichstag ein, als „dem auf das Repräsentativsystem basirten Ausfluß des Willens der Mehrheit der Nation“'. . . .

Aber selbst für die wenigen Tage welche zufolge dieser Erklärung dem gegenwärtigen Reichstag noch beschieden sind, will Kossuth den bisherigen Mängeln und Ungerechtigkeiten in der Vertretung möglichst abgeholfen wissen; und auf seinen Antrag werden am 18. auch den bisher fast stimmlosen Städtedeputirten — 104 hatten zusammen nur sechszehn Stimmen — Einzelvota gleich den Komitatsdeputirten bewilligt; wiewol hiedurch, bei der bekannten, theils liberalen, theils antinationalen Gesinnung der meisten Städtevertreter, leicht die Richtung und Stimmung des Reichstags eine bedeutende Aenderung, Kossuth's Einfluß einen gewaltigen Stoß erleiden konnte. . . . Dieselbe Rechtswolthat ver- und erlangt Kossuth auch für die Kapiteldeputirten, wiewol bekanntlich die ungarische Geistlichkeit nie zu den Vorkämpfern des Liberalismus oder des Magyarismus, auch nie zu den Freunden des Agitators, gezählt hatte.

Und wie er hlerin mit lobenswerther Selbstaufopferung seine individuelle einflußreiche Stellung als Agitator willig gefährdet, um einer Rechtsforderung jeher Geltung zu verschaffen, so beschränkt er andrerseits mit patriotischer Resignation seine bald anzutretende ministerielle Wirksamkeit, dort wo ihm deren zuweite Ausdehnung unvereinbar mit den Interessen der Freiheit scheint. Es mögen selbst in der parlamentarischen Geschichte sehr liberaler Staaten nur wenige



Beispiele vorkommen, vielleicht kein einziges, daß ein Minister gegen die Zentralisation und für die Selbstständigkeit der Gemeinden und Bezirke agitirt. Kossuth thut dies; und zwar kämpft er hiefür so entschieden und eifrig, als stünde er heute noch an der Spitze der Opposition einem absolutistischen Kabinet gegenüber, das durch Beschränkung der Municipalautonomie die letzten Freiheitsreste vernichten will. Wir sagen: er „kämpft“, denn es kostet sonderbarer Weise dem Minister nicht wenig Mühe, die von ihm beantragte Beschränkung der Ministerialgewalt durchzusetzen. Selbst Liberale, wie z. B. D. Pázmándy, die früher in den Municipien die festeste Brustwehr der ungarischen Konstitution gegen Angriffe vom jenseitigen Leithauser gesehen haben, finden jetzt, der vaterländischen liberalen Regierung gegenüber, deren Fortbestand nicht bloß unnöthig, sondern in Folge der geänderten Verhältnisse sogar gefährlich. Die Municipien hatten nemlich bisher, weil nur aus dem Adel zusammengesetzt der in ganz Ungarn magyarischen Blutes oder doch magyarischer Gesinnung war, mit Recht als die Stütze der nationalen Freiheit gegolten; jetzt aber wo überall auch das Volk zur Theilnahme am politischen Leben berufen war, konnten in nichtmagyarischen Komitaten die autonomen Municipien eben ein Herd der Agitation gegen die Freiheit und Nationalität werden; — weshalb man sie lieber ganz dem liberalen zuverlässigen ungarischen Ministerium unterordnen wollte. Kossuth hingegen, mit seinem regen Gefühl für die wahre Volksfreiheit und seinem felsenfesten Vertrauen auf deren allesverbrüdernde Macht, will auch unter der neuen verantwortlichen Regierung die alte Municipalfreiheit aufrechterhalten. Auf die Frage: ob denn die ministerielle Verantwortlichkeit mit selbstständigen Municipien vereinbar? antwortet er bejahend. Wenn auch nicht mit jener ministeriellen Verantwortlichkeit wie sie in Frankreich vor der Revolution bestanden, wol aber mit der englischen und amerikanischen die er jener weit vorziehe, weil der Beamte da keinen blinden Gehorsam schuldet, und sogar Fälle vorkommen, daß ein Schwurgericht den untergeordneten Beamten eben da für bestraft, daß er dem Ministerium gehorsamte. „Allerdings — bemerkt Kossuth weiter — ist die Municipal-

freiheit ein Hinderniß dagegen, daß alle Befehle des Ministeriums vollzogen werden; aber wenn es nur Gesetzliches befiehlt, so werden auch unsere Municipien die bisher im Widerstand ihre Hauptkraft fanden, sich bald an den Gehorsam gewöhnen. Man hat bisher stets die Unvereinbarkeit ministerieller Verantwortlichkeit mit municipaler Freiheit behauptet; ich hingegen bin so fest wie vom Dasein Gottes von der Vereinbarkeit dieser beiden Elemente, wenn nur da wie dort der Wirkungskreis genau abgemessen wird, überzeugt. Nichts aber ist der Freiheit schädlicher als das Zuvielregieren. Von der ministeriellen Höhe herab kann man nicht alle Einzelbedürfnisse erforschen und befriedigen; darum giebt es kein besseres Erhaltungsmittel der wahren Freiheit als die zweckmäßige Vereinigung jener beiden Faktoren“.....

### III.

Aber indem Kossuth fest entschlossen war: der Märzbewegung, nachdem sie ihr eigentliches Ziel erreicht, feste Schranken zu setzen, sich mit dem Rechtmäßigerlangten zu begnügen, es nach oben und unten zu vertheidigen und die Ordnung und Gesetzmäßigkeit gleich der Freiheit und Selbstständigkeit energisch zu wahren, konnte es ihm jedoch nicht entgehen, daß diese friedliche Entwicklung, wie er sie anstrebte, von anderer Seite her eben nicht sehr gerne gesehen werde. Er wünschte den Frieden und die Heilighaltung der Märzgesetze, bezweifelte es aber sehr, daß dieser Wunsch auch von der andern Partei: dem österreichischen Kabinet, getheilt werde. Er war nicht so gläubig und vertrauensvoll wie Manche seiner Parteigenossen, und darum dachte er, mit Friedensgefühlen im Herzen, doch auch an die Möglichkeit des Kampfes. Durch die dreihundertjährige ungarisch-österreichische Geschichte aufmerksam, durch seine alte Antipathie gegen Oesterreich scharfsichtig gemacht, begann er, während Jene noch vom „herzlichen Einverständniß“ und einem „ewigen Frieden“ schwärmten, bereits die Fäden des Verraths zu sehen, mit welchem man Ungarn umspinnen wollte. Ohne auch nur im entferntesten an

Ergreifung der Offensive zu denken, war ihm doch das Eine klar: daß Ungarn auf der Hut sein müsse, wenn es um sein neubestätigtes Recht nicht bald neuerdings betrogen werden solle; wurzelte doch tief in seinem Herzen die Eine Ueberzeugung: daß Ungarn die Kraft und die Pflicht habe, nöthigenfalls sein gutes Recht gegen Jedermann zu vertheidigen und daher nur durch eigene Feigheit zugrundegehen könne; stand doch fest in seiner Seele der Eine Entschluß: auf der Warte auszuharren Tag und Nacht, die Nation beim ersten bedrohlichen Anzeichen rasch von der nahenden Gefahr zu benachrichtigen und sie dann zum Vertheidigungskampf wachzubonnern, werde es auch ein Kampf auf Tod und Leben! . . . .

Früher wol als er es geahnt, nemlich noch vor Ablauf des Monat März, bot ihm der Hof Gelegenheit, seine Borahnung bestätigt zu sehen und sein Wächteramt zu üben. Denn bereits mit dem königlichen Reskript vom 28. März begann das Intriguiren gegen die ungarischen Märzzugeständnisse, begann der Kampf, wenn auch einstweilen nur mit Zunge und Feder, um Ungarns gutes Recht.

„Wir haben aus Wien nur ein selbstständiges ungarisches Ministerium gebracht, denn mehr bedurften wir von dorthier nicht!“ So hörten wir Kossuth am 17. März sprechen und wie wir gezeigt, war die Bemerkung sehr richtig. Auch in Wien fühlten sie das wol, besonders nachdem die erste angstvolle Ueberraschung glücklich überwunden war. Sie erkannten sofort, daß Ungarn mit dem unabhängigen Ministerium seine volle gesetzliche Selbstständigkeit wiedergegeben, und dadurch der bisherigen Politik, welche das gesegnete Land nur als eine möglichst auszubeutende Kolonie betrachtet hatte, ein Ende gemacht sei. Ja, selbst in jenen Tagen der höchsten Angst, Verwirrung und Bestürzung, wo die dräuende Gefahr auch die geizigen Hände verschwenderisch gemacht und die europäischen Kabinete wenigstens mit „geschriebenein Seegen“ freigebig gewesen, hatte man Ungarn gegenüber eine eigene, in den Annalen der Märztage beispiegellose Zurückhaltung und Wortklauberei beobachtet. Die männliche Festigkeit und die zähe Energie wol kennend mit welcher das konstitutionelle Ungarn sich an das ihm einmal gegebene Wort an-

zusammern versteht, wagte man es hier nicht einmal mit Worten leicht zu spielen, als z. B. den erbländischen Provinzen gegenüber, denen man die schönsten Versprechungen in Hülle und Fülle gab, mit dem tröstenden Bewußtsein im Herzen, daß seiner Zeit deren Rücknahme eben so leicht und rasch sein werde. Man darf nur den klaren, aforistischen und bündigen Stil den damals die meisten angstdurchzitterten Fürsten, und auch Ferdinand der „Gütige“ in seinen ökonomischen Proklamationen, besonders vom 15. März an, zu gebrauchen für gut finden, mit dem mehr als vormärzlichen langperiodigen diplomatischgeschraubten Stil vergleichen, in welchem das an Erzherzog Stefan gerichtete, ein selbstständiges ungarisches Ministerium bewilligende königliche Handschreiben vom 17. März abgefaßt ist — um an der Absichtlichkeit welche in dieser bedeutsamen Stilverschiedenheit lag, keinen Augenblick zu zweifeln. Im allgemeinen Jubel über den kostbaren Inhalt dieses Schreibens, setzte man sich aber in Ungarn über dessen unheimliche Form leichten Sinnes hinweg; um so mehr, als doch eigentlich nicht dieses Schreiben, sondern das auf Grund desselben zu bringende und vom König zu sanktionirende Gesetz die Grundlage der neuen Verhältnisse bilden sollte und später wirklich bildete.

Eben dieses Gesetz wollte aber das wiener Kabinet im Keime unterdrücken, und darum blieb es den aufhellenden Kommentar zu jenem Schreiben nicht lange schuldig, und zeigte bald, welche Kobolde jene diplomatischen Falten in sich bergen. Kaum hatte die Reichstagsdeputation, die Bewilligung zur Errichtung eines ungarischen Ministeriums mit sich führend, das Reichbild der Residenzstadt verlassen, als sie in der Hofburg bereits gegen das Uebengewährte zu intriguierten begannen. Am 23. März hatte der Reichstag unter Andern das Gesetz über Bildung und Organisation des ungarischen Ministeriums nach Wien. geschickt Graf Batthyány, der gleichzeitig seine, am 23. dem Reichstag vorgelegte Ministerliste der königlichen Bestätigung unterbreiten wollte, ging mit Fr. Deák nach Wien, um die Bestätigung jenes Gesetzes zu betreiben; ein Gleiches that der Palatin. Aber schon am 25. verbreitete sich in Pressburg das Gerücht: Die Minister hätten in Wien auf unerwartete Schwierigkeiten gestoßen, da man dort

das Wesentlichste der Märzgeständnisse zurücknehmen wolle. Die Aufregung stieg immer mehr, je länger die Minister fernblieben, ohne befriedigende Nachricht zu geben. Kossuth ließ es seine angelegentlichste Sorge sein, durch gewählte Mittheilung und günstige Deutung der anlangenden telegraphischen Depeschen die allgemeine Aufregung zu mäßigen, was ihm insoweit gelang, daß sie nicht in Thätlichkeiten überging. Am 29. langte endlich die sehnsuchtsvollerwartete königliche Antwort an. Sie bestand in einem, von Hofrath E. Jeleányi im Namen Sr. Majestät gezeichneten Schreiben, welches im vor-märzlichgeschraubten Kanzleistil die Abänderung einiger Paragraphen jenes Gesetzes beantragte. Diese Abänderungen aber enthielten nichts weniger als: daß die ungarische Hofkanzlei auch in Zukunft erhalten und bei ihrem bisherigen Wirkungskreis belassen, daß Ungarns Einkünfte auch fernerhin in die österreichische Zentralkasse abgeliefert und die ungarischen Zoll-, Münz- und Handelsangelegenheiten der wiener Gesamtbehörde unterstellt, daß endlich die Verwendung des ungarischen Militärs ebenfalls dem wiener Hofkriegsrath anheimgegeben werde. Das hieß mit andern Worten: Die Ministerien des Innern, der Finanzen und des Krieges sollen aufhören oder bloße Ehrentitel, die verlangte und gewährte Selbstständigkeit Ungarns aber eine reine Illusion sein. Batthyány forderte den Palatin auf, die Rücknahme dieses Schreibens zu erwirken, widrigenfalls er und seine Kollegen sofort zurücktreten. Der Palatin versprach, der Forderung genügezu leisten und auch seine Stellung an diese Frage zu knüpfen.

Kossuth ging auf das Reskript näher ein, und zeigte hier zum ersten Mal seine feste Entschlossenheit: nicht nur der von unten sondern auch der von oben ausgehenden Anarchie zu wehren, und die Märzgeständnisse nach jeder Seite hin energisch zu vertheidigen. „Ich glaube — rief er, nachdem der Hausordnung gemäß das früher in der gemischten (Stände- und Magnaten-) Sitzung verlesene Reskript an der Ständetafel noch einmal verlesen worden — ich glaube, wir haben genug gehört, wenn wir zweimal gehört, und dieses zweimalige Verlesen war hinreichend, daß jeder echte Ungar sich eine entschiedene Meinung über den obschwebenden Gegenstand bilde.“

„Ich will kurz sein, und mit jener Nüchternheit sprechen, wie sie erzeugt der männliche Entschluß: daß, was immer geschehe, doch die in Wien gesponnenen Intriguen in Ungarn nie ihr Ziel erreichen sollen.“

„Der Reichstag hat die Aeußerung der Minister vernommen. Sie haben gehört, meine Herren, daß auch der Palatin seine Stellung an diese Frage geknüpft. . . . . Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen, muß es aber aussprechen, daß dieses königliche Schreiben offener Hohn und leichtsinniges Spielen mit Thron und Land ist. Der Geist der das Ganze durchweht, ist kein anderer als: die verhasste wiener Bürokratie soll auch fernerhin erhalten werden, und das budapester Ministerium nur ein untergeordnetes Postamt zum Expediren der wiener Befehle sein, wie es bisher die ungarische Statthalterei gewesen.“

„Jene, welche dies leichtsinnige Spiel treiben, bedenken nicht die Zukunft der Dynastie, nicht das Bürgerblut, das nach solchem Verfahren in Strömen fließen kann. Kaum hat der König das verantwortliche ungarische Ministerium gewährt, so treten sie bereits hervor, um das königliche Wort zu schmälern; nicht beachtend jenen Nimbus, jene Pietät welche den königlichen Namen umschweben müssen, wenn er nicht allen Glanz und alles Ansehen verlieren soll. . . Und so bringen sie das Volk dahin, jeden Glauben an das königliche Wort zu verlieren.“

„Es ist empörend wahrzunehmen, daß jetzt, wo nach dem gegebenen königlichen Worte Se. Majestät sich nur beim Ministerpräsidenten L. Batthyány betreffs der ungarischen Angelegenheiten Rath erholen sollte, diese noch immer vom Einflusse des Erzherzog Ludwig . . . . ., des Grafen Hartig, des Fürsten Windischgrätz und Anderer abhängen! Und auf's tiefste muß es uns Alle verletzen, daß der gestürzte ungarische Kanzler, und Baron Jósika, der siebenbürgische Kanzler, Leute denen nicht der geringste gesetzliche Einfluß auf unsere Angelegenheiten zukömmt, noch immer anstatt des hiezu berufenen ungarischen Ministerpräsidenten dieselben leiten“. . .

„Dies wahrnehmend — schließt er seine kurze aber inhaltschwere

Ansprache — erkläre ich, daß ich vollkommen vertraue auf die männliche Entschlossenheit des Palatins der die Angelegenheit zu ordnen versprochen, und hoffe, daß er sein Wort baldigst einlösen werde. Geschieht dies aber nicht, dann mögen die Urheber dieses Streichs auch dessen Folgen verantworten!“

In Folge dieser Rede wird, ganz im Sinne derselben, folgender Beschluß des Hauses ausgesprochen: „Die Stände, indem sie jenes königliche Wort Sr. Majestät . . . in welchem er in die Bildung eines verantwortlichen unabhängigen ungarischen Ministeriums gewilligt, als heilig und unverleßlich betrachten, können in all' dem was dieses königliche Wort im geringsten beeinträchtigen würde, der Nation und dem Thron gegenüber nur ein tolles Spiel erblicken, das die Ueberreste eben jener Bürokratie treiben, welche die Zukunft der unter der Herrschaft des Hauses Oestreich vereinigten Völker aufs Spiel setzt; tollkühn im vollen Sinne des Ausdrucks, denn die Heiligkeit des gegebenen kön. Wortes kann nicht in Zweifel gezogen werden, ohne daß auch die Treue gegen den König darunter leide. . . . Trotz all' dem, vertrauend der festen, entschiedenen Erklärung Sr. k. k. Hoheit des Palatins, wonach er bei Sr. Majestät zu erwirken versprach, daß das Gesetz über das verantwortliche Ministerium so beschaffen sein werde, wie dessen Zustandekommen nöthig zur Beruhigung der Nation, und wonach er von der sofortigen Lösung dieser Frage seine eigene Stellung abhängig machte; vertrauend ferner darauf, daß über den königlichen Willen nicht solche Individuen den Sieg davontragen werden, welchen über das Schicksal des Landes zu verfügen sie weder das Recht noch den Beruf zuerkennen: erwarten die Stände binnen möglich kürzester Zeit den Erfolg der vom königlichen Statthalter Palatin freiwillig mit edler Seele angebotenen Intervention in jener entschlossenen Stimmung, welche die über dem Vaterlande schwebenden gewichtigen Augenblicke erheischen.“

Die in den Schlußworten dieser Erklärung und in denen der Kossuth'schen Rede gelegene Drohung, an sich ziemlich klar, erhielt eine schlagende Deutlichkeit durch die Rüstungen der pressburger Ju-

gend, welche, falls der Palatin unverrichteter Dinge zurückkäme, nach Wien gehen und dort das Gewünschte mit bewaffneter Hand erzwingen wollte, wie durch die bedrohlichen, theils sogar republikanischen Demonstrationen in Pest, wo M. Perczel auf unverzügliche Einberufung eines Nationalkonvents nach Pest antrug und der Antrag ernstlich verhandelt wurde. Mehr durch diese Demonstrationen, welche bei Kossuth's entschiedenem Auftreten sehr ernstliche Folgen haben konnten, erschreckt, als durch Erzherzog Stefan's Gründe überzeugt, mußte man in Wien abermals nachgeben und das früher Gewährte ungeschmälert belassen. Es war dieser Zwischenakt welcher zwischen der Bewilligung und der Bestätigung eines ungarischen Ministeriums fiel, nur eine getreue Wiederholung jenes schmachlichen Spiels, das zwischen dem Abend des 14. und dem des 15. März mit den Wienern getrieben worden, denen der Hof — indem er am Morgen des zweitgenannten Tages die Residenzstadt gewissermaßen in Belagerungszustand erklärte und den brutalhochmüthigen Fürsten Windischgrätz zum unumschränkten Kommandanten aller Truppen und der Stadt ernannte — all' das wieder entreißen wollte, was er gestern Abend bewilligt, und was er, von der unerwarteten Aufregung erschreckt, am nächsten Abend abermals und in ausgebehnterer Weise bewilligen mußte. Gleiche Ursachen erzeugen aber immer gleiche Wirkungen. Und so konnte auch in Pressburg wie früher in Wien nur ein von nun an unvertilgbares Mißtrauen in die Absichten des Hofes die einzige Folge des ebenso unredlichen als unklugen Spiels sein. Dieses Mißtrauen, das durch solche Schritte selbst manchen Loyalen fast aufgenöthigt wurde, wie tief mußte es sich erst in dem Herzen eines Mannes wie Kossuth einnisten, der die jüngste Vergangenheit so wenig vergessen und aus der ältern ungarischösterreichischen Geschichte so viel gelernt hatte, daß er selbst im Wonnentaumel der Idus des März nicht übergläubig sein konnte?

Das königliche Schreiben vom 31. März das der Palatin herabbrachte und das noch am selben Tage in der Reichsversammlung verlesen wurde, gewährte zwar das Verlangte, war jedoch ebenfalls in jenem zweideutigen Stil abgefaßt, der von dem Widerwillen oder



den unlautern Hintergedanken zeigte, mit dem es abgefaßt worden. Nicht nur Kábfale, wie L. Kábfará und Fr. Kúbfny, auf dem Reichstag, nicht nur die meisten Mitglieder des pesther Sicherheitsausschusses, fanden es unbefriedigend; selbst der gemäßigte und friedliebende Deák konnte die Bemerkung nicht unterdrücken, daß das bisher Gegebene nur eine Form sei der erst die Nation wahres Leben zu verleihen habe, von deren Kraft und Entschiedenheit es allein abhängt, das Gewonnene frucht- und segensreich zu machen. Kossuth's scharfem Blick konnte die in den Rosengebüsch der schönen Lebensarten verborgene Schlange der Intrigue weniger als irgend einem Andern entgehen. Aber auch er sprach versöhnend und beruhigend; wol geleitet von der Ansicht, daß es genüge, nur einmal den Rechtsboden gewonnen zu haben, und daß, auf diesem fußend, die ungarische Nation wie jener Riese bei Berührung der Muttererde unüberwindlich sein werde. Und bei seinem glühenden Verlangen nach Aufrechthaltung des Friedens, weil er unter dessen Schirm mit Hilfe der Märzjugendrüffe sein Vaterland bald groß und glücklich zu sehen hoffte, konnte Kossuth nur besänftigend und mäßigend wirken, sobald von oben herab die geringste Geneigtheit gezeigt wurde, dieser friedlichen Absicht mit ähnlicher Gefinnung entgegenzukommen und Ungarns gutes Recht zu achten.

„Bei Erwägung dieser Umstände — so spricht er sich hierüber am 31. März aus, nachdem er die obwaltenden Verhältnisse, und besonders seine eigene Stellung zu denselben, mit einigen kurzen Zügen treffend charakterisirt — bei Erwägung dieser Umstände blickte ich in den innersten Schacht meiner Seele, und schöpfte die freie Ueberzeugung, daß wenn ich niedrig genug sein könnte, bei den glorreichen Errungenschaften, die wir in Händen haben, aus bloßer Machtlüsternheit oder Sucht nach Einfluß, den Zunder des Bürgerkriegs unter das nach Wolsfahrt schwachtende Volk zu schleudern, ich eine solche Verantwortung auf meine Schultern laden würde, die keine Sühne der Welt wieder ausgleichen könnte. Denn mit dem Blute der Völker unnütz spielen, ist ein solches Verbrechen, für welches noch keine Strafe über den Sternen angeschrieben steht! Wenn ich daher die

Sache von diesem Gesichtspunkte auffasse und die Nation allein als den Lenker ihrer fernern Schicksale erkennend, selber vor dem Gedanken zurückschrecke, daß vielleicht wegen der Nichterfüllung einiger meiner Lieblingswünsche Bürgerblut in Ungarn fließen könnte: so, glaube ich, darf man auch von einem Jeden der entweder hier in unserer nächsten Mitte oder außer diesem Kreise sich befindet, die Meinung und die Ueberzeugung hegen, daß er sich des Verbrechens klar bewußt werden wird, welches darin liegt, durch Wort oder That den Bürgerkrieg anzufachen. . . . . Dies habe ich erkannt, und mich im Innersten meines Herzens überzeugt, daß so wie Alles was wir errungen haben, eitel Schemen wäre, ohne Folge und Bedeutung, wenn die Nation nicht die Kraft und Energie besäße, es zur Wirklichkeit heranreifen zu machen, so wird wieder umgekehrt, wenn diese Kraft in der Nation lebt, jene Besonnenheit und jenes edle Maas all' ihre Thaten bezeichnen, welche für ewige Zeiten die sicherste Gewähr und Garantie jeder glücklich eroberten Freiheit sind."

"Die Nation — so schließt er seine nach beiden Seiten zum Frieden ermahnende Rede — die Nation kann freier und glücklicher sein als je. Sie steht am Morgen ihrer Größe und hat von der Vergangenheit Nichts zu beneiden. Und wenn Oesterreich, sowie es jetzt begann, sein Wort vollends einlöst, dann wird es einsehen, daß es durch die sogenannten Konzessionen Nichts verloren sondern an Festigkeit gewonnen habe."

In demselben Geiste ist auch die Dankrede gehalten welche er am 1. April im Namen des Reichstags an den Palatin für dessen Bemühung um Erlangung und Bewahrung der Märzzugeständnisse richtet. „Endigen — ruft er dem patriotischen Prinzen unter Andern zu — endigen Ew. königliche Hoheit mit derselben edlen Entschlossenheit, was noch zu thun übrig bleibt. Werden Sie Vermittler bei dem Könige, daß man die Rechte der Staatsbürger nicht durch kleinliche Zögerungen trübe, wie die Stimmung einer allgemeinen begeisterten Zufriedenheit. Vertreten Ew. königliche Hoheit vor dem

Throne jene heilige Wahrheit, daß die möglichst große Zahl der Zufriedenen die beste Stütze der Stabilität, und daß jener Thron der unerschütterlichste, dessen Grundfesten die Treue der, durch Freiheit in Eins verschmolzenen Millionen bildet. . . . . Und wenn wir die wichtigen Aufgaben des gegenwärtigen Reichstags beschließen. . . . . dann mögen sich Ew. königliche Hoheit durch den Gedanken gehoben fühlen, daß, seit Ungarn frei, selbstständig und glücklich geworden, auch die Dynastie Ihres Oheims, unseres Königs, an Ruhm und unerschütterlicher Macht reicher geworden denn je. Nicht der König, nicht Ew. königliche Hoheit werden sich in der Nation täuschen“. . . . . Desto schmähhlicher fand sich aber nur zu bald die Nation in ihrem Vertrauen auf jene Dynastie getäuscht, welche der Warnungsstimme eines Wolmeinenden gewaltsam ihr Ohr verschloß. Und Kossuth konnte wol schon jetzt mit jenem muthigen Ostpreußen, dem Verfasser der „Vier Fragen“, ausrufen: „Das ist der Könige Unglück, daß sie die Wahrheit nie hören wollen!“ . .

Die wenigen Tage welche dem Reichstag nach der abermaligen Ausöhnung mit dem wiener Kabinet noch beschieden waren, vergingen, wenigstens dem Anschein nach, im Frieden und besten Einverständniß, und wurden größtentheils zur Revidirung und Authentizirung früherentworfener Gesetzesvorschläge benützt. Kossuth's Theilnahme an diesen Aprilverhandlungen, namentlich an der Debatte über Municipalfreiheit und ministerielle Verantwortlichkeit (2. und 3. April) wie an Einführung der serbischen Deputation, wurde schon früher gedacht. Friedlich wie der Verlauf dieser Verhandlungen war auch der Schluß des Reichstags, der am 11. vom König selbst vollzogen ward, mit der Aeußerung, daß er „der treuen ungarischen Nation vom Herzen Glück wünsche, denn in diesem finde er das seinige“. Der Reichstag ging auseinander, und das beim Reichstagschluß feierlich bestätigte Ministerium langte am 14. April 1848, mit Pomp empfangen, mit Jubel begrüßt, in Budapest an, um hier im Herzen des Landes seine schwere Wirksamkeit zu beginnen.

## IV.

Kossuth ist Mitglied dieses — wie es sich gerne nennt — „ersten unabhängigen verantwortlichen Ministeriums“. Ihm ist das Finanzportfeuille zugefallen. Der Agitator ist nun in einen Regierungsmann umgewandelt. Er soll jetzt den geräuschvollen Reichstags- und Komitatsaal mit dem stillen Bureau, die offene männliche Sprache des Tribuns mit den Kunstausdrücken des Diplomaten vertauschen; eine schwierige Aufgabe für einen Mann, dessen Lebenselement bisher die Oeffentlichkeit, dessen Hauptwaffe die Wahrheit und Ungefehmtheit seiner Rede gewesen!... Er hatte sich anfangs gegen den Eintritt ins Ministerium gestraubt, und sogar seinen unter ganz andern Verhältnissen geleisteten Deputirteneid, welcher ihm die Uebernahme eines Amtes verbiete, als Hinderniß geltend machen wollen. Seine Sender enthoben ihn freudig dieses Eides, und Szentkirályi bemerkte ihm so witzig als richtig: er habe es nur abgelehnt, ein Kutschengaul der Regierung, was im Vormärz jeder Beamte gewesen, nicht aber selbst Kutscher zu werden. Kossuth begründete seine Weigerung mit der Scheu vor dem Amte überhaupt. Das Gerücht sagte: er habe die Präsidentsur oder wenigstens das Portfeuille des Innern angestrebt, das ihm aber Batthyány nicht anvertrauen gewollt. Das Wahrscheinlichste ist, daß er im voraus die Schwierigkeiten richtig würdigte, die von seiner Stellung in einem Batthyány-Ministerium fast unzertrennlich waren, und daß er lieber frei bleiben wollte, um bei einer etwaigen falschen Richtung Batthyány's, die er bei seiner genauen Kenntniß von Charakter und Gesinnung des Präsidenten wol voraussehen mochte, seine alte Rolle wieder aufnehmen und an die Spitze der Opposition treten zu können. Je mehr aber Kossuth seine Freiheit zu erhalten strebte, desto mehr mußte Batthyány sie fürchten. Auch war Dieser vollkommen im Rechte, wenn er behauptete, daß unter den obwaltenden Verhältnissen ein Ministerium ohne Kossuth geradezu unmöglich sei; denn ein solches hätte durch diesen Umstand

schon im voraus das Vertrauen der, den „Befreier“ fast abgöttisch verehrenden Nation verwirkt. . . . Von Batthyány und der Volksstimme gebrängt, und geleitet von dem Wunsche: womöglich zur Erhaltung des Friedens und zur Festigung der neuen Zustände mitzuwirken, übernahm Kossuth das ihm zugewiesene Portfeuille.

Seine Befürchtung bewahrheitete sich nur zu rasch! Kossuth und Batthyány, wiewol alte Freunde und Kampfgenossen auf dem Gebiete der Opposition, paßten durchaus nicht in Ein Ministerium. Und die Verschiedenheit zwischen den Ansichten und Plänen dieser Männer, deren Einer durch seinen hohen Posten, der Andere durch seine Volksthümlichkeit zur Führerrolle berufen waren, bildet den eigentlichen Angelpunkt, um welchen sich während der nächstfolgenden Monate die Geschichte der ungarischen Bewegung drehet. Um diese und namentlich Kossuth's Verhalten und Wirken in den Sommermonaten genau beurtheilen und richtig würdigen zu können, ist es daher unumgänglich nöthig, seinen Amtsgenossen und doch Antagonisten näher kennenzulernen; und zwar nicht bloß seiner politischen Gesinnung, sondern auch seiner Vergangenheit, seiner gesellschaftlichen Stellung und seinen Familienverhältnissen nach, da eben Diese es waren, welche seine politische Richtung noch im Nachmärz bestimmten und die Differenz zwischen ihm und Kossuth zur fast unabweisbaren Nothwendigkeit machten. . . .

Die Familie Batthyány, eine der reichsten Ungarns da sie allein im eisenburger Komitat elf Herrschaften besitzt, zu deren einer 56, zu einer andern 48 Ortschaften gehören, zählt zu den ältesten und angesehensten Familien im Lande. Sie führt ihren Stammbaum auf Ders zurück, einen der sieben Mitanzführer Arpád's beim Einfall der Magyaren in Pannonien; und hat im Laufe der Jahrhunderte dem Lande viele wackere Helden und ausgezeichnete Staatsmänner gegeben, und sich namentlich seit der ungarischösterreichischen Union durch unerschütterliche und stets opferwillige Loyalität ausgezeichnet. Im Jahre 1630 wurde dafür Adam Batthyány in den Grafenstand erhoben; seine beiden Söhne, Kristof und Paul, wurden die Begründer der noch jetzt lebenden zwei Linien, von denen die erstere 1764 die

Fürstenwürde erlangte. Der Ban und Kommandant in Bosnien, Graf Balthasar Batthyány; der Reichsschatzmeister und Oberkommandant in Ungarn, Benedikt Batthyány, beide unter Ladislaus II.; Franz Batthyány, Reichsschatzmeister und Anführer in der mohácscher Schlacht; Adam Batthyány, Ban und Obergeneral gegen Tököly und Rákóczy; der auch in der Gelehrtenrepublik rühmlich bekannte Josef Batthyány, Kardinal und Fürstprimas von Ungarn; Ludwig Batthyány, Großonkel des ersten ungarischen Ministerpräsidenten, von M. Theresia 1751 zum Palatin erhoben und allgemein der „weise Palatin“ genannt; und endlich — um viele Andere nicht zu erwähnen — der Ban und Feldmarschall Karl Batthyány, gehören zu den bedeutendsten Männern der ungarischen Geschichte und werden im Angedenken der Nation ewig fortleben. Noch mehr als Diese schuldet ihnen aber das Haus Habsburg. Dem obgenannten Franz Batthyány ist vorzugsweise die nach der mohácscher Schlacht erfolgte Uebertragung der ungarischen Krone auf Ferdinand I. zu danken. Adam Batthyány erhielt im rákóczy'schen Aufstande Kroatien und das rechte Donauufer dem Hause Oestreich. Karl Batthyány, später zum Erzieher Josefs II. und 1764 zum Fürsten erhoben, zeichnete sich schon unter Prinz Eugen, dann unter Karl III. und im Erbfolgekrieg vortheilhaft aus, wo er durch seine Siege über Franzosen und Baiern den Frieden zu Füßen erwirkte, sowie ers auch war, der Vieles zum Abschluß der pragmatischen Sanktion beitrug und die Nation später zu dem berühmten Schwur: „Blut und Leben für unsern König M. Theresia“, bewog. . . . Die Familie Batthyány hat sich sonach auf dem Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung wie auf dem Schlachtfelde glänzende Verdienste um Nation und Thron und die gerechtesten Ansprüche auf Beider Dankbarkeit erworben.

Der Vater unseres Ludwig, der kaiserlich königliche Kämmerer Johann Nepomuk Batthyány, gehörte jedoch keineswegs zu den Zierden seines Stammes. Geistesbeschränktheit und ebenso unliebenswürdige als unadelige Eigenthümlichkeiten verschuldeten es, daß er trotz seines glänzenden Stammbaumes doch im österreichischen Heer, wo er bis zu seinem fünfzigsten Jahre diente, nur zur Rittmeisterstelle

gelangte, später auch diese Stelle aufgeben und ins Privatleben zurücktreten mußte. Er suchte in der Ehe Erholung von den überstandenen Kriegsmühsalen, und heirathete ein junges, schönes und geistreiches aber geldarmes Edelsräulein, das an der Seite des reichen aber geizigen, dabei noch alten und launenvollen Mannes eben nicht die glücklichsten Tage verlebte. Ihre Prüfungszeit währte jedoch nicht lange. Nachdem sie ihrem Gemal einen Knaben und ein Mädchen geschenkt, starb dieser im achten Jahre ihrer Ehe und hinterließ die Frau als Vormünderin der Kinder und unumschränkte Verwalterin des Vermögens.

Die freigewordene junge Magnatenwitwe wollte jetzt die Lebensfreuden in vollen Zügen genießen; und was der geizige Gemahl Jahrzehnte hindurch gespart, wurde auf Neubauten, prachtvolle Gärten, Sammlungen, glänzende Feste und kostspielige Reisen verwendet. Die genussüchtige Gräfin konnte bei dieser zerstreuvollen Lebensweise nur wenig Aufmerksamkeit der Erziehung ihrer Kinder zuwenden, und überließ diese ganz dem Hofmeister. Der Knabe Ludwig, geb. 1809 in Presburg, zeigte als Kind ein wildes ungestümes Temperament, zog Reiten und Jagen dem Lernen, den Stall der Studierstube vor, hörte wenig auf die Ermahnungen des Hofmeisters und war auch der Mutter gegenüber nicht sehr ehrerbietig und folgsam. Sie fand es deshalb gerathener, ihn aus dem Hause zu entfernen, und gab ihn zur Erziehung nach Wien in das Klinghoffer'sche Institut, eine Art Ritterakademie, geleitet von einem talentlosen und geistbeschränkten Kopfhänger, und darum nur geeignet, alle Unarten des aristokratischen Wesens in dem schönen Jüngling zur Reife zu bringen. Die Bekanntschaft des als Uebersetzer Chateaubriand's bekannten Dr. Neurohr, welche der junge Graf in den Salons der Donnerstagabende bei Fr. Schlegel machte, übte schon jetzt auf den Jüngling und auch später auf den Mann einen wolthätigen Einfluß.

Im sechzehnten Lebensjahre kam Ludwig als Kadet beim Regiment Wallmoden nach Italien, wo er bald Lieutenant wurde. Der allgemeine Friede bot ihm Gelegenheit zum unge störten Lebensgenuß,

woran die militärische Disziplin den reichen Magnatensohn nicht hinderte; eben so wenig als der geringe Jahresgehalt den ihm die Mutter aussetzte, da er Wucherer genug fand, die ihm in Hinblick auf seinen einstigen Reichthum, trotz seiner jetzigen Minderjährigkeit Hunderttausende, freilich für eine zwei- bis dreifach höhere Schuldverschreibung, vorstreckten. . . . Dabei wurde aber auch die Geistes- und Herzensbildung nicht ganz vernachlässigt. Das herrliche Venedig in dessen Nähe der Graf stationirt war, übte auf sein empfängliches Gemüth einen erhebenden und veredelnden Einfluß, und flößte ihm für Kunst und Wissenschaft wie für Geistesstreben überhaupt jenes lebhafteste Interesse ein das er später so glänzend bethätigte.

Die Mutter hatte inzwischen ihr glänzendes Leben auf Reisen, in den Hauptstädten Europas, in ihrem Winterpalast zu Wien und in ihrer Sommerresidenz zu Iservár fortgesetzt, und sich dadurch auch in große Schulden verwickelt. Theils um sich dieser zu entledigen, theils aus Gefälligkeit gegen den Prinzen Ferdinand d'Este der auf seinem benachbarten Gute Sárovár den Sommer zu verleben pflegte und zu der Gräfin seit langem in einem mehr als nachbarlichen Verhältnisse stand, wollte ihm diese das Stammgut der gräflichen Familie, Iservár, käuflich überlassen. Ludwig, der damals in Padua stand, wendete sich, hievon benachrichtigt, an Dr. Neurohr in Wien, mit dem Ersuchen: er möge diesen illegalen Akt zur Kenntniß des höchsten Gerichtshofes, der ungarischen Hofkanzlei in Wien, bringen und bezüglich hintertreiben. Die Hofkanzlei rekurrierte an Kaiser Franz I., weil ein Prinz in den Handel verwickelt war. Franz befahl jedoch, der Gerechtigkeit ihren Lauf zu lassen. Der Kaufkontrakt wurde vernichtet, der inzwischen heingekehrte Ludwig, wiewol erst einundzwanzigjährig, für majoren erklärt und in seine Erbschaft eingesetzt, der Mutter hingegen als Witwenitz das Familiengut Schleuning angewiesen, wo sie bald starb.

Zu 21 Jahren unumschränkter Gebieter über ein unermeßliches Vermögen und Erbe eines glänzenden Namens, wollte Graf Ludwig den Glanz des Leptern noch durch eigenes Verdienst erhöhen. Auf Neurohr's Zureden wendete er sich der Politik zu, nachdem er die mi-



litärische Laufbahn ganz aufgegeben. Er erfaßte die neugewählte Aufgabe mit dem ganzen Feuereifer seines sanguinischen Temperaments, sammelte eine bedeutende staatswissenschaftliche Bibliothek, studirte mit Fleiß und Eifer, besuchte oft die Komitatsversammlungen und wendete seine ganze Aufmerksamkeit den öffentlichen Angelegenheiten zu. Eine Reise welche er um diese Zeit mit seiner jungen Gemahlin, der schönen und überausreichen Gräfin Antonia Zichy, durch den Orient und fast durch ganz Europa machte, trug Vieles zur Erweiterung seiner Kenntnisse und Läuterung seiner Ansichten bei. Nach der Heimkehr lebte er theils in Wien, theils zu Ikervár das er glänzend restauriren ließ, wo er auch eine Zuckerfabrik und großartige Maulbeerbaumpflanzungen anlegte, dabei ein fürstliches Leben führte, verherrlicht durch Feste die zu den glänzendsten zählten und sein Schloß bald zu einem der gesuchtesten in Ungarn machten.

Der Graf welcher sich bisher noch kein bestimmtes Ziel seiner politischen Wirksamkeit auserkoren und anfangs mehr an irgend einen hohen Gesandtschaftsposten als an heimische Wirksamkeit gedacht, wurde bald mit hineingezogen in das rege politische Leben und nationale Streben das Ungarn seit 1825, besonders seit dem langen Landtag von 1832<sup>3</sup>/<sub>8</sub>, begonnen. Vorzüglich war es, aber die allgemeine Volksthumlichkeit und der europäische Name die sich Graf St. Széchenyi durch sein patriotisches und liberales Wirken erworben hatte, was den jungen ehrgeizigen Batthyány zu gleicher Thätigkeit anspornete. Er schloß sich enge den Führern der liberalen Partei an, die ihm als dem geistigbegabten Träger eines geschichtlichen Namens, dem geachteten Haupt einer der vornehmsten Familien und dem opferwilligen Gebieter über ein großes Vermögen, freudig ihre Arme öffneten. Beim Zusammentritt des Reichstags von 1839<sup>39</sup>/<sub>40</sub> wirkte Batthyány schon energisch für die Wahl liberaler Deputirten, und begann auch, um an der Magnatentafel durchs Wort wirken zu können, unter Baron L. B. Horváth's Leitung die bei seiner deutschfranzösischen Erziehung ganz vernachlässigte Nationalsprache zu studiren. Jedoch während dieses Reichstags ihrer noch nicht vollkommen mächtig, enthielt er sich des Auftretens als Redner und wirkte mehr außerhalb der

Reichstagshallen, vorzüglich in dem durch ihn zustandegebrachten Oppositionsklub. Das Land sollte ungetheilten Beifall dem thatkräftigen und patriotischen Wirken des Sohnes eines altberühmten Geschlechts. Batthyány sog in langen Zügen das süße Gift der Popularität ein, wurde dadurch zum Beharren und Fortschreiten auf der eingeschlagenen Bahn ermuthigt, brach mit allen frühern Freunden die nicht auch Gefinnungsgegnossen waren, schloß sich der liberalen Partei und der nationalen Sache immer fester an, und war auch der erste hohe Magnat der seine Winterresidenz von Wien nach Pest verlegte und dadurch auch äußerlich den Uebergang vom Thron zur Nation, von Oestreich zu Ungarn, manifestirte.

Sein Ansehen und Einfluß stieg dadurch täglich, nicht nur bei seiner eigenen Partei sondern im ganzen Lande, und auch die Regierung bemühte sich, wiewol vergeblich, ihn zu gewinnen. Der alte Palatin Josef pflegte fleißigen Umgang mit dem liberalen Magnaten; der Erzherzog Stefan und andere Mitglieder der königlichen Familie erschienen bei den Festen des Grafen zu welchen kein Konservativer Zutritt hatte. Batthyány hielt trotz dieses Entgegenkommens treu zu seiner Fahne und erschien auf dem Reichstag von 1843/4 bereits als eines der bedeutendsten Mitglieder oder eigentlicher als das Haupt der Magnatenopposition, in deren Sinn er sowol hier als nach Schluß des Reichstags auf sozialem Gebiete energisch wirkte. Seine wenn auch nicht tiefe doch ausgebreitete encyklopädische Bildung, sein heller Geist, vorzüglich aber seine Reifeerfahrungen, ließen ihn die Mängel und das Zurückbleiben des Vaterlandes richtig erkennen; und er schenkte deshalb jenen Bestrebungen durch welche die Fortschrittspartei auf geistigem und materiellem Gebiete diesem Uebelstande abzuhelpfen suchte, die thätigste Theilnahme, die eifrigste Beförderung und die freigebigste Unterstützung. Der Schutz, der pester Industrie, der Fabrikbegründungs-, der Handelsverein und ähnliche Unternehmungen fanden an ihm einen eben so eifrigen als thätigen Gönner; sowie andrerseits die Akademie, das Nationaltheater und überhaupt die keimende Nationalliteratur und Kunst, in ihm einen edlen Mezenas hatten. Bei den freiheitsfeindlichen Maßregeln welche die Re-

gierung zu Ende des Jahres 1844 zu ergreifen begann, wendete sich auch Batthyány's Thätigkeit vorzüglich den politischen Tagesfragen zu. Kein Magnat griff den neuen Reichskanzler so offen an, keiner wies so kräftig auf die Widergeseglichkeit des Administratorenthums hin, als dies von Batthyány in den pester Komitatsversammlungen geschah.

Diese vielseitige und entschiedenoppositionelle Wirksamkeit brachte Batthyány, der als Präsident des leitenden Zentralausschusses das sichtbare Haupt der Opposition war, auch mit Ludwig Kossuth, ihrem bewegenden Geist, in nähere persönliche Berührung. Als dieser 1840 seine Agitation auf journalistischem Gebiete begann, war ihm Batthyány nichts weniger als befreundet, und sah in ihm nur einen ehrgeizigen allesüberstürzenden literarischen Proletarier. Die Zeit belehrte ihn bald eines Bessern. Und indem einerseits Batthyány durch das reaktionäre Treiben der Regierung immer weiter nach links gedrängt, andererseits Kossuth, seitdem er die Journalistensefeder niedergelegt und sich der praktischen Thätigkeit zugewendet hatte, durch die Natur der Sache zum mäßigeren Vorschreiten genöthigt wurde, ergab sich die Annäherung und das Zusammenwirken von selbst. Ob auch ein völliges Einverständnis in den Grundsätzen? . . . Wir können wol dem Leser selbst die Beantwortung dieser Frage anheimstellen. Wir ließen bisher nur die nackten Thatfachen aus Batthyány's Leben sprechen, weil wir glauben, daß auch politische Grundsätze und Ansichten, so sehr man sie als ein reininnerliches Gut betrachten und darum jeder äußern Beeinflussung entrückt glauben mag, doch gewöhnlich mehr oder minder das Ergebnis der Lebensverhältnisse des Betreffenden sind. Und zeigen wir hier dem Leser eines armen Landebelmannes Sohn, der die ersten Eindrücke im Hause eines patriotischen und liberalen Freiherrn erhält, seine Jugendjahre auf einem echtmagyarischen Kollegium und in magyarischen Komitatshallen, seine ersten Mannesjahre auf dem Reichstage in patriotischliterarischer Thätigkeit und im Märtyrertum für diese hinbringt, die er, kaum frei geworden, mit erneuertem Eifer aufnimmt und ganz seinem Vaterlande lebt über dessen Grenzen er nie zehn Meilen weit hinausgekommen; — zeigen

wir ihm dort den Sproßling einer altberühmten und überreichen Magnatenfamilie, der seine erste Erziehung von einem französischen Hofmeister und an einer deutschen Ritterakademie erhält, seine Jünglingsjahre unter dem Himmel Capuas, seine ersten Mannesjahre auf kostspieligen dem Genuß gewidmeten Reisen durch eine halbe Welt und unter fürstlichen Festen auf seinem Schlosse verlebt, und erst spät die patriotische Thätigkeit sich erwählt und mit den heimischen Zuständen sich bekannt zu machen, anfängt; . . . führen wir dem Leser diese zwei Bilder vor, so muß er wol unwillkürlich auf den Gedanken gerathen, daß jene zwei Männer, deren frühere Lebensbahnen soweit von einander ablagen, auch wenn sie späterhin Einen Weg wandeln und Einem Ziele nachzustreben scheinen, nie und nimmer in ihren Grundsätzen und Ansichten vollkommen übereinstimmen können, vielmehr früher oder später aber jedenfalls unvermeidlich die zwischen ihnen obwaltende Verschiedenheit zum Durchbruch kommen muß.

Mit mannichfachen, theils durch die geänderten Zeitverhältnisse, theils durch Charakter und Stellung der beiden Männer, bedingten Abweichungen erneuerte sich im Wesentlichen zwischen Batthyány und Kossuth dasselbe Verhältniß, das einst zwischen Graf St. Széchenyi und Baron Nikol. Wesselényi obgewaltet. Wie Jene in den ersten zwanziger, so übersahen oder ignorirten diese in den ersten vierziger Jahren die zwischen ihnen obwaltende Differenz, zu deren Geltendmachung sich ohnehin noch keine Gelegenheit bot; und suchten einstweilen Dasjenige was Beide wünschten, gemeinschaftlich anzustreben. Die beiden Männer waren einander unentbehrlich, und darum schlossen sie ein enges Schutz- und Trugbündniß. Kossuth brauchte den Grafen, um der liberalen und nationalen Bewegung durch Namen von Ansehen und Klang mehr Geltung zu verschaffen, und für sie in den hohen Regionen der Magnatenwelt Propaganda zu machen, während Batthyány seinerseits Kossuth's eminentes Talent und dessen rastlose Thätigkeit bestens zu nützen suchte, weshalb er auch unter Andern eifrigst für dessen Wahl in die Reichsversammlung von 1847/8 agitirt hatte, wo sie Hand in Hand wirkten, indem Kossuth an der Ständes-, Batthyány an der Magnatentafel die Opposition leitete.

Es kamen die Februartage in Paris und ihnen folgten die Märztag in Wien und Pressburg. Die Opposition erlangte was sie seit Jahrzehnten gewünscht, aber kaum zu hoffen gewagt: eine selbstständige ungarische Regierung. Graf L. Batthyány, der glänzendste Name in den Reihen der Liberalen, Führer der Magnatenopposition und Präsident des Oppositions-Zentralausschusses, wurde zum Haupt der neuen Regierung ernannt. Und als er beim Antritt seines schweren Amtes den Reichstag um Vertrauen bat, scholl ihm aus tausend Reihen der einstimmige Ruf entgegen: „Sie besitzen es im vollen Maße!“ Der hier ertönte Ruf fand Wiederhall im ganzen Lande und war kein erheuchelter. Die Freude über Batthyány's Ernennung zum Ministerpräsidenten war in diesem Moment wirklich allgemein und tiefgeföhlt. Seine Partei jubelte, ihren alten Präsidenten an der Spitze der Geschäfte zu sehen; die Aristokratie freute sich, daß diese hohe Würde doch einem Magnaten und nicht etwa einem „Advokaten“ oder „Zeitungs-schreiber“; die Konservativen, daß sie dem liberalen aber gemäßigten Grafen und nicht dem radikalen Agitator zugetheilt worden; das Volk hoffte alle seine Beschwerden allsobald erledigt und seine Leiden geheilt zu sehen, da die Landesregierung jetzt von einem Magyaren geleitet werde, einem Manne, dessen Vaterlandsliebe, Freisinnigkeit und Energie über allen Zweifel erhaben sei. . . .

Aber Alle, eben so er selbst, täuschten sich in Batthyány. Mit mehr Recht als in irgend einem andern Lande war bisher in Ungarn die liberale Partei als „Opposition“ bezeichnet worden; denn durch die eigenthümliche Verbindung des pseudokonstitutionellen Ungarns mit dem wahrhaftabsolutistischen Oestreich war es jener Partei, mochte sie auch Sieg auf Sieg erringen und die ganze Nation hinter sich haben, doch unmöglich, je ans Staatsruder zu gelangen, und sie mußte sich daher, wenigstens in den politischen Fragen, rein aufs Regiren und Opponiren beschränken. Führer einer solchen Partei konnte Derjenige sein, der genug Einsicht besaß um Recht und Unrecht gehörig zu unterscheiden, genug Muth um das entdeckte Unrecht offen als solches zu brandmarken und zu bekämpfen, genug Ansehen, um die Gleichgesinnten zu gemeinsamem Wirken zu vereinen, genug Ener-

gle um in diesem Tantaluskampf nicht zu ermüden. All' diese Eigenschaften besaß Batthyány und ihnen hatte er die geschickt durchgeführte Rolle des Parteichefs verdankt. In dem Augenblick aber wo es nicht mehr galt, bloß das Bestehende zu bekämpfen — denn dies hatte der Westwind weggesegelt — sondern mit schöpferischer Kraft an dessen Stelle ein Neues zu setzen, wo nicht mehr der Muth des Parteichefs sondern das Genie des Staatsmannes erfordert wurde um das endlich flottgewordene Schiff durch alle Klippen und Sandbänke glücklich durchzuführen, wo der kleine, bisher hinter dem Bollwerk des Corpus juris geführte Guerillakampf beendet war und man auf dem neugewonnenen Rechtsboden festen Fuß fassen und hier jeden Angreifer mit offener Stirne zurückschlagen sollte: da stand Batthyány an den Grenzen nicht nur seines Könnens, sondern auch seines Willens. Er war ein liberaler Magnat, aber ihm fehlte das schöpferische Genie des Staatsmannes wie die Energie des Revolutionärs; und zum Unglück für das Land und für ihn selbst erlangte er die höchste Macht eben in jenem Zeitpunkte den zu beherrschen seine geistige Kraft durchaus nicht genügte.

Batthyány war von dem Sieg seiner eigenen Partei, den er in solcher Ausdehnung kaum je zu hoffen gewagt, vielleicht auch nicht gewünscht, vollkommen überrascht, und dieses Ueberraschtsein trübte ihm den klaren Blick. Der ganz Europa durchtobende Sturm habe — so meinte er — die politische Atmosphäre von allen Giftdünsten gereinigt, an die Stelle der alten Diplomatie und Ränkesucht — Offenheit und Ehrlichkeit gesetzt, die Kabinete urplötzlich in Tempel der Redlichkeit, die Regierungsmänner in Apostel der Wahrheit, und die Fürsten in wahrhafte Volksfreunde umwandelt. Und jener Mann der aus der dreihundertjährigen ungarischösterreichischen Geschichte zur Genüge die Gesinnung und das Verfahren des wiener Kabinetts gegen Ungarn kannte, der selbst seit zehn Jahren unablässig gegen das verfassungswidrige und freiheitsfeindliche Treiben dieses Kabinetts angekämpft, wurde jetzt unstaatsmännisch naiv genug, an eine plötzliche Sinnesänderung zu glauben und das vollste Vertrauen auf die Redlichkeit und die Zusagen eines Kabinetts zu setzen, für dessen Unglau-

benswürdigkeit und Treulosigkeit die ungarische Geschichte vom 29. August 1526 bis zum 15. März 1848 nur Eine Kette von Belegen bildete. . . . Und daher seine so folgenschwer gewordene Politik der Offenheit und Nachgiebigkeit jenen Männern gegenüber deren Entgegenkommen nur das Ergebnis augenblicklicher Schwäche war, welche die weiße Friedensfahne nur darum erhoben um mit ihr eine Zeit lang die neuen Rüstungen zu maskieren . . . . .

Wenn schon diese Kurzsichtigkeit des Grafen ihn verhinderte, die Verhältnisse so klar wie Kossuth zu überschauen und hiedurch eine Differenz zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister eintreten mußte, so wurde diese noch durch zwei andere Umstände wesentlich gesteigert. Jener Mann der sich mit freudigem Stolz dessen rühmte, daß sein Stammbaum älter als der habsburgische, mochte — selbst nachdem der oberrühmte Köhlerglaube zu wanken und er die Nothwendigkeit eines neuen Kampfes einzusehen begann — in diesem Kampf nur bis zu jenem gewissen Grenzpunkt vorrücken den selbst der „liberale“ Magnat ungern überschreitet, weil er mit diesem demokratischen Schritt das Fundament seiner eigenen Größe umzustürzen fürchtet. Zweitens konnte sich der edle Graf bei aller durch Studien und Umgang gewonnenen Volksfreundlichkeit doch nie ganz jenes, den höhern Ständen gewissermaßen angeborenen „Horreur's“ vor dem Entfesseln der Volkselemente ent schlagen. Und in dem Momente, wo er, durch das schmählische Treiben der Kamarilla auf's Aeußerste gereizt, schon allen aristokratischen und loyalen Bedenklichkeiten entsagen, und die Nation zum offenen Kampf wachrufen wollte, zitterte er wieder zurück bei dem Gedanken: er werde den einmal geweckten Löwen nicht so leicht wieder beruhigen können, und dieser werde in seiner Bestialität mehr Unheil über das Land bringen, als durch sein Erwecken abgewendet werden sollte. . . . Um schon hier Ein konkretes Beispiel anzuführen, wollen wir nur daran erinnern, daß im September wo man gegen den immer weiter vordringenden Banus jedes Soldaten bedurfte und auch der Graf diese Nothwendigkeit zugestand, er doch eine bedeutende Truppenmacht konzentrierte — nicht gegen den Feind sondern in der Hauptstadt, um einem von

ihm gefürchteten Ausbruch der Volksaufregung entgegentreten zu können.... Indem er also anfangs an die Möglichkeit eines Kampfes gar nicht glaubte, später wo ihn die Verhältnisse von dessen Nothwendigkeit überzeugten, den Kampf aus loyalaristokratischen Bedenkllichkeiten scheute, und als die Gewalt der Ereignisse auch diese Scheu brach, er wieder vor den eigenen Waffen zitterte: so mußte er natürlich dem von Anfang an intriguirenden und seine Bahn mit der Beharrlichkeit der Gewissenslosigkeit verfolgenden wiener Kabinet Schritt vor Schritt das Feld räumen, und endlich ganz abtreten, sollte seine Nachgiebigkeit nicht des Landes völlige Niederlage herbeiführen.

Daß Kossuth weder jenen frommen Glauben des Grafen an einen ewigen Frieden, noch dessen aristokratischloyale Scheu vor einem entschiedenen Auftreten gegen den Hof, noch dessen oligarchischen „Horreur“ vor energischer Benützung der Volkskräfte theilte, ist zu erwähnen wol überflüssig. Warum er trotzdem von Batthyány zum Eintritt in's Ministerium aufgefordert und von ihm diese Forderung bewilligt wurde, haben wir schon früher mit der unabweißbaren Nothwendigkeit motivirt. Die beiden Männer brauchten einander noch. Ein Ministerium Batthyány ohne Kossuth wäre dem Volke, ein Ministerium Kossuth ohne Batthyány der Aristokratie, dem Bürgerthum und dem Hof gegenüber heute noch „unmöglich“ gewesen. Die Koalition war also unabweisbar. Beide konnten sie aber um so eher eingehen, als selbst Kossuth den entscheidenden Zeitpunkt wo die Differenz zwischen ihm und Batthyány zum Durchbruch kommen müsse, nicht so nahe glaubte. Bei all' seinem gerechten Mißtrauen dachte er doch nicht, daß die Reaktion so bald hervortreten werde; und er betrachtete das gegenwärtige Ministerium nur als ein Uebergangsregime, dem bald, je nachdem die Verhältnisse sich entwickeln, ein reingemäßigtes oder ein reinradikales folgen werde. Einmal aber in dieses unnatürliche Verhältniß hineingebrängt das — je verwickelter und gefahrdrohender die Umstände wurden, desto weniger ohne Nachtheil für das Gemeinwohl rasch gebrochen werden konnte, mußte er auch alle Folgen desselben geduldig tragen, bis die Macht der Ereignisse das unhaltbar gewordene Band vollends brach



und dem Finanzminister, mit völliger Beseitigung Batthyány's, die unumschränkte Freiheit wiedergab, nur den Eingebungen seiner eigenen Politik gemäß zu handeln . . . .

Wir kämen von der eigentlichen Aufgabe dieses Buches zuweit ab, wollten wir auch eine Charakteristik der übrigen Mitglieder des Batthyány-Ministerium's geben. Sie ist um so weniger nöthig, als diese Männer keine gesonderte selbständige Politik befolgten, und daher nur insoweit wogen, als sie sich entweder dem entschiedenen Finanzminister oder dem gemäßigten Präsidenten anschlossen oder ihn, wie der Justizminister, in gewisser Beziehung leiteten, jedoch nur auf dem Pfade auf den seine eigenen Ansichten ihn schon hingewiesen. Wir haben deshalb hier nur die einfache Thatsache zu berichten, daß Kossuth nur der Minister des Innern, Bartolomäus Szemere, — dessen nähere Bekanntschaft wir nach dem 14. April, wo er als Ministerpräsident austritt, machen werden — zur Seite stand, während die Uebrigen sich dem Präsidenten anschlossen; und zwar der lebenswürdige Dichter und Kultusminister Baron Jos. Göttvös aus poetischsentimentaler Vorliebe für Ruhe und Stilleben; der Handelsminister Gabriel Klauzál aus táblabirólscher Schwerfälligkeit und Energielosigkeit; der Justizminister Franz Deák, weil seine Füße am Rechtsboden festgewurzelt, seine Arme vom Corpus juris bis zur Unbeweglichkeit beschwert waren; und der Kriegsminister Lázár Mészáros, weil er „dreißig Jahre gehorchen gelernt“ und bei allem Patriotismus sehr lange mit seinen „schwarzgelben Reminiscenzen“ zu kämpfen hatte. Daß endlich der Kommunikationsminister Graf Stefan Széchenyi es nicht mit Kossuth hielt, bedarf vor unsern Lesern der Begründung so wenig als der Erwähnung.

Von den gleichgesinnten Kollegen unterstützt, verfolgte Batthyány seine Friedenspolitik mit einer Gutmüthigkeit die unsere volle Achtung, einer Folgerichtigkeit die unsere ungetheilte Bewunderung verdiente, wären sie nicht so folgenschwer und unheilvoll für das Land geworden . . . . Patriotische Freude glänzte aus Batthyány's großen blauen Augen, wenn er von einer „wiener Spazierfahrt“, wie die radikale Presse seine Amtstreisen nannte, mit nicht leeren Hän-

den heimkehrte; und in diesem Glückstaumel übersah es er, daß — wäre es in den höhern Regionen ernstlich gemeint — es doch wol nicht erst seines persönlichen Erscheinens, Aufforderns und Drängens in Wien bedurft hätte, um diese oder jene nöthige Maßregel zu erwirken . . . . Das süße Gefühl befriedigten Verlangens verklärte seine edlen antiken Gesichtszüge, wenn er, von einem amtlichen Besuch am Hofe heimkehrend, der am Landungsplatze harrenden Menge hutschwenkend laut und freudig sein „es lebe der Ungar!“ zurufen und ihre ungebuldige Neugier durch diese Hindeutung auf einen glücklichen Erfolg seiner Mission beschwichtigen konnte. In der Freude die er hiedurch empfand und erregte, entging es ihm, daß dieser freudenerregende „Erfolg“ sich eigentlich doch nur in seinem Portfeuille, d. h. in den daselbst aufbewahrten neuen Erlassen, aber nicht in der Wirklichkeit offenbare.

So glaubte Batthyány das Kriegsportfeuille bereits vollkommen den Wünschen des Landes gemäß sichergestellt, als er nach langem Mühen in Wien so glücklich war, am 7. Mai in den Besitz einer starken hieraufbezüglichen Sammlung nagelneuer königlicher Handschreiben zu gelangen. Uebervoll von den mit Feder und Zunge ihm gespendeten schönen Worten fand sich in seinem Geiste kein Raum für den Gedanken: wie sonderbar es doch sei, daß der schon am 17. März ernannte Kriegsminister erst heute hievon amtlich benachrichtigt und zur Rückkehr aus Italien aufgefordert werde, daß die ungarischen Truppen- und Festungskommandanten erst heute zur Unterordnung unter das ungarische Ministerium angewiesen werden; und zwar Beides auch heute erst auf das ausdrückliche persönliche Drängen des Ministerpräsidenten! . . . . So glaubte Batthyány die Südnruhen im Keime erstickt, als er das Separatdampfbot das ihn Mitte Juni im raschen Fluge nach Budapest zurückführte, mit einer neuen, vom 10. Juni datirten, auf jene Unruhen bezüglichen Proklamationenladung beschweren konnte. Und im Siegesrausch ob des papiernen Blieſes das er in den tiroler Bergen erobert, vergaß er es ganz, daß er den drohenden Feind nichts weniger als zu Boden geworfen, daß der in jenen Manifesten zum „Hochverräther“

gestempelte Banus wol offiziell mit einigen a. h. ungnädigen Worten belästigt, übrigens aber am innsbrucker Hof sehr freundlich empfangen worden; eine Behandlung, welche — Ungarn's Geschichte bezeugt in zahllosen Fällen, — welche die österreichische Regierung, trotz all' ihrer „Väterlichkeit“, bisher den „Hochverräthern“ nie angedeihen ließ...

Ein Umstand indeß, gewöhnlich als erschwerend geltend gemacht, kann unserer Ansicht nach Batthyány's Verhalten einigermaßen entschuldigen. Wir meinen: sein wiederholter persönlicher Aufenthalt am Hofe. Eben weil er mit Ferdinand V. unmittelbar verkehrte, konnte er die Wahrhaftigkeit der königlichen Zusagen nicht beargwöhnen. Den trüben Schmerz mit welchem der blutseheue Monarch die ungarischkroatischen Wirren bedauerte und die ernste Bereitschaft mit welcher er nach Kräften zu deren Beilegung mitwirken wollte, mit eigenen Augen sehend: hätte auch ein scharferblickender Diplomat sowenig als Batthyány die Aufrichtigkeit des gutmüthigen, beinahe gewissenhaften Königs anzuzweifeln gewagt. Aber der scharferblickende Diplomat hätte schon jetzt jenen Schleier durchschaut, der vor Batthyány's Augen, damit sie klar sehen, erst nach Monaten von kroatischen Fäusten zerrissen werden mußte. Wenn auch nicht den guten Willen, so hätte er doch die zureichende Macht Ferdinand's, den Knoten zu lösen, sehr bezweifelt. Denn er hätte schon jetzt erkannt, daß in den ersten Monaten des Nachmärz Ungarn gegenüber der geistesbeschränkte Monarch nicht der Täuschende sondern der Mitgetäuschte, daß nicht seine sondern eine beileidem zartere Hand die Fäden jenes Netzes spinne und festhalte, in das Ungarn sammt seinem König verstrickt werde.....

Rossuth war dieser Scharfersehende. Wenigstens ahnte er was hinter den Koulißen vorging. Aber durfte er, namentlich in so bedeutungsvoller Stellung und so inhaltschwerer Zeit, sein individuelles Ahnen der Meinen zur Richtschnur seiner Politik machen? Durfte er es verlangen und erwarten, daß die Nation, jetzt noch ihrem großen Theile nach andersmeinend, sich beim Zuge in's gelobte Land der Zukunft der Führung dieser dunkelleuchtenden Feuer-

säule anvertrauen werde? Und besäße er auch genug Ueberschätzung um sein subjektives Meinen für objektive Wahrheit zu nehmen, und genug Einfluß um auch Andere zu dieser Annahme zu vermögen: wer bürgte ihm dafür, daß sein derartiges Handeln nicht vorzeitig wäre? Es war ja doch nicht absolut unmöglich, daß der Hof es mit der Neuzeit ernstlich meine! Oder, wenn Dies auch so unwahrscheinlich, daß es bei Abwägung der Möglichkeiten gar nicht in Betracht zu nehmen, so konnte ja doch die Gewalt der Zeit und die Macht der Ereignisse den Hof nöthigen, Dasjenige ernstlich zu halten, was er nur zum Schein versprochen!

Wie schwer möge aber dann die Schuld Desjenigen, der durch vorzeitig geoffenbartes Mißtrauen diese friedliche Entwicklung unmöglich machte! . . . Wir wissen bereits, wie heiß und innig Kosfuth den Frieden wünschte, weil er in ihm die sicherste Bürgschaft für Ungarn's glückliche Zukunft sah! Wir sahen es am 31. März im Ständesaal, welch' unnennbarer Schauder sein ganzes Wesen erfaßte, bei dem Gedanken: durch Uebereilung, durch das Vormaltenlassen persönlicher Gereiztheit, durch das Geltendmachen individueller wenn auch wolbegründeter Antipathien, das Land in Verwirrung zu stürzen und dessen gottgesegnete Fluren muthwillig zur Stätte blutigen Bürgerkrieges zu machen . . .

Und doch konnte er an Batthyány's Friedenspolitik nicht theilnehmen! . . . Mit der fast überzeugungsgewissen Ahnung im Herzen: daß dem Ministerpräsidenten gegenüber ein freches Spiel mit Nation und Thron getrieben werde, widerstrebte es seiner Ehrlichkeitsliebe, nur irgendwie zu diesem bedeutungsschweren Spiel mitzuwirken. Klaren Blickes erkennend, wie sehr es hier des aufmerksamen, außerhalb des Zauberkreises stehenden und deshalb klarer und schärfersehenden Beobachters bedürfe, wollte er diese Rolle sich selbst vorbehalten. Ahnend, daß das Ende der langen Friedensunterhandlungen wahrscheinlich — der Kampf sein werde, wollte er Zunge und Arm ungebunden erhalten, um nöthigenfalls Herold und Fahnenträger dieses Kampfes werden zu können.

V.

Die im gegenwärtigen Moment von den Verhältnissen ihm angewiesene Stellung war sonach die des — ruhigen Zuwartens. Er mußte solange die Rolle des stillen Beobachters spielen und mit der Entscheidung über Frieden oder Krieg zögern, bis entweder Batthyány's Friedenspolitik einen wirklichen Erfolg aufweisen oder des Feindes falsches Spiel offenbar genug sein werde, um das rücksichtslose Entgentreten zu rechtfertigen. . . . . In diese Rolle mußte sich aber Kossuth um so eher fügen, als sie nicht bloß von der Politik angerathen, sondern auch von der Nothwendigkeit geboten war. Denn sein neues Amt, das Finanzportfeuille, beanspruchte wenigstens für die erste Zeit, bis die Maschinerie einmal in Gang gebracht sein werde, die volle Aufmerksamkeit und Thätigkeit des Ministers.

Zur Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit zog er sich Ende April „auf Vorschrift des Arztes“ von seinen „amtlichen Beschäftigungen“ zurück, und verließ die Hauptstadt um in der frischen Luft des ofener Gebirges neue Kräftigung zu suchen. Ob jener Arzt seine Universitätsjahre vorzugsweise auf medizinische oder auf diplomatische Studien verwendet, hat die Geschichte bisher noch nicht mit unbestreitbarer Gewißheit ermittelt. Doch ist Letzteres wahrscheinlicher; wiewol bei der ungeheuern Aufregung der letzten Zeit und der rastlosen Thätigkeit welche Kossuth seit Eröffnung des 1847/er Reichstags entfaltet, eine Ermattung des ohnehin nicht sehr nervenstarken Finanzministers eben nicht auffällig sein konnte. Er entwickelte jedoch, den Ministerberathungen und den allgemeinen politischen Fragen fernbleibend, in seinem speziellen Fache eine Thätigkeit, welche selbst die Kräfte manches kerngesunden Ministers überstiegen hätte.

Denn es giebt hier viel zu schaffen und zu kämpfen, indem die bisherige Unterordnung der ungarischen Behörden unter die österreichischen, auch in den Finanzangelegenheiten vielfache, Ungarn verkürzende Wirren hervorgebracht. So wurde z. B. die bedeutendste

direkte Steuer, nemlich die mit Hinzuschlag des Werbegeldes (75,000 Gulb. C. M.) jährlich 4,373,911 Gulb. 34 Kr. C. M. betragende Kriegssteuer, bisher ohne allen Einfluß des ungarischen Alerars durch die nur von Wien abhängigen Militärbehörden manipulirt. Das Bergwerks- und Lottoerträgniß, jenes beinahe eine ganze, dieses über eine halbe Million Gulden jährlich, wurde mit Uebergehung der ungarischen von der österreichischen Hofkammer übernommen; ebenso das Posterträgniß, welches nahe an 200,000 Gulden ausmachte. . . . Kossuth suchte sofort dieser Unter- und Unordnung ein Ende zu machen, indem er jedes Einkommen dem betreffenden Minister zuwies, so z. B. das Bergeträgniß dem Finanz-, das Posterträgniß dem Handelsminister. Und seinem energischen Auftreten gelang es zu bewirken, daß trotz des argen Wirrwarß den es vorfand, doch das Finanzministerium schon am 1. Mai seine Wirksamkeit betreffs aller in seinen Bereich einschlagenden Gegenstände beginnen konnte.

Er hinderte vor Allem die bisher übliche Ausfuhr der Münze. Eine Gold- und Silbersendung aus Kremnitz die bei seinem Amtsantritt auf dem Wege nach Wien war, ließ er sofort anhalten und in die kremnitzer Münzstätte zurückweisen. Eben so energisch verhiinderte er im Lande selbst die Verwendung des ungarischen Geldes zu außerungarischen Zwecken. Allerdings spricht er sich, wie schon in seiner Rede vom 3. März, so auch in einer Proklamation vom 24. Mai günstig über die beziehungsweise Solidität der österreichischen Banknoten aus, und warnt das Volk, daß es nicht durch allzustarken Andrang zur Einlösung gewaltsam den Kredit derselben schwäche; aber das in den öffentlichen Kassen Ungarn's befindliche Metall will er durchaus nicht zur Einwechselung jener Noten verwenden lassen. Vielmehr bringt er, kaum in Pest und in sein Bureau angelangt, mit voller Entschiedenheit darauf, daß die wiener Nationalbank ihre ungarischen Filiale aus eigenen Mitteln mit dem zur Einlösung nöthigen Metall versorge; und sie muß in wenigen Tagen (15—20. April) 1,250,000 Gulden in Metall an die ofener Bank schicken, welche einen Theil dieser Summe an die verschiedenen Zahl- und

begeg-  
G. 2  
jante:  
I ma  
ve z  
de ex  
län  
G  
nun;  
nte  
auf  
un-  
st  
st  
be

Einlösungsämter im Lande versendet. . . . So pflegte auch die wiener Hofkammer, welche über das Einkommen der ungarischen Kammer unumschränkt verfügte, allsommerlich dem k. k. Tabakeinlösungsamte bei dem ungarischen Kameralhauptzahlamte einen gewissen Kredit behufs der Tabakeinlösung zu eröffnen. Und wie der wiener Hofkriegsrath trotz Mészáros' Ernennung noch immer über das ungarische Militär verfügte, so wollte auch die dortige Hofkammer, trotz der Ernennung eines eigenen ungarischen Finanzministers, noch immer in vormärzlicher Weise über die ungarischen Gelder verfügen. Zu ihrem Leidwesen war jedoch Kossuth etwas wachamer und bedeutend energischer als der in Italien stehende Obrist-Minister. Kaum davon benachrichtigt, daß auf Grund einer von der vorigen Regierung herrührenden Verordnung das pester Salzamt auch diesmal für die österreichische Tabakeinlösungskasse 100,000 Gulden beim Kameralhauptzahlamte aufgenommen, ließ er das Geld sofort wieder in das Amt zurückbringen, indem er gleichzeitig ein für allemal erklärte: Der letzte Reichstag habe zu den Kosten, die beide Länder gemeinschaftlich betreffen, den jährlichen Betrag von drei Millionen Gulden bewilligt; es sei daher dem ungarischen Finanzminister nicht erlaubt, auf Rechnung der wiener Finanzverwaltung auch nur Einen Heller auszufolgen, dessen Einrechnung als Abschlag auf jene drei Millionen nicht direkt von den österreichischen Ministern angewiesen werde.

Sein Hauptaugenmerk als Finanzminister mußte Kossuth natürlich auf des Landes eigentliche Geldquellen: die Bergwerke, richten. Behufs einer zweckmäßigen Verbesserung des Bergbaues, wie auch um die Interessen des Landes mit denen der privaten Bergindustrie in Einklang zu bringen, berief er auf den 15. Mai nach Budapest nicht nur die Direktoren der Landesbergwerksdistrikte, sondern auch Abgeordnete der Privatgewerkschaften, um, insgesammt und einzeln mit ihnen sich berathend, zur zweckentsprechenden Umgestaltung dieses wichtigen Zweiges der Staatsökonomie erfolgreiche Anstalten treffen zu können; wie überhaupt — im Vorbeigehen sei's bemerkt — dieses Rathverhalten bei Betheiligten und Sachverständigen einen interessanten Moment in der ministeriellen Wirksamkeit Kossuth's bildet, der

sich nicht, wie so manche auf den Ministerstuhl gelangte Volksmänner, im alleinigen Besitze aller Weisheit glaubte, sondern in seinen Erlässen wiederholentlich die Fachmänner, namentlich aber die periodische Presse aufforderte, ihn durch „Vorschläge, Winke, sachverständigen und wolmeinenden Ideenaustausch“ zu fördern. . . . . Andererseits schickte er, gleich nach seiner Ankunft in Pest, Peter Göczy als Landeskommissär in die Bergkomitate, daß er die Gold- und Silberbarren des Aarars, die alle unverweilt in die krennitzer Münzstätte zu transportiren seien, in Verwahrung nehme, unter verantwortliche Garantie stelle und zu deren sofortiger Ausprägung Anstalten treffe. Und nur auf diese Weise wurde es möglich, bereits am 8. Juli die erste Sendung ungarischer Silbermünzen — Thaler, Gulden und Zwanziger — aus Kremnitz nach Pest zu bringen. Aus Zeitmangel hatte man bei diesen erstenprägungen noch die alten österreichischen Stempel benützt. Später wurden eigene ungarische angefertigt. Sie unterschieden sich von den österreichischen darin, daß sie auf der Vorderseite anstatt des österreichischen Doppeladlers das Bild der Mutter Gottes trugen. Warum nicht das ungarische Wappen, blieb uns bisher unenträthselbar. Auf der Rückseite blieb das Bild des Königs; darunter K. B. (Körmöcz-Ványa, Kremnitz, der Prägeort), was das Landvolk allgemein für „Kossuth-Batthyány“ las. Die Umschrift lautete auf der Vorderseite: „Sz. Maria Ist. anya magy. or. védője“ (heilige Maria, Mutter Gottes, Ungarns Schutzpatronin); auf der Rückseite: „V. Ferd. Magy. H. T. Driz. Királya Erd. R. Fejed.“ (Ferdinand V., König von Ungarn, Kroatien und Slavonien, Großfürst von Siebenbürgen).

Ebenso energisch als die Ausprägung der klingenden Münze, betrieb Kossuth auch die Ausgabe des Papiergeldes, da Ungarn jetzt hiezu vollberechtigt war. Die Ebbe welche er im ungarischen Schatz vorfand, und die bedeutenden Ausgaben welche seiner harrieten, wol kennend, wollte die wiener Bank die für ihn hieraus erwachsende Verlegenheit rasch benutzen, und bot ihm ein unverzinsliches Darlehn von 12½ Million Gulden an. Kossuth wies jedoch das Anerbieten entschieden zurück, weil die Bank dafür die Bestätigung ihres alten



Privilegium verlangte, welches sie allein bis zum Jahre 1866 zur Notenausgabe ermächtigte. Kossuth war so wenig gewillt, dieses Privilegium unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Ungarn gelten zu lassen, daß er ungesäumt Anstalten traf zur Ausgabe ungarischer Banknoten. Am 24. Mai konnte er das Land schon mit der erfreulichen Nachricht überraschen, daß mit Bewilligung des königl. Statthalters die Ausgabe von ein- und zweigulbigen Noten im Verlauf von  $12\frac{1}{2}$  Millionen bereits in Angriff genommen sei und die Inkourssetzung nach sechs Wochen erfolgen werde. Die Ausgabe geschah bei Haftung von Seiten der Landesschatzkammer durch den Staat im Wege der pester Kommerzialbank, welche die unter genauer Verrechnung und Verantwortlichkeit auszugebenden Noten unter Kontrolle und Oberaufsicht des Staats manipulirte und zugleich darüber zu wachen hatte, daß einerseits in der Emittirung die obangegebene Summe nicht überschritten werde, andrerseits die von dieser Summe auszugebenden Noten zu dem als Deckung hinterlegten Gold- und Silberfond nie das Verhältniß von  $2\frac{1}{2} : 1$  übersteigen sollen. . . .

Bei der hohen Bedeutsamkeit, welche diese „Kossuthnoten“ — wie sie die österreichische Regierung in erheuchelter Geringschätzung, das ungarische Landvolk aus Verehrung für den Finanzminister nannte — später als ein Haupthebel der Revolution erlangten, und bei dem Umstande, daß sie nach beendigter Revolution unter kriegsrechtlicher Strafe an die österreichischen Gewalthaber zur Annullirung abgeliefert werden mußten und dadurch selbst in Ungarn heute unsichtbar sind, dürfte es von geschichtlichem Interesse sein, hier das Bild derselben wiederzugeben und dadurch zu bewahren. Wir erreichen diesen Zweck wol am besten, wenn wir die Beschreibung, welche Kossuth dem die Inkourssetzung der Ein- und Zweigulbennoten ankündigenden Erlass vom 5. August beifügte, hier folgen lassen. Wir bemerken nur noch, daß namentlich Kossuth's kleinere ungarische Noten an Nettigkeit und Eleganz mit jedem europäischen Papiergeld wetteifern konnten, und den größern österreichischen nur an Feinheit des Papiers nachstanden. Die im dritten Viertel des Jahres 1849 vom Finanzminister Fr. Duschek in Szegedin und vom General Klapka in Komorn emittirten

Noten gaben allerdings auch in ihrem Außern ein getreues Spiegelbild des damaligen traurigen Zustandes der Revolution, welcher sie ihr Entstehen verdankten.

Die erwähnte amtliche „Beschreibung der ungarischen Zweiguldennoten“ lautet:

„Das Papier dieser Noten ist weiß und ohne Wasserzeichen. Sie sind 4' 9'' hoch und 3' 8'' breit. Auf der Vorderseite ist eine in Basreliefmanier gravirte und rothe Arabeskeneinfassung, sowie ein gleichfalls rothmoirirter Grund sichtbar. Diesen Grund scheidet von der Einfassung eine neben der Zeichnung derselben hinlaufende Linie; in der Mitte dieses Grundes selbst aber ist die Signatur 2 Fl. in matter Farbe sichtbar. In der Mitte der Einfassung und zwar am untern Rande ist eine leere Stelle gelassen und über diese ist auch der moirirte Grund selbst bogenförmig gestochen, so daß diese leere Stelle ein weißes Feld bildet, in welches das ungarische Wappen mit der ungarischen Krone schwarz abgedruckt ist. Der Text auf der Vorderseite ist theils auf dem Grunde, theils auf der Einfassung ebenfalls schwarz gedruckt. Auf der Einfassung ist oben und auf beiden Seiten in rosenförmiger Verzierung die arabische Zahl 2 zu sehen. Auf den Säulchen der Bordur ist der Nennwerth der zwei Gulden in deutscher, slavischer, illirischer und wallachischer Sprache mit Druckschrift abgedruckt. An dem obersten Theile des moirirten Grundes steht mit verzierter Schrift „Két forint“ (zwei Gulden) und darunter folgende Worte: „Ezen Bankjegy két forintért, három husast egy forintra számítva, minden közpénztárnál elfogadtatik, és a magyar kőereskedelmi bank által, akármikor ezüstpénzre felváltatik“ (diese Banknote wird für zwei Gulden, drei Zwanziger auf einen Gulden gerechnet, bei allen öffentlichen Kassen angenommen und von der ungarischen Kommerzialbank wann immer gegen Silbergeld eingewechselt). Darunter stehen die Facsimile in folgender Ordnung:

Ludwig Kossuth m. p.

Finanzminister.

Franz Bölggyi m. p.

Aerarkassier.

Johann Rögler m. p.

Bankassier.

Endlich ist noch gleichermaßen auf dem moirirten Grunde an der einen Seite des Wappens die Serie gedruckt, an der andern aber in ein gedrucktes Linienfeld die Nummer der Banknote eingeschrieben. Die Rückseite bildet einen grünen Grund mit einer schmalen Einfassung. Auf dieser Rückseite ist die für Verfälscher und Nachahmer dieser Banknoten festgesetzte Strafe in fünferlei Sprachen, als ungarisch, deutsch, slavisch, illirisch, wallachisch, mit schwarzer Farbe gedruckt, zu lesen". . . . .

Früher noch als die Noten, nemlich schon am 23. Mai, wurden fünfprozentige Schatzanweisungen emittirt, die auf drei, sechs und höchstens zwölf Monate ausgestellt, nicht nur für Gold- und Silbermünze, sondern auch für österreichische Banknoten, Gold- und Silbergeräthe, Bruchgold und Silber hingegeben wurden; für andere, minder leicht aufbewahrbare Gegenstände jedoch nur, wenn der Anbieter des Offerts dessen sofortigen Verkauf gestattete. Da vielseitig auch Geschenke angeboten wurden, sah sich Rossuth zu der Erklärung veranlaßt, daß „vom Gesichtspunkte des Staatskredits“ Darlehen lieber als Geschenke angenommen, daß aber natürlich, wenn der Patriotismus sich zum Schenken gedrungen fühlt, auch Diese nicht zurückgewiesen werden. . . . .

Derart wurde durch die energische und vielseitige Thätigkeit des Finanzministers frühzeitig der kleine aber feste Grund gelegt zu jenen großartigen Finanzoperationen, welche später das Staunen Europas erregten, den kräftigsten Hebel der Revolution bildeten und es allein ermöglichten, daß der Finanzminister, der bei seinem Amtsantritt im Staatschatz nicht mehr als 506,015 Gulden vorfand, im Laufe eines Jahres ein Heer von 200,000 Mann herstellen und erhalten, kostspielige Kriege führen, nicht minder kostspielige Verbindungen mit dem Auslande unterhalten, und all' Dies decken konnte, ohne irgend wie zu Kontributionen seine Zuflucht nehmen, ohne das Land mit einer außerordentlichen direkten Steuer belasten, oder seinen Noten durch Zwangsmittel einen Cours verschaffen zu müssen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wenn seine — nicht franken — Ministerkollegen schon jetzt mit derselben Energie und Kraft abwehrend nach

oben und schaffend nach unten wirken, wenn auch sie, jenen Tempelbauern gleich das Schwert in der einen und die Kelle in der andern Hand führend, rüstig am Neubau Ungarns arbeiten und jeden Störungsversuch männlich zurückschlagen: daß dann die Reaktion nicht offen hervortreten wagt, oder wenn ja, sie sofort erdrückt wird. Leider konnte Kossuth weder seinen Scharfblick, noch seinen rastlosen Thatendrang und seine Energie den Kollegen einimpfen, und er mußte sich, bis die Ereignisse ihm einen größern Wirkungskreis anweisen werden, darauf beschränken, wenigstens in seinem speziellen Fache entschieden zu wirken und hier die Märzjugeständnisse, welche Ungarn eine selbständige Finanzverwaltung sicherten, zur vollen Wahrheit zu machen. Uebrigens lieferte diese finanzielle Wirksamkeit schon jetzt einen glänzenden Beweis, daß der bisher nur als Agitator gekannte Minister, trotz der ihm stets zum Vorwurf gemachten „Gefühlspolitik“, doch an staatsmännischer Einsicht und fachmännischer Thätigkeit den sich allein weise dünkenden „Praktischen“ nicht nachstehe; daß er, wenn er auch Jahre hindurch Leiter der Opposition gewesen, doch nicht — wie dies von Feinden immer behauptet, von Freunden vielfach geglaubt wurde — bloß zu negiren und zu zerstören, sondern auch positiv zu wirken und Großartiges zu schaffen verstehe.

Sedoch, bei aller strengen Wachsamkeit mit welcher er dem österreichischen Kabinet gegenüber, gleich dem Drachen in der Fabel, den ungarischen Staatsschatz wahrte, bei aller rastlosen Thätigkeit mit welcher er auf Füllung dieses fast leeren Schatzes hinarbeitete, verschmähte er es entschieden, die Geldmittel durch unbilliges Einkommen zu vermehren oder durch unzeitige Sparsamkeit zu erhalten. Durfte er auch kein bisheriges Staatseinkommen, wie unbillig es ihm auch scheinen mochte, sofort eigenmächtig aufheben, so ließ er es wenigstens in der Schwebe bis zum nächsten Reichstag; so z. B. die Fortifikationssteuer der Geistlichkeit, die Toleranztaxe der Juden und die sogenannte Charakter- und Carenztaxe der neuernannten Beamten. Andererseits sparte er auch außerordentliche Ausgaben nicht, wenn die Umstände sie rathsam erscheinen ließen, wie er z. B. den zur Vinderung des in den slowakischen Komitaten sich zeigenden

Mangels als Landeskommissär dahin Entsendeten Paul Madocsányi mit 150,000 Gulden C.M. versah, und der pesther Kommerzialbank, um der Finanzlage des pesther Handelsplatzes aufzuhelfen, einen Vorschuß von 300,000 Gulden bewilligte.

Noch weniger konnte er sich einer unzeitigen Sparsamkeit dort schuldigmachen, wo es — bei den immer bedrohlicher werdenden Südnruhen — die allgemeine Sache des Vaterlandes, wo es die Rüstung und Abwehr betraf; vielmehr war er, sonst der treue Wächter und Mehrer des Staatsschatzes, hier der freigebigste Wirth. Ein Finanzminister — bemerkt er selbst hieüber in einem später geschriebenen Rückblick — der einen leeren Schatz vorfindet und allnächtlich von der Sorge geplagt wird, wie er die morgenden Ausgaben decken werde, wäre vielleicht verpflichtet gewesen, sich jeder neuen Ausgabe zu widersetzen. „Ich indessen handelte anders. Im Gegentheil habe ich selbst die Betreffenden dazu angetrieben, die Landwehr noch mehr zu verstärken, ein größeres Truppenkontingent bei Szegedin, im bacier Komitate und im Banate zusammenzuziehen; auch habe ich mich der Solberhöhung aller unter dem Kommando des ebenso rastlos thätigen als in seiner Energie unermüdblichen Csányi stehenden Truppen, die zur Unterdrückung der Rebellion verwendet werden, nicht entgegengesetzt und beschloffen, für all' ihre Lebensbedürfnisse zu sorgen. Ich selbst habe die kostenreiche Ausstattung des Artillerieparks und die Anordnung der Festungsverproviantirungen beschleunigt. Für Waffen habe ich mit Freuden den letzten Pfennig des Staatsschatzes hergegeben; ja, ich zahlte sogar voraus, hier zur Gründung einer Waffenschmiede, dort zur Ausrüstung von Kriegsdampfbooten. Ich selbst habe den Ankaufspreis des Salpeters gesteigert, damit die Erzeugung des Schießpulvers rascher vor sich gehe. Ich beachtete selbst etwas größere Kosten nicht, um nur in großer Menge das Blei herbeizuschaffen, welches in Kugelform unter die undankbaren Empörer geschleudert werden soll. Wenn es sich um die raschere Einlieferung der Bestellungen oder um den schnellern, wiewol auch theuerern Transport von Waffen, Munition, Geldern und Soldaten handelte, habe ich die Ausgaben nie geschont. Mit Einem Worte: Wenn

man Geld zum Schutze des Vaterlandes, zur Aufrechthaltung der Nationallehre und der Heiligkeit des Gesetzes begehrte; wenn sie mir die Frage vorlegten, ob ich die Ausgaben bestreiten kann? da habe ich stets nur soviel bedacht, welches Mittel zur Ausführung am besten und zweckmäßigsten sei? Uebrigens hat meine Antwort stets gelautes: Nur zu! Nur zu! Zum Schutze des Vaterlandes ist Geld vorhanden, wird stets Geld dasein. Hiebei kann uns die Nation nimmermehr verlassen, und sollte sie es doch, so schaffen wir's vom Himmel, und ist auch da Nichts vorhanden, so holen wir's aus der Hölle". . . . .

## VI.

Der größere Theil der in Kossuth's leztangeführten Worten bezeichneten Thätigkeit fällt schon in die zweite Hälfte des Monats Juni, wo Kossuth, wiewol noch nicht ganz gesundet, die ofener Villa verließ, um, nach Pest zurückkehrend, sich wieder ganz den öffentlichen Angelegenheiten und den allgemeinen politischen Fragen zu widmen. Während seiner mehrwöchentlichen Abwesenheit hatten sich die Verhältnisse wenigstens in Einem Punkte günstiger für seine Politik gestaltet. Es waren nemlich jetzt auch die Friedliebendsten schon zu der Ansicht gelangt, daß die Südwirren nicht mehr durch Unterhandlungen, würden diese auch von den ersten Diplomaten der Erde geleitet, beizulegen, Ungarns Ruhe und Zukunft nicht mehr durch Proklamationen, seien es die bestilifirten, königliche oder ministerielle, zu sichern seien. Der größte Theil der Nation, das Batthyány-Ministerium an der Spitze, war durchdrungen von der Ueberzeugung: man müsse endlich von Worten zu Thaten übergehen und namentlich den Südaufruhr mit Schwert und Kanone bewältigen, da Zunge und Feder sich als unzureichend erwiesen. Durch die von Truppensendungen unterstützte unumschränkte Vollmacht, welche es

den in die auführerische Gegend beorderten Kommissären Peter Ufernovics und Baron Grabowsky gegeben, wie durch den an das Volk gerichteten Aufruf: mit Beiträgen an Geld und Streitkräften den Kampf zu unterstützen, hatte das Ministerium Zeugniß gegeben von jener neugewonnenen Ansicht; ein noch glänzenderes gab die Nation durch die begeisterungsvolle Bereitwilligkeit mit welcher sie die bedeutendsten Geldspenden auf den Altar des Vaterlandes niederlegte und durch die heldenmüthige Opferfreudigkeit mit welcher sie ihre Söhne auf die blutige Wahlstätte schickte.

Zwischen Batthyány und Kossuth — es braucht wol nicht erst bemerkt zu werden, daß wir diese beiden Männer hier nicht bloß als Individualitäten sondern als die Vertreter zweier Richtungen betrachteten — war hiemit allerdings noch nicht jede Differenz gehoben. Fühlten auch beide gleichmäßig die Nothwendigkeit thätigen Handelns, so waren sie doch über Umfang und Richtung dieser Thätigkeit getheilter Ansicht. Batthyány sah einerseits in den serbischen und kroatischen Kriegshaufen die ganze feindliche Macht von der Ungarn bedrohet sei, konzentriert. Diese, an und für sich nicht sehr furchtbar, hoffte er um so eher mit geringer Kraftentwicklung zu besiegen, als er andererseits im Geiste noch immer vom jenseitigen Leithauser, wo Ungarns König residierte, der Zellschich zum Hochverrätther erklärt hatte, Truppen an das jenseitige Drauufer ziehen sah, um die Revolution niederzukämpfen, die jener „Hochverrätther“ dort gegen den ungarischen König unterhalte. . . . Kossuth hingegen betrachtete jene serbischen und kroatischen Kriegshaufen nur als feindliche Vorposten, welche aber die ungarische Nation umsomehr zur äußersten Anstrengung und Kraftentfaltung herausfordern, als es gewiß sei, daß sie zu deren Niederkämpfung nicht nur keine auswärtige Hülfe zu hoffen habe, sondern daß vielmehr, wenn ihr Dies durch eigne Kraft gelänge, gewiß an die Stelle jener Vorposten die feindliche Hauptmacht bald erscheinen würde. Oder mit andern Worten: Batthyány sah in den Südbunruhen einen vereinzelt selbständigen Aufstand den Ungarn mit Hilfe Oestreichs leicht bewältigen, Kossuth hingegen das Vorspiel eines größern Kampfes,

den Ungarn nicht mit sondern gegen Oestreich zu bestehen haben werde.

Aus dieser Meinungsverschiedenheit über Quelle, Umfang und Natur der obschwebenden Gefahr mußte sich eine eben so große Verschiedenheit betreffs der Ausdehnung und Richtung der Abwehr entwickeln. Wir werden später sehen, wie diese Verschiedenheit immer größer und klaffender wurde, von dem Momente an, wo die Mittel zur Abwendung der Gefahr herbeigeschafft waren und es sich nur um ihre Verwendung handelte, wo das Vertheidigungsgeschütz bereits postirt und nur die Richtung fraglich war, welche der Kugel zu geben sei. Im gegenwärtigen Augenblick konnte man über diese Differenz hinweg zur Tagesordnung übergehn. Und dies war: die, beiden Parteien gemeinsame Erkenntniß, daß ernstliche Gefahr vorhanden, zu deren Bekämpfung die friedlichen Mittel nicht mehr ausreichen, und man deshalb zur energischen That schreiten, die Begeisterung des Volkes wecken, dessen Kraft bestens benutzen, mit Einem Worte: Geld und Soldaten herbeischaffen müsse.

Aber nicht nur die Nation und die ungarische Regierung: auch das wiener Kabinet erkannte diese Nothwendigkeit. Es war vielleicht das erste Mal in der ungarischösterreichischen Geschichte, daß die Wünsche der Nation und die der Regierung so schön harmonirten. Jetzt wenigstens trat dieser außerordentliche Fall wirklich ein. Auch in Wien wünschten sie Nichts sehnlicher, als daß der nächstzueroöffnende ungarische Reichstag nur recht rasch und recht viel Truppen und Gelder bewillige. Daher die in der Thronrede gestellte Forderung: die Vertheidigungsmittel herbeizuschaffen. Daher die Passivität mit welcher man am Hofe anfangs den ungarischen Rüstungen zusah. Durch Batthyány's fleißige „Spazierfahrten“ nach Wien und Innsbruck, durch sein inständiges Drängen auf königliche, prinzipliche oder reichsverwerfliche „Vermittelung“, durch sein flehentliches Bitten um aufrührerstillende Hofrezepte irregeleitet, schmeichelte sich der Hof — nachdem er der ungarischen Regierung im Süden einen gefährlichen Feind erweckt und daselbst den Bürgerkrieg mit all seinen Gräueln entzündet hatte, den er unablässig schürte, förderte, mit Geld und



Waffen unterstützte und dadurch beinahe unbezwingbar machte, — mit der machiavellistischen Hoffnung: Ungarn, im eigenen Land hart bedrängt und an der Möglichkeit der Selbstrettung verzweifeln, werde Gelder und Truppen nach Italien votiren, später wol auch in die Rückgabe des Kriegs- und Finanzportfeuille's willigen, damit der Hof zum Dank dafür die Südunruhen unterdrücke.

Hatte doch das Mittel schon einmal glänzend angeschlagen; warum es nicht zum zweiten Mal versuchen! . . . . Der nach Joseph II. Ableben einberufene Reichstag war einer der stürmischsten und heftigsten die Ungarn je gesehen. Der zehn Jahre hindurch verhaltene Groll ob des Kaisers eigenmächtiges und verfassungswidriges Verfahren brach hier — wiewol der unglückliche Reformator auf dem Sterbebette den größten Theil seiner Anordnungen zurückgenommen und sein Nachfolger sie sofort ganz aufgehoben — in voller Kraft los. Viele Deputirte erklärten die pragmatische Sanction für aufgehoben, das Erbfolgerecht für erloschen, und wollten Leopold II. nur kraft eines neuzuschließenden Vertrages zum ungarischen König erheben. Andere wollten wenigstens, daß in den Krönungsvertrag wieder der von Leopold I. gestrichene Artikel (22) der goldenen Bulle von Andreas II. aufgenommen werde, kraft dessen jedem Edelmann das Recht des Wider- und Aufstandes, sobald der König sich Ungefügigkeiten erlaubt, zuerkannt ist. Auch die Gemäßigtesten forderten einstimmig neue Garantien für Aufrechthaltung der Verfassung und gegen eine Wiederholung josefinischer Gewaltakte. Dem neuen König ward angst und bange um seine Krone, denn die Forderungen des Reichstags wurden durch die im ganzen Lande herrschende Aufregung schwerwiegend und fast unabweisbar. . . . . Da erwachten rechtzeitig die „lieben Illirier“; so rechtzeitig für den Hof, daß nur der Blinde dieses Erwachen in diesem Augenblick für ein Werk des Zufalls halten konnte. Sie verlangten Nichts weniger als völlige Losreißung von Ungarn, namentlich, daß sie als gesonderte Nation anerkannt, das Banat oder die Bácska als ihr ausschließlicher Wohnsitz ihnen angewiesen, Erzherzog Alexander zu ihrem königlichen Statthalter ernannt und in Wien eine eigene illirische Hofkanzlei gebildet

werde. So überspannt und alles historischen oder Rechtsgrundes baar auch diese Forderungen waren, wurden sie doch von Sr. Maj. nicht nur „beifällig aufgenommen“, sondern Sie „fühlte sich auch gedrungen, ihre Freude auszusprechen über das . . . . geistvolle Betragen der (illirischen) Versammlung sowie über das edle Vertrauen welches die illirische Nation in die Absichten ihres Königs gesetzt“. Denn die „illirische Nation“ hatte den König ihrer „treuen Ergebenheit“ versichert, mit der Bemerkung: daß wenn Se. Maj. etwa ihrer Hülfe gegen die „widerspänstigen Magyaren“ bedürfen sollte, sie bereit sei, ihm diese in ausgedehntester Weise zu gewähren, zu welchem Zwecke schon jetzt vierzigtausend Bewaffnete bereit stehen. . . . Als der ungarische Reichstag trotzdem bei seiner oppositionellen Richtung verharrte, ging Leopold II. einen Schritt weiter, indem er die illirischen Forderungen, bisher nur mit Worten gebilligt, auch thatsächlich bewilligte. Am 5. März 1791 wurde unter dem Vorßiß des Kanzlers Balassa, frühern Vanus von Kroatien, eine eigene illirische Hofkanzlei in Wien errichtet und dadurch die Zerstückelung Ungarn's dekretirt. . . . Dieser Schlag wirkte. Der Reichstag wurde eingeschüchtert. Indem er die territoriale Integrität des Landes bedroht sah, wurde er in seinen politischen Forderungen nachgiebiger. Der Fortbestand der pragmatischen Sanction wurde von Niemand mehr angezweifelt; auch die Wiederaufnahme des Artikels 22 aus der goldenen Bulle nicht mehr gefordert; und selbst betreffs der Garantien wurde man nachsichtiger, und begnügte sich damit, daß der neuzukronende König den von Karl III. und Maria Theresia geleisteten Eid wiederhole. . . . Mehr hatte der König nicht verlangt. Und sobald der Reichstag die königlichen Rechte und Prärogative unangetastet ließ, wurden die „lieben Illirier“ wieder beiseite geschoben, die ihnen gemachten Zugeständnisse zurückgenommen und auch die kaumerrichtete illirische Hofkanzlei sofort aufgehoben. . . . Warum sollte man dies wunderschöne erfolgsgekrönte Manövre nicht auch im Jahre des Heils 1848 wiederholen dürfen gegen jene „widerspänstigen Magyaren“, die frech genug sind, die königlichen März-zusagen ernstlich nehmen, ihr gutes Recht unverkümmert erhalten

und dem Wortlaut wie dem Geist der alten und neusanktionirten Gesetze gemäß selbständig über ihre eigenen Angelegenheiten verfügen zu wollen?!... Noch leben ja die guten Mirier, seit Jahren für einen solchen Fall sorgfältigst bearbeitet und trefflichst dressirt! Warum sie nicht abermals als Schreckbild hinstellen, um die Herren in Pest soweit einzuschüchtern, daß sie ihre Geld- und Streitkräfte dem wiener Kabinet zur beliebigen Verfügung, sie erst in Italien und dann in Ungarn zur Unterdrückung jeder „Widerspänstigkeit“ benützen zu können, anheimstellen? Freilich kann dies Schreckspiel Ströme edelsten Bürgerblutes fließen machen, blühende Fluren in Leichenstätten, Dörfer und Städte in rauchende Schutthaufen umwandeln: was thut's! In der Politik tödtet die große Moral die kleine. Und der erhabene und edle Zweck dem es gilt: die Niedertretung des Rechts und Gesetzes, heiligt wol auch die schrecklichsten Mittel, stempelt zur Tugend das Laster, adelt zum Verdienst das Verbrechen!.....

Daß dies vom Anfang an der Grundgedanke der wiener Politik gewesen, werden ihre damaligen Leiter heute sowenig in Abrede stellen als jene unglücklichen Nationalitäten die sich zu deren Werkzeug gebrauchen ließen, und nach vollbrachtem Tagewerk ehrsüßlich belohnt, d. h. mit jener Nation zu deren Unterdrückung sie sich hergegeben, in k. k. „väterlichem“ Druck und Glend „gleichberechtigt“ wurden..... Gesteht doch selbst der damalige Minister des Innern in seinen „Rückblicken“ naiv genug: das Kabinet habe die kroatische Bewegung dem Interesse der Monarchie so sehr „entsprechend“ gefunden, daß es ihr nur seine „warmen Sympathien“ schenken konnte. Und Baron Billerødorf vermochte trotz seiner hohen Stellung doch nur einen verstoßenen Blick in das Spiel des Hofes zu werfen, da er ohne es zu wissen nur Werkzeug in höherer Hand war. Er war Minister Ferdinand's I., aber nicht der eigentlichen Regentschaft jener Tage. Und in Folge dieser Verkennung seiner Stellung förderte er im vermeintlichen „Interesse der Monarchie“ jenes schmachliche Spiel, das Andere zu weiterreichenden Zwecken angelegt und fortwährend mittels unsichtbarer Fäden leiteten.....

Er wie sie hofften damals noch, mit diesem Mittel auszureichen, nemlich Ungarn durch die kroatische Bewegung zur Nachgiebigkeit zu vermögen, und daß insolge Dessen auch die Geld- und Streitkräfte, welche das Land jetzt aufbringe, nur ihnen zugute kommen werden. Derart einten sich am Vorabende des Zusammentrittes der Nationalversammlung alle Parteien in dem Rufe: Geld und Soldaten. Die wiener Regierung, um sie gegen den italienischen Aufstand, später wol auch gegen die ungarische Freiheitsbewegung; Batthyány, um sie theils gegen Karl Albert, theils gegen Jellachich; Kossuth — um sie seiner Zeit gegen jeden Feind des Landes zu verwenden. Dieser Einstimmigkeit verdankte es Kossuth, daß er wieder mit voller Kraft am öffentlichen Leben theilnehmen und mit seinen Ministerkollegen nicht nur Hand in Hand gehen, sondern von ihnen sogar mit der Sprecherrolle für die Nationalversammlung betraut werden konnte. Doch hätten sich Diese wol trotz des scheinbar guten Einverständnisses zu dieser Rollenübertragung schwerlich entschlossen, hätte nicht die unabweisbare Nothwendigkeit sie geboten. Denn, an parlamentarischer Tüchtigkeit wie an Volksthümlichkeit sie Alle weit überragend, war es fast nur ihm möglich, dem Ministerium die Sympathien der Nation zu erhalten, die es ob seiner Halbsheitspolitik größtentheils zu verlieren begann.

Auch zeigte es sich schon im Laufe des Juli, daß die Wahl Kossuth's zum Sprecher des Ministeriums nur eine nothwendige aber keine glückliche gewesen. Sie wurde oft ihm eben so lästig als seinen Sendern gefährlich. Kossuth der von jeher fast immer improvisirte, bei seinem enormen Talent auch wol improvisiren durfte, weil die Zunge gewöhnlich nur der treue Dolmetscher des Herzens oder des Kopfes war und er nie diplomatische Kunstausdrücke und vielsagende aber nichtsbedeutende Redensarten einzustudiren hatte: Kossuth mußte hier zum ersten Mal in „gebundener Rede“ sprechen. Denn er mußte — ob auch betreffs der ersten dringendsten Aufgabe der Gegenwart völlige Uebereinstimmung herrschte, doch in andern sehr wesentlichen Punkten oft eine Politik vertheidigen, die er selbst nicht weniger unflug als unpatriotisch fand, mußte sie heute in der

Nationalversammlung gegen dieselben Einwendungen verfechten, die er gestern im Ministerrath, aber vergeblich, erhoben hatte. Und auch beim besten Willen konnte es nicht verhütet werden, daß er nicht zuweilen, wenn von den Radikalen in die Enge getrieben, aus der erborgten in die natürliche Rolle zurückfiel, und dadurch das Ministerium welches wollend oder nicht wollend die einmal von seinem offiziellen Vertreter ausgesprochene Ansicht adoptiren mußte, in arge Verlegenheiten brachte.

Für den Zwang den ihm diese Sprecherrolle auflegte, suchte er sich einigermaßen auf einem andern Gebiete zu entschädigen, nemlich in der Journalistik. Die obschwebenden Verhältnisse und seine amtliche Stellung mußten ihn allerdings auch hier mannichfach beschränken, doch nicht in dem Maße wie auf der Tribüne. Im Journal war er höchsten Minister, — wiewol er selbst Das zuweilen gerne übersah — aber jedesfalls nicht offizieller Vertreter des Gesamtministeriums, und konnte daher offener und energischer mit der Sprache herausrücken. . . . Seit dem 1. Juli 1844 der Feder beraubt, griff er jetzt nach vierjähriger nur durch vereinzelte journalistische Stoßseufzer unterbrochener Pause wieder zu seiner ersten erprobten Waffe. Er gründete unter dem Titel „Kossuth hírlapja“ (Kossuth's Zeitung) ein eigenes Blatt, das ganz in seinem Geiste geleitet wurde, wiewol er, anderweitiger gehäufte Beschäftigung wegen, die Redaktion nicht selbst führen konnte. Das Blatt erschien im größten Folio täglich 1—2 enggedruckte Bogen stark, hatte für die Redaktion den bekannten Schriftsteller J. Bajza, für die Leitartikel einige tüchtige junge Publizisten gewonnen, und zeichnete sich namentlich durch eine Fülle interessanter Korrespondenzen aus allen Landestheilen wie durch eine sorgfältige Kronik des Auslandes vortheilhaft aus. Der gefeierte Name den es an der Stirne trug, hatte ihm schon vor seinem Erscheinen einen größern Abonnentenkreis als ihn irgend ein ungarisches Blatt besaß, und dadurch dem Minister ein neues Mittel verschafft, zur unmittelbaren mächtigen Einwirkung auf das Volk. Und die Wirkung dieses Mittels war um so ausgebehnter, da die gesammte ungarische wie deutsche Journalistik jedes-

mal ungefümt die Artikel des Finanzministers in ihren Spalten unverfäzt wiedergab, und sie derart in alle Landestheile und unter alle Volksklassen verbreitete.

Kossuth benützte die erste, am 1. Juli, also wenige Tage vor Eröffnung der Nationalversammlung, erschienene Nummer seines Blattes zur Ablegung seines Glaubensbekenntnisses über die Stellung des Ministeriums wie über des Landes gegenwärtige Aufgabe. „Was — schreibt er unter Andern — das Ministerium betrifft, kann ich soviel sagen, daß ihm das fernere Verbleiben im Amte keine Frage persönlichen Interesses ist. Ich wenigstens bin bereit, mich jeder Gefahr, jeder Mühe, jeder Verantwortlichkeit zu unterziehen, wenn meine Bürgerpflicht es heischt, werde aber, sobald es mir gestattet sein wird meiner Herzensneigung zu folgen, von der Nation keinen andern Lohn fordern, als daß sie mir die Ruhe der stillen Einsamkeit gewähre. Ich kämpfe nicht für die Beibehaltung des Portefeuilles, und ich muß nicht erst in der Minderheit bleiben um meinen Plaz einem Andern zu überlassen, sondern thue dies — umgebe mich auch der Beifall der gesammten Nation — auch ohnehin, sobald ich hoffen kann, daß mein Nachfolger sich derselben Unterstützung erfreuen werde. Vielleicht trete ich auch ohnedies zurück. Das gehört jedoch nicht hieher. Ich wollte nur soviel sagen, daß ich nicht mit der Sehnsucht: mein Amt zu behaupten, vor die Nationalversammlung hintrete. Und so denkt, glaube ich, das ganze Ministerium. Sollte es daher schwache Menschen geben, welche, die großartigen Momente des Vaterlandes auf der Wage ihrer kleinsten Leidenschaften wägend, in dem süßen Vorgefühl schwelgen, daß sie auf der ersten ungarischen Nationalversammlung das Publikum mit einem Ringspiel um Portefeuilles ergötzen werden, so verrechnen sie sich gewaltig“.

„Es ist kein Land in Europa — schreibt er dann mit Bezug auf die eigentliche Tagesfrage — dessen neue Zustände in den letzten dritthalb Monaten einer Konsolidirung entgegengegangen wären; in unserem Vaterlande haben sie sich doch einigermaßen befestigt. Die mit der Reaktion gepaarte Zügellosigkeit wüthet an den äußern

Grenzen der Periferie; der Körper selbst aber steht in unverletzter Kraft da. Ja, er hat an Kraft zugenommen. Und wenn es Gott so will, werden vielleicht selbst die Grenzen ohne Bürgerblut sich besänftigen. Will es Gott anders, so steht die Nation bereit da, auch durch ein Blutbad hindurch den Triumph der ungarischen Freiheit zu verewigen.“

„Die Nation stehet zum Kampfe bereit; und das ist der mächtigste Schritt zum Frieden.“

„Die Nation ist zum Opfern begeistert; und das ist eine unerschöpfliche Quelle der Kraft.“

„Die Nation hält in ihrem Enthusiasmus die Ordnung aufrecht; und das ist der Stolz der Ungarn, dessen sich jetzt eine andere Nation nicht rühmen kann.“

„Die Masse der Nation kennt die Disziplin; und das ist des Sieges Unterpfand.“

„Vertrauen wir auf uns! Und wenn wir uns selber treu bleiben, erhalten wir was wir bereits gewonnen und erwerben was noch fehlt. Und im heiligen Schoße des durch die begeisterte Kraft der Nation zu erfechtenden Friedens wird der freie Boden des dreihundertjährigen Zerklüftung in Eins verschmolzenen ungarischen Vaterlandes in wenigen Jahren zu einem Paradiese erblühen.“

„Für das Paradies aber muß man kämpfen. Gott verleiht die Himmelsgnade der Freiheit nur als Lohn für schwere Arbeit. Halten wir uns bereit zum Kampfe!“ . . . . .

In demselben Sinne spricht er sich auch am 3. Juli, in einem, an die allmählig in Pest anlangenden Volksvertreter gerichteten Artikel aus. Die Nationalversammlung möge ja nicht die ersten Tage ihres Beisammenseins mit langen fruchtlosen Abreßdebatten vergeuden. Sie erwartet eine größere Aufgabe: sie hat vor Allem das Vaterland zu retten. Sie muß sich auf die Höhe der Verhältnisse erheben, und fühlen: daß Ungarn, wenn es nur sich selbst treu bleibt, jeden Feind zurückschlagen kann. Diese muthvolle Stellung muß aber Ungarn um jeden Preis einnehmen, weil es sonst weder seine Freiheit noch seine Selbständigkeit, noch seine territoriale Integrität

wahren könnte, sondern von den Nachbarn nach Belieben zerstückelt würde. „Nicht Kampflust — ruft er ihnen zu — spricht aus mir. Ungarns Zukunft liegt nicht in Eroberungen. Ich suche nicht die blutige Glorie des Sieges; ich will nur die reine Friedenspalme der Freiheit. Ich künde daher Niemanden den Krieg an. . . . Wenn aber Jemand die ungarische Krone antastet, unsere Selbständigkeit, unsere Freiheit, unsere Nationalehre angreift, wenn er mit herausforderndem Troze uns den Handschuh vor die Füße wirft, da rufe ich: Nimm ihn auf, meine Nation! und wirf ihn dem Herausfordernden in's Gesicht, wäre er auch jener fabelhafte Riese des Alterthums der gegen Dich den Ossa auf den Pelion thürmt!! . . . . Ich will einen ehrenvollen Frieden; und weil ich den will, halte ich es für unabweisbar nothwendig, daß wir uns vor Allem zu einem großartigen Kampfe rüsten. . . . Den Schlafenden, sei er Riese auch, fürchtet Niemand. Unvorbereitetsein ist mehr als Schwäche, ist gewisser Tod“. . . . .

„Warum — fährt er nach einer nähern Darlegung der Verhältnisse fort — warum wagen sie es, in Agram die Fahne des Verraths so hoch flattern zu lassen? Warum wagt zusammengelaufenes Raubgefindel es, Bács und Banat anzugreifen? Warum wagen es die Ueberreste der Kamarilla auf Reaktion zu sinnen? Warum wagt man in Wien von Rücknahme unseres Finanz- und Kriegsportefeuilles zu träumen? Warum? . . . . . Weil sie uns ungerüstet wußten, weil sie wußten, daß der letzte Reichstag das Ministerium nackt und bloß entlassen hat, wie Gott den Menschen in der indischen Fabel; ohne Geld, ohne Heeresmacht und ohne Waffen; . . . weil sie wußten, daß ihnen in Kroatien eine geübte Waffenmacht zugebote steht, während wir dem größten Theil der bei uns stehenden Heeresmacht nicht trauen können; weil sie wußten, daß die Berufung auf die schwarzgelbe gegenüber der dreifarbigten Fahne so viel heißt, als sich auf die Kraft des allbekannten Eides, der allbekannten Pietät und Disziplin stützen; weil sie wußten, daß wir ohne Reichstag nicht vorbereitet sind, dem innern Zerfall, dem äußern Angriff, dem von tausend Seiten uns umstrickenden Verrath zu wehren; . . . .



mit Einem Worte: weil sie wußten, daß wir unvorbereitet sind und nicht die Götterkraft besitzen, Grasshalme mit einem Hauch in gewappnete Kriegshelden umzuwandeln."

Das Ministerium habe trotzdem bisher das Mögliche gethan; und dem ist es zu danken, daß wenigstens im Innern des Landes die Ordnung aufrechterhalten wurde. An den Vertretern der Nation liege es jetzt, das begonnene Werk im Großen fortzusetzen, indem sie sich mit der Errettung des Vaterlandes einmüthig beschäftigen, ehe sie durch anderweitige parlamentarische Kämpfe ihre Kräfte in Parteiongen zersplittern. „Noch einmal sage ich es — schließt Kossuth diesen kräftigen Artikel — ich kündige Niemanden den Krieg an! Ich will das Land nicht in Kampf verwickeln. Ich will den Frieden; einen ehrenvollen aber, der die Integrität der Krone, die Selbstständigkeit des Landes, die Freiheit der Nation sichert; aber ich will nie und nimmer den Frieden der Sklaverei! Und weil ich jenen ja, diesen nicht will, rufe ich hundert, rufe ich tausendmal der Nation zu: Zum Kampf rüste dich! Mit aller Kraft zum Kampf auf Tod und Leben! Bist du wolgerüstet, dann ist dir der Friede gesichert; bleibst ungerüstet du, so ist statt des Friedens — Vernichtung dein Loos."....

Diese entschiedene Sprache führt jedoch im gegenwärtigen Augenblick selbst der Journalist Kossuth nur dem serbischkroatischen Aufstand, nicht dem Hofe gegenüber. Er will, wenigstens offen, Diesen noch nicht ganz mit Jenem identifiziren. Er bestrebt sich vielmehr, scheinbar ganz auf Batthyány's Ansichten eingehend, sie vollständig von einander zu scheiden. Mit der ihm eigenen Wärme sucht er den damals hartbedrängten König zu bereden: daß er das Vertrauen der ungarischen Nation mit gleichem Vertrauen erwidere, sich in ihre Arme werfe und dadurch die Zukunft der Dynastie rette. Sie stehe auf dem Punkte, Italien völlig zu verlieren; es ersatzlos zu verlieren, weil sie zur rechten Zeit nicht die Mahnungsstimme ihrer wahren Freunde beachtet. ... Das slavische Element könne ihr unmöglich eine Zukunft sichern, denn fällt es, so reißt es sie, wenn sie sich

an die Mitschuld des Kabinetts glauben wollte. Daß Kossuth anders dachte, wissen wir. Und schon wenige Tage nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung ergriff er und benutzte mit glänzendem Erfolg die Gelegenheit, um die Nation zur vollen Kraftentwicklung wachzurufen.

## VII.

Nach fünftägigen Vorverhandlungen hat sich die Nationalversammlung am 10. Juli unter D. Bázmándy's Vorsitz für konstituiert erklärt, um in ihrem Schooße sofort einen heißen Kampf entbrennen zu sehen. Es gilt, die Tagesordnung zu bestimmen. Dem üblichen parlamentarischen Brauch gemäß erwartet man vor Allem die Adreßdebatte. Bázmándy meldet jedoch, daß vor dieser der Finanzminister morgen einen Antrag betreffs der Landesvertheidigung stellen wolle. Die Opposition besteht hartnäckig auf die Priorität der Adreßdebatte, um in dieser erst die bisherige Politik des Ministeriums zu richten, ehe sie dessen Anträge für die Zukunft vernehmen könne. Sie schiebt ihre besten Kämpen ins Feld. Der ruhige aber unerschrockene Paul Nyáry eröffnet den Kampf. Ihm folgt das stürmische Brüderpaar Madarász, denen sich der heißblütige Moriz Perczel anschließt. Der nüchterne Stephan Jakó, der gemüthliche Stefan Bezerédy und andere Ministerielle bemühen sich vergeblich, dem muthigen Andrang der kleinen aber energischen und enggeschlossenen Oppositionsfalanx Einhalt zu thun. Nicht glücklicher sind Andere, an ihrer Spitze der Kultusminister J. Götvös, indem sie die Frage als bloße Tagesordnungsfrage geltendmachen wollen. Jedermann weiß, daß sie eine größere Tragweite hat. Der Kampf wird immer gereizter, die Reden immer heftiger, die Gemüther immer mehr erbittert. Der ungeduldige Josef Madarász antizipirt endlich die Adreßdebatte, indem er schon jetzt die Politik des Ministeriums heftig angreift und auch das schwerwiegende Wörtchen „Verrath“ hören läßt. Der ruhige und gemessene Justizminister, solch' heißem Kampf sich nicht gewachsen fühlend, läßt rasch

den sprachgewaltigen Finanzminister herbeirufen, dessen von körperlichem Unwohlsein herrührende Reizbarkeit durch die stürmische Hast mit welcher man ihn aus seinem Bureau abholt, wie durch die übertriebenen Gerüchte der ihn abrufenden ministeriellen Gallopinen bedeutend gesteigert wird. In stürmischer Hast und ungewöhnlicher Aufregung eilt er in den Saal und auf die Tribüne, wo er kämpft, schlägt und siegt. In außerordentlicher Erregung löst sich die Versammlung auf, als der Präsident den Mehrheitsbeschluß dahin ausspricht: morgen Kossuth's Antrag zu vernehmen. Noch größer als die Aufregung ist jedoch die allgemeine mehr als neugierige Spannung auf diesen Antrag, um dessentwillen solch' ein heißes Vorgeficht geliefert worden.

Lange vor der festgesetzten Eröffnungsstunde ist am Morgen des 11. Juli der große Redoutensaal in allen Räumen zum Erdrücken überfüllt. Hunderte die im Saale, in den Nebenzimmern und auf den Galerien keinen Zulaß mehr gefunden, umlagern das Gebäude. Die Eröffnungsstunde naht. Auf Aller Angesicht ist ungeduldige Erwartung, in allen Blicken die gespannteste Neugierde zu lesen. Ein von den Straßen heraufdringender Freuden- und Beifallsturm verkündet endlich, daß der Held des Tages, der Angebetete des Volkes, nahe. Aller Blicke wenden sich der großen Saalthüre zu. Sie wird geöffnet, und von zwei Volksvertretern gestützt, sieht man den Geseleierten die breite Treppe langsam heraufwandern. Ein tausendstimziger Oclenruf, der noch lange nicht enden will als der Angekommene bereits den Saal durchschritten und seinen Sitz auf der Ministerbank eingenommen hat, scheint ihm neue Kraft einflößen zu wollen. Dem stürmischen Orus folgt eine feierliche Pause, während welcher der Präsident die Sitzung für eröffnet erklärt, und Kossuth langsam die Tribüne besteigt. Der Mann sieht so leidend, scheint so angegriffen und schwach, daß man allgemein glaubt: er werde keine Viertelstunde sprechen, sich nicht fünf Minuten auf den Füßen erhalten können. „Setzen Sie sich!“ rufen mittheidig tausend Stimmen. Er dankt gerührt, die Bitte hinzufügend: später, wenn er es nöthig finden sollte, von dieser Erlaubniß Gebrauch machen zu dürfen.

„Meine Herren! — beginnt er nach kurzer Pause unter der feierlichsten Stille der Versammlung, mit schwacher aber doch deutlicher, in allen Räumen vernehmbarer, im Laufe der Rede immer festerer und sicherer werdenden Stimme. — Indem ich die Tribüne besteige, um sie, meine Herren, dazu aufzurufen, daß sie das Vaterland retten, wirkt die Großartigkeit des Moments beklemmend auf meine Seele. Mir ist zu Muth, als hätte Gott in meine Hand die Botschaft gegeben, um die Todten zu erwecken, damit sie, wenn sie sündig oder schwach, wieder in den Tod zurücksinken, wenn aber noch Lebenskraft in ihnen, für die Ewigkeit erwachen. So sieht in diesem Augenblicke das Schicksal der Nation. . . . . Ihnen, meine Herren, hat Gott mit dem Beschlusse den Sie auf meinen Antrag fassen werden, die Entscheidung über Leben und Tod der Nation in die Hände gegeben. Aber eben weil der Moment so großartig, habe ich mir vorgenommen, zu der Waffe der Rhetorik keine Zuflucht zu nehmen. Denn es ist mir unmöglich nicht zu glauben, unmöglich nicht überzeugt zu sein, daß wie sehr auch die Meinungen in diesem Hause differiren mögen, doch die heilige Liebe zum Vaterlande und ein solches Gefühl für dessen Selbstständigkeit, Ehre und Freiheit, daß dafür das Haus den letzten Tropfen Blut zu opfern bereit ist, uns Allen im gleichen Maße gemeinsam sei. Wo aber dieses Gefühl gemeinsam ist, da bedarf es keines Aneifers; da braucht die kalte Vernunft nur unter den Mitteln zu wählen“. . . .

„Meine Herren! Das Vaterland ist in Gefahr. Es würde vielleicht hinreichend sein, ganz trocken diese Worte auszusprechen, denn die verdunkelnden Schleier sind ja mit dem Anbruche des Tages der Freiheit von den Augen der Nation gefallen. Sie wissen, wie es mit dem Vaterlande steht. Sie wissen, daß die Behörden ausgerufen wurden, die Nationalgardien mobil zu machen, damit eine Macht da sei die im Stande das Land zu vertheidigen und dort unten an der Grenze den Abfall zu bestrafen. Dieser Aufruf hat bei der Nation allgemeinen Wiederhall gefunden. Wie wäre dies aber geschehn, wenn die Nation nicht gefühlt hätte, daß Gefahr vorhanden? Dies selbst ist eine Kundgebung der Gesamtnation. Dessen, daß das

Gefühl der Gefahr allgemein ist.... Dennoch aber meine ich verpflichtet zu sein, Ihnen, meine Herren, wenn auch nur in allgemeinen Umrissen und für jetzt nicht in allen geringfügigen Details, einigermaßen eine Skizze vom Zustande des Vaterlandes zu unterbreiten.“

Nach einer kurzen Schilderung der Landesverhältnisse beim Regierungsantritt des Ministeriums geht Kossuth auf Kroatien über, das sich „in offener Rebellion“ befindet. „Es sind, bemerkt er, schon viele Jahre, meine Herren, daß nicht bloß Einer oder der Andere im Vaterlande die Regierung aufmerksam gemacht, daß wenn sie die illirischen Wühlereien schürt — ich sage nicht: nachsieht, sondern: schürt — sie eine Schlange in ihrem Busen nährt, welche das Verderben der Nation nach sich ziehen wird. Und jetzt dachten die Herren dort unten, weil der revolutionäre Zustand in dem sich Europa befindet, alle Grundpfeiler der Ordnung erschüttert hat, daß sie nun ungestraft und offen in Empörung ausbrechen können.... Meine Herren! hätte Ungarn irgend einen Grund zu dieser Empörung gegeben, so würde ich selbst in diesem Augenblicke, nicht berücksichtigend daß Rebellion ist, Sie aufgefordert haben: Seien Sie Kroatien gegenüber gerecht und stillen Sie nicht mit den Waffen, sondern mit dem heiligen Namen der Gerechtigkeit den Aufruhr..... Solche Gesinnung hegend, fühle ich mich verpflichtet, einen flüchtigen Blick auf die ungarischkroatischen Verhältnisse zu werfen.“

Rebner findet weder in der ältern noch in der neuern oder in der neuesten Geschichte irgend einen Anlaß, der die kroatische Empörung rechtfertigen oder auch nur entschuldigen könnte. Von jeher hat Ungarn nicht nur seine eigenen Rechte stets brüderlich mit Kroatien getheilt, sondern ihm noch manche Vorrechte eingeräumt. Die Geschichte anderer Nationen zeigt wol, daß einzelnen Theilen großer Reiche manche Rechte vorenthalten werden, daß zum Beispiel Irland nicht besitzt was England; daß aber der größere Theil einer Nation zu Gunsten einer geringen Minderheit sich bedeutende Rechte versagt, ein so großartiges Beispiel liefert nur Ungarn gegenüber den Kroaten. In der Vergangenheit ist sonach kein Grund vorhanden. Liegt er etwa

in den Anordnungen des letzten Reichstags? Ebensowenig! Die politischen Rechte die Ungarn sich errungen, wurden allesammt auch auf Kroatien ausgedehnt, und zwar auch hier nicht ohne materielle Beeinträchtigung des Mutterlandes, welches zum Beispiel die Verpflichtung übernommen hat, auch die kroatischen Grundbesitzer für die durch die Neuzeit ihnen verursachte Einbuße aus dem ungarischen Staatschatz zu entschädigen. Auch ihre nationalen Rechte sicherte und erweiterte der letzte Reichstag, indem er es aussprach, daß sie in ihrem öffentlichen Leben sich ihrer Nationalsprache bedienen mögen. Auch ihre Municipalrechte wurden erweitert, denn der Reichstag stellte es ihnen selbst anheim, sich ein Wahlgesetz zu geben.

Oder hat das Ministerium ihnen Anlaß zur Unzufriedenheit geboten? Nein! Dieses ist sogar in seiner Nachgiebigkeit über die diesfälligen Gesetzesgränzen hinausgegangen. Denn es hat auf eigne Verantwortlichkeit die Anerkennung der kroatischen Nationalität auch auf den Verkehr der Kroaten mit der Regierung ausgedehnt, indem es mit ihren Behörden in ungarischer Sprache mit Beilegung einer authentischen kroatischen Uebersetzung korrespondirt. Die Banalgewalt auf welche sie soviel Gewicht legen, hat der letzte Reichstag nicht nur unverletzt gelassen, sondern zugleich deren Einfluß auf die ganze Landesverwaltung dadurch gesichert, daß er durch ein Gesetz den Ban dazu aufrief, am Staatsrath des Landes theilzunehmen. Das Ministerium hat demgemäß den neuernannten Ban — eben diesen Ban den die unter der Geißel der Wahrheit und Freiheit gestürzte Gewalt noch in den letzten Augenblicken ihres Daseins als einen Fluch und auf den Hals geworfen hat, damit er es versuche, ob man den Dämon gemeinschädlicher Reaktion nicht wieder heraufbeschwören könne — das Ministerium hat diesen Ban unverweilt aufgefordert, seinen Sitz im ungarischen Staatsrath einzunehmen, und mit den Ministern zu konferiren, wie man in Kroatien die Ruhe, die Ordnung und den Frieden sichern könnte. Der Ban beantwortete die Aufforderung mit offener Empörung und schnitt dadurch die Möglichkeit der Verständigung ab. • Trotzdem hat das Ministerium Nichts verabsäumt was es zur Beruhigung Kroatiens und der

Militärgrenze für zweckmäßig erachtete. Es hat den bisher an die Scholle gefesselten und in die österreichische Soldatenjacke gezwängten, eigenthums- und rechtslosen Grenzer zum freien politischberechtigten Bürger gemacht; außerdem die Aufforderung ergehen lassen, daß das Volk selbst nach Gemeinden oder nach Bezirken aus seiner Mitte Männer erwähle, die hieherkommen und das Ministerium orientiren und über die Wünsche des Volkes aufklären mögen, die, wenn sie nur gerecht und erfüllbar, nicht umsonst vorgebracht werden sollen. Auch betreffs der Aemtervertheilung kann dem Ministerium kein Vorwurf gemacht werden, denn es hat nicht nur unmittelbar nach seinem Amtsantritt zahlreiche Individuen aus den Nebeländern ohne alle Parteilichkeit mit Aemtern betraut, sondern auch für die kroatischen Angelegenheiten in mehreren Ministerien besondere Sektionen errichtet, die bloß weil das Band zwischen den beiden Ländern gewaltsam zerrissen ist, bisher nicht besetzt werden konnten.

Das Ministerium hat also Nichts verabsäumt, was bis an die Grenze der Integrität der Krone, der Freiheit und der Rechte der Nation zur Beruhigung der Gemüther geschehen konnte. Auf all' Das haben aber die „unglücklichen verführten Kroaten“ mit Aufruhr und Meuterei geantwortet, so daß zur Verwirklichung jener Wohthaten die das Ministerium schon vor Wochen zu verleihen beschloffen, sich keine Gelegenheit mehr darbot. . . „Wenn — bemerkt nach dieser Darstellung der Redner — wenn ein Volk die Freiheit die es besitzt, für zu geringe hält, und nach der Waffe greift um mehr zu erringen, so treibt es zwar ein gewagtes Spiel — denn eine solche Waffe ist zweischneidig — aber ich kann es doch begreifen. Wenn aber ein Volk sagt: mir ist deine Freiheit zuviel, ich mag nicht was du mir bietest, sondern ich gehe hin und werde mich unter das alte Joch des Absolutismus beugen, so ist das Etwas was ich nicht zu begreifen vermag. Die kroatische Sache steht aber ohngefähr so. Denn in der sogenannten Petition die von dem agrarischen Konventikel an Se. Majestät gesendet wurde, bitten sie geradezu: sich von Ungarn los trennen zu dürfen, aber nicht um eine selbständige unabhängige Nation zu bilden, sondern um sich dem österreichischen Ministerium zu

unterwerfen. . . . . Dies, meine Herren, ist die Rolle der alten Wendee, die aber kein Terrorismus von unserer Seite herausgefordert hat und die unter der Hülle erheuchelter Treue für den Fürsten reaktionäre Intriguen ausspinnt“.

„Sie sagen — fährt Kossuth fort, nach einigen Bemerkungen über die Unselbstständigkeit des wiener Ministeriums das nicht wisse ob es vom Kaiser, von der Aula, vom wiener Reichstag oder vom frankfurter Reichsverweser abhängen, und ob Oesterreich in Deutschland, oder umgekehrt aufgehen werde, das also den Kroaten unmöglich einen festen Stützpunkt gewähren kann — sie sagen, daß sie aus Loyalität sich gegen Ferdinand V. auflehnen. Ich hingegen gestehe aufrichtig, daß ich dem Freiheitsgefühl eine zu starke Wirkung auf die Massen zuschreibe, um nicht überzeugt zu sein, daß diese affectirte Treue nur ein leerer Vorwand ist mit dem andere Zwecke verhüllt werden. Von Seiten der Führer wird damit die reaktionäre Tendenz verhüllt; andererseits aber steht diese Idee mit dem Plane zur Slavisirung der österreichischen Monarchie im Zusammenhang. Wir werden, sagen sie, unsere Deputirten nach Wien senden, werden dort dem slavischen Element die Majorität verschaffen, und Oesterreich wird aufhören ein deutsches Reich zu sein; denn bald wird dort oben bei den Czechen und hier unten bei uns ein neues slavisches Reich sich erheben... Es ist dies ein gewagtes Spiel, und vermuthlich wird Europa bald darüber bestimmen; denn wenn wir der Angelegenheit nicht Herr werden, so wird sie eine europäische Frage. Soviel aber ist gewiß, daß diese Kombination wenn sie irgend Etwas nach sich zieht, dieses Etwas nichts anderes — als der Ruin der österreichischen Dynastie ist“ . . . .

Kossuth gedenkt sodann noch der Mittel welche das Ministerium bisher zur Beilegung dieser Wirren ergriffen hat. So oft nemlich Befehle vom ungarischen Ministerium oder vom Palatin in Kroatien anlangten, wurden sie als antiköniglich verdächtigt und zurückgewiesen. Das Ministerium ersuchte hierauf den König: in einer von ihm selbst zu erlassenden Proclamation die Kroaten über seine wahre Gesinnung aufzuklären, da die dortigen Räubersführer in seinem Namen oder wenigstens in seinem Interesse zu agitiren vorgeben. Der



König willigte in diese Forderung und erließ die bekannte Proklamation vom 10. Juni. Aber auch sie wurde als falsch oder durch das ungarische Ministerium erpreßt zurückgewiesen. Dieses bat hierauf den König: er möge ein zuverlässiges, durchaus keiner ungarischen Sympathien verdächtiges Mitglied der Dynastie nach Kroatien schicken, um die Aufständischen persönlich über die eigentliche Sachlage aufzuklären. Erzherzog Johann, vom König mit dieser Aufgabe betraut, unterzog sich ihr willig, ist aber durch seine inzwischen erfolgte Verurteilung nach Frankfurt bisher an deren Vollziehung behindert worden. Die Regierung muß deshalb, ehe weitere Schritte geschehen können, die Rückkehr des Reichsverweisers und dann den Erfolg seiner Bemühungen abwarten; hat aber auch bis dahin jenes „tollühne Verlangen“ der Kroaten, daß von ungarischer Seite sofort alle Kriegsrüstungen eingestellt werden, entschieden zurückgewiesen.

Kossuth geht nun auf eine andere brennende Frage über: auf die serbische Empörung, die man eigentlich nur mit dem Strick des Statariums beantworten sollte, da die serbischen Forderungen noch weit mehr als die kroatischen jedes geschichtlichen; rechtlichen und vernünftigen Grundes entbehren. Aber, das Vergießen des Bürgerblutes scheuend, sei es auch das der Schuldigsten, hat das Ministerium den Weg der gütlichen Ausgleichung versucht, und einen serbischen Kongreß einberufen, um die Wünsche der Serben zu vernehmen und nach Thunlichkeit zu befriedigen. Dies verhinderte jedoch der Erzbischof Rajachich, indem er zu Karlovicz eine Volksversammlung abhielt, die sich aus eigener Machtvollkommenheit zur serbischen Nationalversammlung proklamirt, mehrere ungarische Komitate als ihr Nationaleigenthum erklärt, zur serbischen Wojwodschast gestempelt und sich einen Patriarchen und Wojwoden gegeben. Das Ministerium hat energische Anstalten zur Niederkämpfung dieser Rebellion getroffen. Gleichzeitig hat jedoch der Regierungskommissär Peter Esernovic auch den Friedensweg versucht, und den Empörern einen zehntägigen Waffenstillstand bewilligt, während dessen die Anführer ihre Haufen entlassen und sowol selbst zum Gehorsam gegen das Gesetz zurückkehren, als auch das unglückliche verführte Volk zum Gehorsam

zurückführen sollen. Welchen Erfolg diese Friedensmaßregel haben werde, läßt sich jetzt noch nicht angeben; so wenig als die kriegerischen Maßnahmen die für den entgegengesetzten Fall getroffen sind, hier mitgetheilt werden können. „Soviel jedoch, bemerkt der Redner mit freudestrahlendem Gesicht, kann ich versichern, daß die Bereitwilligkeit der Nation bei der Vertheidigung des Vaterlandes meine Hoffnung und mein Vertrauen bei weitem übertroffen hat. Vor einigen Jahren hatte ich es mit traurigem Gefühl erlitten: Gott möge mir nur Einen Punkt geben, auf den gestützt ich sagen könnte, daß die Nation sich für ihre Freiheit zu begeistern weiß, und ich will an ihrer Zukunft nicht verzweifeln. Gott hat mich diesen Augenblick erleben lassen. Der Ungar ist begeistert, und ich verzweifle nicht mehr an der Zukunft der Nation!“

Nach einem kurzen Hinweis auf die untern Donauländer, an deren Grenze ein bedeutendes russisches Heer zum Einmarsch bereit stehe, wie auf die Rüstungen des bosnischen Beziers um nöthigenfalls die Unruhen in Serbien unterdrücken zu können — Umstände die Ungarn ebenfalls auffordern, sich in Vertheidigungsstand zu setzen, wiewol Rußland auf Befragen erklärt hat: gegen Ungarn durchaus keine feindlichen Absichten zu hegen, und auch der bosnische Bezier freundschaftlich gesinnt scheint — geht der Redner endlich unter vielfachem Ruf: „Hören wir! hören wir!“ auf die ungarisch-österreichische Frage über. „Ich will — scherzt er — gerecht sein, und finde es daher sehr natürlich, daß es die wiener Regierung schmerzt, nicht mehr über Ungarn verfügen zu können; aber weil ein Schmerz natürlich, daraus folgt noch nicht, daß er auch gerecht sei, noch weniger aber, daß die Nation aus Mitgefühl für diesen Schmerz sich ihre eigenen Rechte schmälern lasse. . . . Ja, meine Herren, es finden ganz gewiß solche Bewegungen statt, die darauf hinielen, wenn auch nicht Alles so doch das Finanz- und Kriegsportefeuille dem wiener Ministerium wieder zurückzubringen. Das Uebrige würde dann bald nachfolgen. Denn wer seine Hand in den Taschen der Nation, die Waffen der Nation in seiner Hand hat, der wird leicht über die ganze Nation verfügen. Im deutlichen Zusammenhange scheint damit die

kroatische Bewegung zu stehen, denn Jellachich hat es erklärt: er brauche keine Freiheit, es solle nur das ungarische Finanz- und Kriegsportefeuille dem wiener Ministerium wieder übertragen werden. Und in der letzten Zeit, in den letzten Junitagen ist der Schleier dieser öffentlichen Geheimnisse gänzlich gelüftet worden. Das wiener Ministerium hat es für gut befunden, im Namen des österreichischen Kaisers dem Ministerium des ungarischen Königs anzuzeigen: daß, wenn wir nicht um jeden Preis mit den Kroaten Frieden schließen, es uns gegenüber die Neutralität aufgeben werde. Das heißt soviel: der österreichische Kaiser kündigt dem ungarischen König, also sich selbst, den Krieg an. Sie können, meine Herren, von dem Ministerium welche Meinung immer haben, aber ich glaube Sie werden ihm jedenfalls soviel patriotisches Ehrgefühl zutrauen, daß ich nicht lange zu demonstrieren brauche, daß wir auf diese Forderung so geantwortet, wie es die Würde der Nation erfordert. Aber eben als unsere Antwort auf diese Note nach Wien abgegangen, kam wieder eine zweite, die es aussprach, welch' schrecklicher Mensch doch der ungarische Finanzminister sei, der dem Rebellen Jellachich kein Geld geben wolle. Denn natürlich habe ich, seitdem Kroatien zur offenen Revolution gegriffen, die Geldsendungen an das agramer Generalkommando eingestellt. Ich wäre nicht werth die Luft einzuathmen, ja ins Gesicht müßte mir die Nation spucken, wenn ich ihrem Feinde Geld verabreicht hätte. Aber das wiener Ministerium war anderer Meinung. Es hielt dies für einen schrecklichen Gedanken, für ein Gelüste zur Untergrabung der Monarchie, daß der Finanzminister des ungarischen Königs jenem Rebellen der die Krone des ungarischen Königs zerstückeln will, kein Geld schicken mochte. Sie legten also Hand ans Werk und schickten dem geliebten Hochverräther — wie sie sagten 100.000 Gulden C. M., in der Wirklichkeit aber 150.000 Gulden C. M. . . . . Diese That, meine Herren, könnte das Haus zu einem bedeutenden Aerger, zu einem nationalen Zorn entflammen; aber ereifern Sie sich nicht, meine Herren! Jenes Ministerium, das durch eine solche Politik sein Dasein fristen zu können glaubte, ist nicht mehr. Die wiener Aula hat es weggeblasen. Und ich hoffe, aus welchen Män-

nern das Ministerium sich wieder bilden möge, wird es doch einsehen, daß wenn es nicht etwa gegenüber dem österreichischen Kaiser, der doch zugleich ungarischer König ist, die Treue verleugnen und sich nicht auf die Seite der Rebellen gegen seinen Herrn und Kaiser schlagen will, es diese Politik in Ungarn nicht mehr befolgen kann, ohne Ungarn dazu herauszufordern: daß es dem, die Rebellion in unserem Vaterlande nährenden Oesterreich das gebrochene Bündniß vor die Füße werfe, und andere treuere Bundesgenossen suche. . . Ich habe keine Ursache mich gegen die österreichische Nation zu beschweren; ich wünsche ihr nur Kraft und einen Führer, aber Beides hat ihr bisher gefehlt, und was ich gesagt das gilt nicht von ihr sondern von dem gewesenen österreichischen Ministerium". . . . .

Hier also die österreichischen Verhältnisse, dort die der untern Donauländer, die serbischen Unruhen, der kroatische Aufruhr, panflavistische Agitationen und hie und da einige reaktionäre Umtriebe: all' Dies zusammen genommen bringe die Nation in bedeutende Gefahr. Wo könnte sie nun Schutz und Sicherheit gegen diese finden?... etwa in auswärtigen Verbindungen?... Redner will deren Werth nicht gering anschlagen, sowenig als das Ministerium es bisher gethan. Im Gegentheil hat dieses bereits diesfalls die nöthigen Schritte eingeleitet. Von England erhielt es eine Antwort „wie sie von der liberalen Denkungsart jener Nation, zugleich aber von ihrer die eigenen Interessen nüchtern erwägenden Politik zu erwarten war“. Und soviel ist gewiß: England würde uns nur dort und insofern unterstützen, als es dies mit seinen eigenen Interessen vereinbar fände. Für Frankreich hegt Redner die größten Sympathien, will aber die Zukunft der ungarischen Nation nicht von dessen Schutz abhängig wissen. Das schöne Land ist namentlich jetzt im Innern sehr zerüttet und mit sich selbst zusehr beschäftigt, als daß auf seine Hülfe viel gerechnet werden könnte; und es ist jedesfalls — sehr weit. Auch Polen hat sich auf die französischen Sympathien gestützt, und — ist nicht mehr. Bedeutsamer ist hingegen die Verbindung mit dem deutschen Reich, und Redner spricht offen seine Ueberzeugung aus: „Die ungarische Nation sei berufen, mit der freien deut-

schen Nation, und die deutsche Nation sei berufen, mit der freien ungarischen Nation im innigen freundschaftlichen Verhältniß zu leben und vereint zu wachen über die Zivilisation". Die Regierung hat, von dieser Ueberzeugung geleitet, schon vor Wochen zwei Deputirte nach Frankfurt entsendet, die jedoch die Anknüpfung förmlicher Unterhandlungen auf solange verschieben mußten, bis unter dem Reichsverweser ein ordentliches Ministerium gebildet sein werde.

Ungarn muß daher die Kraft zur Vertheidigung und die Sicherstellung seiner Zukunft nur in sich selbst suchen. „Nur jene Nation — bemerkt Kossuth sehr richtig — nur jene Nation wird leben die in sich selbst hinreichende Lebenskraft hat. Jene aber die sich nicht durch eigene Kraft, sondern nur durch fremde Unterstützung zu erhalten weiß, die hat keine Zukunft. Ich fordere Sie also hiermit meine Herren zu einem großartigen Entschlusse auf: Sprechen Sie es aus, daß die Nation in gerechter Würdigung der außerordentlichen Umstände um derenwillen dieser Reichstag zusammenberufen worden, entschlossen ist, zur Vertheidigung ihrer Freiheit und Selbständigkeit die größten Opfer zu bringen, und daß sie in dieser Beziehung in eine Transaktion, welche die Selbständigkeit oder Freiheit der Nation auch nur im Entferntesten verletzen würde, mit Niemanden und um keinen Preis eingehen wird, alle billigen Wünsche aber Jedermann gegenüber zu erfüllen stets bereit ist. Damit sie aber diesen ernststen Entschluß verwirkliche, um entweder, wenn es möglich ist, einen ehrenvollen Frieden vermitteln oder einen siegreichen Kampf kämpfen zu können, ermächtigte sie die Regierung dazu, die verwendbare Kriegsmacht auf 200000 Mann zu bringen, und zu diesem Behufe gleich im ersten Augenblick 40000 Mann aufstellen zu dürfen, den Rest aber jenachdem der Schuß des Vaterlandes und die Ehre der Nation es nothwendig machen wird“ . . . .

Die jährlichen Kosten für Aufstellung, Bewaffnung und Unterhaltung einer Armee von 200000 Mann gibt Kossuth auf 42, die von 40000 Mann aber auf 8—10 Millionen Gulden an. Er will

aber keineswegs die Nation mit einer so hohen Steuer belasten. Jeder steuere nach Kräften, der Ausfall möge durch einen Kredit gedeckt werden. Redner werde, nimmt das Haus seinen Vorschlag an, nächster Tage betreffs der Steuer einen detaillirten Finanzplan einbringen, von dem er im voraus sagen kann, daß der ihm zu Grunde liegende Repartitionsschlüssel ein geringer, die Nation also nicht sehr belästigt sein werde. Zur Deckung des Restes würde er dann das Haus ersuchen: der Regierung die Vollmacht zur Eröffnung eines bestimmten Credits zu ertheilen, der durch Darlehen oder durch Notemittlung, oder durch eine andere finanzielle Operation den Landesbedürfnissen abhelfen soll.

„Dies — resumirt der vom langen Vortrag bereits einer völligen Erschöpfung nahe Redner — dies meine Vorschläge. Meine Herren! ich bin der Meinung, daß von dem Entschlusse den das Haus über meinen Antrag fassen wird, und nicht allein davon, sondern großentheils von der Art wie es ihn fassen wird, die Zukunft der Nation abhängt. Und dies ist der Grund, meine Herren, warum ich die Frage nicht mit der Adressdebatte vermischen wollte. Ich glaube, wenn eine Nation von jeder Seite bedroht ist, aber auch in sich Willen und Kraft fühlt um jede drohende Gefahr zurückzudrängen, dann darf die Rettung des Vaterlandes von keiner andern Frage abhängig gemacht werden. Heute sind wir die Minister der Nation, morgen können es andere sein: — das gilt gleichviel. Das Ministerium kann wechseln, aber du, o, mein Vaterland! Du mußt für immer bleiben, und die Nation mit diesem oder einem andern Ministerium muß das Vaterland retten. Damit aber dieses oder ein anderes Ministerium es retten könne, muß die Nation Kraft entwickeln. Daher erkläre ich zur Vermeidung aller Mißdeutungen geradezu und feierlich, daß wenn ich das Haus um 200000 Soldaten und die hiezu nöthigen Geldsummen bitte — — —“

Dem erschöpften, von der Größe und dem Gewicht des gegenwärtigen Moments überwältigten Redner versagt hier die Sprache. Eine feierliche Pause tritt ein. Paul Ryar., der gestern

den heißen Kampf gegen Kossuth und dessen Antrag eröffnet hatte, erhebt sich jetzt von seinem Sitze, streckt die Hand zum Schwur empor, und ruft in der feierlichen Stille begeisterungsvoll: „Megadjuk“ (Wir bewilligen sie)! Wie von einem elektrischen Schlag durchzuckt, folgt im Nu die ganze Versammlung diesem Beispiel. Wie Ein Mann erheben sich alle Vertreter und wiederholen mit zum Schwur ausgestreckter Rechten unter dem stürmischen Ausbruche des patriotischen Enthusiasmus das inhaltschwere Wörtchen „Megadjuk“..... Kossuth der sich indeß erholt, kreuzt die Hände auf der Brust und fährt, indem er sich mit thränenden Augen verneigt, mit zitternder Stimme fort: „Was ich sagen wollte, ist, daß man diese Bitte des Ministeriums nicht so betrachten möge, als habe es für sich ein Vertrauensvotum fordern wollen. Nein, über die Rettung des Vaterlandes wollte es abgestimmt haben.... Noch wollte ich Sie bitten, meine Herren, daß wenn irgendwo im Vaterlande eine Brust nach Rettung seufzt, oder ein Wunsch auf Erfüllung harret, diese Brust noch ein wenig leiden, dieser Wunsch sich noch ein wenig gedulden möge, bis wir das Vaterland gerettet haben. Dies, meine Herren, wollte ich erbitten. Doch Sie erhoben sich alle wie Ein Mann, und ich beuge mich vor der Größe dieser Nation, und füge nur das Eine hinzu: Soviel Energie in der Ausführung, als ich Patriotismus beim Anerbieten erfahren, und selbst die Hölle wird Ungarn nicht überwinden können“.....

Der Ausbruch patriotischer Begeisterung und freudiger Erregtheit welcher dieser Rede folgte, steht in der ungarischen Parlamentsgeschichte einzig da. Gesinnungsgenossen und Gegner drängten sich tiefbewegt herbei, dem Redner die Hand zu drücken und ihm wie der Nation ihre herzlichsten Glückwünsche zu dem glänzenden Erfolg zu bringen. Als er an der Seite einiger Freunde den Saal verließ, begleitete ihn ein endloser Segens- und Jubelruf der Zuhörerschaft, der noch lange nicht verhallte als der Gefeierte bereits allen Augen entrückt war. Mehr denn je bewahrheitete sich hier was im Vormärz schon ein patriotischer Dichter von dem „ungarischen Demosthenes“ sang:

„Im Reichssaal dort verhallt von deinen Lippen  
Dein Wort vergebens nicht wie in der Wüste;  
Rufst du „Gefahr!“ so hallt's im Lande wieder,  
Wie Sturmgeläut vom düstern Thurmgerüste.“

Auch im Saal herrschte die größte Aufregung. Es war kein Einziger da, der sich von dem Ebenerlebten nicht tief ergriffen fühlte. Der Präsident mußte die Sitzung auf eine Stunde suspendiren. Jünglinge, Männer und Greise, Freunde und Feinde stürzten einander mit thränenbeschwerten Augen in die Arme. . . . . „Alle Freuden meines Lebens, meine ganze Zukunft gebe ich willig hin um das Wohnegefühl dieses Augenblicks!“ rief hier begeistert ein Jüngling. . . . . „Jetzt erst glaube ich an Ungarns Zukunft,“ sprach dort ein bejahrter Mann. . . . . „Herr, nun kannst Du deinen Diener von hier abrufen“ betete mit Simeon, händefaltend, den Blick gen Oben gerichtet, der Rektor der Nationalversammlung, der greise Labislaus Palóczy.

## VIII.

Die Mittel zur Rettung des Vaterlandes sind sonach mit Einstimmigkeit bewilligt. Aber wie sie verwenden? Das ist der Stein des Anstoßes an welchem das gute Einvernehmen zwischen den Mitgliedern der Regierung selbst wie zwischen dieser und der Nationalversammlung nahebei zerschellen sollte. Wir wiesen schon früher die innere Nothwendigkeit einer Spaltung nach, sobald die Verhandlung und Bestimmung dieses Punktes unabweisbar wurde. Beinklicher noch machte sie der Umstand, daß sie nicht nur verheimlicht werden mußte, da man beiderseitig den offenen Bruch zwischen der Barthány- und Kossuth-Partei noch für vorzeitig hielt, sondern daß kraft des alten Uebereinkommens eben Kossuth genöthigt war, die von ihm



nicht gebilligte Verwendungsweise wie das Gesamtministerium sie wollte, dem Reichstag mundgerecht zu machen.

Und die Schwierigkeit dieser Aufgabe war nicht gering. Ein harter Kampf ließ sich zuversichtlich erwarten. Dem Zauberfreis kaum entschlüpft, in welchen Kossuth's meisterhafte Rede am 11. auch sie gebannt hatte, begann die Opposition bald ihr voreiliges „Bewilligt!“ zu bereuen. Sie hatte vor dem Ministerium unbedingt die Waffen gestreckt, und sich auf Gnade und Ungnade ergeben. Wie wird es diesen Sieg benützen? wird es, durch ihn gehoben und gestärkt, eine entschiedenere Bahn einschlagen, oder ihn mißbrauchen um mit desto größerer Hartnäckigkeit auf dem bisherigen gemeinschädlichen Pfad der Halbheit und des Unterhandelns zu beharren? Wird es dem Agitator dem es diesen glänzenden Sieg verdankt, patriotische Zugeständnisse machen, oder ihn, nachdem er sein Werk verrichtet, noch fernerhin nöthigen, an der bereits von einem Theil der Nation und noch mehr von den Verhältnissen verurtheilten Politik theilzunehmen? . . . . Inhaltsschwere Fragen, von deren richtiger oder falscher Lösung das Schicksal der Nation abzuhängen scheint! Kein Wunder daher, daß die patriotische Opposition begierig ist, die ministerielle Beantwortung derselben zu vernehmen. Schon am 12. begann der radikale Agoston dem Ministerium den Puls zu fühlen. Entschiedener rückte am 13. L. Madarasz mit der Sprache heraus; ebenso andere Oppositionelle in den nächstfolgenden Tagen. Ihre Frage jedoch: in welcher Weise das Ministerium die bewilligten Soldaten und Gelder zu verwenden gedenke? wurde mit ausweichenden Antworten oder mit Hinweisungen auf die Tagesordnung abgefertigt. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Die Tagesordnung selbst forderte endlich die Verhandlung dieses Punktes, als am 20. Juli die Adressdebatte an die Reihe kam.

Kossuth erbat sich das Wort. Er wolle der Versammlung bevor sie auf die Debatte eingehe, einige Aufklärung über die Politik des Ministerium's und damit einen Leitfaden zu dessen Beurtheilung an die Hand geben. Er berührte zuerst mit einigen Worten die kroatische Frage, und las eine hierauf bezügliche Note welche das

Ministerium am 4. Juli dem zum Vermittler berufenen Erzherzog Johann durch den Palatin zustellen lassen. Die Note war ganz in dem Sinne gehalten in welchem sich Kossuth am 11. ausgesprochen, und wurde vom Hause mit schweigender Zustimmung hingenommen. Ein allgemeines „Halljuf“ (hört!), die gespannteste Neugierde verkündend, durchlief aber den Saal, als der Redner sich von der bereits vielbesprochenen kroatischen zu der bis jetzt allseitig mit diplomatischem Schweigen übergangenen italienischen Frage — welche eigentlich die ungarisch-österreichische war — wendete. Und die Uebergangsworte waren nur geeignet, die Spannung sowol betreffs der Frage selbst als betreffs des Redners bedeutend zu steigern. Denn dieser Uebergang enthielt die Bemerkung, daß der Redner ganz „offen“ sprechen und des Ministeriums wie seine eigenen Ansichten „ungeschminkt“ darlegen wolle. Man weiß, was eine solche Eingangsfrage im Munde eines der Nationalvertretung gegenüber stehenden Ministers zu bedeuten hat; namentlich in einer so häßlichen, die ganze innere und äußere Politik berührenden Frage. Die Neugierde: wie das Ministerium diese Frage zu erledigen gedenke und wie der Volkstribun die diplomatische Kunstsprache handhaben werde, war daher sehr natürlich.

Dieser hatte allerdings eine peinliche Aufgabe; denn er sollte eine Politik verteidigen, die nicht weniger ungerecht als unpolitisch erscheinen mußte. Das Ministerium wollte nemlich einen Theil der von der Nationalversammlung bewilligten Truppen und Gelder dem Hof zur Verwendung in Italien übergeben, daß dieser zum Dank dafür den Südaufruhr unterdrücken helfe. Bei der offenbar feindlichen Absicht aber welche das wiener Kabinet gegen Ungarn hegte, war es mehr als Unbesonnenheit, ihm noch neue Streitkräfte zuzuführen und neue Waffen zur Bekämpfung der Nation in die Hand zu geben. Und namentlich eine am Vorabend ihres Freiheitskampfes stehende Nation beging gewiß schreiendes Unrecht, wenn sie die Freiheitsbewegung einer andern Nation unterdrücken half. Nichts destoweniger war jene Partei die noch an gute Absichten der Dynastie glaubte oder die Selbstrettung Ungarn's für unmöglich hielt, und deshalb den Frieden um

jeden Preis aufrechterhalten wollte, nicht abgeneigt, auf die Forderung des Hofes einzugehen um ihn durch Gefälligkeit zur Gegengefälligkeit zu bewegen.

Kossuth der die Quelle und oberste Leitung des Südaufstrebens sehr gut kannte, andererseits bei seinem regen Freiheitsgefühl die Bekämpfung der italienischen Bewegung nicht fördern mochte, und endlich der Nation Kraft genug zutraute um schlimmsten Falls ihre Vertheidigung selbst zu führen, konnte diese Politik unmöglich billigen. Er hatte deshalb schon in den vor Eröffnung der Nationalversammlung behufs der Feststellung der Thronrede gepflogenen Konferenzen gegen sie angekämpft und es auch erwirkt, daß in der Thronrede der von Batthyány beantragte Passus wegließ, und die italienische Frage nur leichtlin berührt, die verlangte Unterstützung aber mit diplomatischem Schweigen übergangen wurde. Je schlimmer und bedrohlicher sich aber die kroatischen Wirren gestalteten und je entschiedener sich die Feindseligkeit des Hofes gegen Ungarn offenbarte, desto nöthiger fand es Batthyány, diesen durch Nachgiebigkeit zu besänftigen und seine Unterstützung zu gewinnen. Deshalb verlangte er, daß in der auf die Thronrede zu gebenden Antwortadresse die Nationalversammlung ihre Bereitwilligkeit erkläre, den König im italienischen Kampf nach Kräften zu unterstützen. Von seinen gleichgesinnten Ministerkollegen unterstützt, gelang es ihm, dieser Ansicht im Ministerrath volle Geltung zu verschaffen und Kossuth's Gegenansicht zu überstimmen. Daß dieser trotzdem ein Ministerium, von dem er in einer solchen Lebensfrage abwich, nicht verließ, war wol eine Folge der Ansicht: daß es jetzt außerhalb des Ministerium's für ihn noch keine Stelle gebe. Denn verließ er es, so mußte er sich entweder auf einige Zeit zur völligen Unthätigkeit verdammen, was aber nicht nur seinem Charakter sondern auch seinem Patriotismus widerspricht, da in diesem Falle im Ministerium wie in der Nationalversammlung die Batthyány'sche Friedenspolitik entschieden obgehegt und das Land vertheidigungslos den österreichischen Intriguen preisgegeben worden wäre. Oder er mußte, wie Dies namentlich von der radikalen Presse vielfach gefordert wurde, schon jetzt an die

Spitze der kleinen aber täglich wachsenden, durch ihre Entschiedenheit starken, durch die Verhältnisse gehobenen parlamentarischen Opposition treten und der Reaktion offen den Handschuh hinwerfen. Dies hielt er aber im gegenwärtigen Moment noch für vorzeitig. Einerseits lagen vom Einverständnis des Hofes mit den Südempörrern noch zuwenig tatsächliche unbestreitbare, einen offenen Angriff rechtfertigende Beweise vor, da derselbe sein Spiel noch immer vortrefflichst zu maskiren verstand; andererseits hielt Kossuth — ob mit Recht oder Unrecht, bleibe für jetzt dahingestellt — die Nation noch nicht genügend vorbereitet und zum ernstlichen Kampf gerüstet; und ohne Kampf war jetzt die Reaktion nicht mehr zu besiegen, nachdem man ihr Monate hindurch freies Spiel und sie erstarken gelassen, und namentlich wenn sie auch jetzt noch die Unterstützung Batthyány's und dadurch auch eines großen Theils der Nation genießen und Kossuth allein den Kampf gegen sie und ihn beginnen sollte. Ihm blieb daher für jetzt kein anderer Ausweg übrig, als der Nothwendigkeit welche ihn in das Koalitionsministerium geführt, noch fernerhin nachzugeben, um an Batthyány's Seite bleibend, diesen zu überwachen und in manchen Punkten doch zur Entschiedenheit zu drängen, andererseits ihn durch die eigene Popularität gegen das vorzeitige Anstürmen der Opposition zu schützen.

Einmal in diese bittere Nothwendigkeit hineingebrängt, mußte er auch den gegen seine eigene Ansicht in der italienischen Frage gefaßten Ministerialbeschluß vor der Nationalversammlung vertreten, da Batthyány Dies zur Kabinettsfrage machte, kein anderes Mitglied seines Ministerium's aber genug Talent und Volksthümlichkeit besaß, um ein solches Wagniß zu unternehmen zu können. Kossuth machte nun in der Reichstagsversammlung vom 20. Juli die großartigsten Anstrengungen, den Mohren weiß zu waschen, d. h. das Verlangen des Ministerium's als der Politik und den Landesinteressen entsprechend darzustellen. Er setzte sich zum ersten Mal auf das stolze Roß der „hohen Politik“; er erging sich sogar in eine philosophische Untersuchung, welche den Unterschied zwischen Theorie und Praxis klarmachen und beweisen sollte, daß man rechts für die Freiheit schwärmen und

links Bajonette zu ihrer Unterdrückung entsenden könne; er öffnete alle Schleusen der Sophistik, um das Widersinnige als vernünftig und das Unrecht als billig erscheinen zu lassen; aber an der innern Unwahrhaftigkeit zerschellte auch die Macht seines glänzenden Rednertalents. Es fehlte diesmal jene Zauberkraft, welche gewöhnlich seinen Reden unwiderstehliche Kraft verlieh, nemlich die Ueberzeugungsfestigkeit des Redners welche sonst jedes seiner Worte charakterisirte, die Gluth der innern Wahrhaftigkeit welche sonst jeden Satz derselben belebte.

Der Hauptgrund den Kossuth geltend machte, war: daß man in der Staatsleitung sich nicht strenge an Prinzipien binden könne, sondern den jeweiligen Verhältnissen Rechnung tragen müsse. Er kenne auch kein Land, dessen Angelegenheiten jederzeit gleichmäßig nach den abstrakten Prinzipien des Rathhebers erledigt würden. Und wenn das Haus trotzdem an Prinzipien festhalten will, so möge es nur nicht vergessen, auch alle Folgerungen derselben zu berücksichtigen. Denn mit denselben Gründen wie die italienische, könnte man wol auch die kroatische Rebellion und den czechischen Aufstand gutheißen. Das Ministerium seinerseits glaubt den thatsächlichen Verhältnissen mehr Beachtung als den nackten Prinzipien zu schulden. Jene sprechen aber für die Truppensendung nach Italien; denn nur die Theilnahme welche der kroatische Aufstand in Wien findet, ist der Alp welcher bisher lähmend auf der ungarischen Regierung lastet, daß sie jenen Aufruhr trotz bedeutender Kraftanstrengung nicht bezwingen kann. Dem soll abgeholfen werden dadurch, daß Ungarn das wiener Kabinet in Italien unterstütze, wofür dieses ihm in Kroatien hilfreiche Hand leisten wird. Diese Forderung, durch die Verhältnisse dringend geboten, könne aber Ungarn umsoeher befriedigen, als die zu bewilligenden Truppen durchaus nicht zur Unterdrückung der italienischen Freiheit, sondern nur dazu verwendet werden sollen: den Kaiser in den Stand zu setzen einen ehrenvollen Frieden einzugehen. . . .

Es konnte der Opposition nicht schwer fallen, das Sophistische dieser Argumentation nachzuweisen. Kossuth selbst ermutigte sie gewissermaßen dazu, indem er — wol nicht ganz unabsichtlich —

durchblicken ließ, wiewenig all diese politischen Gründe seine eigene entgegengesetzte individuelle Meinung zu bewältigen vermögen. Er theilte sich auf der Tribüne in ein amtliches und nichtamtliches Wesen. Als Letzteres gestand er offen, „hege er warme Sympathien für die italienische Nation, und wünsche im Interesse der Civilisation, daß sie frei sei und eine freie Regierung habe“; ja diese Privatsympathie sei so mächtig, daß es ihm oft wiederfahre, „sich in der Seele zu freuen, wenn er hört, die Italiener haben in irgendeinem Treffen gesiegt und dabei zu vergessen, daß dieser Sieg auch auf Kosten ungarischen Blutes erkauft worden.“ Aber „als Minister“ müsse er die Privatsympathie zum Schweigen bringen, um nur den Forderungen der Politik folgezuleisten. . . . Die Frage lag dann sehr nahe: ob auch ein Nichtminister sich in ein amtliches und nichtamtliches Individuum spalten, die Privatsympathie — der Politik, das Prinzip — der augenblicklichen Nothwendigkeit unterordnen müsse?

Natürlich antwortete die Opposition hierauf mit entschiedenem Nein. Wiewol in außerordentlicher Minderheit befindlich, da neun Zehntel des Hauses dem Ministerium blind vertrauten, kämpfte sie doch drei Tage hindurch mit unbeugsamer Festigkeit, kämpfte im Namen Ungarns, im Namen der Freiheit und der Civilisation gegen die Truppenbewilligung nach Italien; und zwar auch gegen die bloße Zusage, weil schon diese durch ihr moralisches Gewicht den Ausschlag zum Nachtheil der italienischen Freiheitskämpfer geben könnte. Namentlich wurde selbst von gemäßigten, sonst ministeriellen Volksvertretern die Frage geltendgemacht: wer dem Ministerium dafür bürgte, daß Oesterreich die ihm einmal überlieferten Truppen wirklich nur zur Erkämpfung eines ehrenwerthen Friedens und nicht zur völligen Unterdrückung Italiens verwenden werde? Kossuth ließ sich durch diese einfache doch schwerwiegende Frage zu Aeußerungen verleiten, die wol an und für sich oder doch ihre vorzeitige Enthüllung nicht in der Absicht des Gesamtministeriums gelegen. Die Regierung — antwortete er unter Andern dem Repräsentanten W. Galász — werde die Truppen keineswegs dem österreichischen Cabinet unbedingt zur Verfügung stellen, sondern nur wenn dieses im voraus den rückzu-

erobernden italienischen Provinzen die möglichstfreien Institutionen garantirt. Und sollte auf diesem Wege keine Einigung möglich sein, so werde das Ministerium dahin wirken, daß eine strategische Linie ermittelt, und was über diese Linie hinausliege ganz freigegeben, der Rest hingegen für Oesterreich erhalten, aber gleichfalls mit einer möglichstfreien Verfassung beschenkt werde. Und nur in der Aufrechterhaltung dieses oder jenes Uebereinkommens werde Ungarn die österreichische Regierung nöthigenfalls unterstützen. . . . Auf Verlangen der Nationalversammlung brachte Kossuth am nächsten Tage diesen Punkt auch schriftlich formulirt ein. Der gemäßigtere Theil war hiemit zufriedenge stellt, aber die Minister Deák und Batthyány wollten die Aufnahme dieser Erklärung in die Adresse nicht gestatten. Die Debatte wurde dadurch noch heftiger; umsomehr, als die Opposition selbst durch jenes Zugeständniß, das die zwei letztgenannten Minister noch bestritten, nicht zu beschwichtigen war. Denn sie sah in der Truppendelegation nach Italien nicht bloß für dieses Land, sondern für Ungarn selbst eine direkte Gefahr. Die kleine Schaar rückte Mann für Mann ins Treffen. Auch das Ministerium konnte sich nicht mehr auf seine Majorität, nicht auf den guten Willen und das Talent seiner gewöhnlichen Vertheidiger verlassen, sondern Batthyány wie Deák, Széchenyi wie Czóvós und selbst Méssáros, mußten wiederholentlich die Tribüne besteigen, um die energischen Angriffe eines Madarász, Teleky, Kállay und Anderer zurückzuweisen. Die Mehrheit entschied endlich für das Ministerium und zwar mit dem Kossuth'schen Zusatz; die öffentliche Meinung jedoch war auf Seiten der Opposition.

In der Adresse wurde somit ausgesprochen: Die Nation werde Sr. Majestät „freudig hülfreiche Hand bieten zur Vermittelung des Abschlusses einer friedlichen Vereinigung, welche der Würde des Thrones einerseits und der konstitutionellen Freiheit und den billigen Wünschen der italienischen Nation andererseits gleichmäßig entsprechen wird“. Doch — eine im Laufe der Debatte dem Ministerium abgedrungene Bedingung — doch könne diese Hülfe erst geleistet werden „nach Wiederherstellung der Ordnung und des Friedens in unserem

Waterlande, und sobald die moralische und materielle Unverletzlichkeit unseres Landes gewährleistet sein wird"... Diese Klausel war schwerwiegend, denn sie ließ nach Umständen die mannigfachsten Deutungen zu. Kossuth offenbarte bald, welche Deutung er ihr geben wollte, indem er im „Kossuth Hirlapja“ schrieb: „Im Gesetz über die Truppenstellung muß ausgesprochen werden, daß solange nicht in unserem Lande der Frieden und die Heiligkeit des Gesetzes vollkommen gesichert ist, sowohl von den neu aufzustellenden Soldaten als von denen, die sich bereits im Lande vorfinden, kein Einziger zu etwas Anderem verwendet werden dürfe, als zur Unterdrückung des Aufstandes und der Rebellion, zur Wahrung des Gesetzes, und zur Bewältigung jedes unser Vaterland angreifenden Feindes“....

Diese Erklärung, an sich nicht undeutlich, wurde noch deutlicher und bedeutsamer dadurch, daß Kossuth in diesem Artikel (vom 30. Juli) zum erstenmal auf die Nothwendigkeit hinwies: wie Ungarn auch seine internationalen Verhältnisse unter eigne Leitung nehmen müsse. Die Frage war im März eine offene geblieben, oder eigentlich zugunsten Oesterreichs entschieden worden. Denn Fürst Paul Esterházy war bekanntlich nur dem Namen nach, aber nicht in der That ein „Minister des Auswärtigen“, da er nicht Ungarns Interessen dem Auslande gegenüber, sondern nur das ungarische Ministerium bei dem außer Landes weilenden ungarischen König vertrat. Die eigentliche Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Ungarns, namentlich die Verwendung des ungarischen Militärs im Auslande, war dem König, resp. seinem wiener Ministerium, anheimgegeben.... Auf die offene „Thatfache“ hinweisend, daß dieses Ministerium eine entschieden feindselige Stellung gegen Ungarn einnehme, daß es den kroatischen Aufstand unterstütze und bei alledem noch naiv genug sei zu verlangen, „daß wir unser eigenes Vaterland zugrundegehen lassen und für nichts Anderes sorgen sollen, als seine verschrobene Politik in Italien zu vertheidigen“, — behauptet Kossuth, daß unter solchen Verhältnissen auch die internationalen Ange-



legenheiten nicht länger der Leitung jenes Ministeriums anvertraut werden können. „Die Verhältnisse mit den auswärtigen Mächten — äußert er — entscheiden in letzter Analysis über das Schicksal der Nationen. Eine Diplomatie wie jene von welcher sich das feindselige österreichische Ministerium uns gegenüber leiten läßt, kann unsere Angelegenheiten nicht schlichten, und über unsere Verhältnisse mit den auswärtigen Mächten, von denen Krieg oder Frieden abhängt, nicht verfügen. Wir (nämlich die Minister) sind für alle Verhältnisse des Landes unserer Nation und unserem Könige verantwortlich, aber wir können für die auswärtige Politik des wiener Ministeriums nicht die Verantwortlichkeit übernehmen“... Deshalb er die Gesetzgebung auffordert, dafür zu sorgen, daß die ungarischen Interessen auch in den internationalen Verhältnissen durch ungarische Gesandte und Agenten vertreten werden.

Auch außerdem sucht Kossuth die Nation davor zu sichern, daß die von ihren Vertretern bewilligten Truppen nicht zu außer- oder gar antiungarischen Zwecken verwendet werden, indem er als „sehr natürlich“ die kategorische Forderung hinstellt: daß die neuzuerrichtende Armee ausschließlich auf ungarischem Fuß organisiert werde. Es ist bekannt, daß der ungarische Kriegsminister noch in der zweiten Hälfte des August sich aus allen Kräften gegen diese Zumuthung wehrte und hierin auch von dem Ministerpräsidenten kräftig unterstützt ward. Kossuth behauptete schon im Juli: Dies sei immer eine „rechtmäßige Forderung“ der ungarischen Nation gewesen; ja, sie sei sogar historisch begründet, denn die ungarische Adelsinsurrektion stand immer unter ungarischer Fahne und ungarischem Kommando; jetzt gehe die Insurrektion in die allgemeine Wehrpflicht auf, oder richtiger die Insurrektionspflicht, früher nur auf dem Adel lastend, werde jetzt auf die gesammte Nation ausgebeht. Es sei daher natürlich, daß mit dieser Pflicht auch das Recht auf ungarisches Kommando allgemein werde.....

## IX.

Im Süden dauern inzwischen die Kämpfe fort, im Nordwesten die Unterhandlungen; beide ohne günstigen Erfolg für Ungarn. Im Mittelpunkt des Landes, in Budapest, nehmen die Parlamentsverhandlungen nach der heißen Debatte über die italienische Frage einen ruhigen und friedlichen Verlauf an. Kossuth besucht den pester Redoutensaal nicht so oft wie früher das pressburger Landhaus; doch läßt er keine wichtige Sitzung unbesucht, keine bedeutende Frage unbesprochen. Auch bringt er selbst einige Gesetzesvorschläge ein, welche genügend bezeugen, daß die Sorgfalt die er der Landesverteidigungsfrage zuwendet, seine Aufmerksamkeit für innere friedlichere Fragen nicht ganz ertödtet habe.

So konnte z. B. sein am 26. Juli eingebrachter Gesetzesvorschlag, nach welchem die (früher Kameral-, jetzt) Nationalgüter mit Siedlern aus den überfüllten siebenbürgischen Distrikten kolonisiert werden sollten, von sehr heilsamen Folgen für Ungarns Zukunft sein. Die Ansiedelung sollte sich für jetzt nur auf die in nichtmagyarischen Gegenden befindlichen Güter erstrecken, und dazu dienen: dort dem magyarischen Elemente einen festen Halt zu geben, und für die Zukunft solchen Empörungen vorzubeugen, wie sie jetzt den Süden durchwühlten. Der Vorschlag wurde im Unterhause, später auch im Oberhause wo Kossuth selbst ihn befürwortete, einstimmig angenommen, konnte jedoch der immer bedrohlicher werdenden Kriegswirren wegen nicht zur Ausführung gelangen. . . . Ebenso zeigte es von kluger Kenntniß der, die Zufriedenstellung und Beruhigung sämtlicher Klassen erfordernden Verhältnisse, wenn Kossuth am 31. Juli an das Haus die Bitte richtete: ihm einen gewissen Kredit zu eröffnen, mit Hülfe dessen er den Grundbesitzern durch voranschüssweise Geldunterstützung einigermaßen unter die Arme greifen könne, bis das Land ihnen durch Errichtung einer Kreditbank die am vorigen Reichstag zugesagte Entschädigung vollständig werde angeeignet lassen. . . . Auch anderweitig suchte Kossuth jeden Anlaß zu beseitigen,

welcher in den gegenwärtigen bedeutungsschweren Augenblicken, wo vor Allem Einigkeit und ungehörtes Zusammenwirken aller nationalen Kräfte nöthig war, der höhern Aristokratie irgendwelchen Grund zur Unzufriedenheit geben könnte. Darum wollte er die Frage über die Stellung des Oberhauses zum Unterhause gegenwärtig nicht verhandelt, sondern auf bessere und ruhigere Zeit verschoben wissen. Es kostete ihm nicht wenig Mühe, Dies in der Sitzung vom 7. August gegen Graf Josef Pálffy durchzusetzen, den Statusquo und dadurch den Frieden aufrechtzuerhalten.

Minderglücklich war Kossuth als er sich am 4. August bei Verhandlung der Unterrichtsfrage gegen die vom Kultusminister beantragten Staatsschulen aussprach. Er bekämpfte sie vor Allem als Finanzminister des Kostenpunktes wegen. Bei dem elenden Zustand, meinte er, in welchem sich gegenwärtig das ungarische Schulwesen befindet, sei — wenn der Staat überall für dasselbe sorgen will — hierzu eine jährliche Summe von 30—40 Millionen Gulden nöthig. Dagegen würde die Errichtung und Erhaltung der Schulen den Gemeinden selbst viel leichter fallen; namentlich wenn man jetzt, wo die Absonderung der Unterthanengründe vorgenommen wird, in jedem Dorfe sogleich ein Grundstück für die Schule anwiese. Er bekämpfte die Staatsschulen aber auch aus höheren Gründen. Preußen und Oesterreich haben im Vormärz zur Genüge gezeigt, in welchem Geiste das Schulwesen geleitet wird, wenn es den Händen der Regierung anvertraut ist, wie auch hier alle freie Verfügung der Gemeinde allmählig unterbrückt, jede selbständige Geistesregung niedergehalten, und der eigentliche Zweck des Unterrichts unlautern politischen Nebenzwecken geopfert oder doch untergeordnet wird. „Das Schicksal, bemerkt der Redner, hat es so gefügt, daß ich Minister sei, und man sagt: es liege in der menschlichen Natur, stets nach Machterweiterung zu streben. Ich fühle in mir nichts von diesem Streben. Ich mag jene Macht nicht, welche auf Verkürzung der Volksfreiheit beruht. Nur in der allgemeinen Vertheilung der Freiheit, nicht in der zentralisirten Macht eines liberalen Ministeriums sehe ich die wahre Freiheit. Ich will ein freies Volk in den Dörfern, in den Gemeinden, in den

Familien, ein freies Volk all und überall. Und weil ich Dies will, bitte ich Sie, meine Herren, den Gemeinden möglichstviel Freiheit zu gönnen, denn sie bilden den mächtigsten und sichersten Grundstein der allgemeinen Freiheit". . . . . Doch obstieg diesmal die Ansicht des Kultusministers, und der Finanzminister mußte den leeren Staatschatz noch mit den bedeutenden Kosten für öffentlichen Unterricht beschweren.

Jemehr die Ausgaben auf allen Seiten stiegen, desto eifriger mußte Kossuth für die Deckungsmittel sorgen; und darin ging er mit ebenso unermüdlcher als furchtloser Energie vorwärts, unbekümmert um die Unzufriedenheit, welche Dies jenseits der Leitha verursachte. Dort hatte man sich nemlich noch immer mit der Hoffnung geschmeichelt: durch die von österreichischen Drohungen und kroatischen Feindseligkeiten unterstützten Verhandlungen das Finanzportefeuille zurückzuerlangen, noch ehe es durch Ausführung bedeutenderer Operationen seine Existenz eigentlich begründet haben werde. Man war daher sehr unangenehm überrascht, als Kossuth seine versprochenen Operationen auch wirklich vollzog, und am 5. August die Ein- und Zweiguldennoten in Umlauf setzte. Das wiener Finanzministerium verbot den öffentlichen Kassen in Oestreich deren Annahme. Kossuth übte das Vergeltungsrecht, indem er am 12. August erklärte: daß, nachdem das österreichische Finanzministerium durch die am 7. Juli l. J. . . . . erlassene Verordnung den österreichischen Staatskassen die Annahme der ungarischen Banknoten verboten, ohne daß es das ungarische Ministerium davon verständigt hätte, er sich gezwungen sehe, auch den ungarischen öffentlichen Kassen die Annahme der in letzter Zeit von der österreichischen Nationalbank emittirten Ein- und Zweiguldennoten zu verbieten". Der Gewinn war hiebei jedenfalls auf ungarischer Seite, da die ungarischen Noten wolfundirt waren, die österreichischen kleinen Noten hingegen aller Garantie entbehrten; woher es auch kam, daß jene trotz des ministeriellen Verbotes sich selbst in Oestreich des besten Kurses erfreuten. . . . . Größere Aufregung verursachte der Erlaß vom 19. August, welcher die Silberausfuhr nach Oestreich in größern Quantitäten bis auf Weiteres verbot. Und doch war die Maßregel von der dringendsten Nothwen-

digkeit geboten, sollte Ungarn nicht bald von allem Baarfonds entblößt und dadurch den größten finanziellen Wirren ausgesetzt werden. Denn da in Wien auf Silber ein sehr hohes Agio bezahlt wurde, und die Bank selbst es mit 8—10 Prozent aufkaufen ließ, so konnte es nicht fehlen, daß Gewinnfüchtige ohne Rücksicht auf des Landes Noth mit der in Ungarn aufgekauften Silbermünze einen eigenen Handel nach Wien trieben. Nur gegen dieses jedenfalls unpatriotische Geschäft war Kossuth's Verbot gerichtet. Auf den eigentlichen Handelsverkehr konnte es nicht störend einwirken, da — wie das wiener Ministerium selbst vor längerer Zeit verfügt hatte — jeder ungarische Kaufmann seine wiener Zahlungen, auch wenn sie auf Silber affordirt waren, in österreichischen Banknoten leisten konnte. . . .

Am 24. August gelangten endlich auf Kossuth's wiederholentliches Drängen seine Finanzvorlagen zur öffentlichen Verhandlung. Sie enthielten die Rechnungsablage für das verflossene Jahresviertel, und das Budget für die zweite Hälfte des laufenden Jahres wie für das Jahr 1819. Jene Rechnungsablage zeigte unwiderlegbar, wie sehr Kossuth im Rechte gewesen, wenn er im Vormärz stets behauptet: Ungarn decke selbst seine Ausgaben, und erübrige noch ein Bedeutendes, was, ohne zu des Landes Nutzen verwendet zu werden, der unersättlichen wiener Hofkammer zufließe. Als Kossuth am 7. April das Finanzportefeuille übernahm, fand er im Staatschatz nicht mehr als 506,015 Gulden vor. Die Ausgaben des abgelaufenen Jahresviertels (April — Juni) überstiegen doch gewiß die gewöhnlicher Zeiten, da viele neue Beamtenstellen eingerichtet, mehrere Honvédbataillone ausgerüstet, Vorschüsse auf Gewehr- und Pulverfabriken geleistet und außerdem manche unvorhergesehene Ausgaben gemacht wurden. Trotzdem blieb am letzten Juni in der Kasse 519,670, also ein Ersparniß von 13,645 Gulden, das — so unbedeutend auch — immerhin bewies, daß Ungarn wenigstens nicht, wie die österreichische Regierung es früher gerne glauben machen wollte, der Zuschüsse aus der österreichischen Staatskasse benöthigt hatte. . . . Minder günstig mußte sich das Verhältniß zwischen Haben und Soll für die nächste Zukunft gestalten, da die bevorstehenden Kämpfe bedeutende Summen für das

Kriegsministerium erforderten; und zwar betrug dieser Posten mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben. Das Einkommen der zweiten Hälfte des laufenden Jahres veranschlagte Kossuth auf 10,126,730; die Ausgaben auf 28,845,507, wovon für das Kriegsministerium 16,480,000, außerdem noch 2,175,000 für einen verwandten Zweig: für die Nationalgarde; das Jahreseinkommen von 1849 auf 16,359,033, die Ausgaben auf 62,222,368, wovon für das Kriegsministerium 39,197,757 und für die Nationalgarde 3,350,000, was also für anderthalb Jahre ein auf außerordentlichem Wege zu deckendes Defizit von 64,582,087 Gulden ergab. . . . Ein Theil jenes Defizits sollte durch einige neue direkte Steuern gedeckt werden, von welchen die Einkommensteuer wol das bedeutendste Erträgniß geliefert haben würde, wiewol Kossuth dabei trotz der außerordentlichen Zeiten sehr mäßige Anforderungen stellte, indem er die Progression nur bis zu drei Prozent annahm. Er hatte in der Nationalversammlung hiefür einen harten Kampf zu bestehn, da Manche, wie z. B. Stefan Dezerédy, für die Progression gar keine Grenzen gelten oder sie wenigstens bis zwanzig Prozent steigen lassen wollten. . . . Auch war es Kossuth's Bemühungen zu danken, daß die Zivilliste des Königs und des Palatins von der Besteuerung ausgenommen wurde. . . . Den größern Rest jenes Defizits sollte ein Kredit decken und zwar entweder durch ein Anlehen, wofür aber — wie der Finanzminister geheißen — die Zeitumstände nicht günstig, oder durch Notenausmittlung. Das Haus entschied sich für letztere Maßregel, und bewilligte am 26. August dem Finanzminister einen Kredit von 62,000,000 Gulden. In Voraussicht dieses Beschlusses hatte Kossuth schon früher die nöthigen Vorkehrungen zur Anfertigung größerer Noten getroffen, so daß er mit deren Emission, namentlich der fünf-gulbigen, schon im nächsten Monat beginnen konnte.

Aber welche Energie er auch in Herbeischaffung der Mittel zur Kriegsführung entfalten mag: sie muß erfolglos bleiben, solange er an der rechten Verwendung derselben verhindert wird, solange seine Kollegen „Frieden, Frieden rufen, wo doch kein Friede mehr möglich“. Die Batthyány-Fraktion des Ministeriums beredet sich noch

immer, daß sie an die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs glaube, und deshalb jeden entschiedenen Schritt nach oben vermeiden müsse. Doch findet Kossuth jetzt eine bedeutende Stütze an der Nationalversammlung. Diese, anfangs entschieden friedliebend und mit Batthyány's lavirender Politik vollkommen einverstanden, beginnt jetzt, durch die Ereignisse zu einer richtigern Erkenntniß gebracht und durch die immer vernehmbarer sich äuernde öffentliche Meinung gedrängt, sich allmählig von Batthyány ab- und Kossuth zu zuwenden. Und sie ist es nun, bei der letzterer Schutz gegen die Halbheitspolitik seiner Ministerkollegen sucht und oft auch findet.

Am schlagendsten offenbart sich Dies in der Verhandlung über das Militärgesetz. Die Ausarbeitung desselben war dem Kriegsminister übertragen worden. Dieser, ein wackerer Haudegen, grundehrlicher Mann, eifriger Patriot, kann sich doch der loyalen Bedenklichkeiten noch nicht ganz entschlagen, und auch bei seinem vorgerückten Alter nicht zu jenem raschen energischen Handeln entschließen, wie die stürmischbewegte Zeit es fordert. Deshalb findet er die Magyarisirung der Armer überhaupt nicht rathsam, die allsobaldige Ausführung aber geradezu unmöglich, und will demgemäß die von der Nationalversammlung bewilligten Truppen auf dem bisherigen, d. h. auf k. k. österreichischem Fuße, organisiren. Von der gleichgesinnten Fraktion Batthyány unterstützt, hat er im Ministerrath über Kossuth's entgegengesetzte Ansicht den Sieg davongetragen, und seinen Gesetzworschlag in diesem Sinne ausgearbeitet. Dieser, am 16. August vor die Nationalversammlung gebracht, wird hier sammt seinem Verfasser, ob ihres Schwarzgelbthums, so heftig angegriffen, daß der ehrliche „Alte“ gesteht: er habe während seines fünfunddreißigjährigen Kriegsdienstes keinen so heißen Tag als den heutigen erlebt. Die Unterstützung seiner Ministerkollegen und einiger gleichgesinnten Nationalvertreter ist erfolglos. Das Geschütz- und Kleingewehrfeuer wird immer heftiger: Der alte Haudegen hat all' seinen Muth und all' seine Kraft erschöpft, muß eine Position nach der andern aufgeben, und ist nahe daran völlig entwaффnet zu werden. Kossuth, des Ministeriums offizieller Retter in der Noth, hält sich

diesmal in ehrerbietiger Entfernung, wo er den stillen Beobachter des heißen Kampfes macht. Erst am dritten Tage als Méşáros bereits aufs Aeußerste gebracht ist, erscheint Kossuth als sein Schutzengel auf der Tribüne. Méşáros athmet freier auf. Kossuth sucht vor Allem dessen zartes Gewissen dadurch zu beschwichtigen, daß er nachweist: wie die Errichtung einer nationalen ungarischen Armee, die allein mit voller Begeisterung kämpfen kann, zugleich die festeste Garantie des Thrones sei, dessen Interesse ja wolverstanden mit dem des Landes identisch. Auf die Frage selbst übergehend, schlägt er einen Vergleich vor: Die dritten Bataillone der bestehenden Regimenter sollen ergänzt und gleich den Cadets denen sie einzureihen, auf deutschem Fuß organisiert werden. Diese Ergänzung würde etwa 12000 Mann beanspruchen. Auch die Husaren mögen, da sie unter dem österreichischen Kleid stets die ungarische Brust bewahrt, in ihrer bisherigen Organisation belassen werden. Hingegen sollen keine vier-ten Bataillons, sondern aus allen auszuhebenden Truppen selbständige Regimenter gebildet und diese ganz auf ungarischem Fuß organisiert werden. Das Haus willigt nach einigem Sträuben in diesen Vergleich. Auch Méşáros muß sich glücklich schätzen, wenigstens ein Bruchstück seiner Gesetzesvorlage und dadurch ein Mittel zur Beruhigung seines loyalen Gewissens gerettet zu haben. Kossuth aber hat auf diesem Wege im wesentlichen Dasjenige errungen, wonach er im Ministerrath vergebens gerungen, nemlich: die nationale Organisation der Armee. Das an Méşáros und an die bestehenden Verhältnisse gemachte Zugeständniß, schon der Zahl nach gering, da es sich wie 12,000 zu 200,000 verhielt, wurde in der Wirklichkeit noch verringert da durch, daß nicht nur von den Rekruten die meisten sich den neuzubildenden ungarischen Regimentern zuwenden, sondern daß selbst aus den alten Regimentern die Soldaten zu Hunderten unter die Honvéd, wie die nationale Armee genannt wurde, traten.

Ziemlich bezeichnend, wenn auch weniger schroff als in dem eben erwähnten Falle offenbarte sich die Differenz zwischen Kossuth und seinen Ministerkollegen auch in der stürmischen Sitzung vom 21. August. An den Bericht einer neuen Niederlage im Süden an-



knüpfend, erklärt der bis zur völligen Rücksichtslosigkeit unerschrockene Perczel: daß in der südlichen Kriegsführung — Verrath obwalte, daß die Soldaten und die meisten niedern Offiziere zwar vom besten Geist befeelt seien, aber in den höhern Regionen eine dem Lande feindselige Gesinnung herrsche. Méssáros steht hierin die größte Verleumdung, fühlt sich selbst als Kriegsminister dadurch tief beleidigt, und verlangt vom Hause Genugthuung, widrigenfalls er sofort seine Entlassung einreiche. Im selben Ton spricht Batthyány, die Zurechtweisung Perczel's ebenfalls zur Kabinettsfrage machend. Kossuth findet Perczel's Ausdruck allerdings tadelnswerth, aber nur, weil er bei der Allgemeinheit in der er gebraucht wurde, auch viele Unschuldige treffe, deren Patriotismus unantastbar sei. Kossuth beantragt deshalb, daß Perczel einer vom Hause zu ernennenden Kommission die Beweise seiner Behauptung vorlege, damit man die Schuldigen von den Unschuldigen zu scheiden und Jene zu bestrafen wisse; — eine Forderung, durch welche der Finanzminister, trotz der scheinbaren Heftigkeit mit welcher er aus Rücksicht für Batthyány und Méssáros gegen Perczel eifert, ziemlich unverholen eingestehet, wie auch er dem Angegriffenen beistimme und die südliche Kriegsführung nicht für ganz richtig halte. Der lange Kampf endete damit, daß das Haus seinen Tadel über den Ausdruck „Verrath“ aussprach, von einer weitem Untersuchung oder Bestrafung jedoch abstand; wol mehr aus Rücksicht für das Ministerium, das bei einer solchen Untersuchung nicht gut fahren konnte, als aus Schonung für Perczel. . . . .

## X.

Das österreichische Kabinet that jedoch sein Möglichstes, um Kossuth recht bald aus seiner peinlichen zweideutigen Stellung zu befreien. Ermuthigt durch Radetzky's Siege in Italien, durch Windischgrätz's leichten Triumpf über die prager Emvornost, gekräftigt

durch das Bündniß der czechischen Partei am wiener Reichstage, gereizt durch die Energie mit welcher Ungarn, wiewol stets zu Unterhandlungen geneigt, doch auf sein gutes Recht beharrte, kühn gemacht durch die thätigen Rüstungen des Banus die sie bereits genügend vorgeschritten glaubte: begann die Reaktion allmählig die Maske zu lüften und etwas offener ihrem freiheitsfeindlichen Ziel zuzusteuern. Ein königliches Schreiben benachrichtigte die Nationalversammlung: Der König sei bereits gesundet, habe in Folge Dessen dem Palatin die ihm als königlichem Stellvertreter verliehenen Vollmachten abgenommen, und werde selbst regieren. Der Palatin war jedoch nicht wegen der Kränklichkeit, sondern wegen der steten Abwesenheit des Königs aus dem Lande zum Statthalter ernannt worden. Daher konnten nicht mit der Genesung, sondern nur mit der Ankunft des Königs in Ungarn seine Vollmachten erlöschen. Es war nicht schwer abzusehen, wohin diese schlechtmotivirte Anordnung ziele. Und wer etwa so kurzfristig war, dies nicht einzusehen, dem wurden bald die Augen geöffnet durch ein zweites königliches Schreiben. Dasselbe ist vom 31. August datirt, an den Palatin gerichtet, und dient zur Einbegleitung und Befürwortung einer „Staatschrift“, in welcher das österreichische Ministerium zu beweisen gesucht, daß der König zur Gewährung der ungarischen Märzjugeständnisse nicht berechtigt gewesen, und diese deshalb zurückgenommen werden müssen. Der Palatin sollte — so verlangte das königliche Schreiben — diese Staatschrift dem ungarischen Ministerium zur Darnachachtung übergeben, da die ferneren Unterhandlungen auf Grundlage der hier ausgesprochenen Ansichten stattfinden sollen. Als erste Vorbedingung dieser Unterhandlungen wurde in dem königlichen Schreiben die sofortige Einstellung aller Feindseligkeiten und Rüstungen gegen den Südaufbruch, wie aller Maßregeln gegen den vom König selbst als Hochverräter erklärten Banus gefordert. Nachdem Dies geschehen, sollten zur Leitung der Verhandlungen zwei oder drei ungarische Minister in spätestens 14 Tagen nach Wien kommen.

Diese Forderungen, gestellt zu einer Zeit wo im Süden eifriger als bisher und mit offener Unterstützung von oben gerüstet wurde

und wo der Ministerpräsident und der Justizminister bereits seit mehreren Tagen in Wien verweilten und sich vergeblich um Zulassung am Hofe bemühten, konnten nur als offener Hohn, offenes Mißgelingen des ungarischen Rechtes betrachtet werden. Die Erbitterung war allgemein, und es kostete Kossuth bedeutende Anstrengung, das Haus dahin zu vermögen, daß es einige Tage alle diesfälligen Interpellationen und Fragen verschieben möge, da bald entscheidende Nachrichten kommen und diesen gemäß dann entscheidende Schritte erfolgen müßten. Die Aufregung wurde hiedurch nur auf einige Zeit zurückgedrängt aber nicht unterdrückt. Doch wendete sich diese immer mehr gegen das wiener Kabinet, in welchem jetzt die gesammte Nation den eigentlichen Hebel aller Reaktion, und nicht gegen die Kroaten in denen man nur die verführten blinden Werkzeuge erblickte. Deshalb war man auch jetzt noch geneigt, ihnen Zugeständnisse zu machen, welche nicht nur die Grenzen des Rechts, sondern selbst die der Billigkeit überschritten. Kossuth lenkte am 2. September die Aufmerksamkeit des Hauses abermals auf diesen Punkt. „Ich mag — bemerkt er unter Andern — von einer Nation gegen die andere keine — selbst ungegründete — Klage vernehmen, und darum habe ich schon vor Jahren, als man die gegenwärtigen Verhältnisse noch kaum ahnen gekonnt, in der Generalversammlung des pester Komitats geäußert: daß, so ungegründet auch die von den Kroaten über angebliche Unterdrückung ihrer nationalen und anderweitigen Rechte vorgebrachten Klagen seien, ich doch sehr bezweifle, daß dort, wo eine Nation gewaltsam gegen die andere gehet, eine friedliche Kapazirung möglich sei. Ich aber möge Niemand auf Erden unterdrücken, und wäre darum bereit, unsern kroatischen Mitbürgern zu sagen: Gehet in Gottes Namen und seid frei, wenn ihr des siebenhundertjährigen Verbandes mit Ungarn überdrüssig geworden. .... Damals nahmen selbst meine besten Freunde Anstoß an diesem Gedanken. .... Jetzt kann ich nur soviel sagen: wenn es wahr, daß die Geschichte der ungarischen Gesetzgebung nur ein fortlaufender Beweis Dessen, daß die ungarische Nation den Kroaten gegenüber sich immer brüderlich betragen, und nicht nur alle Rechte und Frei-

heiten mit ihnen getheilt, sondern sie auch mit besonderen Privilegien beschenkt; wenn es wahr, daß der letztverflossene Reichstag diesen Zustand nicht nur unverändert gelassen, sondern auch die Segnungen der neuen Rechte und Freiheiten auf das Nebenland ausdehnte; wenn es wahr, daß die gegenwärtige Nationalversammlung schon bei Gelegenheit der Adreßdebatte erklärte, daß sie bei Wahrung ihrer Selbstständigkeit und Nationalität stets herzlich gerne bereit ist, die gerechten und billigen Forderungen der kroatischen Nation zu erfüllen; wenn sage ich, wir all' Dies in Betracht nehmen, und andererseits das schreckliche Unglück bedenken, das vom Bürgerkrieg unzertrennlich, so glaube ich, daß es hohe Zeit für die Gesetzgebung, ernstlich zu berathen, wie sie jenes beim Beginn ihrer Wirksamkeit geleistete Versprechen, nemlich alle gerechten und billigen Wünsche der Kroaten zu gewähren, einlösen wolle. Das Zweckmäßigste wäre freilich gewesen, wenn Kroatien den gemeinsamen Reichstag mit Deputirten beschickt hätte, welche hier die Forderungen ihrer Sender darlegten, damit dieselben auf Grundlage des gegenseitigen Rechts und der gegenseitigen Freiheit nach voller Billigkeit erledigt werden. Wiewol dies aber nicht geschehen, so werden hoffentlich die Vertreter Ungarns sich hiedurch nicht von der Erfüllung ihres Versprechens abhalten lassen". . . .

Auf Kossuth's Antrag wurde denn auch nach wenigen Tagen ein „Beschluß der Nationalversammlung in der kroatischen Frage“ veröffentlicht, in welchem unter Andern ausgesprochen wurde: daß, ob zwar Ungarns freundliches Entgegenkommen bisher mit Feindseligkeit erwidert wurde, die Landesrepräsentanten doch auch jetzt noch freudig bereit sind, der kroatischen Nation freundlich die Hand zu bieten, und sie zur einträchtigen Beseitigung aller aus einer Fortdauer der grundlosen Streitigkeiten für beide Seiten fließenden Leiden aufzurufen. Sie erklären daher feierlichst, daß wie es niemals ihre Absicht gewesen, sie auch jetzt die kroatischslavonische Nation weder in ihrer Nationalität noch in ihren Landesrechten und Freiheiten verkürzen wollen, daß sie zur Wiederherstellung des Friedens und des freundschaftlichen Einverständnisses gern in jede zu ergreifende Maßregel willigen, durch welche die Kroaten und Slavonier ihre Nationalität wie ihre Landesrechte und Freiheiten ohne

Schmälerung der territorialen Integrität des ungarischen Vaterlandes und seiner gesetzlichen Selbstständigkeit zu sichern wünschen.“ Sie weisen daher die hiemit zu Reichskommissären ernannten Repräsentanten und den königlichen Kommissär Ladislaus Csányi an: „zu bewerkstelligen, daß die Vertreter der kroatischslavonischen Nation unverzüglich zum Reichstag einberufen werden, und bevollmächtigen Dieselben zugleich, nachdem sie in zugesehender vollständig freier Berathung mit den Repräsentanten der kroatischslavonischen Nation die wahren Wünsche derselben vernommen haben werden, all jene Fragen welche die volle Garantie ihrer Nationalität, ihrer Landesrechte und Freiheiten und überhaupt die künftige sichere Feststellung der gegenseitigen Rechtsbeziehungen der beiden Länder betreffen, im Einverständniß mit ihnen sobald als möglich auszugleichen“....

Je allgemeiner aber im ganzen Lande die Erkenntniß dessen wurde, was Kossuth schon seit Monaten behauptet, daß nemlich die Südwirren nur ein Werk höherer Mächte seien, und je größer infolge dieser Erkenntniß die Geneigtheit wurde, jenen verführten Werkzeugen der Reaktion die Friedenshand zu bieten, destomehr mußte selbstverständlich der Groll gegen deren Verführer steigen, welche keinen Anstand nehmen, ihre schändlichen selbstsüchtigen Zwecke durch ein noch schändlicheres, durch das verbrecherischste Mittel: durch Erregung des Bürgerkriegs, zu befördern. Mit jeder Stunde welche die nach Wien gegangenen Minister dort unverrichteter Dinge hinbrachten, erreichte die Erbitterung in Budapest einen höheren Grad. Um dieser Erbitterung ein Ziel zu setzen, oder ihr eine bestimmte fruchtbringende Richtung zu geben, suchte Kossuth am 4. September das Haus zu einem Schritt zu vermögen, durch welchen die lange ausbleibende Entscheidung beschleunigt werden sollte. In kurzen aber kräftigen Zügen ein lebensgetreues Bild entwerfend von dem gegenwärtigen traurigen Zustande des Landes, herbeigeführt durch das Treiben der Reaktion welche dem ungarischen Ministerium jede Kraftentfaltung unmöglich mache, fährt er ruhig, aber mit der Ruhe verzweiflungserzeugter Entschlossenheit fort: „Verehrtes Haus! ich bin fest überzeugt: entweder muß dieser Zustand bald ein Ende nehmen, oder

die Nation wäre gezwungen, für eine vollziehende Gewalt zu sorgen, welche die Mittel zu ihrer Verfahrungsweise nicht aus dem Gesetze sondern aus der Gefahr des Vaterlandes schöpfen müßte. Ein Ministerium dem die Hände so gebunden wie dem jetzigen, kann das Vaterland nicht retten. Und wenn ich noch in diesem Augenblicke von dieser Bank aus (auf die Ministerbank zeigend) die Tribüne bestieg, geschähe es nur darum, weil jetzt zwei Ministerkollegen in Wien sind und ich nicht möchte, daß man sagen könnte: ich habe durch ein vorzeitiges Resigniren den letzten Versuch zu dem sie ausgefordert waren, gehindert. In dieser Entschlossenheit und in dieser Ueberzeugung, daß ein dermaßen gebundenes Ministerium so feindlichen Gewalt gegenüber — nicht weil ich oder jener der Minister ist, sondern überhaupt weil dieses Ministerium so konstituiert ist — das Vaterland nicht retten kann, bitte ich das Haus, daß es zur großen Entschiedenheit und zu großen Beschlüssen sich vorbereite, und bei dem Versuche des Erfolges der letzten Schritte, das noch gegenwärtig bestehende Ministerium unterstütze.“

Redner macht einige dieser Schritte namhaft, deren Billigung das Haus aussprechen möge. Das Ministerium hat den Volksvertreter E. Bedöhy als königlichen Kommissär in den Süden gesendet mit unumschränkter Vollmacht „auf außerordentlichem Wege Alles zu unternehmen was die obschwebenden Verhältnisse für die Rettung des Vaterlandes erheischen.“ Das Ministerium hat ferner den auf dem südlichen Kriegsschauplatz befindlichen Kriegsminister ermächtigt, an die Stelle des zurückgetretenen General Wechtold einen zuverlässigen Führer zu ernennen. . . . Das Haus bestätigt diese Ermächtigung wie jene Ernennung. . . . Drittens verlangt der Redner: Das Haus möge sofort ein, die obschwebenden Verhältnisse klar und wahrheitsgetreu darstellendes Manifest erlassen, damit es vor Europa klar bestehe, „wie durch so viele Kabalen die Grundlage unserer gemäßigten Forderungen und unveräußerlichen Rechte untergraben und in uns eine Vormauer der Zivilisation und eine Stützsäule der Freiheit erschüttert wird.“ Auch diese Forderung wird einstimmig gewährt, und eine Kommission von fünf Mitgliedern zur Abfassung dieses Manifestes ernannt.

Kossuth zählt sodann die „Bitten“ auf — „Eine kleine Geduld!“ ruft er Nyáry zu, der ihn corrigirend mit „Forderungen“ unterbricht — die Bitten welche das Ministerium durch seine zwei nach Wien gesendeten Mitglieder an den König gestellt habe. Se. Majestät möge erstens an sämtliche in Ungarn befindliche Truppen den Befehl ergehen lassen, sich unter das Gebot des ungarischen Ministeriums zu stellen. Zweitens, da die ungarische Regierung geneigt ist alle gerechten Wünsche der Kroaten zu befriedigen, nach Kroatien einen Befehl zur allsobaldigen Einstellung aller Feindseligkeiten gegen Ungarn entsenden. Drittens möge Se. Majestät bald auf einmüthige Zeit nach Ungarn kommen, um durch ein längeres Verweilen im Lande „der Aufrechterhaltung des Thrones jenes moralische Gewicht zu verleihen, welches in der Idee des Königthums liegt.“ Viertens möge er das neue Finanz- und Militärgesetz bestätigen und dadurch dessen Ausführung ermöglichen.

„Ich habe, fährt Kossuth fort, das Haus ersucht, (nemlich am 28. August) solange Nichts zu unternehmen, bis nicht die Hoffnung eines Resultats herabgelangt. Aber schon seit acht Tagen befinden sich unsere Kollegen oben; und wie stehen noch immer die Dinge? als läge auf der Wage des Zauderns nicht auf der einen Schale das Loos der Nation und auf der andern die Erftanz der Krone! Ich bitte also: es möge dem Hause gefallen, eine Deputation an Se. Majestät zu entsenden. Wir müssen bald ins Reine kommen mit unsern Angelegenheiten. Deshalb soll die Deputation nicht wochenlang in Wien verweilen, sondern sich ungesäumt einen Weg öffnen zum Thron des Fürsten. Sie spreche es aus, daß das Vaterland in Gefahr, daß der Thron bedroht und Se. Majestät daher verfügen möge was zur Erhaltung der Nation und des Thrones nöthig. Wir können nicht Tage und Monden zuwarten, weil schon seit Monden die Intriguen uns in Gefahr gestürzt haben. Wir wollen rasche Beschlüsse, mögen sie nun links oder rechts fallen, damit wir unsere Rechnung machen und wissen was wir dem Vaterlande schuldig sind. Keine 24 Stunden möge die Deputation sich aufhalten. Wenn sie nicht sofort angenommen wird, werden wir wissen was man in Wien will. Ich bitte das Haus,

dies zu thun, den von Seiten des Ministeriums versuchten letzten Schritt — denn natürlich ist es der letzte von Seiten der Gesetzgebung — zu unterstützen und mit der Kraft der Nation zum Erfolg oder wenigstens zur vollen Erkenntniß unserer wahren Sachlage zu führen“ . . . . .

Diese Forderung war von ungemeiner Tragweite, denn sie enthielt das Ultimatum der Nation an ihren Fürsten. Es ist sehr zweifelhaft, ob sie in Anwesenheit des Gesamtministeriums bewilligt worden wäre. Aber abgesehen davon, daß die Volksmeinung in der Presse wie in den öffentlichen Versammlungen und auch durch die reichstäglischen Vertreter der Nation die bisherige Politik des ewigen Zauderns, des end- und fruchtlosen Unterhandelns immer lauter und entschiedener verurtheilte, so war im gegenwärtigen Augenblicke die Batthyány'sche Friedenspolitik selbst auf der Ministerbank nicht vertreten, da Cótvyös und Klauzál die vom Anfange an in den allgemeinen politischen Fragen eine sehr untergeordnete Rolle gespielt, schon im Rückzuge begriffen, der Ministerpräsident und der Justizminister, die eigentlichen Gegner Kossuth's, in Wien, und ihr waderer Mitkämpfer auf dem Gebiete der Loyalität, Kázar Meßáros, auf dem südlichen Kriegsschauplatze war. Diesen Umständen wol hatte es Kossuth zu danken, daß er mit einer so entschiedenen Forderung welche den gordischen Knoten mit Einem Streiche lösen sollte, auftreten konnte, und daß diese Forderung einstimmig angenommen wurde.

Die Deputation wurde sofort ernannt. Sie bestand unter der Führung D. Pázmándy's, des Präsidenten der Nationalversammlung, aus hundert Volksvertretern, denen sich zwanzig Mitglieder des Oberhauses anschloßen. Es war dies keine gewöhnliche Deputation; es war gewissermaßen die gesammte Nation welche in der Person ihrer erwählten Gesetzgeber vor den Monarchen hintrat, um ein letztes entscheidendes Wort mit ihm zu wechseln. In ernster und würdevoller aber männlichruhiger und gemäßigter Sprache trug Pázmándy am 9. September dem Monarchen die gerechten Wünsche der Nation vor. Sie wurden mit einigen gewöhnlichen Duzendfrasen abgefertigt.



Als Kommentar hiezu erschien das königliche Schreiben vom 9. Sept. an den „lieben Ban Jellachich“, welcher wieder in all' seine Aemter und Würden eingesetzt, für sein bisheriges loyales Verhalten höchlich belobt und zum Fortschreiten auf dieser Bahn ermutigt wird. Der Verrath war jetzt handgreiflich. Der Weg der Unterhandlung und friedlichen Ausgleichung zwischen König und Nation schien für immer abgeschnitten. Batthyány's Friedenspolitik ist unmöglich geworden. Es gilt völlige Unterwerfung oder — da die Nation sich zu diesem Selbstmord nicht entschließen wird — offenen Kampf. Kossuth muß jetzt die Zügel der Regierung ergreifen! so lautet die allgemeine Stimme. In diesem Sinne spricht sich einmüthig die ganze Nationalversammlung aus, nachdem Pázmándy am 11. September über die Erfolglosigkeit der Reichstagsdeputation berichtet. „Elsen Kossuth!“ rufen die Nationalvertreter wie aus Einem Munde. „Elsen Kossuth! Er allein kann das Vaterland retten! Er werde zum Diktator ernannt!“ So rufen die Tausende des Volkes, welche vor den Fenstern des Verathungssaales am Donauufer wild durcheinander drängen. Ihr Fordern und Rufen wird so ungestüm, daß im Saale die Fortsetzung der Verathung unmöglich ist und Paul Nyáry entsendet werden muß; um die aufgeregte Menge zu beschwichtigen, und sie dahin zu vermögen, daß sie die Beschlüsse des Hauses in Geduld abwarte. . . . .

Erzherzog Stefan, das Unheil fürchtend, welches ein offener Bruch dem Lande und der Dynastie bringen müsse, will diesem wo möglich vorbeugen, und deshalb die Regierungsgewalt noch nicht an Kossuth gelangen lassen. In dem Schreiben mittels welchem er die Nationalversammlung von dem Rücktritt des Batthyány-Ministeriums benachrichtigt, meldet er zugleich, daß er eine neue Ministerliste nach Wien gesendet habe, und bis deren Bestätigung herablange, er selbst die Regierung leiten werde. L. Madarász erklärt das Schreiben für ungefährlich, weil es der ministeriellen Gegenzeichnung ermangle; für eben so ungefährlich den vom Palatin beabsichtigten Schritt, weil nur ein verantwortlicher Minister, nicht aber der unverantwortliche Statthalter das Land regieren könne. Kossuth tritt sofort dieser Erklärung bei,

mit den Worten: „Ich, von Sr. Majestät zum Minister ernannt, stelle es geradezu in Abrede, daß Erzherzog Stefan das Recht habe, in diesem Lande ohne ministerielle Gegenzeichnung Befehle zu erlassen!“ Er weist darauf hin, daß, wiewol heute sämtliche Minister abgedankt, doch auf ihr Drängen B. Szemere daren gewilligt, bis zur Ernennung eines neuen Ministeriums sein Portefeuille fortzuführen, und gewissermaßen das gesammte Ministerium zu repräsentiren. Das Palatinalschreiben mußte also von ihm gegengezeichnet sein, sowie der Palatin auch fernerhin nur mit einem verantwortlichen Minister regieren kann. „Ich — ruft Kossuth in steigender Erregung, indem er den Sessel welchen er am äußersten Ende der Linken eingenommen, mit beiden Händen erfaßt und an den leeren Ministertisch stellt — ich, der ich ebenfalls abgedankt, stelle meinen Sessel wieder hierher, und indem ich meinen rechtmäßigen Ministeritz einnehme, wollte ich den Mann sehen der es zu leugnen wagt, daß in dem Kreise den das Gesetz dem Finanzminister vorschreibt, ich und kein Anderer befehle!“ . . . .

Ein einstimmiger Beifallsruf der Versammlung und der Zuhörerschaft begleitet diese kühne aber vollkommen gesetzliche Aeußerung. Kossuth geht hierauf in eine nähere Beleuchtung der obschwebenden Verhältnisse ein, und zeigt offen den Abgrund an welchen die Nation durch Ränke von oben und durch ihre eigene loyale Thatslosigkeit geführt worden. Er beleuchtet auch das an Jellachich gerichtete königliche Schreiben vom 4. September, weist die Zweifel zurück welche gegen dessen Echtheit erhoben worden und fügt auch die Nachricht hinzu, daß laut sehr glaubwürdigen Anzeigen der Ban bereits der in jenem Schreiben gegebenen Weisung folgegeleitet und die Drau überschritten haben solle, — was wirklich am 9. geschehen war. . . „In Berücksichtigung dieser außerordentlichen Gefahr, fährt er fort, wünsche ich, daß die Nation sich für ihre Rettung so begeistere, wie es da geschehen muß, wo die persönliche und nationale Existenz auf dem Spiele steht; in ihrer Begeisterung aber sich von männlicher Entschlossenheit leiten lasse, von jener Entschlossenheit welche inmitten der Begeisterung sich noch nüchterne Besonnenheit genug bewahrt, um

in der Wahl der Mittel nicht zu fehlen. Darum spreche ich meine Ueberzeugung aus: wiewol Momente in denen das Leben der Nation auf dem Spiele steht, auch zu den äußersten Schritten berechtigen, da die Selbsterhaltungspflicht das erste Gottesgebot, so wünschte ich doch — Kossuth erhebt hier seine Stimme mit besonderem Nachdruck, als wollte er sich auch den vor dem Hause versammelten Massen hörbar machen die ihn noch immer zum Diktator ausrufen — so wünschte ich doch, daß im Herzblut jedes Ungars die Ueberzeugung lebe, daß des Landes Zukunft nicht durch Straßenkravalle, nicht durch die Thaten einzelner Individuen oder Volkshaufen sondern durch die konzentrirte Begeisterung und Kraft der gesamten Nation gerettet werden könne. . . . . Darum muß — fährt Kossuth fort nach einer kurzen Pause in welcher er umherblickend den beschwichtigenden Eindruck seiner Mahnung bei der Versammlung sowohl als bei der Zuhörerschaft zu lesen scheint — darum muß, was in Ungarn geschehen soll, durch den gesetzgebenden Körper geschehen. Aber dieser muß zu Mitteln greifen welche das Vaterland retten können. Er vertraue auf des gesamten Volkes begeisterte Entschlossenheit, ohne welche es ja, einem Vernichtungskampf ausgesetzt, zugrundegehen müßte. Er greife zu Mitteln welche diese Stimmung der Nation erhalten und fruchtbar machen“. . . . Ein solches Mittel sieht Kossuth darin, wenn das Haus in Anbetracht der außerordentlichen dringenden Verhältnisse vorläufig ohne die königliche Bestätigung der in den letzten Augusttagen gebrachten und dem König erst von Batthány und Deák, später von der großen Reichstagsdeputation unterbreiteten Finanz- und Militärgesetze abzuwarten, die betreffenden Minister zu deren Vollziehung ermächtigt. . . .

Diese Mäßigung in dem Momente wo alle Umstände die vollständigste Entschiedenheit rechtfertigen und das Volk sie dringend fordert, hat weder die Linke noch die Rechte des Hauses erwartet. Jene wünschte seit langem und forderte es heute laut, daß Kossuth die Diktatur an sich reiße und dadurch der bisherigen Schaufelpolitik ein Ende mache; diese fürchtete, es nicht mehr wehren zu können, weil

sie sah, daß die Umstände stärker als ihre Loyalität. Kossuth's unerwartete Mäßigung stellt das Gleichgewicht wieder her. Sie zügelt den stürmischen Andrang der Radikalen, und befeelt die Gemäßigten mit neuer Hoffnung. Sie führt Jene zur Besonnenheit zurück, und erhöht den schüchternen Muth Dieser. Die Nationalversammlung steht sich in dem Augenblicke wo der Boden unter ihren Füßen schwankt, wieder in ihre Macht eingesetzt; und zwar eben durch jenen Mann von dem sie fürchtete, daß er über ihre Häupter hinweg die folgewilligen Massen zur Revolution führen werde. Sie fühlt aber auch, daß sie die ihr wiedergegebene Macht nur auf Eine Weise behaupten kann: wenn sie dieselbe zur Rettung des Vaterlandes benutzt. Sie fühlt, daß sie Kossuth's Antrag, der wenn er auch ihre Wünsche übersteigt doch hinter ihren Befürchtungen zurückbleibt, annehmen muß, soll er nicht ohne und gegen sie vollzogen werden; daß dieser Schritt nicht nur zur Rettung des Vaterlandes sondern auch zur Erhaltung der Geseßlichkeit nöthig, weil sonst Jene mit Hintansetzung Dieser vollbracht würde.

So votirt sie, von Vaterlands- und Geseßs liebe geleitet, einstimmig die Annahme des bedeutungsschweren Antrags. Es ist der erste Schritt auf dem Revolutionspfade; aber Kossuth fordert und sie bewilligt ihn, weil nur dadurch die weitergehenden Forderungen des Volkes zurückgewiesen werden können. Sie beschließt erstens: „Bis dahin, als Se. Majestät den betreffs der Eröffnung eines Kredits zur Deckung der Landesbedürfnisse verfaßten Geseßartikel sanktionirt, wird jene . . . . . Verordnung des Finanzministers, laut welcher er die Emittirung von Fünfguldennoten beschloß, hiemit gutgeheißen; und indem die Vertreter der Nation den vollen Kennwerth dieser Noten im Sinne des Geseßvorschlages mit dem gesammten öffentlichen Einkommen des Landes garantiren, befehlen sie die Annahme derselben bei allen öffentlichen Kassen als baare Münze“ . . . . . Noch bedeutsamer ist der zweite Beschluß, durch welchen die Nationalvertreter, „da sie das Land nicht ohne Vertheidigungsmittel lassen können“, das Ministerium beauftragen: „Jene Truppenzahl die in dem Sr. Maj. unterbreiteten Geseßartikel sogleich auszuheben angeordnet ist, im

Bege der Werbung aufzustellen". Die Bedeutsamkeit des zweiten Beschlusses liegt nicht so sehr in diesem Hauptpunkte als vielmehr in einigen Nebenbestimmungen von großer Tragweite; namentlich im vierten Punkt, welcher bestimmt, daß „das in dieser Weise aufzustellende Heer direkt und ausschließlich zur Vermehrung der bereits in Bildung begriffenen und zur Bildung neuer Honvédbataillons zu verwenden, bei welchen die Geschäfts- und Kommandosprache, Fahne, Uniform und Abzeichen sogleich ungarisch sein wird"; — eine Bestimmung durch welche Kossuth des Zugeständnisses wieder entbunden wird, das er am 18. August den loyalen Bedenklichkeiten des Kriegsministers gemacht — und im fünften Punkte, welcher den in der regulären Armee dienenden Offizieren und Soldaten den Uebertritt in die Honvédbataillons gestattet; — ein Sieg Kossuth's über Batthyány und Mészáros, welche solche Uebertritte als „Desertion" betrachtet und bestraft wissen wollten.

Die raschgefaßten und energischen Beschlüsse bedürfen um fruchtbar zu werden einer ebensovorsichtigen und energischen Vollziehung. Es ist natürlich, daß Aller Augen sich wieder auf Kossuth richten. Da die Nationalversammlung seine Politik annimmt, fordert es die Folgerichtigkeit, daß sie ihn auch mit der Leitung der Geschäfte betraue. Einstimmig wird daher nach Annahme seines Antrags an ihn die Forderung gestellt: daß er in Gemeinschaft mit dem noch nicht zurückgetretenen Szemere die Regierung fortführe. Selbst L. Batthyány tritt dieser Forderung bei. „Hoffentlich", äußert er unter Andern, werde Niemand glauben, daß die Furcht vor den nahenden Gefahren ihn und seine Kollegen von ihren Ministerstühlen verscheucht habe. Nein, ihr Rücktritt war nur eine Folge der Erkenntniß, daß in den gegenwärtigen gefährdrohenden Augenblicken einheitliches Zusammenwirken nöthig sei, das im bisherigen Ministerium, weil die einheitliche Gesinnung gefehlt, nicht vorhanden gewesen. Dem muß jetzt ein Ende gemacht werden. Die unverantwortliche Regierung des Statthalters entspricht weder dem Gesez noch den Anforderungen des gegenwärtigen Moments. Wir bedürfen einer verantwortlichen aber einheitlichen und energischen Regierung. Die allgemeine Stimme hat

bereits den geeigneten Mann bezeichnet. Darum rufe auch ich: Vertrauen wir auf Ludwig Kossuth! Uebertragen wir ihm die Regierung, so wird sie jedenfalls in einer bestimmten Richtung geleitet werden; und in gefährvoller Stunde wie die gegenwärtige ist jede Richtung besser als Richtungslosigkeit“..... Wie entschieden Kossuth die Zumuthung der Radikalen: die Diktatur an sich zu reißen, zurückgewiesen, eben so bereitwillig geht er auf das gesetzliche Verlangen der Nationalversammlung ein. Er will die Regierung übernehmen und dem Hause, wenn es Dies wünsche, sofort eine Ministerliste unterbreiten. Al' Dies soll jedoch nur provisorisch gelten, bis entweder vom König selbst oder an seiner Stelle vom Palatin die definitive Ernennung eines neuen Ministerium's herablangt. Deshalb möge das Haus sofort eine Deputation an den Palatin entsenden, um ihn auf die Ungefehrlichkeit seines Schreibens aufmerksam zu machen, ihm zugleich den Beschluß des Hauses mittheilen und um seine Gegenäußerung bitten..... Gleichzeitig beschied Kossuth in öffentlicher Versammlung die Staatssekretäre sämtlicher Ministerien, außerdem Paul Nyáry, Dionys Pázmándy und Baron Berényi, auf den nächsten Tag zu sich, um mit ihnen über die Organisation der neuen Regierung zu berathen.

Die von Kossuth beantragte Deputation wurde sofort ernannt und entsendet. Auf Kossuth's Antrag wartet das Haus in offener Sitzung deren Rückkehr ab. Er benützt diese Wartekunde, um das Haus vor Allem zur förmlichen Bestätigung seines schon vorhin gestellten und angenommenen Vorschlages betreffs des Militär- und Finanzgesetzes zu vermögen. Außerdem fordert er es auf, auszusprechen: daß alle Honvédbataillone die im Laufe des Kampfes entstehen sollten, auch nach dessen Beendigung wie reguläres Militär gehalten, d. h. die Offiziere in ihren Chargen belassen, die Verkrüppelten und Alten pensionirt, die Witwen und Waisen der Gefallenen erhalten werden sollen; ein Beschluß durch welchen auch der engherzigere Patriot mancher selbstsüchtigen Bedenklichkeiten welche ihn etwa vom Eintritt in die Honvédbreihen abhalten konnten, enthoben

wurde. . . . Durch die Verhältnisse motivirt, mit wenigen Worten eingeleitet und mit einem einfachen „Erfogabjut“ (angenommen) zum Gesetz erhoben, wurden diese im Lauf einer Stunde gefaßten Maßnahmen der mächtigste Hebel zur wunderbaren Schaffung einer Nationalarmee. Und als Kossuth um Mitternacht unter stürmischem Eisenruf den Berathungssaal verließ, konnte er wol die Hoffnung mit sich nehmen, daß die schwindende Nacht auch die bisherige unklare und schwankende Politik entföhre und die Nation vom nächsten Morgen an offen und kräftig auf dem Pfade der Entschiedenheit vorschreiten und ihr gutes Recht gegen jeden Angreifer wahren werde.

## XI.

Indem die Nationalversammlung in dieser bedeutungsschweren Krisis den gewesenen Finanzminister zum Ministerpräsidenten ernannt, gehorcht sie nicht bloß dem Machtgebot des Augenblicks oder dem stürmischen Drängen der hauptstädtischen Bevölkerung welche zu Tausenden den Berathungssaal umfluthet. Nein, diese Umstände geben nur den äußern mittelbaren Anstoß. Die eigentliche Nöthigung aber zu diesem Schritt liegt tiefer. Sie liegt in der Ueberzeugung welche sich Allen mit der Stärke der Unabweisbarkeit aufdrängt: daß Kossuth nicht bloß der Mann des Augenblicks sondern der Zeit sei, daß seine Politik nicht nur jetzt die beste sondern daß sie vom Anfang an die richtige gewesen, daß er seit dem März fast allein, jedesfalls aber besser als seine andersgesinnten Ministerkollegen, die Sachlage klar begriffen und ihre Erfordernisse treffend erkannt habe. In dieser Anerkennung welche die Umstände der ganzen Nationalversammlung und selbst seinen Gegnern in- und außerhalb derselben abnöthigen, liegt der größte Triumpf seiner Politik. Und diesem Triumpf verdankt er die hohe gesetzliche Stellung

welche ihm jetzt eingeräumt wird, verdankt er aber namentlich die unumschränkte moralische Macht welche er von jetzt an bis an's Ende der Revolution übt. Wer — so scheint die ganze Nation zu folgern — wer Quelle und Natur des Uebels schon beim Entstehen, wo die Meisten es noch mißkannten, so richtig erfaßte, der muß jetzt, wo es in aller Kraft hervorgebrochen, am besten zu dessen Heilung befähigt sein. Von diesem Glauben bestimmt, überläßt sie sich von nun an der Leitung dieses Arztes mit einer Hingebung die nahe an völlige Entäußerung des eigenen Willens gränzt.

Ein mehrmonatlicher grausenvoller Bürgerkrieg, durch die Intriguen des Hofes entzündet, durch seine Emissäre genährt, durch seine Geld- und Streitkräfte unterstützt; ein freventliches Spielen mit dem königlichen Wort das heute gegeben, morgen zurückgenommen, am nächsten Tag wieder gegeben und bald zum zweiten und dritten Mal gebrochen wurde; die herausfordernde Kühnheit welche mit des „Hochverrätters“ Wiedereinsetzung und öffentlicher Belobung dem Recht und Gesetz offen den Krieg erklärt: all' diese Umstände mußten zusammenwirken, um die Nation zu jener Hingebung an Kossuth und an seine Politik der Entschiedenheit zu bewegen. Sie machte diesen Schritt nicht freiwillig. Sie hatte sich lange genug, ja länger als nöthig und heilsam gewesen, dagegen gesträubt. Denn der allgemeine Jubel und die gränzenlose Begeisterung mit welcher sie im März den „Befreier“ begrüßt, hatten kaum den Bonnemont überlebt, dem sie ihr Entstehen verdankten. Sie traten in den nächstfolgenden Monaten nur bei einzelnen Gelegenheiten in ihrer alten Kraft hervor, im allgemeinen aber war die Verehrung wo nicht schwächer, doch ruhiger und besonnener geworden. Sie hatte namentlich jenen Fanatismus verloren welcher die blinde Hingebung erzeugt. Das Land achtete und liebte in Kossuth den Mann welcher den größten Antheil an den Märzsiegen genommen; aber es mochte um des Siegers willen nicht den Siegespreis opfern. Es wollte die Errungenschaften auch genießen. Und das Verlangen nach diesem Genuß war so allgemein und tiefgeföhlt, daß man jeden Gedanken an eine mögliche Verkürzung desselben als un-



liebsame Störung zurückwies, und der Besorgniß gar keinen Zulaß gönnen wollte, weil sie, wenn sie sich als begründet erwies, gar zu sehr geängstigt und betrübt hätte. . . . .

Wie sollte es auch anders sein! Jenes demokratische Element welches in andern europäischen Ländern die Revolution auch nach den Märzerrungenschaften nicht zur Ruhe gelangen ließ, existirte in Ungarn noch nicht. Wir wissen, daß hier die Reform seit Jahren nur vom Adel angestrebt und auch im März nur von ihm die Umwälzung vollbracht worden. Jene Klassen also welche ohne eigenes Hinzuthun die Märzbewegung mit neuen Rechten und Freiheiten bereicherte, oder eigentlich erst in die Hallen der Verfassung einführte und dadurch unter den Schirm des Rechts und der Freiheit brachte, waren mit dem Erhaltenen mehr als zufrieden. Es genügte ihren Wünschen, weil es ja alle Hoffnungen die sie bisher genährt, weit überflügelte. Sie kannten nur noch den Einen Wunsch: daß nicht durch unzeitiges Mißtrauen, durch vorzeitige Reibungen, durch hartnäckige Rechthaberei zwischen Regierung und Nation, die Ruhe gestört werde unter deren Schirm allein die neuen Gaben im vollen Maasse genossen werden können. Und theils aus Dankbarkeit gegen den König der so leicht diese Gaben bewilligt, theils aus selbstsüchtiger aber verzeihlicher Liebe zur Ruhe wollten sie auf andern Gebieten gerne Manches übersehen.

Diesen Wunsch nach Frieden und Ruhe, dieses Streben nach Niederhaltung aller Reibungen, diese Geneigtheit zur Nachgiebigkeit, all' diese Gefühle von welchen das ungarische Volk im Nachmärz durchdrungen war, sah es in Batthyány eher als in Kossuth verkörpert. Die weitergehenden Besorgnisse des Letztern glaubte es durch seinen Patriotismus entschuldigt aber nicht durch wirkliche Thatfachen gerechtfertigt zu sehen. Dadurch geschah es, daß in den ersten Monaten des Nachmärz die loyale und friedensuchende Politik des Ministerpräsidenten sich, weil das Volk in ihr den Garanten seiner Errungenschaften sah, dessen allgemeiner Zustimmung erfreute. Höchstens ein Theil der studirenden und schreibenden Jugend, durch den „*Marcius tizenötödike*“ (15. März), das Organ der „Revo-

tionshalle", vertreten, bezeugte schon frühzeitig seine Unzufriedenheit, und lockte und drängte Kossuth, dessen abweichende Politik sie damals mehr vermuthete als kannte, zu entschiedenem Auftreten gegen Batthyány; die übrige Presse, deutsch wie ungarisch, war auf Seiten des Präsidenten. Tadelte sie auch hier und da einzelne seiner Maßregeln, so machte sie doch Korus mit den hauptstädtischen Bürgern welche ihn durch ihre Huldigungsadresse gegen Angriffe von oben und unten zu stützen suchten. Und wenn bei Eröffnung der Nationalversammlung neun Zehnthel der selben die Politik des Ministerium's billigten, so vertraten sie hiemit getreu die Gesinnung ihrer Sender: der gesammten Nation, während die wenigen Oppositionellen mehr ihre individuelle Ansicht und höchstens die Ansicht der Jugend vertraten, deren Opposition aber auch weniger aus Mißtrauen in das Gelingen der Batthyány'schen Friedenspolitik als vielmehr aus der, dem jugendlichen Thatendrang natürlichen Abneigung gegen ewiges thatenlähmendes Unterhandeln entsprammte.

Die süße Täuschung des Volkes war von kurzer Dauer. Batthyány konnte ihm trotz aller Friedensliebe, Loyalität und Nachgiebigkeit nicht den ruhigen Genuß der neuen Errungenschaften sichern. Die Friedensstörung kam von anderer Seite. Von welcher? Das wurde erst spät begriffen. Anfangs sah die Nation mit Batthyány irrthümlich die Quelle des Uebels da wo sie dessen Ausbruch gewährte. Eine Folge dieses Irrthum's war, daß sie Hilfe von jenem Punkte heischte und erwartete, wo eben die Fäden der gegen sie gesponnenen Intriguen zusammenliefen. Und selbst als unabweißbare Thatfachen sie ihres Irrthum's überführten und sie sich gestehen mußte, daß sie aus der wiener Hofburg keine Hilfe zu gewärtigen habe, blieb ihre Loyalität noch immer unerschüttert. Sie begann allmählig an Intriguen zu glauben die dort gegen Ungarn's Recht und Freiheit angezettelt werden, verlegte aber den Sitz derselben in untergeordnete Regionen. Sie glaubte wol an eine „Kamarilla" welche den guten Willen des Hofes in der Ausführung störe, aber nicht, daß dieser selbst ein doppeltes falsches Spiel treibe, mit dem einen Arm Jellachich zu Boden strecke, mit dem

andern ihn aufhebe und an's Herz brücke, mit der Rechten Ungarns Gesetz bestätige und es mit der Linken vernichte. Batthyány wehrte aus überlegter Loyalität diese Idee von sich ab; beim Volke war ihr durch dessen instinktmäßigen angeborenen Royalismus der Zutritt von vornherein unmöglich gemacht.

Denn wiewenig auch sonst die große Masse des Volkes zur Annahme jener subtilen konstitutionellen Unterscheidung zwischen dem Regenten und den Regierenden geneigt und befähigt sein mag, so war sie doch in Ungarn seit Jahrhunderten gekannt und üblich. Nicht bloß in den Reichstagskammern, wo das Gesetz welches den König über alle Verantwortlichkeit stellt, sie gebietet, sondern auch, und zwar in noch höherem Grade, in der Meinung und im Munde des Volkes. Was die Weisheit der gesetzgebenden Landesväter erst seit einigen Jahrzehnten einzusehen begonnen und was erst von Kossuth auf dem 1847/er Reichstag vollkommen klar erfaßt und ausgesprochen worden, daß nemlich die Grundquelle des Landes Übels in der unnatürlichen Verbindung des konstitutionellen Ungarn mit dem absolutistischen Oesterreich liege: das hatte der gesunde Sinn des Volkes längst herausgeföhlt. Wiewol allem politischen Leben fernstehend und dadurch aller höherentwickelten politischen Begriffe baar, hatte es sich doch, so zu sagen instinktmäßig, seit der ungarischösterreichischen Union gewöhnt, alles von oben kommende Heil dem „magyar király“ (ungarischen König), alles Schlechte hingegen dem „német császár“ (deutschen Kaiser), d. h. der deutschen Umgebung und den deutschen Räten des in Wien residirenden ungarischen Königs, zuzuschreiben. Und nur bei dieser Anschauungsweise konnte der Ungar seine historisch sprüchwörtlichgewordene Loyalität auch jenen Regenten gegenüber bewahren, deren Anordnungen und Bedrückungen ihm so oft Anlaß zum offenen Aufstand gaben. Denn wenn er sich erhob, so galt dies nur dem „német császár“, nicht dem „magyar király“, für den er, wenn heute der Kampf gegen Jenen brennet, morgen willig Blut und Leben opferte.

An diese Unterscheidung hielt er auch im Jahre 1848 fest. War auch das Mißliche der „Mischehe“ geschwunden, da auch die Erb-

länder eine Konstitution erhalten, so waren hiemit doch noch nicht alle Interessen des alikonstitutionellen „ungarischen Königs“ und des eben erst aus dem vielhundertjährigen Absolutismus herausgetretenen „deutschen Kaisers“ ganz identisch geworden. In dieser Verschiedenheit suchte die loyale Nation, von der Leuchte ihres Ministerpräsidenten geführt, die Quelle der neuen Wirren. Es war ihr fraglos, daß Ferdinand V. es mit den Märzzugeständnissen ernstlich gemeint, daß er auch ihre Aufrechthaltung vom Herzen wünsche, und das Land im Kampfe gegen den Südaufbruch freudig unterstützen würde, wenn nicht seine deutsche Umgebung den guten Willen des ungarischen Königs hinderte. . . . Man weiß, daß diese loyale Ansicht — der es übrigens an innerer Wahrheit und Berechtigung nicht ganz fehlte — selbst die ersten Revolutionsstürme überdauerte, daß noch im Winter 1848—9, nachdem Ungarn schon monatelang unmittelbar von Wien aus bekämpft wurde, der größte Theil der Armee und des Volkes für Ferdinand V. gegen Ferdinand I. oder für den „ungarischen König“ gegen den „deutschen Kaiser“ und dessen „Kamarilla“ kämpfte. . . . Doch hatten die Vorgänge der letzten Sommermonate von 1848, namentlich, daß der König dem Finanz- und Militärgefeß, durch deren Vollziehung allein Ungarn vertheidigungsfähig werden konnte, die Sanction versagte, während er gleichzeitig jenen „Hochverrätther“, der das Land mit kaiserl. Truppen verheerend überzog, öffentlich besloßte, — die große Mehrheit der Nation zu der Erkenntniß gebracht, daß es eitel sei, vom ungarischen König selbst Hülfe gegen die Angriffe auf die von ihm sanktionirte Verfassung und die von ihm beschworene Integrität des Landes zu erwarten, daß Kossuth's Mißtrauen und Befürchtung, welche diese Wendung vorausgesagt, wolbegründet gewesen, und seine wiederholentliche Mahnung: daß die Nation durch eigene Kraft sich retten müsse, durch die Verhältnisse vollkommen gerechtfertigt sei. . . .

Es fehlte allerdings gegnerischerseits nicht an Versuchen, diese Ansicht umzukehren und die Behauptung aufzustellen: Nicht die Septemberrückrisse habe Kossuth's früheres Mißtrauen gerechtfertigt, sondern eben sein Mißtrauen und die aus ihm hervorgegangene Politik haben

jene Krisis herbeigeführt. Wir können uns wol der Mühe überheben, das Falsche dieser Behauptung ausführlicher nachzuweisen. Es genügt ja an die einfache Thatsache zu erinnern, daß eben bis zu dieser Krisis nicht Kossuth's Mißtrauen sondern Batthyány's Zutrauensfülle maßgebend und richtungbestimmend in der Politik Ungarns gegen Oesterreich war. Wir brauchen nur daran zu erinnern, wie sehr Kossuth während seiner halbjährigen ministeriellen Wirksamkeit sein nur zu begründetes Mißtrauen niederzukämpfen oder wenigstens dessen thatsächlichen Ausbruch zu verhindern suchte, wie sehr er wünschte, es nicht gerechtfertigt und Batthyány's Politik triumphiren zu sehen; so sehr, daß er sich gegen seine innere Ueberzeugung zum offiziellen Vertreter und Verfechter der Batthyány'schen Politik hergab. ....

Und welche Belege weiß denn selbst die oberwähnte österreichische „Staatschrift“, welche diese Klage zuerst erhebt, hiefür aufzubringen? .... Das Sündenregister, welches sie Kossuth vorhält, besteht darin: daß er die in den ungarischen öffentlichen Kassen vorgefundenen Gelder an sich nahm, daß er die Verwendung des Landes Einkommens für fremde Zwecke wehrte, daß er das ungarische Metallgeld nicht in die österreichische Schatzkammer ablieferte und sogar eigene ungarische Banknoten emittirte; d. h. mit Einem Worte: daß er nicht Finanzminister ohne Finanzen sein, und das Märzgesetz, welches Ungarn eine selbständige Geldverwaltung sicherte, zur Wahrheit machen wollte. Ein bis zur Unverzeihlichkeit schweres Verbrechen allerdings in den Augen Jener, welche im Augenblick der Noth die schönsten Zusagen machen, um sie morgen zu brechen, aber nicht vor dem Richtersstuhl der unparteiischen Geschichte. Sie wird Kossuth stets von aller Schuld freisprechen an den Gräueln welche sein Vaterland verwüstet, und dafür Jene verantwortlich machen welche durch alle möglichen offenen und geheimen Mittel den Kampf wachriefen und die Abwehr zu einer Pflicht machten, so unabweisbar wie der Selbsterhaltungstrieb heilig.

Indirekt gesteht Dies selbst die „Staatschrift“! Denn wie wol sie alle Schuld der obschwebenden Wirren dem ungarischen Ministerium und namentlich dem Finanzminister zuschreibt, entschul-

digt sie doch das Verhalten des wiener Ministeriums und offenbart dadurch — nach dem richtigen Sprüchwort: daß sich anschuldigt wer sich entschuldigt — dessen Schuldbewußtsein. Diese Entschuldigung aber beruht auf der Unzulässigkeit der ungarischen Märzzugeständnisse, weil — Das ist der langen Beweisführung kurzer Sinn — weil durch sie dem wiener Ministerium die freie Verfügung über Ungarns Geld- und Streitkräfte entzogen worden. Das ist allerdings vollkommen wahr, sowie es auch natürlich, daß man in Wien diese Machtverkürzung bedauerte. Ob sie aber ein wirkliches Uebel war? ob es im Interesse Ungarns oder auch nur der Erbländer, ob es im Interesse der Freiheit gelegen, daß dem wiener Ministerium auch fernerhin die ungarischen Gelder und Soldaten zur beliebigen Verfügung anheimgestellt seien? Das ist eine Frage, die kein Unparteiischer geradezu bejahen wird. Wir leugnen nicht, daß die völlige Trennung der Regierung der beiden durch den gemeinsamen Regenten verbündeten Länder mit manchen Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten verbunden war; aber wir zweifeln auch keinen Augenblick, daß Ungarn zu deren Hebung und Beseitigung willigst die Hand geboten und im gemeinsamen Interesse beider Länder manches bedeutende Opfer gebracht hätte, wäre Das und nur Das verlangt worden. Daß Kossuth sich Dem widersetzte, geschah aus dem Grunde, weil er wol wußte, daß Dies nur der Anfang zu größern Forderungen sei, daß man die Uebernahme eines Theils der Staatsschuld und die Truppensendung nach Italien verlange, um, falls Dies gewährt wird, hierauf gestützt die Rückgabe des ganzen Finanz- und Kriegsportefeuilles zu fordern, und wenn auch Dies bewilligt wäre, mit Rücknahme aller Märzzugeständnisse, mit Wiederherstellung des alten Pseudokonstitutionalismus oder noch schlimmer zu enden. . . . Ein näheres Eingehen auf die von der „Staatschrift“ angeregte und in den Journalen jener Zeit vielbesprochene Frage: ob die Aufrechthaltung der ungarischen Märzzugeständnisse „möglich“, d. h. mit dem Fortbestand des ungarischösterreichischen Staatsverbandes vereinbar gewesen? ist deshalb selbst für den Geschichtschreiber jener Zeit überflüssig, weil es gewiß, daß diese Frage auch damals nur Vorwand,

aber auf das Verhalten des Hofes und dadurch auf den eigentlichen Gang der Ereignisse ohne allen Einfluß war. Sie verschaffte höchstens dem Hofe die Mitwirkung eines wiewol altersgrauen doch in diesem Punkte kindlich-naïven Ministerpräsidenten, der, durch diesen vorgeblichen Grund irregeleitet, „im Interesse Oesterreichs“ jene Politik unterstützte, welche den österreichischen Errungenschaften nicht weniger feindlich als den ungarischen war. Uebrigens war sie Frage wie hundert andere, mit welchen die damals noch furchtsame Reaktion einstweilen ihre Ränke umzuhüllen suchte. Denn heute wird es doch kein vernunftbegabtes Wesen mehr in Abrede stellen, daß der anfangs geheime, dann offene Kampf Oesterreichs gegen Ungarn nicht bloß die Beseitigung der angeblich in den Märzerrungenschaften gelegenen „Unmöglichkeiten“ sondern die völlige Vernichtung dieser Errungenschaften, und zwar der österreichischen sowol als der ungarischen, anstrebte.

Das hatte Kossuth im März erkannt; Das erkannte im September das ungarische, im Oktober endlich auch das österreichische Volk. Darum dachte er schon im März an den Kampf, den Jenes im September offen begann und zu dessen Unterstützung sich Dieses im nächstfolgenden Monat erhob. Kossuth's bisheriges Mißtrauen, sein energisches Festhalten an den Märzgeständnissen, sein theilweises Ankämpfen gegen Batthyány war, als Ungarn dies einzusehen begann, in den Augen Aller gerechtfertigt. Und zwar in solchem Maße, daß die Rechtfertigung selbst neuen Tadel gebar. Denn selbst Jene, die früher Kossuth's Mißtrauen als unbegründet verdammt hatten, verargten es ihm jetzt, wo sie von dessen Richtigkeit überzeugt waren, daß er es nicht unverholener und energischer offenbart, daß er es nicht schon früher der ganzen Nation einzulösen und sie zum entsprechenden Handeln zu bewegen gesucht, daß er eine kostbare Zeit in Ver- und Unterhandlungen vergeuden ließ, von deren Resultatlosigkeit er doch bei seiner Anschauung der Sachlage im voraus überzeugt sein mußte. . . . Wir haben im Laufe dieses zweiten Buches wiederholentlich auf die Gründe und Umstände hingewiesen, durch welche Kossuth zu dieser Unentschiedenheit, zu dieser Unreue gegen sich selbst genöthigt oder doch veranlaßt wurde. Hören wir ihn

selbst, wie er sich in einem später geschriebenen Rückblick über dieses Verhalten ausdrückt. Dieser Rückblick, den wir übrigens nur auszugswweise geben, dürfte hier umsomehr am Orte sein, als er die Geschichte der seit dem März abgelaufenen sechs Monate oder des Batthyány-Kossuth-Ministeriums in gedrängten Zügen zusammenfaßt und dadurch den Ueberblick über das Vergangene erleichtert.

„Die Märzereignisse, beginnt Kossuth diesen Rückblick, sind keines Menschen, sondern das Werk der ewigen Vorsehung. Ich hatte nur soviel Antheil daran, daß ich mit Entschiedenheit den Zügel der Ereignisse erfaßte.“

„Ehe die Reichstagsdeputation nach Wien ging, rief ich vor den Tausenden des Volkes in Presburg den Grafen L. Batthyány als künftigen ersten ungarischen Ministerpräsidenten aus. Der Himmel sagte sein „Amen“ und meine Verheißung wurde erfüllt. Und eine Zeit hindurch lag selbst in Wien eine Macht in meinen Händen, so gewaltig, daß ich noch jetzt bei der Rückerinnerung daran schaudere. Von meinem Wink hing das Schicksal der wiener „Burg“ ab. Ich aber sagte dem Hause Oesterreich: Ich will dir treu sein; ich verlange Nichts für mich. Nur gebe der König der ungarischen Nation Das wozu sie von altersher berechtigt, was vierzehn Könige beschworen und bisher noch kein einziger gehalten: gebe er Ungarn eine selbständige unabhängige Regierung, und ich werde Ruhe schaffen dem Hause Oesterreich in Wien.“

„So geschah es. Und wir loyale Ungarn begnügten uns mit dem strengen Recht, ja mit Geringerem noch, wo Alles in unserer Macht war. Wir waren thöricht genug zu glauben, daß sie uns dankbar sein werden. Wir beriefen nicht einmal unsere Truppen vom Auslande zurück, sondern ließen sie aus zarter Schwäche für die pragmatische Sanktion, dort das wankende Haus stützen, während wir im Lande die fremden Offiziere und die fremden Soldaten duldeten. . . . Und die Folge? Wie lohnten sie es? Mit dem Blute unserer Truppen errangen sie auswärts Siege, und dafür wollten sie zuhause unsere Freiheit vernichten; und die bei uns befindlichen fremden Soldaten verschworen sich gegen das sie nährend Land.“



„Wir kehrten endlich von Wien zurück; „die ungarischen Argonauten“, wie sie uns nannten.“

„Ich bat den Ministerpräsidenten, mich aus seiner Ministerkombination wegzulassen, da ich kein Amt mag. Aber sie antworteten: Das sei unmöglich! Ohne mich könne kein Ministerium zustandekommen. . . . . Ich mußte nachgeben. Ich brachte das Opfer, das größte in meinem Leben: ich wurde Minister. . . . .“

„Es kamen die gefahrdrohenden Tage. . . . Mein Grundsatz war: Gerechtigkeit, aber nächst dieser unerbittliche Strenge gegen das Schlangengezücht, wo immer es sein Haupt erhebt. . . . Sie aber sagten: Diplomatisiren wir, fordern wir nicht durch Energie das Fatum heraus; es ist ja unmöglich, daß sie uns verlassen, daß sie uns nicht unterstützen in Aufrechthaltung des durch königlichen Schwur bestätigten Gesetzes und Rechtes. . . . . Wir diplomatisirten. Und sie betrogen unser armes Vaterland, schmähtlich, schrecklich!“

„Als der Betrug offenbar wurde, da sagte ich: Der günstige Augenblick ist zwar vorüber, und jetzt bedürfen wir zehntausend Mann wo früher zweitausend zugereicht hätten; doch nur Muth und Energie! so ist noch Nichts verloren. . . . Da antworteten sie: Ja wol Energie, aber „in den gesetzlichen Formen“; über diese hinaus dürfen wir nicht gehen was auch geschehe. . . . Und ob ich sie auch warnte, daß sie das Vaterland der „Formen“ wegen zugrundegehen lassen, beharrten sie doch auf ihrem Wege, und wenn ein Kommandant Verrath übte, schrieben sie ihm nach der berühmten leutschauer Weise: Herr N. N. soll sich „äußern“, warum er das Vaterland verrathen?“

„Nicht so handelte Zellachich. Er schickte an den Galgen Jeden der nicht Rebell sein wollte. Und als er sich bereits stark genug fühlte, da sagte er dem peterwardeiner Kriegskommandanten, dem greisen, mit Orden geschmückten, durch eigenes Verdienst und nicht durch Rebellion erhobenen Feldmarschalllieutenant Grabovský: Der Kaiser hat Sie zum Kommandanten eingesetzt, ich aber setze Sie ab, und jetzt gehen Sie in's Teufels Namen. . . . Und Grabovský ging

— um beim Kaiser Satisfaktion zu verlangen. Dieser aber sagte: Mein lieber Jellachich! Sie sind mein wackerer, getreuer, loyaler Parteigänger; ich versichere Sie meiner hohen kaiserlichen Gnade."

"Und wir sprachen noch immer von „gesetzlichen Formen“, von „Diplomatie“, vom „Militärreglement“ und von „Aeußerungen“!!....

"Ich wollte hundertmal resigniren. Aber da schrien sie immer: Um Gotteswillen nicht! Sonst löst sich das ganze Ministerium auf. Das Finanzportefeuille wäre für immer verloren, und ich trüge Schuld an des Landes Verfall..... Ich mußte abermals nachgeben. Welch' qualvolle Lage! Ich hatte fünf Monate hindurch keinen ruhigen Augenblick, keinen einzigen in welchem ich mit mir zufrieden gewesen wäre."

"Inzwischen verließ der Kaiser seine Residenzstadt. Ein anderes Volk hätte gesagt .... was die Völker zu sagen pflegen, wenn ihre Könige entlaufen. Wir, die immer treuen, immer loyalen Ungarn, verdoppelten unsere Treue. Der Redakteur des „*Marcius*“ wurde in einen Prozeß verwickelt, weil er berichtet, daß Erzherzog Stefan provisorisch die Regierung übernommen habe. Wir baten flehentlich, daß der König in unsern treuen Kreis komme, und waren naiv genug zu glauben, daß er es thun werde; umsomehr, da er es versprochen hatte, wie es seine vierzehn Vorgänger versprochen, ohne daß sie während dreihundert Jahren auch nur dreihundert Tage in Ungarn verlebt hätten.... Und doch war damals der leitende Grundgedanke der ungarischen Politik: Budapest soll um jeden Preis ruhig bleiben, sonst kommt der König nicht herab. Und um diese Ruhe zu sichern, wurden in Budapest nutzlos soviel Soldaten zurückgehalten als für Ernst Kis hingereicht hätten, die räuberischen Serben zu vernichten."

"Die Kabalen der Reaktion wurden allmählig offener. Die Militärkommandanten schwankten oder gehorchten geradezu nicht. Das Personal des wiener „*Hofkriegsraths*“ mengte sich immer mehr in unsere Militärangelegenheiten. Jellachich revoltirte offen. Vom Auslande wollten sie unsere Soldaten nicht hereinlassen, schlossen sie

hermetisch ab von jedem Verkehr mit der ungarischen Regierung, und wenn sie einem ungarischen Regiment mit Worten die Heimkehr gestatteten, so unterblieb doch die thatsächliche Ausführung. Wenn auch der König selbst Befehle ergehen ließ, so blieben sie doch erfolglos. Und sie meldeten uns dann aus Wien: Wir haben alles Mögliche gethan, aber — dieses und jenes Regiment, dieser und jener Kommandant will nicht gehorchen."

"Im Allgemeinen war der König, solange nicht Radetzky in Italien gesiegt, fast immer bereit, die gesetzlichen Anordnungen zu treffen. Er erklärte auch Jellachich für einen „Hochverräther“, und befahl den Militärkommandanten wie den Grenzern, sich dem ungarischen Ministerium zu unterordnen. Aber den Befehlen wurde selten gehorcht, und bei den uns feindlichgesinnten höhern Offizieren herrschte der Grundsatz: Nicht das was er schreibt, sondern das was seine vertraute Umgebung sagt, sei des Königs Wille."

"So trieb die Kamarilla mit uns und mit dem königlichen Namen das schmachlichste Spiel!"

"Erzherzog Johann ging nicht nach Kroatien, um dem Volke und den Grenzern den gesetzlichen Willen des Königs kundzugeben. Hingegen wurde Jellachich, den der König zum Hochverräther erklärt, in Wien mit größter Auszeichnung empfangen. Von Wien wurden ihm — „aus Mißverständnis“ wie sie sagten — Kanonen, Munition, Waffen geschickt. Sie schickten ihm auch Geld, daß die armen Grenzer keinen Mangel leiden. Den Dreißigkämtern ertheilten sie den Befehl: Das ungarische Einkommen an Jellachich abzuliefern. Die von uns zur Vertheidigung Fiume's bestimmten ungarischen Grenadiere schickten sie „aus Mißverständnis“ an Radetzky. Den Oberstlieutenant Dreihahn, der Weißkirchen so schmachlich verrathen, ernannten sie aus Mißverständnis zum Obristen. Mayerhoffner, der österreichische Konsul und General, wiegelte die Grenzer auf und fraternisirte mit serbischem Raubgesindel, nachdem er erst in Wien dann in Agram seine Weisungen empfangen. Bei Szenttamás wurden unsere gerechten Erwartungen durch Verrath zunichtegemacht. Gegen die Anordnungen des ungarischen Ministeriums erhob Jeder

seine „ergebensten Demonstrationen“, und Keiner gehorchte. Das wiener Ministerium kündigte zugunsten der Kroaten und die Neutralität auf, und nannte am wiener Reichstag die serbischen Räuber seine „Waffenbrüder“ und den Kampf gegen sie einen „widernatürlichen“. Die slowakischen und wallachischen Gegenden wurden von Wien aus zum Aufruhr, Siebenbürgen zum Bruch der Union angestiftet. . . . Mit Einem Worte: Ueberall Rebellion, Verrath, Aufruhr; und überall im Namen der Loyalität und der Treue zum König!“

„Währenddem wußten unsere treulosen Kommandanten im bäcker Lager, daß unter guter Leitung auch zur Vernichtung der Serben hingereicht hätte, durch zweimonatliche Thatlosigkeit bei einer stets gefahrdrohenden unruhigen Stellung einen Theil der Truppen kampfunlustig zu machen, einen andern an körperlichen Leiden hinfiechen zu lassen. Endlich wurden sie in die Schlacht geführt; aber die im Kriegsrath beschlossenen Dispositionen wurden des Nachts geändert, ohne daß man die treuen und zuverlässigen Korpsführer davon benachrichtigt hätte. Und als trotzdem Batonyi bereits die Schanzen erstürmte, da wurde im Augenblicke des Sieges zum Rückzug commandirt“. . . .

„Bald fiel auch Temerin und Jarek, die den serbischen Mordbrennern ohne Schwertschlag überlassen wurden. Die Rückeroberung wurde gar nicht versucht. Aus Földvár zogen sie sich, nachdem sie es eingenommen, zurück und überließen es den Serben und sahen drei Wochen hindurch es ruhig mit an, wie Jene es zu einem neuen Bollwerk gegen uns umgestalten. Endlich erklärten Stabsoffiziere und ganze Regimenter offen, daß sie gegen die Grenzer nicht kämpfen werden. . . . Unsern Sold nahmen sie, unser Land verriethen sie; und das taufte sie dann Soldatenehre.“

„Ich suchte mit aller Kraft die Gefahr zu paralysiren; aber das Kriegsportfolio war nicht in meiner Hand. Ich konnte nur sprechen nicht handeln. Meinen Rücktritt aber erklärte Jedermann für die größte Gefahr; und ich blieb Monate hindurch in der peinlichen Stellung: mitzutragen die Verantwortlichkeit einer Politik, die

entweder mit meinen Ansichten nicht übereinstimmte, oder zu spät angenommen oder in der Ausführung gelähmt wurde.“ — —

Daß diese Behauptung richtig und in Folge dessen Kossuth's Stellung wirklich eine „peinliche“ war, wird der Leser aus unserer bisherigen Darstellung der Richtung und Wirksamkeit des Batthyány-Ministeriums zur Genüge ersehen haben. Wenn jedoch Kossuth in diesem Rückblick das Drängen seiner Ministerkollegen als Hauptgrund seines Verharrens in dem ihm so wenig zusagenden Ministerium angibt, wenn auch wir anfangs dieses Drängen und seine Scheu vor vorzeitiger Provocirung eines Bürgerkrieges als den eigentlichen Beweggrund seines gewissermaßen passiven Verhaltens geltendgemacht: so schulden wir es doch der historischen Wahrheit zu gestehen, daß in den späteren Sommermonaten, wo die österreichischen Rabalen immer offener und die ungarischen Angelegenheiten immer verwickelter wurden, weder Batthyány's Drängen noch Kossuth's eigene Kriegsscheu ihn vom Austritt aus dem Ministerium und vom energischen Auftreten abgehalten, wenn hier nicht noch ein anderes Element lähmend und zurückhaltend mitgewirkt hätte. Und dies war: Kossuth's Furcht vor der Erfolglosigkeit seines Auftretens gegen Batthyány; die Besorgniß, daß die Nation seinem Aufruf nicht folgeleiste werde. Bei allem Vertrauen auf ihre Vaterlands- und Freiheitsliebe wie auf ihre Kraft hatte er doch jene allgemeine einmüthige Erhebung und jene staunenswerthe riesige Kraftanstrengung wie sie später hervortraten, nicht erwartet, kaum zu hoffen gewagt. Man mag dies Kleinherzigkeit schelten. Wir wollen es nicht bestreiten; umso weniger, als Kossuth sich auch in den spätern Perioden der Revolution nicht immer dieser Schwäche der Energielosigkeit zu erwehren wußte. Jedoch zeigt sie aber, beiläufig bemerkt, daß er nicht bloß „Gefühlspolitiker“ und noch weniger „Revolutionär um jeden Preis“ war und durchaus nicht blind und unbesonnen, ohne Abwägung der beiderseitigen Kräfte, in den Kampf Hürzen wollte. . . . Und vergessen wir auch nicht, daß jene Befürchtung, ob auch die Folge sie lügenzustrafen scheint, damals nicht ganz unbegründet war. Wir wiesen schon früher darauf hin, wie das

eigentliche Volk, das durch die Märzerrungenschaften am meisten gewonnen, vor Allem Ruhe und Frieden wünschte. Solange daher der österreichische Angriff nicht unmittelbar seinen neuen Errungenschaften galt, war es nicht leicht zum Kampfe zu bewegen. Denn von den höhern politischen Interessen, von der ungarischösterreichischen Portefeuillesfrage, die es bei seinem bisherigen Fernstehen von aller Politik nur dunkel begriff, wurde es nicht näher berührt. Jedefalls nicht in dem Maße, daß es für sie zum blutigen Kampf fanatisirt werden sollte. Der Adel hingegen, seit Jahrhunderten der sorgsame Wächter und Bekämpfer der österreichischen An- und Uebergriffe, war jetzt einerseits in den Hintergrund gedrängt und besaß nicht mehr das frühere ausschlaggebende Uebergewicht, andererseits wünschte er diesmal den Kampf nicht, weil er fürchtete, daß bei dem gesteigerten politischen Bewußtsein des Volkes die einmal geweckte revolutionäre Begeisterung und Thätigkeit leicht eine andere, nicht bloß defensive sondern offensive Richtung im Geiste des Radikalismus nehmen und mit der moralischen oder vielleicht gar materiellen Vernichtung des Adels enden könnte. Selbst Kossuth war von dieser Besorgniß nicht ganz frei. Denn so wenig er auch individuell als Edelmann sich um die Aufrechthaltung des Adels kümmerte, so wünschte er sie doch als Patriot, weil er — wir haben seine diesfälligen Gründe schon früher (I, 8.) vernommen — im Adel die kräftigste, durch die jüngstvollzogene Emanzipation des Volkes noch keineswegs entbehrlich gewordene Schutzwehr der ungarischen Verfassung und Freiheit sah. . . .

Verleitet einerseits durch diese zarte Rücksicht Kossuth's für die höhern Stände, durch sein energisches Auftreten im März gegen die anspruchsvolle Jugend, im September gegen die stürmischen Volkshaufen, irregeführt andererseits durch den diplomatischen Kunstgriff des österreichischen Kabinetts welches anfangs durch Jellachich die heißen Kastanien aus dem Feuer holen ließ und die ungarischösterreichische Frage als eine magyarischkroatische darzustellen suchte, — hat man vielfach der ungarischen Bewegung und ihrem Hauptträger die demokratische, d. h. die allgemeine freiheitliche Richtung absprechen und sie als spezifischmagyarische Erscheinungen betrachten wollen. Ausgegan-

gen von Gegnern welche sie hiedurch zu verkleinern, sie ihrer europäischen Bedeutsamkeit entkleiden und dadurch das Interesse Europas für sie zu schmälern oder gar zu vernichten trachteten, hatte diese Ansicht, durch die obangedeuteten Momente scheinbar unterstützt, selbst bei manchen Freunden Eingang gefunden. Ja, sie hat selbst die Revolution überlebt, und noch heute hören wir verständige Beurtheiler, und zuweilen sogar Männer die in jener Bewegung eine nicht unbedeutende Stellung eingenommen, den ungarischen Kampf als „Nationalkampf“ bezeichnen.

Und doch halten wir diese Anschauung für grundfalsch. Wenn anders — was wol Freunde und Feinde zugeben werden — jener Kampf und dessen Hauptträger gewissermaßen identisch sind, d. h. das Wesen des einen aus dem Wesen des andern sich erklären läßt, so dürften wol unsere Leser über den fraglichen Punkt längst im klaren sein. Denn schon Kossuth's erstes Auftreten im Jahre 1841 wird sie überzeugt haben, daß er nichts weniger als ein spezifischmagyarischer Karakter war; ja, daß eben seine Größe und der Grund seines beispiellosen Erfolges darin lag, daß er in Ungarn der erste nichtmagyarische Agitator war, der Erste der nicht für spezifischungarische Zwecke und mit spezifischungarischen Mitteln, sondern für höhere allgemeinere Zwecke und mit modernen europäischen Mitteln kämpfte. Lag doch, wie wir schon in der Einleitung (I, 2.) angedeutet, eben darin das unterscheidende Merkmal zwischen ihm und seinen beiden Vorgängern (Graf St. Eötvös und Baron R. Wesselényi); und darin auch der Grund, daß er Beide so rasch überflügelte und der ungarischen Bewegung eine Ausdehnung gab wie Jene sie gar nie angestrebt! . . . Eben dadurch weil er den magyarischnationalen Standpunkt mit einem höhern allgemeinbürgerlichen vertauschte, wußte er auch die Nichtmagyaren in die Bewegung mithineinzuziehen; namentlich das deutsche Element das ihr früher ganz ferngestanden, sich ihr aber seit 1841 immer mehr näherte und in den Revolutionsjahren den Bruderbund mit seinem Blut besiegelte. Und gewiß wäre dies Kossuth auch bei den andern frembzüngigen Nationalitäten gelungen, wären sie nicht schon vor seinem Auftreten theils durch die Ueber-

griffe einiger Magyaromanen, noch mehr aber durch die von außen genährten panslawischen Bestrebungen in eine andere Richtung hineingebrängt und für diese mit einem Fanatismus der sie jeder Verständigung unzugänglich machte, erfüllt worden. . . . Eben weil er den magyarischadeligen Standpunkt verließ und die Interessen der bisher von allen Wohlthaten der Verfassung ausgeschlossenen Volksklassen zu vertreten begann, umgestaltete er die bisherige Adelsbewegung in eine wahrhafte Volksbewegung, verließ dadurch der Opposition jene unbrechbare Kraft durch die sie allen Angriffen der Regierung troz bieten konnte und machte in Ungarn die Anwendung jenes „väterlichen“ Mittels unmöglich durch welches Metternich im Jahre 1846 die galizische Erhebung unterdrückte. . . . Eben dadurch, daß er nicht mit den spezifischmagyarischen Mitteln, nemlich auf der Komitats- und Reichstagstribüne, sondern mit modernen europäischen Mitteln, auf dem Gebiete der Presse, kämpfte und agitirte, mußte er für den Kampf auch Jene zu interessiren die noch außer jenen geheiligten Hallen standen und daher bis jetzt nur dumpfe, wirkungslos verhallende Laute vom Kampfgetöse vernommen hatten. . . . Wir wissen, daß Kossuth diese bei seinem ersten Auftreten eingeschlagene Richtung stets getreulich verfolgte; daß er bei aller Liebe zum Magyarenthum doch diesem nie die Interessen der allgemeinen Freiheit unterordnete, im Gegentheil es nur als Mittel zu höheren Zwecken betrachtete, indem er in der durch die Sprache bewirkten Einigung aller Landesöhne zu Einer Nation die sicherste Bürgschaft für des Landes Erstarken und für dessen Freiheit sah; daß er bei aller Schonung des Bestehenden, bei aller Achtung des Adels, ihn doch stets zur Erfüllung der Zeit- und Rechtsforderungen drängte; daß er endlich bei aller Werthschätzung der in den Komitaten gelegenen politischen Kraft sich doch damit nicht begnügte, sondern auch in weitem Kreisen, auf die von jenen Hallen ausgeschlossenen Landesöhne durch Wort und Schrift zu wirken und sie zur Theilnahme an des Landes Wiedergeburt zu bewegen suchte.

Die aus einer solchen Agitation hervorgegangene Bewegung konnte unmöglich eine spezifischmagyarische sein, sollte sie nicht — was aber eine historische Unmöglichkeit — ihren Ursprung völlig ver-



leugnen. Die nationale oder eigentlicher — wenn wir uns so ausdrücken dürfen — territoriale Färbung welche ihr trotzdem anhaftete, ward ihr von außen aufgedrückt. Sie war nicht ein inneres Erzeugniß der Bewegungselemente sondern im Gegentheil ein Produkt jener Umstände gegen welche die Bewegung gerichtet war. Die ungarische Opposition kämpfte nicht für das Magyarenthum, aber ihr Kampf erhielt einen magyarischen Anstrich weil der Despot gegen den er gerichtet, zufällig ein nichtmagyarischer war. Jede oppositionelle Bewegung die — wenn gegen den heimischen Fürsten gerichtet — als reinliberale gälte, wird, gegen einen auswärtigen Fürsten gerichtet, stets eine nationale und patriotische Färbung erhalten, ob auch ihr inneres Wesen sich nicht im geringsten ändert. Denn einerseits schmerzt das Joch des Liberalismus mehr wenn es von fremder Hand aufgelegt wird, andererseits beredet sich die Nationaleigenliebe leicht, daß das Uebel eben im Ausländerthume des Fürsten liege und ein heimischer Fürst nie in dieser Weise verfahren würde; namentlich, wenn der fremde Fürst nicht bloß die Freiheit unterdrücken sondern auch die Rationalität beschränken will, welch' letzteres doch von einem heimischen Regenten nicht zu besorgen wäre. Ungarn vollends war zu dieser Anschauungsweise berechtigt, wenn es sich da der glanzvollen Vergangenheit unter den nationalen Fürsten erinnerte, dort einen Blick auf die trübe Gegenwart warf und dabei fand, wie unter den fremden Regenten nicht bloß seine politischen und nationalen sondern selbst seine materiellen Interessen allseitig vernachlässigt oder zugunsten der Erbprovinzen geopfert werden. Bei solchen Erfahrungen mußte natürlich mit dem Liberalismus sich eine nationale Antipathie gegen die Fremdenherrschaft paaren, in deren Ausländerthume man mit Recht die Hauptquelle ihrer Freiheitsfeindlichkeit sah; mußte man im Erstarken der Nationalität ein Hauptmittel zur Festigung der Freiheit und der Verfassung sehen. Auch Kossuth's Liberalismus erhielt durch diese, von den Umständen ihm verliehene patriotische und nationale Beimischung eine eigene Wärme, welche ihn aber nur erhöhen und läutern aber gewiß nie schwächen, nie fälschen konnte. ....

Wir sahen es in den Verhandlungen des 1847/er Reichstags,

wie Kossuth vom Eröffnungstage bis zum 15. März stets jenen höheren Standpunkt behauptete, und — um nur Eines in's Gedächtniß zurückzurufen — die verfassungsmäßige Freiheit für die Erbländer mit gleicher Energie wie für Ungarn forderte. Wir werden im zweiten Bande dieses Werkes, wo wir erst an den eigentlichen Kampf herantreten, wiederholentlich Gelegenheit finden zu der Wahrnehmung, wie Kossuth diesen Standpunkt stets innehielt und den großen Kampf nie und nimmer vom beschränkt nationalen Standpunkt aus betrachtete. Wir wollten hier nur, ehe wir an jene Thatsachen selbst gelangen, auch aus deren Antezedentien die Unrichtigkeit der Ansicht nachweisen, welche den ungarischen Kampf nur als einen spezifisch-magyarischen (nationalen) oder spezifischungarischen (territorialen) betrachtet. Wie schon bemerkt, wollte ihm das wiener Kabinet anfangs diesen Anschein geben, weil es durch diesen Kunstreich auf leichte Weise sein Ziel zu erlangen hoffte. Bei Batthyány und einem großen Theil der Nation gelang anfangs die Täuschung vollkommen. Wir wissen aber auch aus dem Bisherigen, daß Kossuth auch nicht Einen Augenblick in die Falle ging, daß er schon im April die Kroaten keineswegs als Nichtmagyaren sondern als verkappte Destreicher, d. h. nicht als Vorkämpfer ihrer Nationalität sondern als Söldlinge der österreichischen Reaktion, betrachtete. Und gegen diese konnte er doch nur einen Freiheits-, nicht einen Nationalkampf führen..... Durch welche Gründe übrigens die Kroaten bewogen wurden, sich zu jenem freiheitsmörderischen Schergendienste gebrauchen zu lassen, gehört nicht hieher. Genug an dem, daß sie nur Kampfesmittel, nicht selbstständige Kämpfer waren, und daß Kossuth dies vom ersten Augenblicke an erkannte, wenn auch Andere sich von dem Schein einige Zeit blenden ließen. Als aber Oesterreich nach monatelangen Mühen wahrnahm, daß das kunstreiche Mittel doch nicht ganz zum Ziel führe, daß Ungarn bereit ist allen Forderungen der Kroaten zu genügen und dadurch jeden Vorwand zum Nationalkampf zu benehmen, während es andrerseits von seinen Rechten nichts Wesentliches opfern wollte: da mußte man endlich die Maske fallen lassen und mit der eigenen Farbe offener herausrücken. In dem Moment aber wo Ferdinand den Lei-

ter der kroatischen Bewegung die er bisher zu bekämpfen vorgegeben, öffentlich belobte und zum Ritter und Retter des Hofes schlug: da mußte auch der Blödeste enttäuscht werden und einsehen, daß der Kampf nicht den nationalen und territorialen sondern den freiheitlichen Interessen gelte. Bei diesem Kampf fühlten sich Alle Klassen des Volkes aufs tiefste interessirt und in gleichem Verhältnisse wie jene Erkenntniß an Verbreitung, gewann auch der Kampf intensiv und extensiv an Stärke. Bisher nur lau geführt, weil man den Streitpunkt für minderwichtig gehalten, wurde er jetzt ein allgemeiner und großartiger, weil die gesammte Nation dessen eigentliches höheres Ziel: das freiheitliche, richtig erfaßte. Die Bewegung war damit von der Verirrung zu der sie sich zeitweilig durch die österreichischen Machinationen hatte verlocken lassen, zu ihrem natürlichen Ausgangspunkte, dem liberalen von 1841, zurückgekehrt. Und es war dann naturgemäß, daß auch ihre Leitung wieder in die Hände jenes Mannes gerieth, der die Bewegung vorbereitet, geschaffen und solange geleitet hatte...

## XII.

Kossuth ist also endlich der Ministerkollegen entkleidet, deren Halbhektropolitik bisher gleich einem schweren Bleigewicht dem Flug seines Geistes gehemmt. Mit dem gleichgesinnten Szemere steht er an der Spitze der Geschäfte, ermächtigt: sich durch energische zuverlässige Gesinnungsgenossen zu stärken. Der einstimmige Ruf des Volkes, der einstimmige Ruf der Nationalversammlung hat ihm die Zügel der Regierung überliefert. Die Verhältnisse drängen zur Entschiedenheit die Kossuth ja solange schon fordert. Die Nation erwartet es zuversichtlich, daß er jenem Ruf folgeleiste, dieser Forderung genügen, daß er ungesäumt die von den Ereignissen ihm vorgezeichnete Bahn betreten, das Land sofort zum Kampf auf Tod und Leben gegen den eigentlichen Feind: das wiener Kabinet, wachdonnern und diesem den Fehdehandschuh hinwerfen werde. ...

Leitet ihn der gewöhnliche, persönliche, die individuellen Interessen in den Vordergrund stellende Ehrgeiz, so säumt Kossuth keinen Augenblick, die ihm anvertraute, ja fast aufgebrungene Regierungsgewalt unentreibbar zu erfassen. Stehet seine Freiheitsliebe ausschließlich anter der Herrschaft des Gefühls und der Leidenschaft und wird sie nicht von der Vernunft geleitet, so greift er ohne Zögern zu den energischen Mitteln, die er seit langem als die alleinigen Rettungsmittel anerkannt und gepriesen hat. Ist sein Wirken wirklich nur ein revolutionäres, will er nicht bloß den Vertheidigungs- sondern den Angriffskampf, will er wirklich die Revolution provoziren um durch sie mehr als das strenge Recht zu erlangen und sein Land über die Märzjugeständnisse hinaus zur völligen Losreißung von Oestreich zu führen, so eilt er jetzt, die Fahne des Aufstands hochschwingend, unaufhaltsam vorwärts auf der Bahn von welcher keine Rückkehr mehr möglich ist, auf der ihm aber die ganze Nation kampfsbegeistert und todesmuthig nachfolgt. . .

Von all' dem, hier mit freubiger Ungebulb, dort mit angstvollem Zittern erwartet, geschieht Nichts. Die Proklamation mittels welcher Kossuth und Szemere am Morgen des 12. Sept. das Land von dem in letzter Nacht gefaßten Beschlusse der Nationalversammlung benachrichtigen, athmet weder jenen herausfordernden Troß mit welchem Kossuth gestern das Palatinalschreiben bekämpfte, noch die revolutionäre Entzündung von welcher in jener nächtlichen Berathung die gesammte Nationalvertretung gegen das wiener Kabinet durchglüht war. Sie zeigt nur von der männlichen Entschlossenheit welche der drohenden Gefahr aber auch der eigenen Kraft zur Abwehr sich vollkommen bewußt, und bereit ist, ihr gutes Recht mit allen Mitteln zu vertheidigen, jedoch dem Angreifer in der eilften Stunde noch goldene Brücken zum Rückzug bauen will. Kossuth sucht den Beschluß der Nationalversammlung durch den er und Szemere mit der Regierung betrauet worden, nicht als Systemwechsel — was er doch in der That war, wie wir oben auseinandergesetzt und wie sich schon nach wenigen Tagen mit unabweisbarer Gewißheit herausstellte — sondern nur als einfaches Gebot der augenblicklichen Nothwendigkeit, als eine

zeitweilige Uebergangsmaßregel darzustellen. „Das Repräsentantenhaus — heißt es hier, nachdem die Erfolglosigkeit der Bemühungen der großen Reichstagsdeputation und der infolge dessen geschehene Rücktritt des Batthyány-Ministeriums erwähnt worden — das Repräsentantenhaus hat erklärt, daß bis zur erfolgten Bildung eines neuen Ministeriums das frühere auf seinem Posten bleiben muß, weil das Land, namentlich in den gegenwärtigen Gefahren, keinen Augenblick ohne Regierung sein kann. Und da die übrigen Minister sich dessen weigerten, so haben die Gefertigten, auch durch das vom Hause geäußerte Vertrauen hierin bestärkt, es als ihre Pflicht erkannt, bis zur Bildung eines neuen Ministeriums ihr Amt fortzuführen.“ Die Nation wird aufgefordert auf ihrer Hut zu sein, ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu wahren und zu vertheidigen; aber Dies geschehe „auf Grundlage jener Treue gegen den König welche der Nation stets, selbst wenn die Bitterkeit des Schmerzes ihre Brust erfüllte, eigenthümlich war“. Die Volksdemonstrationen wie sie gestern stattgehabt, werden mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß derartige Ausritte nie der Freiheit förderlich, und eben zur Lösung der schwierigen Fragen die „besonnenste Ruhe“ nöthig ist. Und um der allgemeinen Aufregung eine minderrevolutionäre Richtung als sie in den letzten Tagen genommen, zu geben und den Volksgeist womöglich noch bei seiner frühern Loyalität zu erhalten, wird alles Uebel der letzten Zeit abermals auf die bösen Rathgeber der Krone geschoben und die Gegenmaßregeln des Hauses als Ausfluß seiner Loyalität bezeichnet. „Feinde der Krone sind Jene welche zu ihren letzten Schritten ihr gerathen. Denn diese haben im Herzen der Nation das Vertrauen, die einzige Stütze des königlichen Thrones, erschüttert. Wir aber die wir ihn gegen Kabale und Gewalt vertheidigen wollen, leisten der Krone den nützlichsten Dienst wenn wir die Nation zur Wachsamkeit aufrufen gegen jene Intriguen welche die Person und den Thron unseres geliebten Königs umringen“..... Bei dieser loyalen Haltung der Proklamation ist es dann nur folgerichtig, wenn das „Elfen“ mit dem sie schließt, erst dem „König“, dann der „Freiheit und Unabhängigkeit“ gebracht wird....

Ohne Zweifel wirkte die oberwähnte Befürchtung: daß ein revolutionäres Auftreten noch vorzeitig weil noch nicht die gesammte Nation für es reif sei, bedeutend mit zu dieser Mäßigung. Denn hatte auch die Nationalversammlung und die hauptstädtische Bevölkerung sich zur Höhe der Ereignisse erhoben: wer bürgte dafür, daß ihr Ruf jetzt schon im ganzen Lande Wiederhall finden werde?... Aber auch höhere diplomatische Berechnung heischte diese Mäßigung, um durch sie die Streiche und Schliche des österreichischen Kabinetts zu pariren. Indem dieses durch seine letzten Maßregeln der Nation ziemlich unverschölen den Handschuh hinwarf, konnte es von einer zweifachen Absicht geleitet sein. Entweder waren seiner Reaktion gewisse Grenzen gesteckt, d. h. es wollte bei gewissen Forderungen stehen bleiben und durch jenes bedrohliche Auftreten die Nation einschüchtern und zum Eingehen auf diese Forderungen geneigt machen. Oder es wollte Ungarns Recht völlig vernichten, und durch jene Maßnahmen die Nationalversammlung zu revolutionären Schritten reizen welche dann einen Gewaltakt einigermaßen rechtfertigen würden. Der bekannte Charakter des österreichischen Kabinetts machte letztere Vermuthung wahrscheinlicher. Bei Kossuth waltete hierüber kaum ein Zweifel ob. Infolge dieser Erkenntniß mußte er sich aber gestehen, daß er durch sein revolutionäres Auftreten in der letzten Nacht nur dem österreichischen Kabinet in die Hände gespielt. Das mochte er aber wol um keinen Preis. Wenn die Nation sechs Monate hindurch nur bei ihrer Loyalität Rath erholt und sich gutmüthig als Spielball den österreichischen Intriguen hingegen: warum sollte sie in den letzten Augenblicken die Geduld verlieren und sich des in der Defensiv gelegenen moralischen Vortheils berauben? Es galt noch den Versuch einiger Tage! War das Kabinet nur irgendwie zu Unterhandlungen geneigt, so mußte es diese jetzt sofort anknüpfen nachdem die Nationalversammlung gezeigt, daß sie widrigenfalls zu den entschiedensten Schritten entschlossen sei. Wollte es aber Gewalt für Recht ergehen lassen, so mußte es allein alle Verantwortlichkeit übernehmen, und die Nationalversammlung, welche hiezu keine Veranlassung gegeben, stand vor den Augen Europas schuldfrei und gerechtfertigt da, und konnte auch mit

voller Bestimmtheit auf die Unterstützung des ganzen Landes rechnen, wenn sie sich dann zur gerechten Abwehr der durch keinen revolutionären Schritt von ihrer Seite gerechtfertigten Gewaltthat erhob. . . .

Diese Rücksicht veranlaßte Kossuth zu der Mäßigung welche er in der zweiten Hälfte der nächtlichen Berathung und noch mehr in der Proclamation gezeigt. Aber sie bewog ihn auch zu einer andern weit unerwartetern That: zum — Rücktritt. . . . Wie Kossuth die revolutionäre Hefigkeit, so bereuete Batthyány bald die Nachgiebigkeit welche er, namentlich aus Furcht vor extremen Maßregeln der stürmisch-erregten Volkschaufen, in jener nächtlichen Berathung den Radikalen gegenüber gezeigt, indem er selbst für ein Ministerium Kossuth gestimmt. Er hatte dieses Votum mit der Bemerkung begründet: daß im gegenwärtigen Augenblick vor Allem eine einheitliche Richtung nöthig, und zwar so sehr, daß jede besser als die bisherige Richtungslosigkeit der Unentschiedenheit. Aber war denn diese „einheitliche Richtung“ nur durch ein Ministerium Kossuth und nicht auch auf dem entgegengesetzten Wege zu erzielen? Batthyány's unerschütterliche Loyalität, noch mehr seine Scheu vor offener Revolution, ließen ihm einen friedlichen Ausgleich, weil er ihn gar so heiß wünschte, noch immer als möglich erscheinen. Auch er konnte es allerdings nicht mehr bezweifeln, daß Jellachich nur ein Werkzeug der Kamarilla sei, und daß der Südaufbruch nicht die Gewährung der kroatischen Forderungen sondern die Verkürzung der ungarischen Märzjugeständnisse anstrebe. Aber — so glaubte er — nur die Verkürzung, nicht die Vernichtung. In den letzten Schritten des österreichischen Kabinet's sah er eben nur Schreckmittel durch welche die Nation nachgiebiger gestimmt und zum Unterhandeln geneigt werden sollte. Bei ihm war diese Geneigtheit im hohen Maaße vorhanden; und wol auch bei einem Theil der Nation. Aber um sie zu offenbaren, um ernstlich Unterhandlungen anzuknüpfen, dazu bedurfte es eines Ministeriums welches entschieden friedliebend sei und schon durch seine Zusammensetzung dem österreichischen Kabinet hinreichende Garantie für den Abschluß und die Aufrechthaltung des Friedens darböte, d. h. ein

Ministerium ohne Kossuth..... Und Batthyány entschloß sich, ein solches Ministerium zu bilden.

Jedefalls kräftig unterstützt, vielleicht auch angeregt wurde dieser Entschluß durch den Palatin. Beim offenen Bruch zwischen Nation und Thron, der unter einem Kossuth-Ministerium voraussichtlich bald eintreten mußte, gerieth Jener in die peinliche Stellung. Er mußte sich dann entscheiden und entweder der Revolution oder Reaktion offen beitreten. Ersterem widerstrebte das prinzipliche Geblüt, Letzterem sein Patriotismus und Liberalismus, jedefalls seine Gewissenhaftigkeit. Um der schwierigen Wahl erhoben zu sein, wollte er noch den letzten Versuch wagen: ob er nicht durch ein, aus entschieden friedliebenden Elementen zusammengesetztes Batthyány-Ministerium seine Familie zur Nachgiebigkeit und zur ernstlichen Anknüpfung von Friedensunterhandlungen bewegen könne? Er forderte deshalb Batthyány zur abermaligen Uebernahme des Ministerpräsidentens auf, und dieser ging aus den ob erwähnten Rücksichten auf diese Forderung bereitwillig ein.

Aber auch auf Kossuth übte nächst den obigen Gründen die prinzipliche Intervention bedeutenden Einfluß. Kossuth wollte womöglich der Nation den Prinzen erhalten. Welche Hoffnungen ihn hiebei leiteten, ist nicht schwer zu errathen. Stefan's bisheriges Verhalten und Wirken schien diesen Hoffnungen einen festen Halt- punkt zu bieten. Man weiß, daß die ältere Linie der habsburgischen Dynastie die jüngere stets mit einem Mißtrauen betrachtete, das wiewol weniger begründet doch nicht geringer war als jenes mit welchem die bourbonische Linie vor 1830 auf die orlean'sische sah. Wir erwähnten auch schon früher (I, 1.) eines Verschwörungsplans dessen man 1833 den Palatin Josef ungerechterweise beschuldigte. Nach Josef's Ableben hatte die Regierung rasch seinen Sohn zum Statthalter ernannt, um dadurch die Wahl der Nation als Palatin auf ihn zu lenken. Denn trotz allem dynastischen Mißtrauen wollte man doch, bei den konstitutionswidrigen und freiheitsfeindlichen Maßregeln welche die Regierung in den letzten Jahren des Vormärz in Angriff genommen, das Palatinat lieber von einem



königlichen Prinzen als von irgendeinem liberalen ungarischen Magnaten besetzt sehen. Die Regierung hoffte von dem Prinzen Stefan, daß er die Schritte des reaktionären Kanzlers Apponyi unterstützen werde; die Nation erwartete von dem Patrioten Stefan das Gegen-  
theil. . . . . Darum entsprach sie sehr willig der Weisung des Kabinetts welche die Wahl zum Palatin auf ihn lenken wollte. Eben Kossuth war es, auf dessen Antrag am 13. November 1847 die vom König überreichte Kandidatenliste unerbrochen gelassen und Erzherzog Stefan vom Reichstag einstimmig zum Palatin gewählt wurde. Diese Einstimmigkeit zeigte dem Kabinet, daß es sich in Stefan verrechnet haben dürfte. Die Befürchtung erwies sich bald als vollkommen gegründet: Stefan hielt nicht zur Reaktion sondern zur Opposition. Wir wissen auch, welch' bedeutenden Antheil er an den ungarischen Märzugeschändnissen hatte und daß Kossuth schon damals ihn der Dankbarkeit der Nation empfahl. Während des ganzen Sommers hindurch bewährte Stefan ebenfalls seinen Patriotismus und seine Rechtsliebe. Er war in die Ränke der Dynastie nicht eingeweiht, noch weniger unterstützte er sie. Darum durfte der Schlingling des Hofes, Jellachich, den königlichen Prinzen ungestraft höhnen, sein Bildniß auf öffentlichem Markte in Agram verbrennen lassen, durfte es wagen, ihn nie als Statthalter anzuerkennen und ihn in seinen Schreiben nur als Prinzen zu tituliren. Daß Stefan später, als der Bruch unabweisbar wurde, die ungarische Sache verließ, war eine Folge loyaler Bedenkllichkeiten und verzeihlicher Familienrücksichten. Aber die Reaktion hat er nie gefördert. Im selben Moment wo er Ungarn aufgeben mußte, verließ er auch die Dynastie die ihm sein rechtliches Verhalten in Ungarn nicht verzeihen konnte, und lebt noch zur gegenwärtigen Stunde, vom Hofe und aus Oestreich verbannt, als Exulant auf seinem deutschen Familiengute bei Schaumburg. . . . . Kossuth mag ihm mehr Muth und Ehrgeiz zuschreiben und insolge dessen größere Pläne für Ungarn's Zukunft auf ihn gebauet haben; aber in seinem Patriotismus — das zeigte die Folge — hatte er sich nicht getäuscht. Es war daher natürlich, daß er bei kälterem Blute die Heftigkeit bereuete mit welcher er ge-

stern gegen den Palatin aufgetreten und daß er einen völligen Bruch zwischen ihm und der Nation vermelden wollte; wol hoffend, daß Stefan, wenn er sich durch das Fehlschlagen eines letzten Friedensversuchs von der reaktionären Unverbesserlichkeit der Dynastie überzeugt, sich entschieden jenem Weg zuwendet auf welchen Patriotismus, Rechts- und Freiheitsliebe ihn rufen und an dessen Ziel seiner eine glanzvolle Zukunft harret. . . . .

Bekanntlich wurde in der Nachtsitzung vom 11. September auf Kossuth's Antrag eine reichstägliche Deputation an den Palatin entsendet, um im Namen des Hauses sein ohne Gegenzeichnung erlassenes Schreiben für ungesetzlich zu erklären. Stefan entschuldigte sich damit, daß jenes Schreiben weder Erlass noch Verordnung, sondern eine einfache Anzeige gewesen sei, weshalb er die ministerielle Gegenzeichnung für entbehrlich gehalten habe. In der Morgensitzung des 12. erklärt Kossuth sich durch diese Entschuldigung vollkommen zufriedengestellt, und erbietet sich, dem Palatin im Namen der Nationalversammlung feierliche Abbitte zu thun. In der Abendsitzung desselben Tages berichtet er über den Erfolg dieses Schrittes. Er schildert mit ergreifenden Worten den gerechten Schmerz, den der Palatin darüber geäußert, daß das Haus ihn eines Formfehlers wegen sogleich der Ungesetzlichkeit verdächtige, wo doch sein bisheriges Leben und Wirken, namentlich die Schwierigkeiten seiner Stellung mit welchen er in den letzten Monaten zu kämpfen gehabt, ihm einigen Anspruch auf den Dank und das Vertrauen der Nation erworben haben dürften. „Geehrtes Haus! — fährt Kossuth fort — Ich erkläre offen und unverholen, daß wie die Nation dem Erzherzog Stefan für seine auf dem vorigen Reichstag erworbenen Verdienste unermesslichen Dank schuldet, so hat er auch jetzt darauf die begründetsten Ansprüche. Ich und Jene, die durch Verhältnisse, Umstände oder eigene Thätigkeit letzter Zeit in den Vordergrund getreten, müssen es bezeugen, welch' schwere Kämpfe er zu bestehen hatte. Seit wir unsere ministerielle Laufbahn begonnen, war wahrlich auch der Erzherzog nicht auf Rosen gebettet, sondern hatte immer harte Kämpfe zu bestehen, die ihn in Folge der Festigkeit, mit welcher er die vom Ministerium ihm

unterbreiteten gerechten Forderungen unterstützte, oft selbst in Zwiespalt mit seiner Familie brachten. Und wie er sich bisher große Verdienste um unsere Sache erworben, so spreche ich auch, ohne alle nähere Zergliederung der Verhältnisse, meine Ueberzeugung dahin aus: daß für die Zukunft die Rettung des Vaterlandes bedeutend erschwert, wenn nicht unmöglich so doch unwahrscheinlich würde, falls zwischen der Nationalversammlung und dem Erzherzog eine Entfremdung eintrete, welche uns nöthigte, auf seine fernere Mitwirkung zu verzichten. Ich würde Dies als das größte Unglück für Ungarn betrachten; überzeugt wie ich bin, daß für das Land nichts wünschenswerther als daß die Nationalversammlung im Einverständniß mit dem Erzherzog Stefan bleibe, der Ungarns Rechten getreu und zugleich überzeugt ist, daß auch der Thron nur durch Wahrung unserer Geseze und Freiheiten erhalten werden kann. . . . . Und da die Erklärung, welche er nun zweimal abgegeben: daß jenes Schreiben keinen Erlaß, keine Anordnung, sondern nur eine einfache Benachrichtigung enthalten habe, und daß er die Regierung nur im Sinne der Geseze üben gewollt, — das Haus vollkommen beruhigen kann: so mögen die Vertreter es feierlich aussprechen, daß sie durch die Erklärung des Palatins vollkommen beruhigt sind und ihre frühere Mißtrauensäußerung zurücknehmen. . . . . Nächstdem ist es aber dringend nöthig, daß der gegenwärtige provisorische Zustand ein Ende nehme und wir eine definitive Regierung erhalten. Ich glaube, daß wer auch die Regierung übernehmen möge, so wird das Haus an kleinen Meinungsdivergenzen keinen Anstoß nehmen, sondern vor Allem das große Ziel beachten: die Rettung des Vaterlandes, und wird sich deshalb der neuzuernennenden Regierung gegenüber weder von persönlichen Sympathien noch Antipathien bestimmen lassen. Ich ersuche daher das Haus eine Deputation zu ernennen, welche erstens dem Palatin jene Erklärung überbringe, zweitens ihn auffordere, daß er kraft jener Macht, welche die 1848er Geseze ihm einräumen, unserem Provisorium ein Ende mache“. . . . .

Wienienig auch diese Sprache und diese Anträge mit Kossuth's gestrigen Aeußerungen und Vorschlägen übereinstimmen, so werden

